



Landtag von Baden-Württemberg

53. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 12. Dezember 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:02 Uhr

Mittagspause: 12:32 bis 13:31 Uhr

Schluss: 18:05 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3037	c) Einzelplan 15: Ministerium für Integration – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2615	3095
Nachbesetzungen im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	3037	Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU	3095
1. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/14 (Staatshaushaltsgesetz 2013/14 – StHG 2013/14)		Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	3098, 3107
a) Einzelplan 02: Staatsministerium – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2602	3037	Abg. Rosa Grünstein SPD	3100, 3107
Abg. Peter Hauk CDU	3037, 3060	Abg. Andreas Glück FDP/DVP	3102, 3107
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	3041, 3070	Ministerin Bilkay Öney	3104
Abg. Claus Schmiedel SPD	3045, 3073	Beschluss	3108
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	3049, 3066	d) Einzelplan 11: Rechnungshof – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2611	3108
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	3052, 3073	Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	3108
Beschluss	3077	Abg. Muhterem Aras GRÜNE	3109
b) Einzelplan 03: Innenministerium – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2603	3078	Abg. Klaus Maier SPD	3110
Abg. Thomas Blenke CDU	3078	Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	3111
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	3081	Beschluss	3112
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	3084	e) Einzelplan 01: Landtag – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2601	3112
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	3086	Abg. Joachim Köbeler CDU	3112
Minister Reinhold Gall	3088	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	3113
Beschluss	3094	Abg. Hans-Martin Haller SPD	3114
		Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	3114
		Beschluss	3115

f) Einzelplan 05: Justizministerium – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2605.	3116	3. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/2745, 15/2746, 15/2747, 15/2748, 15/2749	3127
Abg. Bernd Hitzler CDU	3116	Beschluss	3127
Abg. Jürgen Filius GRÜNE	3117	4. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/2741	3127
Abg. Andreas Stoch SPD	3119	Beschluss	3127
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	3121	Nächste Sitzung	3127
Minister Rainer Stickelberger	3123	Anlage	
Beschluss	3126	Vorschlag der Fraktion der SPD – Nachbesetzungen im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft.	3128
2. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. November 2012 – Berechnungen über die Kosten des öffentlichen Schulwesens durch die Landesregierung nach § 18 a des Privatschulgesetzes (PSchG) – Drucksachen 15/2637, 15/2689	3127		
Beschluss	3127		

Protokoll

über die 53. Sitzung vom 12. Dezember 2012

Beginn: 9:02 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 53. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg. Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen.

Krankgemeldet sind die Herren Abg. Dr. Birk, Heiler, Nemeth, Pix, Schoch und Schwehr.

Aus dienstlichen Gründen hat sich Herr Ministerpräsident Kretschmann ab ca. 12:00 Uhr entschuldigt.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Friedrich ab 12:00 Uhr und Herr Minister Bonde.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der SPD für Nachbesetzungen im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Nachbesetzungen zustimmen.

Im **E i n g a n g** befindet sich der Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 27. November 2012 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011. Er wird Ihnen als Drucksache 15/2782 zugehen.

Ich schlage vor, den Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2782, an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/14 (Staatshaushaltsgesetz 2013/14 – StHG 2013/14)

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

Einzelplan 02: Staatsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2602

Berichterstatter: Abg. Claus Paal

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten. Innerhalb der Gesamtredezeit – das gilt für die Beratung aller Einzelpläne – sind sowohl die allgemeinen Ausführungen zu den Einzelplänen, Kapiteln und Titeln zu machen als auch die Änderungs- und gegebenenfalls Entschließungsanträge zu begründen und zu beraten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Peter Hauk das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir treffen uns heute bereits um 9:00 Uhr, eine Stunde früher als üblich.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bis jetzt stimmt es! –
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Morgenstund' hat
Gold im Mund!)

Das ist dem Vermittlungsausschuss geschuldet, der heute tagt und an dem der Ministerpräsident teilnimmt. Herr Ministerpräsident, wir haben noch Hoffnung in Sie gesetzt. Wir setzen noch Hoffnung in Sie, dass heute insbesondere beim deutsch-schweizerischen Steuerabkommen ein Vermittlungsergebnis herauskommt, das unseren Anliegen, den baden-württembergischen Anliegen Rechnung trägt, das fiskalischen Anliegen Rechnung trägt, das der Haushaltskonsolidierung Rechnung trägt und das der Steuergerechtigkeit Rechnung trägt. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie entgegen den Bedenken Ihres roten Koalitionspartners, der voll an der Leine der Bundes-SPD liegt, dem Abkommen zustimmen, weil es ein Abkommen für Steuergerechtigkeit in der Vergangenheit und für Steuergerechtigkeit in der Zukunft ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Finanzminister argumentiert immer, es sei ein Abkommen, das das Verhalten von Steueründern in der Vergangenheit nicht mehr sanktioniere. Ich kann nur den Bundesfinanzminister zitieren und an folgende Rechtstradition erinnern – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident –:

Es gehört zu dem erreichten Stand europäischer Rechts-tradition, dass Gesetze nicht rückwirkend zum Nachteil Betroffener geändert werden dürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das haben wir uns in 200-jähriger demokratischer Geschichte in Europa erkämpft, und das muss auch für die Zukunft Bestand haben. Insofern ist es verständlich, dass die Schweizer die Anonymisierung nicht im Nachhinein aufheben. Es ist aber absolut in Ordnung, dass dieser Vertrag vorsieht, dass nicht Erträge rückwirkend besteuert werden, sondern dass das Vermögen besteuert wird und damit im Regelfall eine Schlechterstellung der Steueründer der Vergangenheit stattfindet.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

(Peter Hauk)

Meine Damen und Herren, die Konsolidierung des Haushalts ist das Gebot dieses Jahrzehnts – nicht erst seit der Eurokrise, aber seit der Eurokrise und seit der europäischen Staatshaushaltskrise ganz besonders. Dazu müssen alle Möglichkeiten genutzt werden. Deshalb darf es keine Gängelung aus parteipolitischen Gründen geben, z. B. von Bündnisgrünen aus dem Bund, von der Parteizentrale in Berlin, die derzeit SPD und Grüne im Prinzip am Gängelband führt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wer führt wen am Gängelband? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es führt niemand am Gängelband, gar niemand!)

– Das ist doch die Tatsache. Wenn der Finanzminister heute Nacht noch der dpa erklären lässt, dass es eine klare Abstimmung zwischen Rot-Rot-Grün in Deutschland gebe, dass dem deutsch-schweizerischen Abkommen nicht zugestimmt werde, dann ist das doch nichts anderes als eine Gängelung. Denn die Sachargumente sprechen alle dagegen. Sie sprechen alle für die Ratifizierung dieses Abkommens.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Uns Baden-Württembergern entgehen damit derzeit 1 Milliarde €

(Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Muhterem Aras: So ein Quatsch! Das ist wirklich ein Quatsch!)

– das ist ziemlich verifiziert – und für die Zukunft mindestens 100 Millionen € jährlich.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Heiligabend ist erst am 24. Dezember, Herr Kollege!)

Sie verspielen die Chance, für die Zukunft Steuergerechtigkeit in Deutschland walten zu lassen. Diese Chance setzen Sie aufs Spiel. Sie spielen ein riskantes Spiel in der Frage der steuerlichen Gerechtigkeit.

Meine Damen und Herren, wir hätten diese Einnahmen notwendig brauchen können: 3,3 Milliarden € Neuschulden in den beiden kommenden Jahren, 3,3 Milliarden € mehr Steuern, die wir in den beiden kommenden Jahren einnehmen werden,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was ist das für eine Rechnung? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn das für eine Rechnung?)

ein Haushalt, der mit Nachhaltigkeit – ein Wort, das Sie häufig zitieren –, Herr Ministerpräsident, wenig zu tun hat.

(Beifall bei der CDU)

Sie hatten jetzt anderthalb Jahre Zeit, sich auf diesen Haushalt vorzubereiten. Sie haben die Zeit nicht genutzt. Sie haben Gespräche mit den Beamten, mit den Mitarbeitern, die wir zur Motivation in der Exekutive und vor allem in der Bildungspolitik dringend brauchen, faktisch nicht geführt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

Sie haben von den Kommunen mit Zugeständnissen, wenn man so will, das Wohlwollen erkaufte, sodass sie faktisch ge-

genüber früheren Jahren sogar noch einsparen, und das bei auch in den Kommunen steigenden Finanzen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lehnen Sie das etwa ab?)

Das Ergebnis Ihrer Politik zeigt sich am heutigen Tag: Es gibt Lehrerdemonstrationen und Menschenketten. Das ist wahrlich ein Ergebnis, das man einer grün-roten Politik nicht zutraut hätte.

Deshalb verlassen Sie den Pfad der Nachhaltigkeit. Sie hebeln die Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung aus und ersetzen sie durch eine – man muss so sagen – „Flexibremse“. Eigentlich muss man sagen: durch „Flexigas“, weil Sie in der Frage der Verschuldung Gas geben können, wann immer Sie es wollen. Das hat mit Nachhaltigkeit, meine Damen und Herren, nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Man kann am heutigen Tag eigentlich genüsslich Herrn Steinbrück zitieren; seine Rede im Deutschen Bundestag trifft auf Ihre Politik zu. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

Nie zuvor war die haushaltspolitische Ausgangslage für eine ehrgeizige Konsolidierung und eine zügige Rückführung der Neuverschuldung ... so günstig wie heute. Das haben Sie nicht genutzt. Sie haben – das entspricht Ihrer Mentalität – Einzelinteressen bedient, ... Obwohl die Wolken am Horizont immer dunkler werden und die Konjunktur sich erkennbar eintrübt, sorgen Sie mit diesem Haushalt nicht vor.

Das kann man 1 : 1 auf Ihren Haushalt, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, übertragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Sparen Prioritäten setzen: Drei Prioritäten muss das Land eigentlich jetzt, in guten Zeiten, auf alle Fälle setzen: erstens das Thema Bildung, zweitens der Bereich Forschung, um die Standortsicherung voranzutreiben, und drittens das Thema Infrastruktur.

(Zuruf von der SPD: Da sind wir gut!)

Die Bildung ist das erste zentrale Thema. Sie muss sich einzig und allein an den Bedürfnissen unserer Kinder orientieren. Ihre Bildungspolitik folgt keiner Logik und keinem Plan.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ihre Bildungspolitik beruht auf reiner Ideologie. Aber am Ende scheuen Sie auch den Konflikt, weil Sie Parallelbildungswelten aufbauen. Sie wollen, dass Ihre Gemeinschaftsschule funktioniert. Deshalb drücken Sie diese Schulform ohne Rücksicht auf Verluste und unter Benachteiligung aller anderen Schularten durch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Die Parallelität von G 8 und G 9 verschlingt Millionen. Die planlose Einführung der Gemeinschaftsschule verschlingt Millionen. Gnadenlos bevorzugen Sie diese Schulart gegen-

(Peter Hauk)

über den bestehenden Schularten. Sie kürzen Lehrerstellen im Blindflug, ohne ein Personalbedarfsdeckungskonzept zu haben, das wir jetzt seit Monaten von Ihnen einfordern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Muh-
terem Aras GRÜNE: Wo waren Ihre Pläne?)

Meine Damen und Herren, in Gesprächen mit der Wirtschaft, mit den Handwerkern, mit den Mittelständlern, wird der Fachkräftemangel immer wieder deutlich. Es geht nicht nur um die Akademiker, sondern es geht auch um die Fachkräfte in der dualen Ausbildung, die Fachkräfte, die aus der dualen Ausbildung hervorgehen. Genau diesen Zweig vernachlässigen Sie gleichermaßen eklatant. Die Lehrerversorgung war noch nie so schlecht – trotz sinkender Schülerzahlen – wie derzeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Forschung ist das zweite zentrale Thema für unsere Zukunft. Das Know-how in den Köpfen der gut ausgebildeten Menschen muss genutzt und muss erweitert werden. Der Haushalt des Forschungsministeriums nimmt insgesamt an Volumen zu. Aber Sie verteilen überall nur Kleckerlesbeträge, die sich insgesamt zu großen Summen anhäufen. Sie versuchen dadurch zu vertuschen, dass Sie dort den Rotstift ansetzen, wo echte Schwerpunkte gesetzt werden könnten. Das ist zukunftsfeindlich. Sie kürzen die Forschungsförderung über die Forschungszusatzausstattung, anstatt die Forschung besser auszustatten. Die Universitäten haben in den kommenden beiden Jahren jeweils nur rund 15,1 Millionen € zur Verfügung. Das sind 5 Millionen € und damit 25 % weniger als noch in diesem Jahr, im Jahr 2012.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Quatsch!)

Auch den Forschungspool schröpfen Sie um rund 3 Millionen €, und zwar von 7,7 auf jetzt nur noch 4,9 Millionen €. Das sind 36 % weniger für die Forschung, weniger für die Zukunft dieses Landes. Das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Das dritte Zukunftsfeld ist die Infrastruktur. Individuelle Mobilität bedeutet auch ein Stück weit Freiheitsrechte: die Freiheit, seinen Arbeitsplatz zu suchen, unabhängig vom Wohnort; Freiheit für das Unternehmen, sich einen Standort zu suchen, unabhängig von der Lage. Unsere Aufgabe ist es, dies über eine gesunde und funktionierende Infrastruktur herzustellen. Nur so können wir garantieren, dass im ganzen Land ausgeglichene Lebensverhältnisse herrschen und nicht nur eine Konzentration in den Städten und Ballungsräumen besteht.

Sie haben angekündigt, in den nächsten Jahren keine neuen Straßen bauen zu wollen. Der Bundesverkehrsminister freut sich, Herr Minister Hermann. Sie sind wohl der einzige Verkehrsminister, der kein Geld für neue Straßen will. – Es ist bezeichnend, dass Minister Hermann heute Vormittag nicht hier ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben angekündigt, Herr Ministerpräsident, Sie würden dankbar neues Geld, wenn dieses käme, annehmen. Jetzt, da es kommt, sind Sie undankbar. Ihre Staatssekretärin Splett begrüßt dies, der Verkehrsminister bedauert es – weil es einer

selbst gestrickten Handliste einer grün-roten Priorisierung nicht folgt, sondern weil der Bund eigene Prioritäten gesetzt hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Bund
hat es doch begrüßt! Er hat dieses Verfahren begrüßt!)

Auch wenn Sie, meine Damen und Herren der Landesregierung, das vielleicht nicht glauben möchten: Noch leben wir nicht in einer postautomobilen Gesellschaft, in der jeder fröhlich singend mit dem Radl bei strahlendem Sonnenschein durch das Land fährt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Zumal bei 15
Grad minus heute Morgen!)

Meine Damen und Herren, Radwege sind in der Stadt, in den Ballungsräumen wichtig. Dort besteht in der Tat die Notwendigkeit, neue Verkehrskonzepte zu erstellen. Das haben Sie auch angekündigt. Aber, Herr Ministerpräsident – ich muss mich an Sie wenden, weil der Verkehrsminister nicht hier ist –, wo bleiben denn diese neuen Entflechtungskonzepte? Die Ankündigung ist eineinhalb Jahre her. Bisher ist in dieser Frage nichts geschehen. Aber mit dem Fahrrad werden Sie die Menschen auf der Schwäbischen Alb und im Schwarzwald, wo es hohe Steigungen gibt, nicht beglücken können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei
15 Grad minus!)

Das ist eine Frage des Tourismus; das ist wahr. Dort, in einem Ihnen eigentlich eigenen Feld, nämlich dem des Schienenpersonennahverkehrs, der auch zur individuellen Mobilität gehört, versagen Sie völlig mit einer deutlich verspäteten Ausschreibung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch
überhaupt nicht!)

Die Fragen der Fahrzeugbeschaffung sind bis zum heutigen Tag noch nicht gelöst. Es wird sogar auf die Spitze getrieben, indem mittlerweile ein Nachtragshaushalt für Februar – jetzt haben wir Dezember; das ist in einem Vierteljahr – angekündigt wird, bei dem unter Umständen Garantieerklärungen, Beschaffungen, wie auch immer, für Schienenfahrzeuge vorgenommen werden.

Meine Damen und Herren, von Ihren vollmundigen Ankündigungen, das Angebot im Schienenpersonennahverkehr um 30 % auszuweiten, ist nichts geblieben. Sie sind auf 15 bis 20 % zurückgerudert. Das ist deutlich weniger, als die alte Landesregierung noch prognostiziert hatte und vorhatte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg.
Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat denn die Züge
gekürzt? Ihre Regierung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regierung kündigt an, aber sie liefert nicht. Wir erwarten, dass Sie jetzt endlich mit der Arbeit beginnen und liefern.

Im Sommer sagte der Ministerpräsident nach langem Drängen eine regionale Schulentwicklungsplanung bis zum Herbst

(Peter Hauk)

zu. Fehlanzeige. Sie soll vielleicht in den Jahren 2014/2015 kommen. Vielleicht. Wer weiß? Wer kann Ihren Ankündigungen noch Glauben schenken? Der Herbst ist vorbei, der Winter einbruch ist da.

Den Hilferuf der Kommunen wegen ausufernder Alkoholexzesse in bestimmten Stadtbereichen nehmen Sie auf. Sie kündigen ein Alkoholkonsumverbot an. Vollkommen richtig. Aber was wurde geliefert?

(Zuruf von der CDU: Nichts!)

Fehlanzeige. Ihre linke, grüne und rote Parteibasis pfeift Sie zurück, und Sie lassen die betroffenen Städte und vor allem die betroffenen Menschen im Regen stehen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Sie vergessen ein wichtiges Detail: Sie müssen dieses Land zum Wohl aller Menschen führen und nicht zum Wohl der grünen und roten Parteifreunde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird Bürgerbeteiligung angekündigt. Was wird geliefert? Auch hier eigentlich nur Märchen.

Beispiel Filderbahnhof. Sie wollen alle an einen Tisch holen, diskutieren stundenlang über Verbesserungsmöglichkeiten und Änderungswünsche. Am Ende wird nichts davon umgesetzt. Viele Ehrenamtliche und Freiwillige sind vor den Kopf gestoßen und regelrecht enttäuscht.

Regionale Schulentwicklung. Sie wollen die Kommunen, die Menschen ermuntern, am politischen Leben teilzuhaben, z. B. auch bei der Frage, ob Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen, Einheitsschulen – wie immer man sie nennen will – in den Kommunen eingeführt werden. Und Sie, Herr Ministerpräsident, bezeichnen die Menschen, die dagegen protestieren, in einem Phoenix-Interview als – ich zitiere – „ehrenamtliche Besserwisser“.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja unglaublich!)

Meine Damen und Herren, ist das Ihre Art, Menschen, die sich ehrenamtlich für Ideale, für Überlegungen, für die Politik in ihrem Gemeinwesen einsetzen, auszuzeichnen, zu motivieren?

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann füglich Zweifel haben an Ihrem Anspruch der Bürgerbeteiligung.

Ein letztes Beispiel ist das des Nationalparks. Sie haben den Menschen versprochen, sie mitzunehmen. Sie haben versprochen, dass ihre Überlegungen bei der Gründung eines Nationalparks nicht nur in die Konzeption mit einfließen, sondern dass letztlich auch die Fragen des Ob und des Wie gemeinsam mit der Region vorangebracht werden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So war es angekündigt!)

Sie wissen genau, dass ein solches Großprojekt nur gelingen kann, wenn die Menschen in der Region hinter diesem Projekt stehen. Das ist die zwingende Voraussetzung dafür, dass ein Projekt zum Erfolg geführt wird. Die Menschen dort müssen mitmachen. Sie müssen das Ganze mit Leben erfüllen. Da reicht weder die staatliche Direktive noch die Käseglocke aus, die von Stuttgart aus über diese Region gestülpt wird. Vielmehr muss das Ganze mit Leben erfüllt werden. Deshalb brauchen wir die Menschen dort vor Ort. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt läuft es nicht so, wie Sie es wollen. Jetzt kommt die Antwort: „Der Landtag entscheidet darüber. Was die Region sagt, ist uns am Ende egal.“ Überall dort, wo es nicht läuft, kommen Sie mit Ihrem Spruch: „Gehört werden heißt nicht erhört werden.“

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Meine Damen und Herren, das ist keine Motivation für die Menschen im Land. Das ist keine Motivation für eine engagierte Bürgerbeteiligung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Basta“!)

Zum Abschluss noch ein paar Zahlen zum Haushalt, um das ganze Drama vielleicht noch einmal plastisch vorzuführen. Ich wiederhole mich dabei, aber die Wiederholung ist notwendig, damit die Zahlen einmal in Ihre Köpfe eingehen.

Bayern tilgt Schulden, Sachsen tilgt Schulden, Sachsen-Anhalt tilgt Schulden, Thüringen tilgt Schulden. Mecklenburg-Vorpommern schreibt eine schwarze Null.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Baden-Württemberg macht Schulden! – Gegenruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Baden-Württemberg hat Schulden!)

Brandenburg will spätestens 2014 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden vorlegen. Berlin hat dies für das Jahr 2015 vor, Hamburg für 2019, Baden-Württemberg ebenso wie Bremen vielleicht für 2020 – weit abgeschlagen, auf den letzten Drücker.

Interessant ist die Neuverschuldung im Pro-Kopf-Vergleich. Baden-Württemberg liegt dabei nur noch auf einem Platz in der unteren Hälfte der Tabelle, nämlich auf Rang 9 in Deutschland. 165 € Neuverschuldung pro Kopf planen Sie für das Jahr 2013. Sogar das arme Berlin, das auf unsere Finanzzuweisungen im Länderfinanzausgleich angewiesen ist,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber sexy!)

hat nur eine Pro-Kopf-Neuverschuldung von 161 €. In Brandenburg beträgt sie 144 € und in Niedersachsen 122 €. In Sachsen-Anhalt liegt sie – ich habe es erwähnt – bei null. Sachsen tilgt 18 € Schulden pro Kopf, Thüringen 29 € und Bayern gar 40 €.

(Peter Hauk)

Herr Ministerpräsident, Sie führen uns von der Champions League in die Kreisliga hinunter. Das ist Baden-Württemberg nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Der Wert unseres Lebens und unseres Zusammenlebens bemisst sich wahrlich nicht nur am Geld, das wir zur Verfügung haben. Dennoch haben die finanziellen Spielräume erheblichen Einfluss auf die Zukunftschancen einer Generation.

Wenn wir heute Geld ausgeben, aber die Bezahlung der Rechnung anderen überlassen, ist das schlichtweg unredlich, nicht gerecht und auch nicht nachhaltig.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Problematisch wird es, wenn sich die Weitergabe auf einen wachsenden Schuldenberg für die nächste Generation konzentriert.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wer hat den Schuldenberg hinterlassen?)

Auch wenn Sparen auf den ersten Blick wehtut – unsere Kinder müssen uns diesen Schmerz wert sein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Großartig!)

Ärzte auf dem Land, Krankenhäuser in der Stadt,

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Schulen auf den Dörfern, Universitäten in den Städten, Pflege für Bedürftige, Kinderbetreuung für alle, Straßen, Schienen und Brücken, sichere Nahrungsmittel, bezahlbare Energie: Das und viel mehr muss im Sinne des Gemeinwohls auch in vielen Jahren – nicht nur in den Jahren 2013 und 2014 – möglich sein,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

und zwar nicht nur für einige wenige, sondern für alle Menschen in Baden-Württemberg. Deshalb: Wir müssen uns einschränken, damit auch künftige Generationen eine Zukunft haben.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo sind Ihre Vorschläge?)

Baden-Württemberg muss dabei vorangehen. Wir müssen gemeinsam mit Bayern Vorbild sein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum mit Bayern?)

Deshalb fordern wir Sie noch einmal auf: Stoppen Sie die neuen Schulden, regieren Sie nicht zum Schaden dieses Landes,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

machen Sie endlich Ernst damit: keine neuen Schulden für Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Sitzmann.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wann ist denn mit dem Finanzminister zu rechnen? – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Der hat mit dem Staatshaushalt nichts zu tun! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist besser!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich erst einmal, bevor ich in die inhaltliche Debatte einsteige, dem Finanzausschuss, an erster Stelle dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Finanzausschusses, herzlich danken für die intensiven Beratungen in den vergangenen zwei Wochen, die es uns heute möglich machen, in zweiter Lesung über den Haushalt zu beraten. Wir sind froh, dass in konstruktiver Diskussion eine gute Grundlage für diese Beratungen gelegt worden ist. Deshalb herzlichen Dank an dieser Stelle.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt haben wir vom Kollegen Hauk spannende Ausführungen gehört.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt kommt wieder die übliche Bewertung! Das ist die normale Abfolge!)

Sie haben vieles wiederholt, was Sie in der ersten Lesung

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Keine Polemik! Konkrete Zahlen!)

im Parlament schon gesagt haben. Sie haben wieder die Anforderung gestellt, dass dieser Haushalt ohne neue Schulden hätte eingebracht werden sollen. Sie haben aber auch gesagt, wo überall man mehr Geld ausgeben muss.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie haben in den vergangenen Wochen nur Ansprüche, Forderungen und Erwartungen formuliert. Sie selbst haben keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gemacht. Das ist schade.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: In welchem Land waren Sie in den letzten Wochen?)

Wir vermissen nach wie vor belastbare und fundierte Einsparvorschläge.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo waren Sie eigentlich?)

Solange Sie diese nicht bringen, werte Kolleginnen und Kollegen, kann man nur sagen: Als Tiger gestartet, als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das kann man von diesem Haushalt durchaus sagen! – Abg. Peter Hauk CDU: Das trifft wohl für die Regierung zu!)

Sie agieren mit Fantasiiezahlen. Ihre Rede macht deutlich: Sie, die CDU, haben nicht nur ein Problem in den Großstädten und

(Edith Sitzmann)

mit den Menschen, die dort leben, Sie haben auch ein Problem mit den Grundrechenarten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Vielleicht hat der Kollege Schmiedel seinen Taschenrechner dabei und leiht ihn einmal aus.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Batterie ist schon lange leer! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Der liebe Kollege“! – Unruhe)

Vielleicht wird es dann besser.

Was Sie hier zum Steuerabkommen mit der Schweiz ausgeführt haben, zeigt, dass Ihnen das Rechnen und auch das Lesen schwerfallen. Wie kommen Sie darauf, anzunehmen, dass Baden-Württemberg durch ein Steuerabkommen mit der Schweiz Einnahmen von 1 Milliarde € zustehen sollten? Wie kommen Sie auf diese Zahl?

Erst einmal ist von der Schweizer Seite eine Einmalzahlung von 2 Milliarden Schweizer Franken für die gesamte Republik zugesagt worden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist der garantierte Betrag!)

Wenn Sie bei Ihrem Kollegen auf Bundesebene, nämlich Herrn Bundesfinanzminister Schäuble,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Guter Mann!)

einmal in den Haushalt gesehen hätten, hätten Sie gesehen, dass dieser für den Bundeshaushalt korrekt 500 Millionen € veranschlagt hat. Heruntergebrochen auf Baden-Württemberg wären das 125 Millionen € für das Land, 35 Millionen € für die Kommunen – also von 1 Milliarde € meilenweit entfernt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Luftnummer!)

Sie brauchen dringend den Taschenrechner des Kollegen Schmiedel.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber da ist die Batterie schon lange leer! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Jenseits der Finanzfrage Ihres Fantasiebetrags

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

hat doch die Debatte in den vergangenen Wochen noch einmal ganz deutlich gemacht, dass die Ablehnung des Steuerabkommens mit der Schweiz der einzig richtige Weg ist, und zwar aus Gründen der Steuergerechtigkeit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So verschenkt man Geld! – Abg. Peter Hauk CDU: Jeder Tag wird ein neuer Milliardenstag!)

Wie können wir es denn denjenigen, die – sie sind in den letzten Wochen auch in der Zeitung genannt worden – unter Be-

obachtung der Staatsanwaltschaft stehen – Stichwort „Beihilfe zur Steuerhinterziehung“ –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie unterstützen die Hinterzieher!)

überlassen, dass sie die Dokumentation und die Abrechnung von Altfällen übernehmen?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Kollegin, glauben Sie ernsthaft, dass die Schweiz die Außenstelle unserer Finanzämter spielt?)

Das wäre doch tatsächlich den Bock zum Gärtner gemacht. Deshalb lehnen wir mit bester Begründung das Steuerabkommen mit der Schweiz ab. Es schützt nämlich die Steuerhinterzieher, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Völlig neben der Kapp'!)

Leider stehen Sie dem Steuerverständnis und der „Steuerehrlichkeit“ der Schweiz näher als unserer Steuergesetzgebung.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist eine Frechheit! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie verschenken Geld und riskieren hier eine große Lippe!)

Das zeigt auch Ihre Haltung zum Ankauf der Steuerdaten-CDs. Da haben Sie immer von „Hehlerware“ gesprochen.

(Zuruf von der CDU: Stimmt auch!)

Sie haben in Ihrer Regierungszeit den Ankauf von Steuerdaten-CDs abgelehnt. Aber als NRW dies dann gemacht hat, haben Sie doch heimlich den Landesanteil an NRW bezahlt nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Letztlich ist klar, dass dieser Ankauf von Steuerdaten-CDs Baden-Württemberg schon Mehrerträge von 390 Millionen € gebracht hat. Wir gehen davon aus, dass es in Zukunft noch mehr werden wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mehr CDs?)

Weil wir Steuergerechtigkeit und Steuererhebung brauchen, stellen wir jedes Jahr 100 Steuerprüfer zusätzlich ein, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die sind nicht in der Schweiz!)

Wir wollen eine vollständige, gerechte und verlässliche Besteuerung hier im Land. Das bringt uns zu Steuergerechtigkeit und nicht der Weg, den Sie hier vorgeschlagen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie sich die Presselage in der Schweiz angeschaut haben, konnten Sie eindeutig feststellen, dass die Entwicklung in folgende Richtung geht: Dort heißt es in vielen Artikeln, die Blockade des automatischen Datenaustauschs werde nicht mehr lange halten. So ist es, meine Damen und Herren. Das bestätigt, dass die Ablehnung des Steuerabkommens mit der Schweiz richtig und wichtig ist.

(Edith Sitzmann)

Lassen Sie mich etwas zur Frage der Nachhaltigkeit und zur Frage der konjunkturellen Lage sagen. Sie haben es selbst angesprochen, Herr Kollege Hauk. Wir konnten in der letzten Woche in der „Stuttgarter Zeitung“ lesen: „Der Trend kippt nach unten.“ Dort hieß es, die Steuereinnahmen im November 2012 lägen um 1,5 % unter den Einnahmen des Vorjahresmonats. Das ist kein Alarmsignal, aber es ist ein Signal. Deshalb gilt es jetzt, die Haushaltspolitik mit Vorsicht und mit Weitsicht zu betreiben,

(Abg. Konrad Epple CDU: Mit Schulden!)

um eventuelle Risiken, die sich ergeben könnten, abzufedern.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Deshalb agieren wir nicht wie Sie mit Fantaziezahlen, sondern wir orientieren uns an der aktuellen Lage und entscheiden dann, wie wir einen Haushalt mit Weitblick aufstellen. Das hat die Landesregierung Ihnen mit dem Haushaltsentwurf vorgelegt. Sie haben keine Alternativen geliefert. Sie haben in den Beratungen nicht darlegen können, wie Sie denn dazu kommen, zu fordern, wir sollten jetzt einen Haushalt ohne neue Schulden aufstellen. Diesen Beweis sind Sie schuldig geblieben, einfach weil dies nicht möglich ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dass es nicht möglich ist, liegt eben daran, wie insbesondere die CDU in den letzten Jahrzehnten in diesem Land gewirtschaftet hat. Sie haben nämlich das Gegenteil von dem getan, was Sie gerade als Anspruch formuliert haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben Werte geschaffen!)

Sie haben gerade gesagt: „Heute Geld ausgeben, morgen die Rechnung bezahlen.“ Sie haben gestern Geld ausgegeben,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben Werte geschaffen!)

und wir bezahlen heute die Rechnung, meine Damen und Herren. Das ist die bittere Wahrheit, die Sie einmal zur Kenntnis nehmen sollten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Deckungslücke in Höhe von 2,5 Milliarden €, die wir haben – ich muss es noch einmal in aller Eindringlichkeit sagen –, ist nicht neu.

(Abg. Peter Hauk CDU: Beziffern Sie sie doch einmal!)

Im Gegenteil, diese Deckungslücke haben wir von Ihnen geerbt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Beziffern Sie sie! – Die Rednerin hält ein Schaubild hoch.)

Wir haben noch einmal Zahlen für die Jahre 2000 bis 2007 aufgeführt. Quelle ist das Statistische Landesamt. Da sehen Sie oben als rote Linie die Ausgaben und unten als blaue Li-

nie die Einnahmen. Sie erkennen, dass Jahr für Jahr eine Lücke klafft.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum hört die Kurve denn 2007 auf? – Abg. Peter Hauk CDU: Wo bleibt 2008?)

Jahr für Jahr haben Sie mehr ausgegeben, als eingenommen wurde. Deshalb gab es Jahr für Jahr eine Deckungslücke zwischen 2 Milliarden € und 3 Milliarden €, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum hören Sie ausgerechnet 2007 auf?)

Das ist die Realität. Der hätten auch Sie sich stellen sollen. Sie haben es in den Beratungen nicht getan.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich kann Ihnen auch gern erklären, Herr Kollege Rülke, wie es dazu kommt, dass die Grafik bis 2007 geht. Sie wissen: Wir haben keine Schuldenaufnahme im Jahr 2008, keine im Jahr 2009

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat Ihnen nicht gepasst! Deshalb haben Sie aufgehört!)

– Moment! – und eine Schuldenaufnahme im Jahr 2010, auch aufgrund der konjunkturellen Situation damals.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir haben die Schuldenbremse, die Sie jetzt abschaffen wollen, in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen! Das ist die Wahrheit!)

2011 und 2012 hat diese grün-rote Regierung keine neuen Schulden aufgenommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach, das war möglich? – Abg. Peter Hauk CDU: Da war es möglich?)

In all diesen Jahren,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, und?)

in denen es keine neuen Schulden gegeben hat – das war positiv –, war das Sondereffekten geschuldet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha! Und Rekordsteuereinnahmen sind keine Sondereffekte?)

Die Regel, Herr Kollege Hauk, war die Deckungslücke. Wenn man sie einmal aufgrund von Sonderfaktoren schließen konnte,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Viermal Sonderfaktoren! – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Vier von fünf Jahren waren Sondereffekte? – Weitere Zurufe)

dann war das die Ausnahme. Da können Sie so viel polemisieren, wie Sie wollen. Das ist einfach Fakt. Sie können sich auch Ihre mittelfristige Finanzplanung noch einmal anschauen. Da werden Sie es schwarz auf weiß nachlesen können, meine Damen und Herren.

(Edith Sitzmann)

Wir haben eine Deckungslücke von 2,5 Milliarden €. Wir haben uns vorgenommen, diese Deckungslücke Schritt für Schritt bis zum Jahr 2020 abzutragen. Das werden wir auch tun, selbst wenn wir aufgrund der hohen Schulden aus der Vergangenheit, die Sie gemacht haben, 1,9 Milliarden € pro Jahr an Zinsen aufbringen müssen. Wir haben also höhere Zinszahlungen zu leisten, als wir neue Schulden aufnehmen. Das haben Sie zu verantworten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

All Ihre Vergleiche hinken. Sie haben in die Haushaltsberatungen keine validen Vorschläge eingebracht, wie wir weniger Schulden machen könnten. Nicht einmal das haben Sie erreicht. Wie gesagt: Die 1 Milliarde € aus dem Schweizer Steuerabkommen sind eine absolute Fantasiezahl.

Sie haben auch noch einen anderen interessanten Antrag eingebracht, nämlich den Antrag, man solle jetzt 100 Millionen € beim Länderfinanzausgleich sparen. Auch da sind Sie die Erklärung schuldig geblieben, wie das denn gehen soll. Der Länderfinanzausgleich ist bis zum Jahr 2019 festgelegt, Klage hin oder her. Wenn wir Mehreinnahmen haben, zahlen wir auch mehr in den Länderfinanzausgleich ein. So funktioniert das System. Da jetzt einfach einmal 100 Millionen € herunterzurechnen, das ist Ausdruck Ihrer absoluten Hilflosigkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir beschreiten einen soliden und verlässlichen Weg, um im Jahr 2020 die Schuldenbremse einzuhalten.

Die Festlegung auf das Jahr 2020

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Spätestens!)

ist keine Erfindung von uns, sondern ein Ergebnis der Föderalismuskommission

(Lachen des Abg. Peter Hauk CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Für die Fußkranken und die Lahmen von Grün-Rot!)

unter Federführung von Ministerpräsident Oettinger gemeinsam mit Herrn Struck. Sie haben für die Länder das Jahr 2020 als Datum festgehalten,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Als letzt-möglichen Termin!)

bis wann die Schuldenbremse in Kraft treten soll. Das gilt für alle Länder gleichermaßen. Das macht auch Sinn, meine Damen und Herren, weil wir nämlich auch in wichtige Zukunftsbereiche investieren wollen. Wir haben das auch schon getan.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo denn?)

– Herr Kollege, das kann ich Ihnen gern darstellen. Wir haben mit Weitblick in den wichtigen Zukunftsbereich der Bildung, den auch Sie angesprochen haben, investiert. Wir haben mit Weitblick investiert, und wir haben Versäumnisse,

(Abg. Peter Hauk CDU: Mit Chaos!)

die Sie in all den Jahren Ihrer Regierungszeit angehäuft haben, endlich Schritt für Schritt abgearbeitet. Lassen Sie mich dabei stichpunktartig Folgendes nennen:

Für den Ausbau der frühkindlichen Bildung haben wir in einem Pakt mit den Kommunen über 300 Millionen € mehr pro Jahr investiert; das haben Sie nicht hinbekommen. Wir haben das rasch hinbekommen, und ab 2014 beteiligt sich das Land zu 68 % an den Betriebskosten für die Kleinkindbetreuung.

Wir werden endlich den Anspruch erfüllen, der den Schulen in freier Trägerschaft schon längst zusteht –

(Abg. Peter Hauk CDU: Linke Tasche, rechte Tasche!)

per Gerichtsurteil bestätigt –, nämlich den stufenweisen Einstieg in das Bruttokostenmodell, sodass sie bis zum Schuljahr 2015/2016 80 % der Kosten erstattet bekommen, die für einen Schüler an einer staatlichen Schule anfallen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir erhalten gerade die Dankeschreiben der Privatschulen!)

Das haben Sie nicht auf den Weg gebracht. Wir tun dies jetzt, meine Damen und Herren.

Wir haben die Studiengebühren abgeschafft und haben damit all diejenigen Eltern, die studierende Kinder haben, massiv entlastet und haben den Weg zu einer akademischen Ausbildung geebnet. Dies ist ein richtiger Schritt gewesen; denn die finanzielle Lage darf nicht darüber entscheiden, ob ein Kind oder ein Jugendlicher später studieren kann oder nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben also massiv in Bildung investiert.

Auch in anderen Bereichen haben wir massiv investiert. So werden wir beispielsweise den Ausbau der Masterstudienplätze endlich voranbringen. Es ist klar: Auch wenn auf der einen Seite die Zahl der Schülerinnen und Schüler abnimmt, verzeichnen wir auf der anderen Seite doch eine steigende Zahl von Studierenden. Für diese gilt es Studienplätze zu schaffen, und zwar im Bachelorbereich ebenso wie im Masterbereich. Genau das werden wir jetzt auf den Weg bringen, damit wir im Land auch in Zukunft gut ausgebildete Menschen haben.

Das Gleiche gilt übrigens für die berufliche Bildung und für die duale Ausbildung. Auch die duale Ausbildung gilt es zu stärken und voranzubringen. Wir haben schon eine Vielzahl von Initiativen beschlossen, um genau das zu tun.

Diese Investitionen sind wichtig für Baden-Württemberg. Sie sind richtig, und sie sind von uns mit Weitblick und unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit auf den Weg gebracht worden.

Wir haben an der einen oder anderen Stelle auch Einsparungen vorgenommen. Ja, es ist richtig: Sparen tut weh. Sparen führt nicht zu großem Applaus in der Öffentlichkeit. Aber auch das haben wir mit Maß, mit Augenmaß und verantwortungsvoll getan. Wenn wir z. B. heute sehen, wie Sie sich vor den Beamtenbund hinstellen und so tun,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Genau! – Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Richtig!)

(Edith Sitzmann)

als wären diese Maßnahmen Gemeinheiten, als wären es Sonderopfer oder was auch immer,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das stimmt doch! –
Abg. Thomas Blenke CDU: Ja, was denn sonst?)

dann kann ich darauf vielleicht mit einem Zitat eines führenden Vertreters des Beamtenbunds bezüglich der Beiträge von CDU und FDP kontern. Er sagte, dass es maximal Krokodilstränen seien, die Sie da weinten. Auch Sie haben in der Vergangenheit die Notwendigkeit gesehen, bei einem Personalkostenanteil im Landeshaushalt von über 40 % und von Jahr zu Jahr steigenden Personalkosten – allein von 2012 auf 2013 steigen diese Kosten um 650 Millionen € – Anpassungen vorzunehmen. Darum kommen wir nicht herum, meine Damen und Herren, auch wenn es wehtut, auch wenn wir gern andere Alternativen hätten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber wir haben die
Nullneuerschuldung erreicht!)

Mein Fazit an dieser Stelle: Der Haushalt, den wir auf den Weg bringen, ist wegweisend im wahrsten Sinn des Wortes: Er weist den Weg in eine Zukunft ohne neue Schulden, und zwar in klaren, verlässlichen Schritten. Diesen Weg werden wir weitergehen. Auf der anderen Seite ist dies ein Weg dahin, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft stark bleibt und dass wir in wichtigen Bereichen investieren: in Bildung, in die Energiewende, in die Wettbewerbsfähigkeit des Landes, in die Infrastruktur. All das tun wir mit diesem Haushalt 2013/2014. Wir unternehmen die ersten wichtigen Schritte.

Ich finde, Sie sollten diesen Überlegungen endlich beitreten, und Sie sollten anerkennen, dass wir verantwortungsvoll vorgehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Peter Hauk CDU: Oh! Der Herr Finanzminister ist eingetroffen!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal gebe ich Ihnen, Herr Kollege Hauk, in einem recht, nämlich wenn Sie sagen, dass die Konsolidierung der Haushalte das Gebot des Jahrzehnts sei. Schade ist natürlich, dass Sie erst in der Opposition darauf kommen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Wir haben es doch erreicht! – Abg. Thadäus Kunzmann CDU: Was war denn 2008 und 2009?)

Das mit dem Taschenrechner, liebe Edith, hilft natürlich nur dann, wenn man auch die richtigen Zahlen eingibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf: Wenn die Nullen stimmen! – Vereinzelt Heiterkeit)

Das habe ich jetzt einmal gemacht, um noch einmal Ihre Politik zu bilanzieren, die Sie von CDU und FDP/DVP zu einem Zeitpunkt, zu dem Sie das mit der Konsolidierung nicht so ernst gemeint haben, hinterlassen haben. Denn: Erblast 43,3 Milliarden € Kreditmarktschulden zuzüglich 20 Milliarden € Extrahaushalt, verlagerte Verpflichtungen 1,6 Milliarden €, Pensionsverpflichtungen 70 Milliarden €, Sanierungsstau Landesliegenschaften 2,6 Milliarden €, Sanierungsstau Landesstraßen 0,5 Milliarden €. In der Summe sind das rund 139,4 Milliarden €, rund 140 Milliarden € Schulden. Das ist Spitze in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Jetzt zur Deckungslücke. – Da brauchen Sie nicht zu lachen. Das ist Ihre Erblast. Ich weiß gar nicht, weshalb Sie da lachen. Das ist ja peinlich.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie hätten sie ja aus-
schlagen können! – Weitere Zurufe)

Wenn Sie sagen: „Das ist die Herausforderung des Jahrzehnts“, dann hätten wir jetzt ein Feuerwerk erwartet, ein Feuerwerk konkreter Anträge,

(Zuruf: So ist es!)

wie Sie die Deckungslücke von 2,5 Milliarden € schließen. Ein Feuerwerk!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe: Ja! – So
ist es!)

Jetzt kommt die bekannte alte Nummer mit dem Steuerabkommen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Sie haben dafür schlicht 1 Milliarde € angesetzt. Mündlich haben Sie das gerade auf die nächsten Jahre extrapoliert; da sind schon 3 Milliarden € daraus geworden. Wie das gehen soll, weiß niemand. Sie haben beantragt, den entsprechenden Haushaltsansatz um 1 Milliarde € zu erhöhen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 3 Milliarden €
sind die Ausstiegskosten für Stuttgart 21! Das haben Sie
verwechselt! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU:
Die 3 Milliarden € habe ich gar nicht erwähnt!)

Damit unterstellen Sie, dass 10 Milliarden € aus der Schweiz kommen.

Wir saßen beim Schweizer Botschafter.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Oh! – Abg.
Wolfgang Drexler SPD: Schönes Treffen! Gutes Treffen!
Konfitüre! – Weitere Zurufe)

Ein gutes Treffen. Der Sprecher für große Verkehrsprojekte – darauf komme ich später noch –, der parlamentarische Geschäftsführer und ich waren dabei.

(Abg. Peter Hauk CDU: War das eine Exklusivveranstaltung? – Gegenruf von der SPD: Allerdings!)

– Ja, natürlich. Wir kümmern uns ja.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir auch!)

(Claus Schmiedel)

Der Schweizer Botschafter fragte Folgendes: „Meine Herren, was können wir tun,

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

damit im Bund in der SPD noch einmal nachgedacht wird?“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gar nichts!
– Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Da habe ich gesagt: „Herr Botschafter, wenn Sie nicht nur 2 Milliarden Schweizer Franken garantieren, sondern 10 Milliarden €, dann bin ich bereit, mich in meiner Partei dafür einzusetzen, dass man darüber noch einmal nachdenkt.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha! Es hängt also von der Höhe ab! – Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Die Antwort war: „Das können wir nicht garantieren.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Ein vergiftetes Angebot! – Abg. Peter Hauk CDU: Deshalb haben sie auch nur 2 Milliarden Schweizer Franken garantiert! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist eine Luftnummer, was Sie hier erzählen! – Unruhe)

Das, was Sie in den Haushalt einstellen wollen, ist eine reine Luftbuchung. Das, was Sie verlangt haben, nämlich schnell dem Steuerabkommen zuzustimmen, hätte geheißen, dass man keine Steuerdaten-CDs mehr aufkauft. Wissen Sie, wie viele Selbstanzeigen nach dem letzten Ankauf inzwischen eingegangen sind?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehen Sie es, Herr Rülke! Selbstanzeigen!)

10 000 Selbstanzeigen. Das sind die Selbstanzeigen derjenigen, die Sie mit diesem Steuerabkommen schützen wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Was machen wir, um Steuergerechtigkeit im Land durchzusetzen?

(Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

500 zusätzliche Steuerbeamte

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gerade haben Sie noch erklärt, es hänge von der Höhe ab!)

sollen endlich das korrigieren, was der Rechnungshof Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat, nämlich dass Sie in Ihrer Regierungszeit jedes Jahr auf Einnahmen zwischen 300 Millionen € und 400 Millionen € verzichtet haben, weil Sie zu wenige Steuerfahnder und Steuerprüfer hatten. Wir korrigieren das und setzen Steuergerechtigkeit in unserem Land durch.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Diese Milliarde ist also eine reine Luftbuchung.

Dann kommt das mit den 100 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich.

(Zuruf von der CDU)

Ich muss schon sagen: In unserer Oppositionszeit waren zu gegebenemmaßen auch wir kreativ, aber solche „Knalltütenanträge“ haben wir nicht gestellt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

100 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich, wo sollen die denn herkommen? Wo sollen die denn herkommen?

Alles andere, was Sie beantragt haben, ist Nonsens. Sie haben beantragt, in den Jahren 2013 und 2014 die Mittel für die Gemeinschaftsschule zu streichen, einfach zu streichen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ein guter Antrag!)

– Ein guter Antrag? Aber die Schüler wären dann woanders. Dann kosten sie auch Geld. Dann müssen Sie die Mittel dort einsetzen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir wollten einen niedrigeren Klassenteiler, nicht weniger Personal! Sie wollen mehr Personal in der Gemeinschaftsschule!)

Auch das ist also eine Luftbuchung.

(Unruhe bei der CDU)

Dann kommt tatsächlich einmal ein konkreter Antrag. Er stammt von der FDP/DVP.

(Zuruf des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP)

Es ist der konkrete Antrag, die Mittel für den sozialen Mietwohnungsbau zurückzuführen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Steilvorlage!)

Da wollen Sie an Ihre Tradition anknüpfen, unter der jetzt die Menschen insbesondere in den großen Städten in Baden-Württemberg leiden. In Stuttgart steigt das Mietspiegelniveau um 5,5 %, obwohl natürlich Wohnungen gebaut werden. Aber sie werden halt nicht für diejenigen gebaut, bei denen das Geld knapp ist, also Personen oder Familien mit geringem Einkommen. Wir korrigieren dies Gott sei Dank im Interesse der Familien in Baden-Württemberg mit geringem Einkommen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Überhaupt muss man sagen: Auch nach anderthalb Jahren, lieber Kollege Hauk, haben Sie Opposition noch nicht gelernt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das mit dem Regieren klappt bei Ihnen auch nicht! – Unruhe bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Es gibt Anträge, mit denen die Regierung gebeten wird – ein Entschließungsantrag von der CDU –, sie solle für die CDU ein Konzept zum Ausbau der Masterstudienplätze entwickeln, oder sie solle für die CDU ein Konzept zur Unterstützung von Investitionen für landwirtschaftliche Familienbetriebe entwickeln.

Früher, als Sie noch regiert haben, ging das so. Da haben Sie zur Regierung gesagt: Schreibt uns doch einmal auf, was wir wollen sollen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Claus Schmiedel)

Aber wir können doch nicht sagen: Die Regierung entwickelt jetzt Konzepte für die Regierungspolitik und für die Opposition zugleich. Sie müssen doch selbst aufschreiben, was Sie wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe der Abg. Konrad Epple und Peter Hauk CDU)

Ja, sicher! Man kann doch nicht kommen und sagen: „Liebe Regierung, mach doch einmal unser Oppositionsgeschäft.“ Nein, das müssen Sie selbst machen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Gerade ist es ein bisschen gaga!)

Das, was Sie hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur kritisiert haben, ist ebenfalls heiße Luft.

(Abg. Peter Hauk CDU: Da kommen selbst Sie ins Stottern!)

Was ist bei den Bundesfernstraßen Tatsache? Der Verkehrsminister hat nach Berlin geschrieben: „Wir wollen im Jahr 2014 vier neue Bundesfernstraßenprojekte in Baden-Württemberg beginnen.“ Warum erst im Jahr 2014? Weil wir dann die bestehenden Bauprojekte so weit durchfinanziert haben, dass wir wieder neue angehen können und diese auch durchfinanziert sind.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es werden doch alle durchfinanziert! – Gegenrufe von den Grünen sowie des Abg. Alfred Winkler SPD)

Jetzt kommt der zweite Akt. Antwort des Bundesverkehrsministers Ramsauer: „Ich sehe keinen Raum für Neubeginne in Baden-Württemberg. Das Geld reicht, weil es gekürzt wird, gerade zum Weiterbau der bestehenden Baustellen.“ Ramsauer.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das war vor Haushalt Bund!)

– Moment!

(Abg. Peter Hauk CDU: Das war vor Haushalt Bund!)

– Nein, nein, nein.

(Abg. Peter Hauk CDU: Doch, doch!)

Jetzt kommt der dritte Akt: Ramsauer, Sonderpaket des Bundes, 700 Millionen €.

(Abg. Peter Hauk CDU: 750 Millionen €!)

– 750, sei's drum.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sind 5 Millionen € für uns!)

Vierter Akt: Unsere Fraktion schreibt an Herrn Ramsauer: „Lieber Herr Ramsauer, nachdem es jetzt neues Geld gibt, möchten wir, dass Sie Neubeginne in Baden-Württemberg genehmigen.“ Die Antwort von Ramsauer lautete im November – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist aber streng geheim!)

– Das ist gar nicht geheim. Das Blättle zeige ich überall herum.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ach so! Ist das die Sonderinformation der SPD?)

Die Antwort von Ramsauer lautete im November: „Es gibt keinen Raum für Neubeginne in Baden-Württemberg.“ Im November.

Jetzt kommt der Nikolaustag. Ramsauer legt etwas vor die Tür und sagt: „Jawohl, wir sehen Raum für vier Neubeginne.“

(Zuruf: Spatenstiche! Nur Spatenstiche!)

Jeder Neubeginn wird mit Mitteln zwischen 1 und 3 Millionen € dotiert.

(Zuruf: So eine Luftnummer!)

Da haben Sie gerade einmal die Abschränkung der Baustelle bezahlt, aber noch nicht einmal den Bagger, damit er anbeißt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das ist Bundespolitik, und Sie stellen sich dahinter. Das ist wirklich lachhaft.

Wir haben hier gemeinsam – daran sollten Sie sich erinnern – Entschließungsanträge formuliert, die sich an den Bund richten, endlich das Land Baden-Württemberg angemessen mit Bundesverkehrsmitteln, mit Bundesinfrastrukturmitteln auszustatten. Das haben Sie vergessen. Es liegt nicht an uns, sondern es liegt an der Politik des Bundes, wenn notwendige Ausbaumaßnahmen in Baden-Württemberg nicht begonnen werden können.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr richtig!)

Das, was der Bund jetzt mit 1, 2 oder 3 Millionen € in Gang gesetzt hat, das ist lächerlich, und er hat die Leute hinter den Busch geführt, dass es die Haut anregt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann haben Sie gesagt, wir sollten uns an Bayern ein Beispiel nehmen. Das haben wir alles schon einmal gehabt, aber man muss es offensichtlich immer wieder sagen: Bayern hat deutlich weniger Schulden, deshalb auch weniger Zinsbelastungen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zinsen 1 Milliarde €!)

Bayern macht aber Folgendes: Es deckelt die Rücklagen für die Pensionen bei 100 Millionen € – einfach so! Sonst hätten die Bayern auch keinen ausgeglichenen Haushalt und könnten auch nichts zurückführen. Auf der einen Seite tilgen sie, auf der anderen Seite ist das eine versteckte Kreditaufnahme.

Sie sind übrigens Meister in der versteckten Kreditaufnahme. Denn ein Einsparvorschlag über 100 Millionen € bezog sich darauf, Lebensarbeitszeitkonten einzuführen. Herr Herrmann hat neulich in Ludwigsburg bei den Beamten auch wieder gesagt: Über 100 Millionen € haben wir einen Einsparvorschlag mit dem Lebensarbeitszeitkonto.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Auch so ein Schuss in den Ofen! Verschuldung!)

(Claus Schmiedel)

Was ist ein Lebensarbeitszeitkonto? Ich müsste sagen: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr arbeitet jetzt länger.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, das ist Arbeitnehmerfreundlichkeit, ein Gebot der Stunde!)

Das kann man ja alles machen, wenn man sagt: Ich will die Lebenszeit besser mit der Arbeitszeit in Übereinstimmung bringen. Das ist okay, aber das ist kein Einsparvorschlag.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Überhaupt nicht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Selbstverständlich!)

Denn das, was Sie jetzt an Schulden aufnehmen, müssen Sie ja später zurückzahlen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Falsch! Völlig falsch! – Unruhe)

1 000 Lehrerstellen zahlen wir jetzt zurück an die Kolleginnen und Kollegen, die während Ihrer Regierungszeit vorgearbeitet haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wir bezahlen also 1 000 Lehrer, die nicht im Dienst sind. Das ist die versteckte Kreditaufnahme. Das ist Ihre Politik.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie haben übrigens auch einen Bildungsaufbruch veranstaltet, der nicht durchfinanziert war: 225 Millionen €. – Jetzt einmal ruhig da vorn! Das ist ja unglaublich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Geht es noch? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Also Sie verbieten mir nicht das Wort! Sie wissen genau, dass Sie Quatsch erzählen! – Abg. Peter Hauk CDU: Ein Redeverbot für die Opposition gibt es nicht! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Das ist kein Redeverbot, sondern ein Reinquatschverbot.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Gegensatz zu Ihnen bin ich jeden Tag an der Schule, und Sie reden über Schule! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben keinen umsetzbaren Vorschlag gebracht. Im Gegenteil, Sie haben alle Vorschläge, die wir eingebracht haben, kritisiert. Diese lehnen Sie ab.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Zu Recht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie müssen einmal wieder an die Schule gehen!)

Das ist der Witz des Jahres. Kürzlich haben Sie noch gesagt: „Respekt! Struktureller Einsparvorschlag.“ Auf die zurückgehenden Schülerzahlen reagieren wir auch durch die Einsparung von Lehrerstellen adäquat. Die Schülerzahlen gehen stärker zurück, aber wir machen das.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie vergrößern Klassen!)

Jetzt biedern Sie sich an und wollen den Landtag mit der Lehrgewerkschaft umzingeln. Was wollen Sie jetzt eigentlich? Wollen Sie konsolidieren oder nicht?

(Abg. Peter Hauk CDU: Es ist Ihnen wohl etwas peinlich, dass Ihre Freunde von der GEW demonstrieren! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Herr Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist überhaupt nicht peinlich.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Demonstration richtet sich doch gegen Ihre Politik! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir sind doch eingeladen! – Weitere Zurufe)

Herr Hauk, sie haben uns eingeladen. Wir haben sogar extra ein Flugblatt für diese Demonstration gemacht.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch. – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zur Unterstützung, ja?)

– Ja, natürlich. Wir haben gesagt: Schauen Sie mal dahin, Demonstrationsteilnehmer: Grün-Rot wirkt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben die gemerkt! Deshalb demonstrieren sie!)

Im Laufe dieser Wahlperiode gibt es Umschichtungen von 1,2 Milliarden € in die Bildung.

(Zurufe, u. a.: In die Verschuldung!)

In diesem Betrag sind 364 Millionen € für die frühkindliche Bildung enthalten. Darin sind Maßnahmen für die Schulen enthalten. Darin sind Ausgaben für die Schulsozialarbeit enthalten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Zeiger der Verschuldung gehen aber nach oben!)

Die Ausgaben für die Hochschulen sind in diesem Betrag enthalten. Unter dem Strich werden 1,2 Milliarden € umgeschichtet.

Sie fragen: „Wo setzen Sie Ihre Schwerpunkte?“ Sie sagen, wir hätten keine Schwerpunkte gesetzt. Bildung ist ein absoluter Schwerpunkt. Deshalb schichten wir in den Bereich Bildung um.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Sie verschulden neu! Das ist der Unterschied! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist die Umschichtung, ja!)

Aber wir schichten nicht nur in den Bereich Bildung um,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In die Schulen schichten Sie um!)

sondern wir setzen auch andere Schwerpunkte. Wir setzen einen Schwerpunkt im Bereich Sicherheit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, alles neue Schulden!)

(Claus Schmiedel)

Wir stärken die Polizei. Wir stärken das Justizministerium.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vor allem im ländlichen Raum! – Gegenruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Was gibt es da zu lachen? – Unruhe)

– Warum lachen Sie denn da? Ich verstehe das überhaupt nicht. Entschuldigung, wer hat denn den Antrag gestellt, 10 Millionen € bei der Polizei zu kürzen? Das waren doch auch wieder Sie!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt bleiben Sie aber einmal bei der Wahrheit, Herr Schmiedel!)

Wir stärken die Sicherheit im Verbraucherschutz, bei den Lebensmitteln. Wir stärken die Sicherheit im Hochwasserschutz, den Sie sträflich vernachlässigt haben, und wenden hierfür in den nächsten beiden Jahren jeweils 15 Millionen € auf. Wir stärken die Verkehrsinfrastruktur mit weiteren 10 Millionen € für den Neubau von Landesstraßen, weil wir hier einen Riesenbedarf haben.

(Abg. Viktoria Schmid CDU: Unsinn! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir bleiben bei hohen Ausgaben für die Sanierung. Wir stärken Wissenschaft und Kunst. Wir stärken das Umweltministerium, den Umwelt- und Klimaschutz.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Alles schuldenfinanziert!)

Unter dem Strich würden wir natürlich gern mehr tun.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich! Noch mehr Schulden!)

Natürlich würden wir gern alle Wünsche erfüllen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Das glaube ich auch!)

die an uns herangetragen werden. Aber das geht nun einmal nicht.

Aber Sie sind Ihrer Aufgabe in der Opposition in keiner Weise gerecht geworden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das lasst doch unsere Sorge sein!)

Wenn Sie mit dem Anspruch hier antreten, Herr Kollege Hauk, dass Konsolidierung das Gebot des Jahrzehnts sei, und dann nur heiße Luft verbreiten, unsere Einsparvorschläge auch noch madig machen, dann sind Sie Ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden. Dass Sie auch noch die Oppositionsarbeit von der Regierung erledigen lassen wollen, zeigt, dass Sie in den vergangenen anderthalb Jahren nicht gelernt haben, parlamentarisch zu arbeiten.

Gehen Sie in sich. Das täte der Diskussionskultur sehr gut. Wir sind stolz auf den Haushalt, den wir heute beraten.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Schuldenhaushalt! – Abg. Peter Hauk CDU: Kreisklasse!)

Wir erwarten sachliche Kritik und am Ende eine Mehrheit des Parlaments.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wenn jemand so bellen muss!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war wieder einmal ein eindrucksvolles Beispiel einer Haushaltsdebatte in diesem Haus. Vonseiten der Regierungskoalition werden immer wieder dieselben Theorien vorgebracht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau! – Abg. Johannes Stober SPD: Der Opposition!)

Auf der einen Seite werden die Einsparvorschläge der Opposition – Stichwort Studiengebühren oder, worauf Sie heute Bezug genommen haben, Herr Kollege Schmiedel, unser Vorschlag, die unnötigen Mittel für den Mietwohnungsbau zu kürzen – herangezogen, und es wird erklärt: „Das passt uns nicht; das lehnen wir ab.“ Am Schluss ziehen Sie immer das Fazit, zu behaupten, die Opposition unterbreite überhaupt keine Einsparvorschläge. Es wird aber deutlich, dass dies nicht zutrifft.

Wir reden ja über den Haushalt des Ministerpräsidenten. Insofern ist es, denke ich, angemessen, sich mit der Rolle des Ministerpräsidenten in dieser Landesregierung und damit auch mit seiner Verantwortung für diesen Haushalt auseinanderzusetzen.

Herr Kollege Hauk hat Ihnen ja aufgezeigt, wie es mit diesem Kreisklassenhaushalt, den Sie hier aufgestellt haben, bestellt ist: Sie haben – das lässt sich nicht bestreiten – mit 3 Milliarden € mehr Steuereinnahmen, als wir hatten, 5,5 Milliarden € mehr ausgegeben. Das ist die Wahrheit. Das ist die Realität. Dafür trägt der Ministerpräsident als Regierungschef die Hauptverantwortung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie können ablenken, wie Sie wollen. Faktum ist, dass dieser Haushalt ein Baustein dafür ist, Baden-Württemberg in den Ruin zu führen. Sie machen in Baden-Württemberg eine Haushaltspolitik, die genauso schlecht ist, wie es die Haushaltspolitik in Griechenland jahrzehntelang war.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Hören Sie doch auf! – Unruhe)

Die Realität ist: „Winfriedos Kretschmannakis“ führt Baden-Württemberg in den Ruin, meine Damen und Herren. So sieht es aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

In der vergangenen Woche hat der Ministerpräsident in Karlsruhe erklärt, die Verschuldung des Landes habe biblische Ausmaße erreicht.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Das mag schon sein, Herr Ministerpräsident. Wahrscheinlich haben Sie dann mit Blick auf Ihre eigene Regierung in die

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Offenbarung des Johannes geblickt und festgestellt, dass Kretschmann, Schmid, Schmiedel und Sitzmann die vier Reiter der Apokalypse sind,

(Abg. Helen Heberer SPD: Jetzt wird es peinlich!)

die den nahenden Weltuntergang ankündigen.

(Beifall des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Vornweg kommt der Ministerpräsident auf dem weißen Schimmel, der noch ein Stück weit eine gewisse – scheinbare – Ehrbarkeit verkündet.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dann kommt der Finanzminister auf dem roten Pferd – er ist ja inzwischen eingetroffen; ich hatte schon vermutet, das Pferd hätte ihn abgeworfen –,

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

auf dem roten Pferd, das für Verheerung steht. Danach kommt Schmiedel auf dem schwarzen Gaul.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Oh! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Der steht für Teuerung und Hunger. Schließlich auf dem fahlen Pferd Frau Sitzmann: „Der Weltuntergang naht.“ Das ist wahrscheinlich Ihre Vorstellung von biblischer Verschuldung im Land Baden-Württemberg.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es zeigt sich an allen Stellen dieses Haushalts: Ihr Prinzip ist es, überall aufzusatteln,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Peinlich!)

auch im Staatsministerium. Der Etat der Staatsrätin stieg von 200 000 € auf 350 000 € in einem einzigen Jahr. Da wird sich anschließend der Ministerpräsident vermutlich wieder hinstellen und erklären: Das ist ja nicht viel, damit kann man den Haushalt nicht konsolidieren – so, wie er es bei allen Stellen dieses Haushalts macht. Er behauptet ja auch, die 180 Millionen € zur Kompensation der Studiengebühren seien nicht viel, damit könne man den Haushalt nicht konsolidieren.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Wenn Sie an allen Ecken und Enden des Haushalts so verfahren – und das tun Sie –, dann sind die 3,3 Milliarden € neue Schulden eben kein Wunder, meine Damen und Herren. Das ist Ihre Verantwortung, und das sagt viel über Ihre Haushaltspolitik aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wo sind denn die Konsolidierungsanstrengungen? Beim Länderfinanzausgleich geht es nicht voran. Man kann immer kritisieren, dass die Opposition antreibt und fordert, beim Länderfinanzausgleich müsse etwas passieren. Faktum ist: Es pas-

siert nichts. Faktum ist – das ist typisch für den Regierungsstil der Regierung Kretschmann –: Es wird bei diesem Problem jede denkbare Position eingenommen und wieder verlassen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Schauen wir uns das doch im Einzelnen an. 12. Februar 2012: Baden-Württembergs Regierungschef Winfried Kretschmann, Grüne, plädiert für die Abschaffung des umstrittenen Länderfinanzausgleichs. Ich zitiere:

Ich könnte mir vorstellen, dass wir – wie in anderen Bundesstaaten auch – den Finanzausgleich zwischen den Ländern gänzlich abschaffen und das alles überführen in ein System, in dem der Bund den Ausgleich macht.

Etwas später heißt es in der Presse:

Zugleich machte der Stuttgarter Regierungschef klar, dass bei einem Scheitern eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht nicht ausgeschlossen sei.

Wie sieht es dann im Juli aus? 17. Juli: Bayern will klagen. Kretschmann setzt beim Länderfinanzausgleich auf Verhandlungen. Zitat:

Ich halte nach wie vor die Verhandlungslösung für den richtigen Weg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eiertanz!)

Ergebnis: Eiertanz, null, keinerlei Bewegung, keinerlei Erfolg. Das ist Ihr Regierungsstil, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Helen Heberer SPD: Tosender Applaus!)

Dasselbe gilt in der Frage der Konsolidierung im Personalbereich.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Es sieht doch mittlerweile im Land Baden-Württemberg so aus, dass alles, was nicht bei drei auf den Bäumen ist und was ein grünes oder rotes Parteibuch hat, im Landesdienst in der B-Besoldung zwangsverbeamtet wird. So ist doch die Situation im Land Baden-Württemberg. Die, die dann noch übrig sind, werden in irgendwelchen Landesunternehmen versorgt, und zwar nach Möglichkeit ohne Ausschreibung. Der Finanzminister erklärt dann: „Ausschreibung kann man machen oder nicht.“

In seiner Zeit in der Opposition sprach der Ministerpräsident in diesem Zusammenhang von Gaunereien. Herr Ministerpräsident, ich habe Sie schon wiederholt aufgefordert, einmal Stellung dazu zu nehmen, was Sie zu den Gaunereien Ihrer eigenen Regierung sagen. Bisher sind Sie die Antwort schuldig geblieben.

Das Einzige, was Sie erklären, ist, dass Sie das Steuerabkommen mit der Schweiz nicht wollen. Sie haben es auch kürzlich vor der Landespressekonferenz begründet und haben mit treuerzigem Blick erklärt, Sie machten keine „Kuhhändel“, weil Sie zu dieser Gattung nicht zählten. Schauen wir uns doch einmal an, was Sie in der Vergangenheit zu diesem The-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ma gesagt haben. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 3. Mai dieses Jahres:

Kretschmann hatte bei einem Besuch am Montag in Bern gesagt, er könne seine Skepsis gegenüber dem Abkommen je nach Höhe der Einnahmen für die Bundesländer überdenken.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Das ist doch die Sprache der Kuhhändler, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Was soll denn das, meine Damen und Herren?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Dasselbe gilt für ein dpa-Interview vom 30. April 2012:

Manchmal müsse ein Politiker Grundsätze elastisch anwenden, sagte Kretschmann.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Elastisch!)

Man darf auch nicht in Dogmatismus verfallen.

Aber Kuhhändler ist man nicht. Wie sieht das denn aus?

Dasselbe gilt, als wir in diesem Jahr 2012 hier im Landtag von Baden-Württemberg über die Zustimmung des Bundesrats zum ESM und zum Fiskalpakt diskutiert haben. Da hat sich der Ministerpräsident ausweislich des Protokolls über die 41. Plenarsitzung vom 28. Juni 2012 wie folgt geäußert – ich zitiere –:

Deshalb haben wir unsere Zustimmung zu einem solch komplexen Regelwerk nur erteilt, weil die Haushaltsautonomie des Landtags und die Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen sowohl verfassungsrechtlich als auch in der finanziellen Realität abgesichert sind.

Das heißt mit anderen Worten: Man hat die Grundsicherung vom Bund eingekauft dafür, dass man für den Fiskalpakt und den ESM gestimmt hat. Ja, war das kein Kuhhandel, Herr Ministerpräsident? Was erzählen Sie den Leuten dann immer, meine Damen und Herren?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist gewiss wahr!)

Insofern – ich sage es an dieser Stelle noch einmal – stellt sich die Frage nach der Gattungszugehörigkeit ganz neu.

Das ist typisch für Ihren Regierungsstil. Wir erleben das an vielen Beispielen, etwa wenn es um den Filderbahnhof und um den Kostendeckel geht. Auf einer Regierungspressekonferenz umreißt der Ministerpräsident eine Summe von 24 Millionen € und damit eine Größenordnung, bei der das Land eine Beteiligung an den Zusatzkosten für einen neuen S-21-Filderbahnhof erwägen könnte.

Zwei Stunden später heißt es dann: „Der Kostendeckel gilt.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zwei Stunden später!)

Zunächst hat er erklärt, er sei ja kein Fundamentalist, aber anschließend wird er von den Fundamentalisten aus dem eigenen Laden zurückgepfiffen.

Berechenbare Politik sieht anders aus, meine Damen und Herren. Herr Ministerpräsident, wo bleibt da die Führung, wo bleibt die Richtlinienkompetenz?

Genauso eigenartig ist die Rolle im Zusammenhang mit dem Fluglärm-Staatsvertrag. Da erklärt der Ministerpräsident zunächst im Sommer,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Rülke greift so richtig tief in die Mottenkiste!)

der Kompromiss müsse zähneknirschend akzeptiert werden. Einige Monate später, nachdem er festgestellt hat, dass es in Südbaden erheblichen Widerstand gibt, merkt er plötzlich, dass er energisch auf Nachbesserungen am Fluglärm-Staatsvertrag dringt. Herr Ministerpräsident, wo ist da die Berechenbarkeit, wo ist die klare Linie Ihrer Regierungspolitik?

Nein, es wird eines deutlich, meine Damen und Herren: Ihr politischer Kompass ist der Windbeutel. So sieht es in Baden-Württemberg nämlich aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Gipfel in diesem Zusammenhang ist, was wir dann zu Stuttgart 21 und zu der Frage erfahren dürfen, inwieweit das Ergebnis der Volksabstimmung gilt. Am 6. Februar 2012 wird auf dem Landesportal veröffentlicht – ich zitiere Winfried Kretschmann –:

Am 27. November 2011 hat das Volk entschieden. Und als überzeugter Demokrat und Ministerpräsident akzeptiere ich den Willen des Souveräns. Damit entfällt in einer Demokratie für die Politik und für mich als Ministerpräsident die Legitimation, das Projekt Stuttgart 21 dem Grunde nach immer und immer wieder infrage zu stellen. ...

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zumindest nicht öffentlich!)

Die Bahn darf Stuttgart 21 bauen. So hat das die klare Mehrheit der Abstimmenden gewollt. Es gehört zum Wesenskern der Demokratie, dass man Mehrheitsentscheidungen akzeptiert, ob sie einem nun gefallen oder nicht.

Anschließend erscheint dann ein Buch mit dem Titel „Reiner Wein“. Auf Seite 47 lesen wir auf die Frage, ob der Ministerpräsident sich freuen würde, sollte Stuttgart 21 doch noch scheitern:

(lacht) Heimlich auf jeden Fall.

– Heimlich würde er sich also freuen. – Dann kommt die Nachfrage:

Öffentlich nicht?

Antwort:

Das käme auf die Situation an.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ja, meine Damen und Herren, da ist doch auch wieder die Maske des Biedermanns verrutscht und das wahre Gesicht zum Vorschein gekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Von wegen Demokratie, von wegen „Volksabstimmung akzeptieren“, von wegen Projektförderungspflicht, vor allem aber von wegen Ehrlichkeit. Diese Führung ist doch überall in der Landespolitik zu vermissen.

Kollege Hauk hat das Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen angesprochen. Sie wissen: Wir sind da anderer Meinung. Man kann diese oder jene Position vertreten. Aber man muss doch letztlich redlich bleiben in der Politik. Der Ministerpräsident geht auf den Städtetag nach Offenburg, stellt sich dort hin und erklärt unter dem Applaus der anwesenden Bürgermeister und Oberbürgermeister – die dies ja mehrheitlich wollen –: „Ich bin für dieses Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen – ich, der Regierungschef des Landes mit der Richtlinienkompetenz.“ Als der Applaus abebbt, fügt er hinzu: „Aber leider habe ich in meiner Koalition keine Mehrheit.“ So kann man auch regieren, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

In der Bildungspolitik fehlt jegliche Führung. Die Kultusministerin wird aus den eigenen Reihen beschossen; alles, was schief läuft, wird von den eigenen Leuten der Presse mitgeteilt, weil offensichtlich die eigenen Leute die Kultusministerin nicht mehr wollen. Statt deutlich zu machen, wohin die Reise in der Bildungspolitik geht, fällt dem Ministerpräsidenten nichts anderes ein, als zu erklären, er stehe zu ihr. Aber die wesentlichen Entscheidungen werden ohne sie getroffen. Dass 11 600 Lehrerstellen im Land Baden-Württemberg abgebaut werden sollen, hat die Ministerin aus der Zeitung erfahren. So funktioniert die Bildungspolitik in diesem Land.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Woher wissen Sie das?)

Bei der Energiewende: absolut tote Hose in Baden-Württemberg. Ein paar Windräder sollen gebaut werden.

(Zuruf von den Grünen)

Da muss man sich einmal anschauen, was dabei herauskommt. Ansonsten reine Obstruktion im Bundesrat.

Reform des EEG, um vernünftig voranzukommen mit der Energieversorgung in Baden-Württemberg und im Bund: reine Blockadehaltung.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Nichts ist es mit einer zeitgemäßen Reform des EEG. Dasselbe gilt für die steuerliche Anrechenbarkeit der energetischen Sanierung. In Sonntagsreden von der Energiewende reden, aber am Werktag im Bundestag die steuerliche Anrechenbarkeit der energetischen Sanierung blockieren – das ist keine vernünftige Regierungspolitik, das ist eine Nullnummer, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

So geht es an vielen Stellen in dieser Landespolitik weiter.

Für all dies, zuvorderst für den Haushalt, tragen Sie persönlich die Verantwortung, Herr Ministerpräsident. Ich kann nur das Bild des Kollegen Hauk von der Kreisklasse wieder aufgreifen: Seit 1952 hat das Land Baden-Württemberg keine Regierung gehabt, die so schlecht war. Dieses Land Baden-Württemberg hat diese Regierung nicht verdient und auch nicht diesen Ministerpräsidenten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Ministerpräsident Kretschmann.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Endlich wieder Niveau!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf mich zunächst einmal beim Finanzausschuss recht herzlich für die sachliche Beratung meines Haushalts bedanken, und auch bei Herrn Abg. Paal als Berichterstatter für den Haushalt. Ich darf mich auch bedanken bei der Landtagsverwaltung, bei den Bediensteten in der Landesverwaltung, die dort toll gearbeitet haben, um diesen Haushalt auf die Beine zu stellen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, diese Regierung ist auf einem guten Weg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich darf mich noch einmal bei den Regierungsfraktionen für die Unterstützung der Regierungsarbeit herzlich bedanken. Die Regierung ist auf einem guten Weg.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber wohin? – Abg. Peter Hauk CDU: Wohin?)

Wir hatten jetzt zwei Oberbürgermeisterwahlen, eine in Stuttgart und eine in Karlsruhe.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das hat aber nichts mit der Regierung zu tun! – Abg. Peter Hauk CDU: Was hat das mit der Regierung zu tun? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist primitiv! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Die Kandidaten Kuhn und Mentrup haben ganz überzeugende Ergebnisse eingefahren. Das ist natürlich in erster Linie ihnen selbst zu verdanken.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Eben!)

Aber ich glaube kaum, dass sie dies geschafft hätten, wenn diese Regierung aus apokalyptischen Reitern bestünde. Das wäre wohl schwer möglich gewesen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Man kann sich schwer vorstellen, dass bei den Oberbürgermeisterwahlen in den beiden wichtigsten Städten Baden-Württembergs Sie verlieren und wir gewinnen,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

wenn sozusagen der Weltuntergang in Baden-Württemberg mit einer grün-roten Regierung kurz bevorsteht und ein „Windbeutel“ diese Regierung führt. Das kann man sich, glaube ich, schwer vorstellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: 60 % der Bürger haben Sie nicht erreicht!)

Meine Damen und Herren, so wie Ludwig Erhard vor einem halben Jahrhundert den Begriff und die Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft mitgeprägt hat – es ist, glaube ich, ein epochaler Beginn dieser Republik gewesen,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Die haben Sie lange genug bekämpft!)

mit diesem Begriff ein Wirtschaftsmodell zu beschreiben, das Wohlstand und soziale Gerechtigkeit verbindet –, so entwickeln wir diesen Begriff heute mit einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft oder mit dem Begriff der Nachhaltigkeit fort.

(Zuruf von der CDU: Boah! – Vereinzelt Heiterkeit)

Nachhaltigkeit bedeutet, dass wir nach besseren Lösungen suchen, statt immer nur mehr vom Gleichen zu machen, dass Qualität vor Quantität geht, Köpfcchen statt Masse, Langfristigkeit und Solidität vor Kurzfristigkeit und Kopfflosigkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Das Entscheidende ist, meine Damen und Herren: Das ist nicht nur ökologisch der notwendige,

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Schulden?)

sondern auch ökonomisch der richtige Weg, den wir beschreiben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist nachhaltige Verschuldung! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Der Sektor der nachhaltigen Wirtschaft wächst weltweit fast dreimal so stark wie der Rest der Ökonomie. Weil Sie das, was ein Kernthema ist, für ein Randthema halten, darum regieren wir und nicht mehr Sie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Bravo! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Die Menschen in diesem Land haben begriffen, und die Unternehmen in diesem Land haben begriffen, dass es der richtige Weg ist, dass wir mit diesen grünen Produktlinien nicht nur etwas gegen den Klimawandel tun – und damit notwendigerweise ein Vorbild abgeben, wenn wir diesen Weg gehen –, sondern dass wir damit auch die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten der Zukunft sichern. Darum ist das der richtige Weg, den wir hier beschreiten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Alle wissen, dass die Energiewende ein tragender Grund ist in dieser ganzen Umgestaltung von Politik in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Deswegen machen wir das

ganz entschlossen, mit Mut und Zuversicht, auf drei Säulen: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltfreundlichkeit.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Haben Sie heute schon die Mitteilung der EnBW gelesen? Ab 1. Februar 2013! Bezahlbarkeit?)

Das sind die Säulen, auf denen wir die zukünftige Energiepolitik betreiben. Das gehen wir kraftvoll und mutig an, ganz im Gegensatz zu dem, was Sie hier erzählen wollen, Herr Rülke. Wir sind die Verhinderungspolitik der Vorgängerregierung bei der Windkraft entschlossen angegangen.

(Abg. Peter Hauk CDU: 10 % Preissteigerung in diesem Jahr!)

Das war ein schwieriger, langer Weg, weil Sie da so lange blockiert haben. Jetzt werden wir dahin kommen, dass wir das Ziel eines Windstromanteils von 10 % bis zum Jahr 2020 erreichen können.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir investieren massiv in die Energieforschung. Allein in Freiburg investieren wir gemeinsam mit dem Bund 80 Millionen € in diesem Bereich – Stichwort „Sustainable Energy Valley“.

(Zurufe von der CDU: Oi! – Zuruf von der CDU: Noch einmal, bitte!)

Wir bauen Verteilnetze. Wir haben eine Plattform für Smart Grids geschaffen. Wir haben bei der energetischen Gebäudesanierung ein Programm aufgelegt, das bundesweit seinesgleichen sucht, und 600 Millionen € für zinsgünstige Darlehen bereitgestellt. Das heißt, wir tun hier alles, was wir in unserem Kompetenzbereich machen können.

Auf Bundesebene haben wir entscheidende Initiativen ergriffen, etwa zur Endlagersuche. Mit neuen Rahmenbedingungen für den Energiemarkt sorgen wir dafür, dass wir auch in Zukunft moderne Gaskraftwerke bauen können.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wo wird denn etwas Neues gebaut?)

Diese Frage der Kapazitätsmechanismen ist auf den gemeinsamen Konferenzen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin insgesamt angenommen worden. Wir machen hier eine klare, nachvollziehbare Politik in diesem wichtigen Grundbereich für unsere Ökonomie und zum Erhalt der Prosperität und Wertschöpfung in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir entwickeln aber auch das Soziale in der Marktwirtschaft weiter, und wir müssen das auch immer wieder erneuern. Ich darf einmal Peer Steinbrück zitieren, der kürzlich gesagt hat:

(Oh-Rufe – Abg. Karl Zimmermann CDU: Was hat er dafür gekriegt? – Abg. Thomas Blenke CDU: Das kostet hoffentlich nichts!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Die Fliehkräfte in dieser Gesellschaft nehmen zu: durch eine wachsende Kluft in der Vermögens- und Einkommensverteilung, durch unterschiedliche Startchancen von Kindern aus materiell besser gestellten Etagen unserer Gesellschaft und Kindern aus bildungsferneren Schichten, durch die Spaltung des Arbeitsmarkts, weil die Zahl der unsicheren und unterbezahlten Jobs zunimmt, ...

So weit Peer Steinbrück. Dem kann man nur zustimmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Deswegen bringen wir Baden-Württemberg auch beim Thema „Gute Arbeit“ auf einen nachhaltigen Weg. Mit unserem Tarifreue- und Mindestlohngesetz sorgen wir bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für anständige Löhne. Wir stärken die Unternehmen, die sich Wettbewerbsvorteile durch gute Produkte und Dienstleistungen sichern und nicht durch Dumpinglöhne.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mit dem Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ ermöglichen wir es langzeitarbeitslosen Menschen, eine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anzunehmen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir wollten jetzt eigentlich keine Regierungserklärung hören!)

Und, Herr Kollege Hauk, mit unserer Allianz für Fachkräfte machen wir die berufliche Aus- und Weiterbildung attraktiver,

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Peter Hauk CDU: Steht alles im Haushalt!)

qualifizieren Un- und Angelernte nach, fördern die Beschäftigung von Frauen, verbessern die Bedingungen des altersgerechten Arbeitens und entwickeln vor allem eine Willkommenskultur gegenüber Fachkräften aus anderen Regionen und Ländern. Das nutzt den Unternehmen und den Menschen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch auf Bundesebene, im Bundesrat haben wir solche Initiativen ergriffen: für einen Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde, für die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, für eine faire Behandlung von Zeitarbeit.

Das ist die wirtschaftspolitische Agenda dieser Landesregierung. Sie ist erfolgreich und stößt auf den Zuspruch unserer Bevölkerung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und bei den Unternehmen!)

Bei der schwierigen Haushaltslage,

(Zuruf von der CDU: Was?)

die uns und auch Ihnen bekannt ist, erreichen die Gesamtausgaben für Hochschulen, Wissenschaft und Forschung in der kommenden Haushaltsperiode einen bisher nicht erreichten Höchststand. Das ist einfach eine Tatsache. Sie steigen von 4 Milliarden € in diesem Jahr um 10 % auf 4,4 Milliarden € im nächsten Jahr. Wir wissen, dass der ökonomische Fort-

schritt immer stärker wissenschaftsbasiert ist. Deswegen gehört es zu den vorrangigen Aufgaben, um Prosperität, Arbeitsplätze und Wertschöpfung in diesem Land zu sichern, dass wir dort auch bei knappen Kassen kräftig investieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei diesen Steuereinnahmen von knappen Kassen zu reden!)

In engem Zusammenhang damit steht die Bildung. Sie ist selbstverständlich das Schwerpunkt- und Topthema dieser Landesregierung. Im Pakt für Familien mit Kindern, einem unserer wichtigsten Bildungsprojekte, haben wir die Förderbeträge für den Ausbau der Kleinkindbetreuung jeweils um einen dreistelligen Millionenbetrag erhöht. Allein im Jahr 2013 werden es 325 Millionen € mehr sein. Damit investieren wir mehr Geld in die frühkindliche Bildung und Betreuung als je zuvor.

Wir sichern damit auch den Standort Baden-Württemberg. Denn wir alle wissen: Angesichts der demografischen Entwicklung, die wir haben, ist es ganz entscheidend wichtig, dass wir in jedem Jahrgang das aus den Kindern schöpfen, was in ihnen steckt. Die Wissenschaft sagt uns – zu Recht –: Jeder Euro, den wir in die frühkindliche Bildung stecken, bringt mehr als jeder Euro, den wir später investieren. Darum war dieser Weg richtig. Wir haben hierzu die Grunderwerbsteuer erhöht. Da die Menschen wussten, in welche Bereiche wir die Erträge investieren, war außer einem leichten Grummeln nichts zu hören. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer wurde akzeptiert. Das war ein richtiger Weg, denn sonst hätten wir noch stärker in die Neuverschuldung gehen müssen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Damit sich später hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine Lücke auftut, setzen wir uns ganz engagiert für den Ausbau von Ganztagschulen ein. Das ist ein weiterer wichtiger Baustein unserer Bildungspolitik. Wir haben dafür gesorgt, dass allein im laufenden Schuljahr weitere 70 Ganztagschulen ihren Betrieb aufnehmen können. Der Schwerpunkt liegt zunächst bei den Grundschulen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen mehr Kita-Plätze, und wir brauchen mehr Ganztagschulen. Wir wissen aber auch, dass das mit dem Rechtsanspruch verbundene Ausbauziel gefährdet ist. Was tun Sie in solch einer Situation? Sie führen das Betreuungsgeld ein, und zwar zu einer Zeit, in der diese wichtige Infrastrukturmaßnahme noch nicht einmal sicher umgesetzt ist. Das ist keine nachhaltige und wegweisende Politik, meine Damen und Herren von der Union.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Doch, sehr wohl!)

Mit der Etablierung des Zweisäulenmodells in der Bildungspolitik geben wir einen klaren Weg vor.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was ist daran klar?)

Herr Kollege Hauk, schauen Sie sich einmal in den anderen Bundesländern um.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, genau!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Sie werden feststellen, dass fast alle anderen Bundesländer ähnlich vorgehen, auch die unionsgeführten Länder. Dort wird diese Schulart vielleicht nicht „Gemeinschaftsschule“ genannt, sondern die einen bezeichnen sie als „Mittelschule“, die anderen nennen sie „Regelschule“, und wieder andere „Sekundarschule“ oder was auch immer. Da gibt es einen gewissen Wirrwarr in der Bezeichnung. Aber letztlich geht der Weg bei allen in dieselbe Richtung. Nur Sie verweigern sich stur dieser Entwicklung, die absolut notwendig ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Warten wir den morgigen Tag ab! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist zunächst einmal eine Frage der Gerechtigkeit. Denn auch bei uns hat ein Akademikerkind siebenmal größere Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss als das Kind eines Facharbeiters. Um diese Unterschiede zu beseitigen, gehen wir diesen Weg. Es gehört zu den großen sozialen Aufgaben dieser Landesregierung, den Bildungserfolg so weit wie möglich von der sozialen Herkunft zu entkoppeln.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Also weg von den Eltern? – Abg. Peter Hauk CDU: Was ist denn für Sie ein Erfolg?)

Nichts wird das soziale Gesicht unserer Gesellschaft so sehr bestimmen wie die Teilhabe und die Chancengleichheit im Bildungsbereich. Darum gehen wir diesen Weg weiter.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zum Zweiten – meine Damen und Herren, das sollten Sie zumindest endlich einmal erkennen –: Dies ist auch schlichtweg der demografischen Entwicklung geschuldet. Sie wissen doch genauso gut wie wir, dass wir bis 2020 von Jahr zu Jahr etwa 25 000 Schülerinnen und Schüler weniger haben werden. Danach flacht diese Kurve vielleicht ab. Es ist aber doch klar, dass sich bei einem solch massiven Rückgang der Schülerzahlen – 2020 werden es 190 000 Schülerinnen und Schüler weniger sein als heute – die Schullandschaft umwälzen muss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hierfür muss man die Leistung aber nicht abschaffen!)

Das ist doch gar keine Frage. Daran führt überhaupt kein Weg vorbei.

(Zuruf von der CDU: Unsinn!)

Deswegen gehen wir den Weg der regionalen Schulentwicklungspläne, den Sie jahrzehntelang nicht gegangen sind, obwohl sich die Entwicklung schon lange angekündigt hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir tun das gerade deshalb,

(Abg. Volker Schebesta CDU: 2013 oder 2014?)

damit wir in den ländlichen Räumen ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot sichern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Leistungsprinzip wird abgeschafft!)

Genau das ist einer der Gründe. Wir wollen verhindern, dass zum Schluss nicht alle Kinder vom Land in die Stadt fahren müssen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! – Weitere Zurufe)

Deswegen ist es eine Maßnahme, die den ländlichen Raum stärkt. Das ist gar keine Frage. Wir machen es eben nicht so, wie Sie gesagt haben, Herr Hauk, dass das von oben ohne Rücksicht auf Verluste durchgedrückt wird. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wir machen diese Maßnahme dort, wo sie gewünscht wird.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sie schwätzen doch von 40 Schülern pro Klassenstufe! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Im Gegensatz zu Ihnen haben das viele Ihrer Bürgermeister verstanden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Deshalb war der Städtetag so begeistert von Ihrer Rede, oder was?)

Ich zitiere einmal den Bürgermeister der Stadt Süßen; er ist von der CDU. Dort wurde die Gemeinschaftsschule eingeführt. Er sagt: „Als Kommunalpolitiker muss ich gucken: Was ist das Beste für den Ort?“

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar! Wunderbar! – Weitere lebhafteste Zurufe)

Hier sieht man, wie Entscheidungen gefällt werden, wenn man keine ideologische Brille aufhat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie machen ein Angebot: Gemeinschaftsschule! Sie haben eine riesige Angebotspalette! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Drittens ist die Gemeinschaftsschule auch aus wirtschaftlichen Gründen notwendig. Beispiel Oberkochen, der Hauptsitz zweier hervorragender Unternehmen,

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

der Carl Zeiss AG und des Werkzeugbauers Leitz:

(Abg. Winfried Mack CDU: 19 Schüler in Klasse 5!)

Der Ausbildungsleiter von Zeiss hat sich für die neue Gemeinschaftsschule starkgemacht, weil ihm das neue pädagogische Konzept der beruflichen Bildung entgegenkommt; es setzt auf selbstständiges Lernen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alles Hypothese! – Weitere Zurufe)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Meine Damen und Herren, wir sind an einem Konsens mit Ihnen interessiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn wir das machen, was Sie wollen! – Weitere Zurufe)

Aber dazu müssen Sie Ihre Fundamentalopposition aufgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Natürlich braucht ein Land, eine Industrieregion auch gute Verkehrsinfrastrukturen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Nicole Razavi CDU: Stimmt! – Zurufe: Sehr richtig!)

Das Einzige, was Ihnen dazu einfällt, ist: mehr Straßen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Gar nicht wahr! Entschuldigung, das ist eine böswillige Unterstellung! Stimmt doch nicht! – Abg. Winfried Mack CDU: 30 % mehr Nahverkehr! – Weitere Zurufe von der CDU)

Aber mehr Straßen mit Geld, das wir nicht haben? Das ist das Problem Ihrer Politik.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sie bauen Radwege mit Geld, das wir nicht haben!)

Das ist rein ideologisch motiviert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich!)

Denn wir haben gar nichts gegen mehr Straßen – wenn wir das Geld dafür haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe)

Was wir allerdings nicht machen, sind Neubeginne um jeden Preis – das ist jetzt schon dargelegt worden –, die nicht durchfinanziert sind, sodass wir dann unzählige Baustellen im Land haben, die nicht zu Ende geführt werden können. Das ist keine vernünftige Politik, und deswegen machen wir das nicht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Also keine neuen Straßen!)

Jetzt haben Sie von handgestrickten Kriterien gesprochen, die wir da geschaffen hätten. Herr Kollege Hauk, die Kriterien für eine Prioritätenliste sind öffentlich diskutiert worden, angehört worden,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja genau! Einbestellt zum Rapport!)

und wir haben von Ihnen dazu keine systematische Kritik gehört.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Womit wir ein Ende gemacht haben, das ist die Straßenbaupolitik nach Gutsherrenart, wie sie Herr Ramsauer gerade durchgeführt hat: dass der Wahlkreisabgeordnete sie bekommt, der

zu ihm die besten Beziehungen hat. Damit haben wir Schluss gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nikolausgeschenke!)

Anders können wir im Land keine vernünftigen Debatten darüber führen. Hier gibt es darüber immer Streit. Wenn wir aber gar keine Kriterien haben, entlang derer wir debattieren können, wie soll man da überhaupt eine vernünftige und zielführende Diskussion führen? Dann treten einem in der Tat nur die Besserwisser entgegen. Da brauchen Sie sich jetzt gar nicht so aufzuamselfen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber die sind doch normalerweise bei euch zu finden!)

Deswegen brauchen wir klare Kriterien. Dann kann man mit den Leuten vernünftig darüber streiten.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Das wird natürlich gemacht. Das ist unumgänglich. Aber so führt der Streit nicht in völlige Zerstrittenheit, sondern geht in eine Richtung, bei der jeder, der guten Willens ist, auch etwas nachvollziehen kann. Das war der Fall. Nach den ersten Schocks dieser Prioritätenliste haben alle gesagt: Richtig, endlich weiß man einmal, warum und weshalb.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, deswegen machen wir da eine klare Politik, die heißt: sanieren, ausbauen, neu bauen. Das ist die richtige, vernünftige Reihenfolge, die wir da einhalten. Wir machen das mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Wenn wir mehr bekommen, machen wir auch mehr in diesem Dreieck. So klar, einfach und nachvollziehbar ist das.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Hauk, wir machen aber noch mehr. Wir schauen auch in die Zukunft. Wir kümmern uns auch um nachhaltige Mobilität.

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

Wir versuchen nicht nur, den Staus hinterherzubauen, sondern wir versuchen mit neuen Konzepten, die Verkehrsträger miteinander zu vernetzen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sagen Sie jetzt im dritten Jahr!)

Das gehen wir ganz kraftvoll an. Wir haben die entsprechenden Initiativen ergriffen: beim „Schaufenster Elektromobilität“, beim Cluster Elektromobilität, das wir begonnen haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Entschuldigung, das ist doch alles von der Vorgängerregierung! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

bei der nachhaltigen Mobilität, die wir im mittleren Neckarraum umsetzen. Dass das jetzt nicht irgendwelche Theorien sind, sondern dass das praktisch umgesetzt wird, konnten wir vor 14 Tagen beim Projekt „Car2go“ deutlich machen. Wir gehen das tatkräftig an, und zwar im Zusammenspiel von

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Stadt, Daimler-Benz AG, Land und EnBW; wir haben gemeinsam ein Konzept mit einem Park von 300 Elektro-Smarts auf die Beine gestellt; mit der Tankstellenstruktur, mit der Parkplatzstruktur. Wir haben das gemacht, um etwas Handhabbares zu schaffen, damit jeder die Erfahrung machen kann und wir tatkräftig in das neue Zeitalter eintreten.

(Zuruf von der CDU: Atomstrom!)

Das sind Taten, meine Damen und Herren, wichtige Taten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dasselbe haben wir beim Schienennahverkehr gemacht. Das ist ein wichtiger Baustein im Zusammenspiel der Verkehrsträger. Damit wir in den Jahren 2013 bis 2019 zahlreiche notwendige Neu- und Ausbauprojekte realisieren können, stellen wir zum einen Kofinanzierungsmittel in Höhe von 450 Millionen € bereit und übernehmen zum anderen Finanzierungsrisiken, die sich aus dem Auslaufen der Bundesförderung im Jahr 2019 für wichtige Infrastrukturprojekte ergeben.

Man sieht also: Wir sind auf dem Weg, Baden-Württemberg zu einer Pionierregion für nachhaltige Mobilität zu machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Lummerland!)

Sie sehen daran, meine Damen und Herren – ich habe das jetzt an einigen Beispielen ausgeführt –:

(Abg. Peter Hauk CDU: „Kraftvoll“!)

Diese Landesregierung betreibt eine Haushaltspolitik, die heißt: investieren,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schulden, Schulden, Schulden!)

sanieren, konsolidieren. Nur in diesem Dreieck macht es Sinn und ist es vernünftig. Das machen wir konsequent weiter. Das ist eine große Herausforderung. Die Ausgangslage ist jetzt schon x-mal genannt worden: Wir haben 40 Milliarden € Schulden geerbt. Das bedeutet eine Zinsbelastung von fast 2 Milliarden € pro Jahr. Wir haben zusätzlich 70 Milliarden € Pensionslasten, die wir im Prinzip hinzurechnen müssen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das heißt, es ist eine große Herausforderung. Deswegen sind die Spielräume, die wir haben, nicht – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da ist auch Ihre Pension dabei! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Ja, ja. Das ist mir alles bekannt. Aber das ist einfach eine Tatsache. Die können Sie nicht „wegzwischenrufen“. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben als Lehrer Ansprüche erarbeitet wie andere auch!)

– Die Ansprüche stellen wir ja überhaupt nicht infrage.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gott sei Dank!)

Aber schauen Sie sich einfach einmal die Pensionsentwicklung an. Schauen Sie sich einmal an, wie das aussieht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Heute haben wir 100 000 Pensionäre, im Jahr 2020 werden wir 140 000 Pensionäre haben.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Zahl der Pensionäre hat sich in 20 Jahren schlichtweg verdoppelt. Das sind nun Fakten, an denen niemand vorbeikommt, Sie natürlich überhaupt nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Sie haben keinen einzigen Vorschlag dazu gemacht, was wir eigentlich tun sollen, damit uns diese Pensionslastlawine nicht erdrückt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben neue Beamte eingestellt!)

Es gibt keinen einzigen Vorschlag von Ihnen. Jedenfalls ist mir keiner bekannt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ein Minister und zwei Ministerialdirektoren! Einer ist schon in Pension!)

So ist es, meine Damen und Herren.

Ich habe es Ihnen letztes Mal nochmals ausgeführt: Von den Steuermehreinnahmen geht die eine Hälfte in die Ausgleichssysteme – Länderfinanzausgleich, kommunaler Finanzausgleich –, die andere Hälfte wird für die Deckung der Personalkosten eingesetzt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt doch gar nicht!)

– Doch, so ist es.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, so ist es nicht!)

Dass dies so ist, zeigt, wie dramatisch die Lage ist. Die Lage ist so, dass wir selbst bei sprudelnden Steuereinnahmen die Lücke nicht schließen können, sondern nur erreichen, dass sie nicht größer wird. Sie sind wahrscheinlich wirklich die erste Opposition in diesem Landtag, die die Grundfakten eines Haushalts überhaupt infrage stellt. Auf eine solche Idee wäre ich in 30 Jahren wirklich nicht gekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dass Sie diese Lücke nicht bestreiten können, ist klar. Andernfalls würden Sie den Vorwurf erheben, wir hätten den Haushalt gefälscht. Das glauben Sie ja wohl selbst nicht. Diese Lücke ist einfach da.

Sie haben mit Ihren Anträgen nicht zeigen können, wie Sie diese Lücke auf einmal schließen wollen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was heißt hier „Lücke“? 18 % Ausgabensteigerung!)

Die einzigen wirklich relevanten Vorschläge, die Sie gemacht haben, betreffen zum einen das Arbeitszeitkonto. Es ist schon

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

ausgeführt worden: Das verschiebt die Schulden nur in die Zukunft. Das andere ist die Gemeinschaftsschule mit 60 Millionen €. Also ausgerechnet an ein Zukunftsprojekt gehen Sie mit einem Einsparvorschlag von 60 Millionen € heran. Aber auch das ist noch falsch gerechnet, denn diese 60 Millionen € entstehen ja nicht völlig neu, sondern sie gehen an Schulen, die umgewandelt werden. Also sind diese 60 Millionen € natürlich völlig falsch gerechnet. Sie können noch nicht einmal solche einfachen Rechnungen machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Lieber Kollege Rülke, da nützt Ihr ganzer Verbalradikalismus überhaupt nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jawohl!)

Im Landtag von Baden-Württemberg kann man mit Anträgen zeigen, dass man eine Lücke von 2,5 Milliarden € auf einmal schließen kann – wenn man das möchte. Das haben Sie nicht gemacht. Sie sind noch nicht einmal in einen interessanten Bereich von, sagen wir, 0,5 Milliarden € gekommen, sondern das, was Sie eingestellt haben, sind alles Einnahmen wie die aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz, die wir aber gar nicht haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil Sie es ablehnen! Das ist klar!)

– Was ich im Vermittlungsausschuss mache, können Sie gar nicht wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ah! – Heiterkeit)

Der arbeitet nämlich vertraulich, wie Sie wissen. Deswegen werden die Protokolle erst nach Ablauf der darauffolgenden Legislaturperiode veröffentlicht. Das ist der Grund.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist ein Glück für Sie!)

Aber ich kann Ihnen trotzdem sagen,

(Heiterkeit)

was ich da der Tendenz nach bezüglich des Steuerabkommens mit der Schweiz machen werde: Wenn die Bundesregierung nichts substanziell Neues vorlegt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass ich dem zustimme, nicht groß.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Ah ja!)

So einfach ist das. Über dieses Steuerabkommen mit der Schweiz haben wir ja schon diskutiert. Die Beträge, die Sie einsetzen, sind reine Fantasiezahlen. Das Abkommen bringt uns einen Festbetrag von etwas über 120 Millionen € und den Kommunen noch einmal 30 Millionen €. Was dann laufend hereinkommt, sind nach unserer Schätzung eher 20 Millionen € als das, was Sie da erzählen.

Verstehen Sie: Wir haben schon einmal eine Erfahrung mit so einer Amnestie gemacht, nämlich unter Eichel, wenn ich mich recht erinnere. Das, was damals hereinkam, war ein Fünftel von dem, was prognostiziert wurde. Wir haben eine solche schlechte Erfahrung schon einmal gemacht. Wir werden aus Erfahrung klug.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Da klatschen sie noch! – Unruhe)

Ich möchte zum Schluss noch etwas zum Thema Bürgerbeteiligung sagen:

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist auch wichtig! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! Basta! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das ist eine wichtige Überschrift unseres Regierungshandelns.

(Unruhe)

Es geht darum, wie wir das bei Projekten, die wir selbst anstoßen, umsetzen – nicht bei Projekten wie Stuttgart 21, bei denen wir die ganzen Schwierigkeiten, die da bestehen, übernommen haben. Was machen wir eigentlich bei Projekten, die wir selbst anstoßen, wie beim Nationalpark Nordschwarzwald?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Bürgermeinung!)

Wir führen überall in der Region Informationsveranstaltungen durch. Mittlerweile sind das über hundert. Zusätzlich haben wir 120 000 Haushalte angeschrieben und um Anregungen und Fragen gebeten.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: 3 %! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir haben Verbände und Kommunen aufgefordert, sich mit Beiträgen einzubringen. Die Anregungen haben wir in einem Lastenheft gebündelt und auf dieser Grundlage ein Gutachten zum Nationalpark Nordschwarzwald in Auftrag gegeben, das nach Ostern landesweit vorgestellt wird.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ostern also?)

Parallel dazu wurden sieben regionale Arbeitskreise mit Expertinnen und Experten eingerichtet, die einzelne Themen und Fragen bearbeiten. Die Protokolle und Berichte sind öffentlich. Die Bürgerinnen und Bürger konnten sie einsehen und dazu Stellung nehmen. Die gute Resonanz vor Ort bestärkt uns in unserem Vorgehen. Es geht wirklich darum, mit den Menschen vor Ort in den Dialog zu treten

(Zuruf von der CDU: Maulkorb! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

und die Entscheidungen des Landtags transparent vorzubereiten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Und die Bürger vor Ort haben nichts zu sagen!)

Wenn die Devise „Politik des Gehörtwerdens“ lautet, dann heißt das für den Einzelnen nicht immer, dass er auch erhört wird. Das klingt zwar so,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

aber das ist damit überhaupt nicht gemeint. Politik des Gehörtwerdens meint so etwas wie rechtliches Gehör in der Justiz. Es meint, dass wir die Bürgerschaft ernsthaft einbeziehen, dass die Bürger ihre Argumente einbringen können und dass wir nichts machen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Staatsrätin schaut schon ganz wirr!)

ohne dass wir das in Gang setzen, und zwar auf breiter Front. Das habe ich gerade dargestellt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gilt das auch für Stuttgart 21? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Warum demonstrieren dann morgen alle Lehrer?)

– Das gilt selbstverständlich auch für Stuttgart 21. Ich weiß nicht, was Sie da alles erzählt haben. Meine Haltung dazu ist wirklich sonnenklar.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eben nicht! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Ich habe zu dieser Volksabstimmung überhaupt kein taktisches Verhältnis.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

Das Ergebnis gilt für mich ganz stringent.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was stimmt jetzt?)

Die Schwierigkeiten, die sich da gerade auftun, können Sie vielleicht der Zeitung und dem heutigen Bericht des Aufsichtsrats entnehmen. Wenn ich mich über etwas heimlich freue – vor allem, wenn ich es öffentlich sage –, dann lasse ich mir das von Ihnen nicht nehmen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist bezeichnend! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch peinlich! – Gegenrufe von den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich bin allerdings der Auffassung, dass wir die anstrengende Politik ohne eine gute Portion Humor eigentlich nicht wirklich durchhalten können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Abg. Winfried Mack CDU: So geht es uns auch!)

Ich versuche es mit Humor,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja, wir auch! – Unruhe)

Sie mit Zynismus. Das kann jeder halten, wie er will. Aber das lasse ich mir von Ihnen nicht nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dass ich ab und zu einmal reflektiere und laut denke – was ich hinterher manchmal auch bereue; das gebe ich zu –, auch das werde ich mir nicht nehmen lassen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Denn wenn ich einmal die Politik verlasse, will ich nicht als rund geschliffener Kiesel durch die Gegend rollen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Selbstverständlich setzen an mir auch Biegekräfte an, Herr Kollege Rülke. Das ist auch nicht vergnüglich. Wichtig ist, dass diese irgendwann wieder in die Ausgangsstellung zurück-schnellen, sodass man nicht verbogen wird. Darauf achte ich. Das ist mir wichtig. Daran, dass man auch gebogen wird, führt leider kein Weg vorbei.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Trefflich!)

So ist das. Man muss auf vieles Rücksicht nehmen und auch manches tun, was einem persönlich nicht passt. Sie haben auch das Alkoholkonsumverbot angesprochen. Da haben Sie wirklich einen Treffer gelandet. Herzlichen Glückwunsch.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Und was ist mit der Staatsrätin?)

Herr Kollege Rülke, ich komme zum Nationalpark zurück: Wir machen das ganz konsequent. Wir machen das durch-schaubar; wir machen das mit klaren Kriterien. Aber etwas muss klar sein, gerade Ihnen – da haben Sie uns dauernd bei der Debatte über Stuttgart 21 gemahnt –: Es muss klar sein, wer wofür zuständig ist. Die Maßstäbe müssen klar sein, und es muss klar sein, wer entscheidet. Ein Nationalpark ist ein Projekt von nationaler Bedeutung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Und nicht von regionaler?)

Nach der Kompetenzordnung der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland entscheiden das die Landtage, und so wird es gemacht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Selbstverständlich! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Basta!)

Wir müssen bei den Dialogen mit der Bürgerschaft immer klar den Rahmen, in dem wir debattieren, aufzeigen. Das haben wir übrigens beim Filderdialog sehr klar vorher gesagt. Das müssen wir aufzeigen und dürfen die Bürgerschaft nicht im Unklaren darüber lassen, was unsere Ziele sind. Das Ziel ist ein Nationalpark. Das steht schon im Koalitionsvertrag. Es müssten vor Ort schon sehr gewichtige Argumente erscheinen, bevor wir davon abrücken müssten. Das will ich gar nicht ausschließen. Aber solche Argumente sind mir bisher jedenfalls nicht begegnet.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Natürlich können nur die Argumente in solch einem Prozess gewichtet werden; selbstverständlich gehören dazu auch die Interessen der Region. Das ist im Moment alles streitig gestellt. Deswegen macht man einen Dialogprozess, in dem sich jeder – selbstverständlich auch die Gegner – voll einbringen kann. Zum Schluss müssen wir aufgrund dessen, was wir da gehört haben, was das Gutachten sagt und wie es bewertet wird, hier im Landtag von Baden-Württemberg eine verantwortliche Entscheidung treffen. So sieht es unsere Verfassungsordnung vor. Der Bürgerdialog kann anders nicht gelingen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Weil Sie auf die „Besserwisser“ angespielt haben: Selbstverständlich ärgern auch mich manchmal Besserwisser. Etwas anderes habe ich nicht gesagt. Aber wir mit unseren tollen Verwaltungen denken natürlich, wir wüssten immer alles besser.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Darum ärgert uns das manchmal. Das nervt auch.

Ein Problem vieler Bürgerbewegungen ist, dass sich Teile davon fanatisieren. Das bereitet mir große Sorge. Denn solch ein Bürgerdialog kann nur gelingen, wenn die Institutionen ihre Bringschuld erfüllen. Es geht erst einmal um Transparenz, um Offenheit in den Alternativen. Das kann aber nur gelingen, wenn auch die Bürgerschaft diesen Streit zivilisiert führt. Darüber rede ich in der Tat. Da sage ich auch einmal solche Dinge, wie ich sie mit dem „Besserwissen“ gesagt habe. Das hat mit dem Respekt vor der Bürgerschaft überhaupt nichts zu tun.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein, nein!)

Der ist nämlich da. Er ist bei mir ganz tief verankert, und den nehme ich ganz ernst. Das wissen die Bürgerinnen und Bürger auch. Egal, was es ist, ob Fluglärm oder sonst etwas, ich weiche keinem Konflikt aus. Ich gehe hin und stelle mich. Ich sage noch einmal zum Fluglärmstreit: Der Kollege Ramsauer, der dafür zuständig ist, der dafür die Verantwortung trägt, der verhandelt hat, der die Experten für die Luftraumsicherung hat, die wir nicht haben, ist acht Wochen lang abgetaucht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das stimmt!)

Ich muss jetzt leider aus dem Nähkästchen plaudern. Es wurden keine Treffen mehr veranstaltet, auch auf Arbeitsebene nicht mehr. Die Fragen, die wir gestellt haben, wurden nicht beantwortet. Was ich der Bürgerschaft dort versprochen habe, dass die Bundesregierung vor Ort kommt und sich stellt – Ich habe in Waldshut klipp und klar gesagt: Entweder werden die Einwände vom Bundesministerium widerlegt, dann stimmen wir dem Vertrag zu. Oder sie werden nicht widerlegt, dann stimmen wir ihm nicht zu. Das war eine ganz klare, eindeutige Aussage. Wenn in einer solchen Situation, in einer solch aufgeheizten Atmosphäre der zuständige Bundesminister vor Ort nicht erscheint und sich den Leuten nicht stellt, dann muss ich sagen: So erzeugt man wirklich Politikverdrossenheit größten Ausmaßes.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege, Sie waren schon in der Schweiz dabei. Schon in der Schweiz habe ich gesagt: Ich begrüße das Ganze im Grundsatz, aber es darf nicht geschehen, dass das Kleingedruckte das Großgedruckte des Vertrags cancelt – Flugrouten, Flughöhen, Luftraumbewirtschaftung. Das hat sich nun aber so herausgestellt, und wahrscheinlich ist genau dies der Grund. Die Bundesregierung, Bundesminister Ramsauer, konnte die Einwände in diesen drei Punkten nicht widerlegen. Deswegen können wir diesem Vertrag nicht zustimmen. Das ist ganz eindeutig.

Ich habe mich da korrekt verhalten und den Leuten kein X für ein U vorgemacht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

Ich wiederhole, was ich hier schon einmal gesagt habe: So können Verfassungsorgane nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber so kann auch eine Bundesregierung nicht mit der Bürgerschaft vor Ort umgehen. Es geht schon dreimal nicht, sich vor Ort einfach nicht blicken zu lassen und sich den Leuten nicht zu stellen. Wir stellen uns der Bürgerschaft in allen wichtigen Fragen dieses Landes. Wir treten in diese Dialogprozesse ein, auch wenn sie nicht immer einfach sind.

Ich bin fest davon überzeugt: Nur wenn wir diesen Weg der Bürgergesellschaft gehen, Menschen auf Augenhöhe in Prozesse einbeziehen und mit ihnen diskutieren, vollziehen wir diesen Schritt und tun etwas dagegen, dass sich Menschen von der Demokratie und deren Institutionen abwenden. Darum ist das eine so wichtige Überschrift für diese Landesregierung. Sie will eine Bürgerregierung sein. Das ist ihr oberstes Anliegen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Präsident Guido Wolf: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung ergibt sich jetzt die Möglichkeit für eine weitere Runde, beginnend mit den Vertretern der Oppositionsfraktionen.

Das Wort hat der Kollege Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

Zunächst einige Bemerkungen zu den Beiträgen der Kollegin Sitzmann und des Kollegen Schmiedel. Liebe Kollegin Sitzmann, Sie haben hinsichtlich der Haushaltsstruktur der vergangenen Jahre von Sondereffekten der Jahre 2008, 2009, 2011 und 2012 gesprochen. Ich verstehe Sie also richtig: 2011 war das Ihre Nullneuerschuldung, 2012 war es Ihre Nullneuerschuldung. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer logischen Kette heißt das auch: 2013 ist das Ihre Neuverschuldung, und für 2014 gilt das gleichermaßen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie werden doch nicht im Ernst behaupten wollen, dass im Jahr 2008 und vor allem auch im Jahr 2009 Sondereffekte vorgelegen hätten. Ein wirtschaftliches Boomjahr war das Jahr 2008. 2009 war das sicherlich nicht der Fall. 2010 erfolgte ein starker Einbruch, und im Jahr 2011 war man wieder im Aufschwung begriffen.

Jetzt muss man daran erinnern: Sie hatten damals eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt – das ist gerade einmal anderthalb Jahre her –, die Steuereinnahmen von 25,3 Milliarden € für das Jahr 2012 und von 27,4 Milliarden € für das Jahr 2014 vorsah.

Die Steuereinnahmen belaufen sich jetzt nicht auf 27,4 Milliarden €, sondern auf 31,5 Milliarden €. Ich brauche keinen

(Peter Hauk)

Taschenrechner, um die Differenz zu bilden. Das sind 4,1 Milliarden € mehr, als damals angenommen wurde.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Brutto oder netto?)

Hinzu kam damals, im Jahr 2011, eine eingeplante Deckungslücke. Diese Deckungslücke, Herr Ministerpräsident, enthält alle von Ihnen genannten Maßnahmen: Personalkostensteigerungen, die steigende Zahl der Pensionäre, Länderfinanzausgleich etc. Das ist alles mit enthalten. Die Deckungslücke in der mittelfristigen Finanzplanung betrug 3,0 Milliarden €. Da bleiben – Herr Schmiedel, auch das geht ohne Taschenrechner – am Ende Mehreinnahmen von 1,1 Milliarden € übrig. Die bleiben übrig – und Sie satteln 3,3 Milliarden € neue Schulden drauf. Das heißt, Sie geben faktisch über 4 Milliarden € mehr aus als im Jahr 2011. Das muss erst einmal jemand nachmachen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Das sind dann letztendlich die besonderen Prioritäten, die Sie setzen.

Die Chancen vergeben Sie gleichermaßen. Die Kollegin Sitzmann wirft uns vor, wir würden Steuerhinterzieher decken. Frau Kollegin Sitzmann, diesen Vorwurf weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Ungeheuerlich! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir haben aber zu akzeptieren, dass die unterschiedlichen Nationen unterschiedliche Rechtsgebiete sind. Der Schweiz-Versteher Kretschmann, der sich bei seinen Kantonalbesuchen als solcher gezeigt hat und der sich dafür auch hat feiern lassen, wird wohl nicht beabsichtigen, das deutsche Rechtsgebiet zukünftig auf die Schweiz zu erweitern und die Schweizer zu vereinnahmen. Wenn das aber so ist, und wenn Sie von Verfassungsorganen in der Bundesrepublik sprechen, Herr Ministerpräsident, dann gebietet es die Beachtung der nachbarschaftlichen Nationalität, dass deren Gesetze und deren Rechtsgebiet entsprechend respektiert werden. Auch das gehört dazu.

(Beifall bei der CDU – Zuruf: Steuerhinterziehung respektieren? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch absurd!)

Das Schweizer Bankgeheimnis besteht seit 70 Jahren. Dass die Schweiz bereit ist, für die Zukunft eine Besteuerung durchzuführen wie Deutschland – so, wie das Kapitalertragsteuerverfahren in Deutschland läuft –, ist doch Steuergerechtigkeit pur.

(Zuruf von den Grünen)

Ich habe, bezogen auf die Vergangenheit, großes Verständnis dafür, dass die Schweiz sagt: Für unsere Bürger und für die, die ihr Geld hier angelegt haben, gilt das Bankgeheimnis; dies wird nicht rückwirkend aufgehoben. Aber die Schweiz ist bereit, Strafzahlungen – wenn man so will – insofern zu akzeptieren, als nicht der Ertrag der letzten zehn Jahre

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wie großzügig!)

nachbesteuert wird, sondern das Vermögen mit 21 bis 41 % besteuert wird. Das führt in 95 % aller Fälle zu einer höheren Besteuerung als das, was gewesen wäre, wenn die Anleger ihre Zinseinkünfte damals in Deutschland versteuert hätten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das stimmt nicht! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Unruhe)

Deshalb weise ich den Vorwurf, wir würden versuchen, Steuerhinterzieher zu decken, schlichtweg zurück.

Der Kollege Schmiedel spricht von Einsparvorschlägen, die wir als Opposition nicht gemacht hätten. Herr Kollege Schmiedel, ich glaube, Sie waren wohl in dieser Zeit abwesend.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Luftnummer!)

Sie haben gepriesen, dass Sie zum ersten Mal einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen, weil er noch in diesem Jahr verabschiedet wird. Aber deshalb wird er nicht besser. Wir hatten früher der Opposition Gelegenheit gegeben, nach der Einbringung des Haushalts bis zu den Beratungen des Finanzausschusses – in der Summe sechs Wochen – den Haushalt zu inspizieren und zu durchleuchten. Nach nur zwei Wochen Beratungszeit kamen wir auf Einsparvorschläge, die wir auch in Anträgen formuliert haben, in der Größenordnung von 1,5 Milliarden €.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe von den Grünen und der SPD – Unruhe)

Dass Sie diese politisch nicht akzeptieren, steht auf einem anderen Blatt; das ist Ihr gutes Recht.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sind Mehreinnahmen Einsparvorschläge?)

Aber es ist unser gutes Recht, diese Anträge einzubringen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, angesichts der Zeit, die Sie sich genommen haben, ist das Hängen und Würgen, das Nichtzustandekommen von Abkommen mit Beamten enttäuschend. Ich erinnere an die letzte Legislaturperiode mit der damaligen schwarz-gelben Koalition: Wir haben mit den Beamten gesprochen, und die Verhandlungen waren nicht einfach. Immerhin: 500 Millionen € strukturelle Einsparungen beim Personal konnten erreicht werden. Aber im Unterschied zu Ihnen geschah dies in Übereinstimmung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Landes und nicht im Streit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Diese Verhandlungen können nur Sie führen.

Herr Kollege Schmiedel vergießt Krokodilstränen darüber – ähnlich hat das auch der Ministerpräsident getan –, dass der Bundesverkehrsminister in den Jahren 2013 und 2014 Neubeginne avisiert hat.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

(Peter Hauk)

Wahr ist: Auch laufende Verfahren müssen durchfinanziert werden. Es ist völlig klar, dass nach der alten Planung die Finanzmittel hierfür nicht gereicht hätten. Aber Sie verkennen eines: Schauen wir einmal, welche Summen für Baden-Württemberg zur Verfügung stehen. Nach der Verabschiedung des Bundeshaushalts werden von den 750 Millionen €, die der Bund hierfür neu bereitstellt, in der Summe 70 Millionen € auf Baden-Württemberg entfallen. Davon fließen 63 Millionen € in die Verstärkung laufender Neubauvorhaben, und 7 Millionen € fließen in Neubauten – was logisch ist; denn Ende 2012 werden kaum Mittel für 2013 verbaut werden können, weil zunächst einmal die baureifen Planungen fertiggestellt werden müssen, sodass es ohnehin erst 2013 respektive 2014 tatsächlich zu einer Verausgabung von Mitteln hierfür kommt. Das, meine Damen und Herren, ist aber keine Politik der Spatenstiche um der Spatenstiche willen. Das ist eine Politik, um die Infrastruktur in diesem Land sukzessive zu verbessern, nämlich durch den Ausbau und den Weiterbau bestehender Maßnahmen, aber auch den Neubeginn von Maßnahmen. Das ist ein Bekenntnis zu dieser Infrastruktur. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der Herr Ministerpräsident hat vorhin auf Ludwig Erhard abgehoben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das hat Erhard auch nicht verdient!)

Er hat darauf abgehoben, dass ein neuer Faktor, nämlich der Faktor der Nachhaltigkeit, in die von Erhard konzipierte Politik der sozialen Marktwirtschaft einfließen soll. Das ist wahrlich nichts Neues, Herr Ministerpräsident. 2013 haben wir ein Jubiläumsjahr. Ich meine nicht das 500-Jahr-Jubiläum der Reformation; das steht erst im Jahr 2017 an.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da könnte man den Reformationstag wieder einführen!)

Nein, ich meine das 300-Jahr-Jubiläum der Nachhaltigkeit. Denn die Nachhaltigkeit ist keine Erfindung des grünen Ministerpräsidenten Kretschmann,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

sie ist keine Erfindung der grünen Parteiideologie.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Carlowitz!)

Vielmehr war es die Erfindung eines klugen Mannes – überdies noch ein Sachse, mit uns durchaus wesensverwandt –,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man versteht sie halt schlecht!)

der im Prinzip die Nachhaltigkeit eingeführt hat. Seitdem profitiert insbesondere die Waldwirtschaft von diesem Prinzip.

Nachhaltigkeit heißt aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit den Ressourcen so umzugehen, dass sie auch in der Zukunft zur Verfügung stehen. Sie gehen mit den Haushaltsressourcen nicht so um. Genau gegen dieses Prinzip, das Sie wie eine Monstranz vor sich hertragen, verstoßen Sie in

einer eklatanten Weise, obwohl Sie es besser könnten, obwohl Sie selbst sich eigentlich diesem Prinzip verpflichtet sehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das sind genau die Sprechblasen, die eigentlich niemand mehr brauchen kann.

Ein epochaler Beginn, das war es in der Tat 1946 und dann 1948 bei der Implementierung der sozialen Marktwirtschaft. Sie haben dies dann auf die Energiewende bezogen, die in diesem Jahrzehnt gleichermaßen als besondere Herausforderung ansteht. Da haben Sie recht. Ich bin der festen Überzeugung, die Energiewende kann in der Tat nur gelingen, wenn genau die Prinzipien einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft in dieser Energiewende auch tatsächlich Platz greifen. Nur dann kann sie gelingen.

Aber Nachhaltigkeit meint eines garantiert nicht: Nachhaltigkeit meint nicht Planwirtschaft, Nachhaltigkeit meint nicht Subventionierung, Nachhaltigkeit meint nicht einen ständigen Einspeisevorrang und damit die einseitige Bevorzugung, das Aus-dem-Markt-Herausnehmen von bestimmten Energiearten. Das müssen Sie abstellen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie werden es auch nur erreichen, wenn Sie genau diese planwirtschaftlichen Elemente, die zur Markteinführung nötig waren, beim Energieeinspeisegesetz, bei der Subventionierung sukzessive degressiv

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Passiert doch!)

abschmelzen und auch das zweite planwirtschaftliche Element, den unbedingten, den hundertprozentigen Einspeisevorrang für die erneuerbaren Energien, sukzessive abschmelzen und damit die erneuerbaren Energien Stück für Stück in den Markt hineinstellen. Nur dann werden Sie Preisstabilität erreichen, nur dann werden Sie Anreize für den Bau von Speichern schaffen, nur dann werden Sie Anreize für den Netzausbau schaffen.

(Vereinzelt Beifall)

Ihr Weg, meine Damen und Herren, führt in die Irre. Er führt in eine Subvention hinein, die am Ende mit der Subventionierung des Steinkohlebergbaus gleichzusetzen ist.

Herr Minister Untersteller fordert jetzt Kapazitätsmärkte. Das ist eine vornehme Umschreibung dafür, dass diese Landesregierung fossile Kraftwerke – Kohlekraftwerke, Gaskraftwerke – auf Kosten des Verbrauchers subventionieren will

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das ist doch ein Quatsch!)

– das nennt sich dann Kapazitätsmärkte –, anstatt marktwirtschaftliche Anreize dafür zu schaffen, dass Speicher gebaut werden.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Was?)

(Peter Hauk)

Herr Minister Untersteller, wo bleibt denn Ihr Speicherkonzept, wo bleibt denn Ihr Klein- und Großspeicherkonzept? Wo bleiben denn Ihre Vorstellungen für den Ausbau der Netze in Baden-Württemberg, für den Ausbau des Hochspannungsnetzes? Da ist nämlich noch ein Strang von West nach Ost erforderlich. Wo bleiben denn Ihre Vorstellungen zum Ausbau der Niederspannungs- und der Mittelspannungsnetze? Wo bleiben denn Ihre Konzepte zur Energieeffizienz, die Sie alle vollmundig angekündigt haben? Wo bleibt denn Ihr Modellprojekt zu den Themen „Smart Grid“ und „Smart Metering“, das Sie angekündigt haben? Wo bleibt denn all dies, was Sie angekündigt haben? Was arbeiten Sie denn? Es reicht nicht aus, fachlich drin zu sein; man muss auch etwas tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Lachen der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE –
Abg. Karl Zimmermann CDU: Nicht nur schwätzen,
auch schaffen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kommt der Herr Ministerpräsident und sagt: „Wir sind für gute Arbeit“, und führt den Mindestlohn an. Auch dort gehen Sie wieder heraus aus der sozialen Marktwirtschaft. Sie konterkarieren Ihre eigenen Aussprüche. Sie gehen raus aus der sozialen Marktwirtschaft. Lassen Sie doch die Tarifpartner Lohnuntergrenzen vereinbaren, oder dort, wo es keine Tarifpartner gibt, halt die Arbeitgeber und die Gewerkschaften. Warum müssen Sie sich, warum wollen Sie sich in das Tarifgefüge einmischen? Das ist doch gar nicht nötig. Wir haben doch viel Kompetentere, die Tag für Tag am Arbeitsleben beteiligt sind, die dies machen können. Sie haben den Anspruch, als Politiker durchzuregieren.

(Minister Reinhold Gall: Sie anscheinend!)

Das ist Ihr Anspruch. Deshalb sind Sie für einen Mindestlohn, und deshalb beschneiden Sie die Tarifpartner, deshalb trauen Sie ihnen nichts zu. Das ist doch die Wahrheit der Geschichte.

(Beifall bei der CDU)

Aber, Herr Ministerpräsident, wenn Sie darauf abheben, verschweigen Sie, dass Sie eigentlich im Bund noch ganz andere Sachen vorhaben. Deshalb steht Ihr Haushalt auf tönernen Füßen. Da ist dann die Einführung einer Vermögensteuer eingepreist. Die Vermögen beginnen ab 500 000 €. Das betrifft mittlerweile fast jeden zweiten Baden-Württemberger.

(Lachen bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: Pro Kopf? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das betrifft fast jeden zweiten Baden-Württemberger, der Grundbesitz hat, der ein Eigenheim gebaut und damit Eigentum geschaffen hat.

Zum Zweiten kommt das Thema Spitzensteuersatz hinzu. Haben Sie schon einmal den Daimler-Arbeiter, den Bosch-Mitarbeiter, alle, die im mittleren Neckarraum arbeiten, befragt, was sie davon halten, wenn ihre Steuerbelastung weiter steigt? Denn das sind all die Menschen, die Leistungsträger in unserer Gesellschaft, die heute schon von genau diesem Spitzensteuersatz betroffen sind. Der Spitzensteuersatz gilt ja nicht erst für Jahreseinkünfte von 100 000 € oder gar 1 Million € – wie Sie suggerieren –, sondern er greift heute schon bei einem

gut ausgebildeten Facharbeiter, zumal wenn er Wochenend- und Nachtarbeit zu leisten hat. Diesem wollen Sie weitere Lasten aufbürden.

Kümmern Sie sich eigentlich noch um den Mittelstand, um den bürgerlichen Mittelstand in diesem Land? Kümmern Sie sich eigentlich noch um die Menschen, die tagtäglich arbeiten, die Leistung erbringen, um die Leistungsträger in unserer Gesellschaft – den Altenpfleger, die Krankenschwester, den Ingenieur –, die Menschen, die allesamt Leistungsträger sind und die uns, wenn man so will, damit erst die Erfüllung der Aufgaben, die dem Staat obliegen und denen er sich stellen muss, ermöglichen? Genau diese Menschen schröpfen Sie erneut. Herr Ministerpräsident, das ist keine soziale Politik, und es ist auch keine gerechte Politik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Dann haben Sie die 70 weiteren Ganztagschulen erwähnt, die vor allem im Grundschulbereich entstehen. Das ist folgerichtig; es stimmt zweifelsohne. Sie haben auch erwähnt, dass Sie der Union einen Konsens zum Thema Schule angeboten hätten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind an Dialogen interessiert, und wir sind auch am Austausch interessiert.

(Abg. Petra Häffner GRÜNE: Echt? – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wirklich? Das ist neu!)

Aber ich muss sagen, ich bin etwas verwundert. Ich habe im Sommer letzten Jahres den Herrn Ministerpräsidenten angeschrieben

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

und ihm einen Konsens und Dialoggespräche angeboten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Zurufe: Aha!)

Es kam eine Ablehnung im Herbst. Ich will nicht über die Zeitspanne dazwischen reden;

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Zumindest hat er lange überlegt!)

ich habe nicht auf die formale Einhaltung der Dreiwochenfrist gepocht.

Dann habe ich mir sagen lassen – ich selbst war nicht dort –, dass es auf dem GEW-Kongress im vergangenen Frühjahr ebenfalls ein Angebot des Ministerpräsidenten an die Union gab, einen Konsens herbeizuführen. Das habe ich auch in der Zeitung gelesen. Ich habe Ihnen, Herr Ministerpräsident, daraufhin einen Brief geschrieben und habe darin noch einmal unsere Gesprächsbereitschaft hierzu bekundet. Gefolgt ist dem nichts.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Damals war seine Not noch nicht so groß!)

Gefolgt ist dem überhaupt nichts. Das ist die Wahrheit.

Jetzt stellen Sie sich wieder hierher und bieten erneut einen Konsens oder zumindest Gespräche hierüber an. Ich frage mich, Herr Ministerpräsident: Was sollen wir eigentlich da-

(Peter Hauk)

von halten? Sind das wieder nur irgendwelche Sprechblasen? Ich sage Ihnen zu: Wir sind am Dialog und an Gesprächen zu diesem Thema interessiert. Das sage ich Ihnen zu. Aber wir sind nicht um jeden Preis an einem Konsens interessiert.

(Minister Dr. Nils Schmid: Wir auch nicht!)

– Sie auch nicht. Genau. Ebendas vermute ich ja. – Aber die Tatsache, dass Sie ständig entweder selbst oder zumindest als Reaktion Gespräche über einen möglichen Konsens anbieten, gleichzeitig aber alles tun, um solche Gespräche erst gar nicht entstehen zu lassen, wirft doch eigentlich ein schlechtes Licht auf Sie respektive auf Ihre Regierung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang kann man sicherlich nicht, wie der Ministerpräsident es tut, von Fundamentalopposition reden. Ich sage ganz offen: Wir sind am Dialog interessiert. Denn natürlich sind die genannten Probleme vorhanden, und sie werden sich in den nächsten Jahren auch noch verstärken. Sie haben diese Probleme allerdings selbst verstärkt, und zwar durch den Wegfall der Grundschulempfehlung. Aber die aufgrund der demografischen Entwicklung entstehenden Probleme im Bereich der Bildungspolitik werden wir sicherlich nicht wegdiskutieren können.

Natürlich hat in anderen Ländern organisatorisch gesehen ein Zweisäulenmodell Platz gegriffen – organisatorisch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber nicht mit den
Inhalten!)

Aber wir schauen auf die Inhalte, wir fragen, was dort unterrichtet wird, wie dort die Bildungspläne sind, welche Bildungsgänge es dort gibt und welche Abschlüsse in dem Zweisäulenmodell als Organisationsstruktur in Sachsen, in Thüringen und mittlerweile auch in Nordrhein-Westfalen möglich sind. Wichtig ist vor allem, wie dort die Inhalte aussehen. Überall dort gibt es einen Hauptschulbildungsgang mit Hauptschulabschluss, einen Realschulbildungsgang mit dem Abschluss mittlere Reife. Es gibt dort zudem eigenständige Bildungspläne, die umgesetzt und mit den entsprechenden schulischen Inhalten realisiert werden, und zwar unter einem einheitlichen organisatorischen Dach.

Natürlich muss sich die Organisation in der Zukunft ändern. Das ist angesichts sinkender Schülerzahlen doch logisch. Aber die Inhalte dürfen sich nicht ändern. Wir brauchen auch weiterhin kein Einheitsbildungssystem, wie Sie es anstreben, sondern wir brauchen ein differenziertes System. Das ist der große Unterschied.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! Bravo!)

Ich kann es mir nicht verkneifen, noch zu einem dritten Punkt Stellung zu nehmen, den Sie angesprochen haben, nämlich zur Infrastruktur. Sie haben uns vorgeworfen, wir würden uns nur mit dem Thema Straßenbau beschäftigen. Ja, wir beschäftigen uns mit dem Thema Straßenbau, und zwar deshalb, weil man in Baden-Württemberg, wenn man von A nach B fährt

und weitere Strecken zurücklegen muss, im Regelfall immer noch auf befestigten Straßen fahren muss. Das ist das eine.

Wir erwarten jetzt aber eigentlich, dass Sie auch einmal einen Aufschlag zum Thema „Verkehrskonzepte im Ballungsraum“ machen. Was tun Sie denn in der Frage der Radwege? Was tun Sie denn in der Frage der Entflechtung der Busverkehre, in der Frage des individuellen Automobilverkehrs und seiner Vernetzung mit dem Schienenpersonennahverkehr, mit dem radgebundenen Personennahverkehr? Wo sind denn Ihre Fortschritte auf diesem Gebiet? Sie kündigen dies stetig an – auch schon vor anderthalb Jahren, im Koalitionsvertrag –, aber wo haben wir denn dieses Konzept?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Am Bahnhof in
Ludwigsburg!)

Das Thema E-Mobilität ist übrigens noch ein Projekt der alten Landesregierung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Das sollten Sie der Redlichkeit halber auch noch im Gedächtnis haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fried-
linde Gurr-Hirsch CDU: So ist es!)

Auch der Cluster Daimler, EnBW, Land, Stadt ist noch ein Projekt der alten Landesregierung. Ich gönne es Ihnen, weil wir in dieser Frage dieselbe Zielrichtung verfolgt haben und auch verfolgen. Natürlich brauchen wir maßgeschneiderte Konzepte. Die sehen in Stuttgart anders aus als in Hinterzarten und in Leutkirch wiederum anders als in Wertheim.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Es ist aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Geheimnis der Politik für dieses Land Baden-Württemberg, dass wir eben keine Täler zuwachsen lassen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

sondern dass wir überall maßgeschneiderte Infrastruktur für Städte, Ballungsräume und ländliche Räume brauchen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Das ist doch su-
per!)

Dass dort die kraftvolle Mobilität sein soll, das wage ich zu bezweifeln. Der Verkehrsminister – er ist zwischenzeitlich eingetroffen –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er ist auf-
gewacht! – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜ-
NE: Unverschämt!)

hat doch hier verkündet: 30 % mehr schienengebundener Personennahverkehr. Das waren doch nicht unsere, das waren doch Ihre Ankündigungen. Jetzt geben Sie kleinlaut zu: Wir werden wahrscheinlich nur 15 bis 20 % schaffen. Jetzt kommt die Bahn und sagt – Breisgau-S-Bahn –: Es wird alles teurer. Wo bleibt denn die Antwort des Verkehrsministers? Warum haben Sie nicht schon früher ausgeschrieben, nicht schon frü-

(Peter Hauk)

her begonnen zu entzerren, um Wettbewerbsvorteile im Schienenbereich tatsächlich zu nutzen?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hätten Sie doch einmal eine gute Vorarbeit gemacht! – Abg. Jürgen Filius GRÜNE: 60 Jahre! Ein Traumland! – Weitere Zurufe)

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ist klar – das wird auch niemand von Ihnen wegdiskutieren können –, nämlich dass Sie beim öffentlichen Personennahverkehr hier in Baden-Württemberg deutschlandweit auf eine Spitzenleistung aufbauen können. Das ist unbestritten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Nirgendwo nutzen so viele Menschen den öffentlichen Nahverkehr – in einem Flächenland wohlgeerntet –, und nirgendwo waren seit der Privatisierung der Bahn und der Übernahme des öffentlichen Nahverkehrs in die Landeshoheit die Zuwächse höher als in diesem Land –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das hat doch niemand bestritten! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

dank einer gut ausgebauten Infrastruktur und dank einer guten ÖPNV-Politik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das, Herr Ministerpräsident, verstehen wir unter einer integrierten Politik: maßgeschneiderte Möglichkeiten und Konzepte für alle Teilräume dieses Landes – maßgeschneidert, nicht alles darübergestülpt und vereinheitlicht, kein Einheitsbrei. Denn das wird am Ende zu nichts führen.

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Was war das jetzt für eine Aussage? – Gegenruf der Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: „Einheitsbrei“!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss noch einmal auf das Thema Bürgerbeteiligung eingehen. Ich weiß, es gefällt Ihnen nicht so richtig, aber ich muss auch das noch einmal erwähnen: Wir hatten ein größeres Projekt in der letzten Legislaturperiode, das die Unterstützung aller Fraktionen hier im Landtag erfuhr, das Biosphärengebiet Schwäbische Alb. Man muss der Vollständigkeit halber zum Thema Transparenz noch einmal auf die Geschichte schauen. Es gab da den Truppenübungsplatz Münsingen – das war unstrittig; er war nicht bewohnt – mit über 6 000 ha. Dann kam der NABU, Herr Dr. Rösler

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ich bin schon nach vorn gekommen! – Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Ist schon da!)

– ja, das muss man lobend erwähnen –,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, genau! Loben Sie ihn doch einmal!)

der die Idee hatte, den Truppenübungsplatz umzuwidmen. So weit, so gut. Zunächst gab es Widerstand seitens der Kommu-

nen, aber als klar war, dass der Truppenübungsplatz mit Altlasten behaftet ist, kam zumindest aus Münsingen vorsichtig Zustimmung.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Man dachte dann an ein Biosphärengebiet, wobei für 3 % der Gesamtfläche die Herausnahme aus jeglicher Nutzung geplant war. Die Zielfläche, die damals dafür angedacht war, war eine Fläche von 17 000 ha. Man hat also ca. 10 000 ha Fläche außerhalb des Truppenübungsplatzes gebraucht. Die Bauern waren dagegen, die Jäger waren dagegen, die Landnutzer waren dagegen, die Industrie war hoch skeptisch, die Gastronomie gleichermaßen.

Es braucht nicht die Bürgerbeteiligung à la Grün und Rot, um mit den Menschen zu sprechen. Denn wir haben es in der Vergangenheit getan, und wir sprechen als Abgeordnete tagtäglich mit den Menschen. Wenn es um bestimmte Aufgaben in einem Biosphärengebiet ging, haben wir auch tagtäglich mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gesprochen. Aber wir haben mit der Kraft der Argumente gesprochen, und wir haben mit der Zielsetzung, einen Konsens zu erreichen, gesprochen, nicht mit der Zielsetzung, den Widerstand aufzuheizen. Sie tragen doch den Unfrieden hinein.

(Beifall des Abg. Tobias Wald CDU)

Der Minister Ihrer Regierung, der in Baiersbronn wohnhaft ist, war bis zum heutigen Tag bei keiner öffentlichen Veranstaltung in seinem eigenen Landkreis anwesend, weder in Freudenstadt noch in Baiersbronn. Ist das Bürgerbeteiligung? Ist das Bürgeranhörung?

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Sie kommen zu den Sonnenscheinterminen und lassen sich nicht öffentlich ankündigen. Das wird im Netzwerk der Befürworter des Nationalparks kundgetan. Die Nationalparkgegner, die davon Wind bekommen haben, gehen ordentlich mit Ihnen um. Sie aber fürchten den Protest. Sie fürchten den Protest, und dann stellen Sie sich hierher und sagen, es müsse klar sein, wie die Kompetenzordnung ist.

Meine Damen und Herren, die Kompetenzordnung dieses Landes kannten wir, und die kennen wir. Der Landtag hätte bereits vor zehn, nein vor 20 Jahren – unter Harald B. Schäfer – den Beschluss fassen können, dass es einen Nationalpark gibt; denn die Kompetenzordnung ist klar: Natürlich bestimmt der Landtag darüber. Aber dieses Projekt wird und kann nur gelingen, wenn die Bevölkerung in der Raumschaft dieses Projekt aktiv unterstützt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Herr Ministerpräsident, da gibt es fachliche Argumente, aber es gibt auch ein großes Faktum, und dieses Faktum ist der Mensch. Wir brauchen die Menschen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

(Peter Hauk)

Wir brauchen nicht die Sachargumente, sondern wir brauchen die Menschen, die dahinterstehen. Das muss unsere Zielsetzung sein. Nur dann kann ein Nationalpark als großes Projekt, als Leitprojekt des Landes gelingen – nur dann. Das ist Ihre Aufgabe als Regierung, und diese Aufgabe erfüllen Sie derzeit nicht.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Hauk!

Abg. Peter Hauk CDU: Ich komme zum Schluss.

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rösler?

Abg. Peter Hauk CDU: Aber gern.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Kollege Hauk, abgesehen von dem Hinweis, dass die Idee für das Biosphärengebiet Schwäbische Alb von einer Fläche von 130 000 ha ausging, der Truppenübungsplatz aber gar nicht einbezogen war – da müsste man die Historie einmal etwas anders aufarbeiten –, habe ich folgende Frage an Sie: Wie stehen Sie denn dazu, dass eine Reihe von CDU-Mitgliedern, zum Teil auch führende Repräsentanten, aber auch Menschen aus der Region wie der DEHOGA-Kreischef, Herr Berlin, oder Herr Möhrle – also zahlreiche CDU-Mitglieder aus der Region – gesagt haben – –

(Abg. Winfried Mack und Abg. Thomas Blenke CDU: Woher wissen Sie das? – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir sind keine Kaderpartei! Da darf jeder seine eigene Meinung haben! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ich darf kurz auf die per Zuruf gestellte Frage antworten, woher ich das weiß. Ich weiß es deswegen, weil es einen öffentlichen Aufruf von CDU-Mitgliedern gibt, die unterzeichnet haben mit „Christdemokraten pro Nationalpark Schwarzwald“. Deswegen weiß ich das. So steht es darunter.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da sieht man einmal, was für einen Zulauf wir haben!)

Meine Frage an Sie lautet: Wie stehen Sie, Herr Hauk, denn zu denjenigen Mitgliedern der CDU, die schon öffentlich kundgetan haben, pro Nationalpark zu sein? Es gibt ja eine nennenswerte Anzahl davon.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Dr. Rösler, im Unterschied zu Ihnen sind wir eine Volkspartei.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr anstrengend, aber gut!)

Im Unterschied zu Ihnen sind wir eine Volkspartei, und wir brauchen den Pluralismus in der Bevölkerung nicht erst zu fördern, sondern wir kennen ihn schon.

(Beifall bei der CDU)

Wir kennen ihn schon; wir sind an ihn gewöhnt. Wir machen das ständig, dass wir uns innerfraktionell, innerparteilich natürlich mit sachlichen Argumenten auseinandersetzen. Das ist doch völlig klar. Das ist doch völlig logisch. Am Ende gibt es – ich zitiere den Herrn Ministerpräsidenten – das sogenannte Demokratieprinzip. So ist es. Sie werden morgen in der Aktuellen Debatte nochmals selbst diskutieren wollen, wie das mit dem Demokratieprinzip – in der CDU, vermute ich – aussieht. Aber genau das ist es. Wir kennen doch die Diskussion.

Deshalb bitte ich so leidenschaftlich, weil neben den Sachargumenten der zentrale Faktor bei diesem Projekt wie übrigens überall in der Politik der Mensch ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn wir die betroffenen Menschen nicht mitnehmen, dann wird ein solches Projekt nicht gelingen. Dann wird auch Ihre Politik nicht gelingen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Deshalb nehmen wir sie mit!)

Ich kann Sie nur ermuntern: Der Ministerpräsident hat von einer „Bürgerregierung“ gesprochen. Wir wollen doch hoffen, dass Sie sich ständig im Bürgerdialog befinden. Bei Ihnen hat man manchmal einen anderen Eindruck, so, wie Sie mit den Menschen umgehen und von „ehrenamtlichen Besserwissern“ sprechen, wenn Ihnen etwas nicht in den Kram passt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Unglaublich! – Widerspruch bei den Grünen)

– Das Zitat gibt es. Entschuldigung, ich habe es nicht gesagt. Das war eine Äußerung Ihres Ministerpräsidenten. Damit motivieren Sie die Menschen nicht.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Damit erwecken Sie eher den Eindruck einer Fundamentalregierung denn einer Bürgerregierung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Ministerpräsident hat seine Rede mit der Behauptung begonnen, seine Landesregierung sei auf einem guten Weg.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Auf einem sehr guten sogar!)

– Von mir aus auch auf einem sehr guten Weg,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auf einem besseren, meinte er!)

solange es nur die Behauptung ist. Aber die Beweisführung, die er angetreten hat, war dann schon sehr bemerkenswert.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Er hat dann von OB-Wahlen gesprochen, ist in die Kommunalpolitik ausgewichen. Denn dort liegt offensichtlich der Beweis für seinen Erfolg, weil es eben die landespolitischen Erfolge, für die Sie eigentlich zuständig sind, nicht gibt. Deshalb müssen Sie in die Kommunalpolitik ausweichen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Ich habe dann festgestellt – Kollege Hauk hat es auch festgestellt –: Was Sie gar nicht so gern hören, sind Zitate des Ministerpräsidenten,

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Deswegen ist Herr Schmiedel auch hinausgegangen!)

die Ihnen offensichtlich nicht in den Kram passen und die offensichtlich auch deutlich machen, dass diese Landesregierung keine Linie hat und auch der Ministerpräsident keine Linie hat.

Herr Ministerpräsident, Sie haben Wert auf die Feststellung gelegt, dieses Land werde nicht von einem Windbeutel regiert. Ich habe nicht behauptet, dass Sie ein Windbeutel sind, aber ich habe behauptet – das trifft wohl die Realität –, dass Ihr politischer Kompass der Windbeutel ist. Die Zitate, die wir heute gehört haben, beweisen dies auch:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einmal hü, einmal hott! – Abg. Thomas Blenke CDU: Konsequenter Zickzackkurs!)

einmal hin, einmal her.

Sie haben dann für sich in Anspruch genommen, man müsse sich manchmal in der Politik verbiegen, entscheidend sei aber, dass man am Ende wieder in die Ausgangsposition schnelle. Das tun Sie aber nicht, Herr Ministerpräsident. Sie sind nämlich am Ende eines Prozesses immer irgendwo ganz anders als am Ausgangspunkt und kehren dann auch nicht mehr zum Ausgangspunkt zurück. Der rund geschliffene Kieselstein, Herr Ministerpräsident, zu dem Sie nie werden wollten, sind Sie schon längst. Sie haben es bloß noch nicht gemerkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Oje, oje!)

Es ist schon bemerkenswert, wenn Sie Ludwig Erhard zitieren und dann umstandslos zu Mindestlöhnen kommen. So etwas wie flächendeckende Mindestlöhne, die Sie und Ihr Koalitionspartner fordern, wäre Ludwig Erhard mit Sicherheit nie eingefallen. Mit Sicherheit wäre Ludwig Erhard nie auf die Idee gekommen, dass nicht die Tarifpartner, sondern der Staat den Lohn festsetzen sollte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Von Ludwig Erhard sollten Sie und Ihre ganze Regierung also die Finger lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Bemerkenswert sind auch Ihre Beiträge zur Energieversorgung. Da ist dann immer von der Windkraft, vom Landesplanungsgesetz die Rede. Das ist ja schön und gut. Wir können

uns trefflich darüber streiten, ob wir bis zum Jahr 2020 10 % oder vielleicht nur 5 % der Stromerzeugung in Baden-Württemberg mit Windkraft decken. Aber es bleiben nach Adam Riese – das würde wahrscheinlich auch der Taschenrechner des Kollegen Schmiedel bestätigen – 90 bis 95 %, die wir mit irgendetwas anderem decken müssen.

Es ist keine Frage, dass das bis zum Jahr 2020 nicht alles aus regenerativen Energiequellen geht. Deshalb ist es, wenn man schon auf die Kernenergie verzichten will, eben notwendig, sich die Frage zu stellen: Welche fossilen Energieträger nutzen wir?

Wir sind in der Zielsetzung offensichtlich gar nicht auseinander. Auch Sie fordern ja, wenn ich es richtig verstanden habe, moderne, flexible Gaskraftwerke. Aber man muss sich doch die Frage stellen: Warum entstehen diese Gaskraftwerke in Baden-Württemberg nicht? Wenn man nicht bereit ist, das EEG zu verändern, das EEG zu modernisieren, wenn man nicht bereit ist, über den Einspeisevorrang zu reden, wenn man nicht bereit ist, diesen Einspeisevorrang zu revidieren, dann wird das nicht gelingen. Das ist doch der Grund dafür, dass in Baden-Württemberg keine Gaskraftwerke entstehen, meine Damen und Herren.

Das, was Herr Kollege Hauk ausgeführt hat, ist völlig richtig: Was Sie zu Kapazitätsmärkten erzählen, ist reine Planwirtschaft und wird nicht funktionieren. Vielmehr wird es notwendig werden, die regenerativen Energieträger in den Markt zu stellen. Das kann auch gelingen. Die Entwicklung geht in diese Richtung. Haben Sie doch den Mut, nachdem Sie so viele Jahre die regenerativen Energieträger propagiert haben, den regenerativen Energieträgern das zuzutrauen. Haben Sie den Mut, das EEG zu verändern. Dasselbe gilt für die steuerliche Anrechenbarkeit der energetischen Sanierung. Sie blockieren, wohin man schaut, auf Bundesebene. So kann die Energiewende nicht gelingen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Bezeichnend ist auch, Herr Ministerpräsident, was Sie zur Bildungspolitik ausgeführt haben. Sie sind damit eingestiegen, dass Sie erklärt haben, die Bildungspolitik sei ein zentrales Feld der Landespolitik. Da haben Sie völlig recht. Die Bildungspolitik sei auch ein zentrales Aktionsfeld Ihrer Landesregierung. Das wollen wir doch hoffen.

Dann haben Sie erklärt, das Ziel Ihrer Bildungspolitik sei ein Zweisäulenmodell. Sie haben relativ lang zur Bildungspolitik geredet, Herr Ministerpräsident – wahrscheinlich zu diesem Zweisäulenmodell. Aber der Begriff „Gymnasium“ ist dabei kein einziges Mal gefallen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das ist sehr verräterisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist doch klar erkennbar, was Sie mit dem Gymnasium vorhaben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Schule für alle!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie wollen das Gymnasium schleifen. Das ist Ihr Ziel.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wahnvorstellungen! – Zuruf von den Grünen: Was?)

Deshalb der Einheitslehrer, deshalb auch das Ziel eines Einheitsbildungsplans. Es war doch die Opposition und es waren die Lehrerverbände, die das zur Enttäuschung der GEW verhindert haben, sodass Sie plötzlich den Lehrplan für das Gymnasium hinterhergeschoben haben. Das war nicht Ihr ursprüngliches Ziel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: So ist es!)

Ihr ursprüngliches Ziel war, das Gymnasium zu schleifen. Dann haben Sie gemerkt: Es ist im Moment nicht opportun, dies zuzugeben. Aber an der Zielsetzung halten Sie fest. Das ist doch ganz klar erkennbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist der zentrale Angriff auf die Zukunftsfähigkeit des Landes, nämlich die grüne Basisschule, die Sie irgendwann als Kernziel vorhaben. Mit dieser grünen Basisschule wird es Ihnen nicht gelingen, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu gestalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: So ist es!)

Unsere zentrale Ressource ist die Bildung der Menschen, die gute Ausbildung der Menschen. Nur so sind wir international konkurrenzfähig. Dafür brauchen wir das Gymnasium, das Ihnen in Ihrer Rede kein einziges Sterbenswort wert gewesen ist, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und wir brauchen Qualität!)

Dann sprachen Sie von der regionalen Schulentwicklungsplanung. Darauf warten wir schon lange.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Es wäre doch vernünftig gewesen, zunächst einmal diese Planungen zu machen. Das ist Ihre Politik. Sie erklären, man würde diese Planungen brauchen. Dann fangen Sie doch damit an.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das machen wir!)

Sie zäumen das Pferd vom Schwanz her auf. Sie fangen zuerst einmal an, Zahlen in die Welt zu setzen: „Wir bauen dann und dann soundso viele Lehrerstellen ab. Wir lassen die Gymnasien wieder mit G 9 anfangen,“ – eines pro Landkreis ist der Formelkompromiss Ihrer Koalition – „und wir bauen dort, wo es irgendwie geht, Gemeinschaftsschulen. Dafür dünnen wir das berufliche Schulwesen aus. Irgendwann, wenn alles in Trümmern liegt, fangen wir mit der Schulentwicklungsplanung an.“ Meine Damen und Herren, so kann das nichts werden. So macht man keine vernünftige Bildungspolitik.

Sie reden nun davon, dass manche Bürgermeister erklärten, ihr Ziel sei vor Ort das Beste, und die Gemeinschaftsschule sei vor Ort das Beste.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Das einzig Mögliche!)

Da ist schon klar, wie diese Politik funktioniert. Sie sagen den Leuten vor Ort nämlich: „Entweder du machst eine Gemeinschaftsschule, oder

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Oder du machst gar nichts!)

wir machen dir die Schule dicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: So ist es!)

Wenn du eine Gemeinschaftsschule machst, dann fahren wir dir mit dem Schubkarren die Ressourcen in deine Gemeinschaftsschule hinein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Ja!)

Einverstanden?“ Da schlägt natürlich jeder Bürgermeister ein. Dann stellen Sie sich hier scheinheilig vor den Landtag von Baden-Württemberg und erklären: „Die Leute sind alle von der Gemeinschaftsschule begeistert.“ Mit dieser Politik des goldenen Zügels können Sie jeden Schultyp in Baden-Württemberg durchsetzen. Nur: Ob das vernünftig ist, das steht auf einem anderen Blatt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Bravo!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben der Opposition vorgeworfen, zur Verkehrspolitik, zur Infrastrukturpolitik falle ihr nichts anderes ein als die Forderung nach mehr Straßen. Meine Damen und Herren, wer bekämpft denn die Bahnhöfe in diesem Land? Das ist doch nicht die Opposition.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wir sind mit Sicherheit diejenigen, die über alle Verkehrstypen gern reden. Wir brauchen mehr Straßen. Aber wir brauchen nicht nur mehr Straßen, wir brauchen auch mehr Straßen. Herr Kollege Hauk hat es ausgeführt. Die Projekte zur nachhaltigen Mobilität, die Sie sich wie Federn an den Hut stecken, sind im Wesentlichen die Projekte der alten Landesregierung, die Sie nur fortführen. Ständig behaupten Sie, die Probleme, die Sie im Haushalt hätten, seien auf die Politik der alten Landesregierung zurückzuführen. Aber da, wo es Ihnen in den Kram passt, führen Sie die Projekte der alten Landesregierung fort und erwecken den Eindruck, es seien Ihre eigenen. Das ist unredlich, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Rosstäuscherei!)

Was einen Nationalpark Nordschwarzwald anlangt: Das ist ein typisches Beispiel für Bürgerbeteiligung so, wie Sie sie verstehen: „Bürgerbeteiligung ist gut, Bürgerbeteiligung ist schön, Bürgerbeteiligung ist recht, Bürgerbeteiligung wird von uns begrüßt und unterstützt, aber nur wenn sie das Ergebnis bringt, das wir wollen.“ Nur dann ist Bürgerbeteiligung in Ihrem Sinn.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau so ist es!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Als es um Stuttgart 21 ging, waren alle Bürgerbewegungen vor Ort unterstützenswert. Das war Bürgerbeteiligung von der Basis.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Aber wenn im Nordschwarzwald die Menschen vor Ort den Nationalpark nicht wollen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ein Teil! – Zuruf von der SPD: Die Minderheit!)

dann wird behauptet, der Landtag habe darüber zu entscheiden. – Wenn es nur ein Teil wäre, Herr Kollege Rösler, dann haben Sie doch den Mut, die Menschen vor Ort abstimmen zu lassen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! So ist es!)

und sich an diesem Ergebnis zu orientieren. Aber genau diesen Mut haben Sie nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Sie wissen doch ganz genau, dass die Mehrheit der Menschen vor Ort, beispielsweise in Baiersbronn und in Bad Wildbad, diesen Nationalpark gar nicht will.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Wenn die Menschen abstimmen, dann werden Sie diese Abstimmung verlieren. Deshalb erklären Sie, dass der Landtag abstimmen müsse, damit Sie Ihre Basta-Politik im Landtag von Baden-Württemberg durchsetzen können. Das ist doch Ihre Zielsetzung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Also Bürgerbeteiligung nur dann, wenn das herauskommt, was Sie wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Die Politik des Gehörtwerdens gilt so lange, solange der Bürger das sagt, was die Regierung von ihm verlangt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Genau so ist es!)

Wenn aber etwas anderes herauskommt, dann erklärt man, die Politik des Gehörtwerdens bedeute nicht, dass der Bürger auch erhört werde, sondern dann wird Basta-Politik im Landtag von Baden-Württemberg gemacht. So sieht Ihre Bürgerbeteiligung aus – reine Heuchelei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen von den Grundfaktoren des Haushalts. Zunächst einmal haben Sie hier ausgeführt, wo Sie überall mehr Geld ausgeben. Das haben wir gemerkt, dass Sie überall mehr Geld ausgeben.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Von Einsparungen ist nicht die Rede. Die Zahlen liegen auf dem Tisch. Sie können doch überhaupt nicht bestreiten, dass Sie deutliche Mehreinnahmen haben. Herr Kollege Schmiedel, nicht nur brutto, sondern auch netto haben Sie deutlich mehr Einnahmen, als wir sie in den Jahren 2010 und 2011 hatten. Sie können auch nicht bestreiten, dass Sie Milliarden an Mehrausgaben haben. Deshalb ist es doch Unfug, hier immer wieder zu behaupten, die Neuverschuldung sei die Schuld der Opposition.

Frau Kollegin Sitzmann, Sie haben dasselbe versucht, was der Herr Ministerpräsident bei der letzten Debatte über den Haushalt versucht hat. Wohlweislich hat er es heute nicht wiederholt. Ich meine die Behauptung, die ausgeglichenen Haushalte der Vergangenheit seien auf Einmaleffekte zurückzuführen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: „Sondereffekte“ habe ich gesagt!)

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Sie hatten eine schöne Statistik, Frau Sitzmann – wohlweislich bis zum Jahr 2007. Ab 2008 hat es Ihnen nicht mehr in den Kram gepasst. Sie haben aber keine Erklärung dafür geliefert, warum wir 2008 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung hinbekommen haben – bis auf die Sondereffekte. Wenn ich es richtig verstanden habe: strukturelles Defizit 2,5 Milliarden €, ausgeglichener Haushalt 2008, Sondereffekt von 2,5 Milliarden €. Gut.

Im Jahr 2009 – auch nicht in Ihrer Statistik – gab es den nächsten ausgeglichenen Haushalt der schwarz-gelben Landesregierung ohne Neuverschuldung – wahrscheinlich wieder Sondereffekte, wieder 2,5 Milliarden €. Das sind in der Summe 5 Milliarden €.

Im Jahr 2011 gab es den nächsten ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung – wieder 2,5 Milliarden €, in der Summe 7,5 Milliarden €, und 2012 noch einmal 2,5 Milliarden €. Insofern haben wir dann in fünf Jahren 10 Milliarden € an Sondereffekten. So dumm kann in Baden-Württemberg niemand sein, dass er Ihnen diese Geschichte abkauft, meine Damen und Herren. Das können Sie niemandem erzählen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie bitten um Konsens. Wir haben, genauso wie die CDU-Fraktion – Ich könnte das, was der Kollege Hauk an zeitlichen Abläufen geschildert hat, aus Sicht der FDP/DVP an dieser Stelle ziemlich ähnlich ebenfalls schildern. Sie haben dies immer wieder angeboten. Das zeichnet auch ein Stück weit Ihren „Regierungsstil“ aus. Bei der Gemeinschaftsschule haben Sie es ähnlich gemacht. Da haben Sie hier im Landtag von Baden-Württemberg unter dem Jubel von Grünen und Roten das Gemeinschaftsschulgesetz beschlossen. Zwei Tage später sind Sie zu einem Verband gegangen und haben mit treuherzigem Augenaufschlag angeboten,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oh! Das kann er gar nicht, einen treuherzigen Augenaufschlag!)

jetzt könne ja die Opposition mit Ihnen den Konsens suchen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Dasselbe passiert in der Haushaltspolitik. In der Haushaltspolitik wird erklärt: „Wir hätten gern bis zum Jahr 2020 die Schuldenbremse in der Landesverfassung. Bis zum Jahr 2020 würden wir uns aber gern weiter verschulden. Wir bieten euch als Opposition den Kompromiss an, dass ihr dem zustimmt.“ Das sind Ihre Angebote.

Unter Kompromiss versteht man in der Politik gemeinhin etwas anderes.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Unter Kompromiss versteht man, dass man sich an einen Tisch setzt und verhandelt und sich dann möglicherweise irgendwo auf der Strecke trifft. Aber Sie, Herr Ministerpräsident und Ihre ganze Koalition, machen doch von vornherein deutlich, dass Sie überhaupt kein Interesse haben, der Opposition auch nur einen Millimeter entgegenzukommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Es werden erst Fakten geschaffen!)

Sie erklären: „Ihr als Opposition dürft das, was wir beschlossen haben, mit beschließen. Das nennen wir dann Kompromiss. Wenn ihr euch dem verweigert, seid ihr nicht politik- und nicht oppositionsfähig.“ Auch das ist Volksverdummung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Ich kann Ihnen für meine Fraktion nur weiter anbieten, für Gespräche zur Verfügung zu stehen. Wir sagen auch sehr deutlich: Wir sind bereit, uns zu bewegen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wohin?)

– Das sage ich Ihnen gleich, Frau Sitzmann. – 2008, 2009, 2011 und 2012 waren ausgeglichene Haushalte ohne Neuverschuldung möglich. Jetzt haben wir noch mehr Steuermehreinnahmen. Also ist auch für 2013/2014 ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung möglich. Nach unserer Auffassung könnte man das sofort machen.

Wir sind auch gern bereit, die Schuldenbremse sofort in die Landesverfassung zu schreiben. Wir sind kompromissbereit. Mit uns kann man diskutieren. Aber dann muss man sich irgendwo auf der Wegstrecke treffen. Wenn der eine 2013 anfangen will und der andere 2020, kann 2020 nicht der Kompromiss sein. Ich glaube, das leuchtet selbst denjenigen ein, die am Schluss die grüne Basisschule besuchen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was soll man zu dieser Debatte sagen? Sie haben versucht, all das,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Oberlehrer!
– Abg. Peter Hauk CDU: Wie immer! Jetzt kommt erst die Bewertung! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gehen Sie doch einen Kompromiss ein!)

was wir auf den Weg gebracht haben, schlechtzureden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Sie haben versucht, zentrale Projekte dieser Landesregierung zu diskreditieren und zu diffamieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zurufe der Abg. Thomas Blenke CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es ist Ihnen unbenommen, in Opposition zu unserer Politik, zu unseren Vorschlägen zu gehen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sachkritik ist keine Diffamierung, Frau Kollegin! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Aber das Problem ist, dass Sie damit auch den Menschen schaden, die in diesen Projekten aktiv sind, die sich reinhängen und engagieren, z. B. in den Gemeinschaftsschulen. Anträge auf Einrichtung von Gemeinschaftsschulen gab es schon vor dem Regierungswechsel. Da gab es schon 60 Anträge auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule vor Ort. Der Wille und der Wunsch waren also schon da.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben das längere gemeinsame Lernen in den Gemeinschaftsschulen und die individuelle Förderung, die dabei im Zentrum steht, verhindert. Sie haben sie nicht zugelassen.

Jetzt endlich ist es möglich, Gemeinschaftsschulen einzurichten. Und was machen Sie? Sie diskreditieren die Leute,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

die diese Gemeinschaftsschulen führen, die Lehrerinnen und Lehrer und die Schülerinnen und Schüler. Das finde ich verantwortungslos, Herr Hauk.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Keine Unterstellungen! Ich frage mich, wer heute demonstriert! Wer kommt denn da heute?)

Ich finde es auch unverantwortlich, diejenigen, die sich mit der Frage eines Nationalparks Nordschwarzwald intensiv auseinandersetzen – in vielen verschiedenen Arbeitsgruppen, Befürworter und Gegner –, zu diskreditieren, wenn Sie dieses Projekt Nationalpark und die Bürgerbeteiligung so schlechtreden, wie Sie es hier gerade getan haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist doch Unsinn! Wir reden von Bürgerbeteiligung!)

Von Bürgerbeteiligung haben Sie wenig Ahnung, wie mir scheint. Ihr Landesvorsitzender Strobl hat Ihnen als Ergebnis der verlorenen Landtagswahl ins Stammbuch geschrieben, sich der Bürgerschaft mehr zuzuwenden. Das haben ja nicht wir erfunden. Ihr CDU-Landesverband selbst hat als Analyse des Landtagswahlergebnisses gebracht, Sie müssten sich mehr dem Votum der Bürgerschaft stellen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Machen wir doch!)

(Edith Sitzmann)

Ich kenne Bürgerbeteiligungsprozesse seit vielen, vielen Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe sie jahrelang selbst vorbereitet und durchgeführt. Ich weiß – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Fragen Sie doch mal den Kollegen Beck, mit wem er den ganzen Tag redet! Fragen Sie dann mal Ihren Kollegen Bonde, mit wem er den ganzen Tag redet! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Er ist auf der Agrarministerkonferenz! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU)

– Wollen Sie es wissen, wie es geht? Interessiert Sie das einfach nicht?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Fragen Sie doch mal den Kollegen Beck und Herrn Bonde!)

Es gibt fachkundige Menschen, die genau wissen, wie Bürgerbeteiligungsprozesse zum Erfolg werden: dann nämlich, wenn Menschen eingeladen sind, sich ergebnisoffen

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen erstens zu informieren und sich zweitens eine Meinung zu bilden, zu diskutieren, Ergebnisse zu erzielen und Empfehlungen abzugeben. Bürgerbeteiligungsverfahren sind dann erfolgreich, wenn von Anfang an klar ist, welche Grenzen und welche Möglichkeiten es gibt. In allen Bürgerbeteiligungsverfahren, die diese Landesregierung und die einzelnen Ministerinnen und Minister durchgeführt haben oder immer noch durchführen, war das der Fall.

Der Prozess beim Nationalpark Nordschwarzwald ist ein guter Prozess: sieben verschiedene Arbeitsgruppen, intensive Diskussionen, Auswertung der Wünsche der Bürgerschaft. Es gibt auch in Ihrer Partei Menschen, die anerkennen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch in Ordnung! Das ist doch kein Problem für uns, im Gegenteil!)

dass das der richtige Weg ist. Aber das, was Sie hier tun, ist nur der Versuch, das schlechtzureden. Sie kritteln herum, und Sie diskreditieren. Das ist kein Weg, der nach vorn zeigt. Das ist einfach nur Stillstand.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Der Kollege Hauk hat jetzt sehr lange gesprochen. Jetzt soll er mir auch einmal zuhören und nicht immer nur dazwischenrufen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das wollte ich gerade vermeiden!)

Das ist eine Frage des Respekts und des Anstands, und schaden würde es Ihnen auch nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Blenke?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich werde jetzt überhaupt keine Zwischenfragen gestatten, sondern ich werde erst einmal meine Ausführungen fortsetzen und zu Ende bringen. Es gibt so viele Stichpunkte, die Sie kunterbunt in den Raum geworfen haben,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir haben doch ausreichend Redezeit!)

die man so nicht stehen lassen kann, Herr Kollege Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir haben doch so viel Redezeit!)

Es ging z. B. um das Thema „Soziale Marktwirtschaft“. Die soziale Marktwirtschaft ist eine wichtige Grundlage unserer Gesellschaft. Der Ministerpräsident hat dargestellt, dass wir die soziale Marktwirtschaft um den ökologischen Aspekt erweitern müssen. Aber der soziale Aspekt zählt nach wie vor. Da müssen wir feststellen, dass es auf dem Arbeitsmarkt gravierende Probleme gibt, nämlich dass die Schere zwischen denen, die gut verdienen, einerseits und denen, die schlecht verdienen und sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden, andererseits auseinandergeht. Wir müssen feststellen, dass Menschen für einen Stundenlohn von 3,18 € oder so ähnlich – brutto wohlgermerkt – arbeiten gehen müssen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wo? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Lass es einfach!)

Wenn ich feststelle, dass die Wirtschaft, dass die Unternehmen nicht in der Lage sind, dieses Problem selbst zu lösen, finde ich es legitim, eine gesetzliche Lohnuntergrenze einzuführen, weil die Menschen einen Anspruch darauf haben, für ihre Arbeit einigermaßen passabel, also mit mindestens 8,50 € pro Stunde, bezahlt zu werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dazu stehen wir, meine Damen und Herren. Das ist der richtige Weg. Es wird Zeit, dass das auch auf Bundesebene eingeführt wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist die Bankrotterklärung für die Gewerkschaften!)

Wir hoffen, dass auch Sie das noch einsehen. Wenn Sie es nicht einsehen, dann werden wir spätestens ab September 2013 auf Bundesebene gesetzliche Mindestlöhne einführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es geht um unsichere Beschäftigung. Deswegen haben wir mit diesem Haushalt weitere Schritte gemacht, um befristete Beschäftigungsverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Wir haben über 600 Kettenarbeitsverträge abgeschafft. Ich finde, das war ein längst überfälliges und gutes Signal. Wir werden diesen Weg weitergehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Zum Thema „Soziale Gerechtigkeit“ gehört auch das Problem, dass in diesem Land immer weniger Personen immer mehr Vermögen besitzen – der Ministerpräsident hat Peer Steinbrück zitiert – und es eine Vielzahl von Menschen gibt, die wenig verdienen, die gar kein Vermögen oder Schulden haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da gehört Peer Steinbrück aber nicht dazu!)

Und es gibt eine Vielzahl von wichtigen öffentlichen Aufgaben wie z. B. Bildung.

Deshalb fordern wir eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Das ist richtig, auch wenn dies eine Belastung ist. Aber selbst von denjenigen, die den Spitzensteuersatz zahlen müssen, von Vermögenden bekommt man häufig Rückmeldungen, dass das der richtige Weg ist. Denn ohne soziale Gerechtigkeit, ohne das Gefühl, dass es bei uns gerecht zugeht, hält diese Gesellschaft nicht zusammen. Gerechtigkeit ist unser Ziel. Das gilt auch für die Steuerpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes ist im Finanzplan 2020 eingepreist. Eingepreist ist keine Vermögensabgabe. Eine Vermögensabgabe käme übrigens auch nicht dem Land, sondern dem Bund zu; eine Vermögensteuer käme dem Land zu. Eingepreist ist eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Dazu stehen diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, meine Damen und Herren.

Ich komme zum Thema Bildung und zunächst zu den Gemeinschaftsschulen. Sie haben ja eine Gemeinschaftsschule besichtigt, Herr Kollege Hauk. Dies beruhte auf dem Angebot, sich gemeinsam bei einer Besichtigung und im Gespräch mit den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Schülerinnen und Schülern vor Ort dieses Konzept einmal vorstellen zu lassen. Die Tatsache, dass es eine Vielzahl von Anträgen auf die Einrichtung weiterer Gemeinschaftsschulen gibt, zeigt, dass das Interesse vorhanden ist und dass unsere Einschätzung geteilt wird, dass die Gemeinschaftsschulen einen wichtigen Beitrag zu gleichen Chancen im Bildungssystem leisten. Gleiche Chancen im Bildungssystem für alle Kinder: Das ist und bleibt unser Ziel. Dieses Ziel teilen viele Menschen im Land. Auch hier schadet Diskreditierung, sie nutzt nicht.

Wir werden uns auf den Weg einer regionalen Schulentwicklung machen. Es ist angesprochen worden. Die Grundlage ist ein Zweisäulenmodell. Selbstverständlich haben wir dann, wenn wir von zwei Säulen sprechen, auf der einen Seite die Gymnasien und auf der anderen Seite die anderen allgemeinbildenden Schulen, die sich zur Gemeinschaftsschule weiterentwickeln können. Das ist das Zweisäulenmodell, und selbstverständlich ist das Gymnasium da vorgesehen.

Alles das, was Sie hier herbeizureden versuchen, Herr Rülke, ist wirklich nur herbeigeredet. Das ist Stimmungsmache, und die entbehrt jeglicher sachlicher Grundlage.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Energiepolitik: Da haben Sie, Herr Hauk, sich wieder in interessante Thesen verstiegen. Es waren alle hier vertretenen Parteien, die im Bundestag gemeinsam den Atomausstieg be-

schlossen haben. Das war ein richtiges, wichtiges und überfälliges Signal, meine Damen und Herren. Wer aber für den Ausstieg aus der Atomenergie ist, muss auch für die Energiewende sein.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist die Grundlage dafür, dass der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien vorangeht. Das brauchen wir dringend. Dass Sie, Herr Hauk, das infrage stellen, wundert mich.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich habe das nicht infrage gestellt!)

Bei der FDP wissen wir schon lange, dass sie nicht verstanden hat, wie das System funktioniert, und dass sie die Energiewende nicht will. Aber dass Sie hier wieder den Einspeisevorrang für die erneuerbaren Energien infrage stellen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich muss der weg, sukzessive!)

das muss doch auch Ihre eigene Fraktion sehr nachdenklich stimmen, meine Damen und Herren; denn um den Ausbau der erneuerbaren Energien kommen wir nicht herum. Machen Sie sich das einmal klar! Selbstverständlich wird es darum gehen, dass man das Erneuerbare-Energien-Gesetz weiterentwickeln wird, aber wir brauchen in Zukunft weiterhin den Ausbau der erneuerbaren Energien, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das stellen wir gar nicht infrage! Aber ohne Subventionierung!)

Ich weiß nicht, was Sie dagegen haben. Klar ist auf jeden Fall: Wenn Sie da eine konstruktive Rolle spielen wollen – ich glaube, das wäre im Interesse des Landes und für die Energieversorgung im Land gut –, dann sollten Sie sich kundig machen. Das gilt auch für Sie, Herr Kollege Rülke. Von Planwirtschaft kann überhaupt keine Rede sein. Wir hatten in der Vergangenheit mit einer auf Atomkraft basierenden Energiepolitik Monopol- bzw. Oligopolstrukturen. Das ändert sich mit der Energiewende hin zu mehr Dezentralität. Von Planwirtschaft kann überhaupt keine Rede sein. Die Anzahl der Marktteilnehmer erhöht sich. Es erhöht sich die Möglichkeit der Wertschöpfung in den Regionen und damit auch der Wertschöpfung im Land und in den einzelnen Regionen. Ich kann nur sagen: Wir unterstützen das, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir unterstützen es, und wir fördern es mit 52 Millionen € im Doppelhaushalt. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass wir alles tun werden, was auf Landesebene möglich ist. Aber natürlich brauchen wir auch die Unterstützung auf Bundesebene. So, wie derzeit auf Bundesebene Energiepolitik betrieben wird, kommen wir leider viel zu langsam voran. Es gibt viel zu wenig Koordination. Die CDU und ihr Umweltminister, die FDP und ihr Wirtschaftsminister blockieren sich gegenseitig. Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Bundeskanzlerin die Energiewende zur Chefsache macht – auch die Koordination mit den Bundesländern.

Bei der energetischen Sanierung von Gebäuden hoffen wir, dass es nach den sehr langen Verhandlungen endlich zu einem Durchbruch kommt. Wir halten es für wichtig, Anreize zu set-

(Edith Sitzmann)

zen, weil für Energieeinsparung und für Klimaschutz die energetische Sanierung von Gebäuden ein sehr wichtiger Aspekt ist. Die grün-rote Landesregierung hat diverse Vorschläge für die Finanzierung gemacht. Sie hat immer eine konstruktive Rolle gespielt. Das wird sie auch weiter tun. Wir brauchen endlich Ergebnisse, und wir brauchen endlich eine klare Planungsgrundlage für diejenigen, die mit einer steuerlichen Anrechnung rechnen können. Es wäre – neben dem Aspekt der Energieeinsparung, neben dem Aspekt der Klimaverträglichkeit – auch ein sehr gutes Wirtschaftsförderprogramm für unsere Unternehmen und insbesondere für das Handwerk in Baden-Württemberg. Deswegen haben wir ein großes Interesse, dass der Vermittlungsausschuss positiv entscheidet.

Zum Verkehr: Hier würde ich gern noch einmal aus einem Antrag der CDU-Fraktion zitieren, in dem es darum geht, die Deckungsfähigkeit zwischen Straßenbau und Radwegebau aufzuheben. Ich finde, dass die Begründung, die Sie hierzu geben, wirklich wert ist, vorgelesen zu werden. Da zeigt sich, dass Sie nicht auf der Höhe der Zeit sind. Es heißt dort nämlich:

Es steht zu befürchten, dass im Haushaltsvollzug der Radverkehr und der Radwegebau übermäßig profitieren und der Straßenbau weiter zurückfällt.

Das ist doch einfach lächerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Da haben Sie die Größenordnungen wieder einmal vollkommen durcheinandergebracht, und Sie haben auch die Augen davor verschlossen, wie die Bedarfe im Land sind. Ja, wir brauchen Straßen. Aber wir brauchen an diesen Straßen auch Radwege.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, natürlich brauchen wir das!)

Denn es gibt eine Menge Menschen, die sich mit dem Rad fortbewegen, sei es, um von der Arbeit nach Hause zu kommen, sei es im privaten Bereich. Wir stehen zum Ausbau der Radwege, und wir wollen dies auch fördern. Warum Sie das nicht wollen, weiß ich nicht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Auf jeden Fall haben Sie damit den Anschluss an die gesellschaftlichen Entwicklungen klar verpasst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Straßenbau hat der Ministerpräsident die richtigen Stichpunkte genannt. Es geht um Sanierung, es geht darum, die begonnenen Maßnahmen zu beenden, und es geht darum, nach klar definierbaren Kriterien neue Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Das ist für diejenigen, die dann vielleicht erst später die Straße bekommen, die sie sich wünschen, nicht der beste Weg. Aber es ist klar nachvollziehbar; es hat nichts mit irgendeiner Art von „Gefälligkeitsstraßenbauten“ zu tun – so, wie Sie das in der Vergangenheit gepflegt haben. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es richtig und wichtig, das so zu machen.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen, und zwar die Themen ÖPNV und GVFG. Sie haben eine Aufgabe: Sie haben

die Aufgabe, auf Bundesebene gemeinsam mit uns dafür zu kämpfen, dass die mit der Beendigung des GVFG zum Jahr 2019 verbundene Bedingung, dass bis dahin alle Maßnahmen, die nach dem GVFG gefördert werden, abgeschlossen und abgerechnet werden sollen, fällt. Wir brauchen die Zusage, dass Projekte, die bereits begonnen sind, auch erst nach diesem Datum fertiggestellt werden können. Zudem brauchen wir auch nach 2019 die Unterstützung des Bundes, um den öffentlichen Personennahverkehr weiter auszubauen. Da könnten Sie ein gutes Werk tun. Wir könnten da gemeinsam an einem Strang ziehen für den Ausbau des ÖPNV in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Fazit – ich wiederhole es –: Alle wichtigen Zukunftsbereiche werden mit diesem Landeshaushalt abgedeckt. Der Landeshaushalt, der Ihnen im Entwurf vorliegt, weist den richtigen Weg in die Zukunft. Er hat die richtige Balance zwischen Haushaltskonsolidierung einerseits und Investitionen in wichtige Zukunftsprojekte andererseits. Deshalb werden wir diesem Haushaltsentwurf mit Überzeugung zustimmen. Ich hoffe, dass Sie dies im Zuge der nun folgenden Beratungen der Einzelpläne ebenfalls tun werden. Denn es ist ein guter Entwurf, und es ist ein guter Schritt auf einem Weg in die richtige Richtung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich dafür entschuldigen, dass ich diese Aussprache vorzeitig verlassen muss, weil ich sonst das Flugzeug nach Berlin nicht erreiche und dann die Sitzung des Vermittlungsausschusses versäumen würde.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Sie wissen alle, dass da sehr wichtige Dinge zu entscheiden sind. Deswegen bitte ich um Verständnis, dass ich die Sitzung in Kürze verlassen muss,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

auch wenn sie noch nicht beendet ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nun erteile ich Herrn Abg. Schmiedel für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Ministerpräsident, das ist natürlich schade, denn ich muss jetzt die großen Klötze zerlegen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Fangen Sie einmal bei sich selbst an! – Weitere Zurufe, u. a.: Angeber!)

(Claus Schmiedel)

Nur ein paar wenige Punkte; denn wir werden im Weiteren noch über die einzelnen Politikfelder sprechen.

Zunächst einmal: Herr Kollege Hauk, Sie haben gesagt, Sie hätten Einsparvorschläge in Höhe von 1,5 Milliarden € vorgelegt. Ich muss noch einmal wiederholen: 1 Milliarde € Luftbuchung. Sie bauen auf ein Steuerabkommen, das es nicht gibt. Selbst dann, wenn die Landesregierung von Baden-Württemberg dem zustimmen würde, gäbe es noch keine Mehrheit. Das ist also eine reine Spekulation. Die von Ihnen beantragte Absenkung des Ansatzes beim Länderfinanzausgleich um 100 Millionen € ist „Wünsch dir was“. Die 100 Millionen € beim Vorgriffsstundenmodell sind eine versteckte Kreditaufnahme. Hinzu kommt, dass das mit der Gemeinschaftsschule auch nicht aufgeht. Das heißt, Sie haben im Kern überhaupt keine Deckungsvorschläge für das, was Sie 1,5 Milliarden € nennen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Sie haben versucht, einen Gegensatz zwischen sozialer Marktwirtschaft und Mindestlohn zu konstruieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

– „Natürlich“, sagen Sie. – Jetzt lese ich Ihnen einmal etwas vor, und Sie dürfen mir hinterher sagen, wer es gesagt hat.

Wir verteidigen die soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard, die wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Sicherheit verbindet. Da gehört auch der Mindestlohn zu. Wer Vollzeit arbeitet, muss am Ende ... seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Sonst entwertet das Arbeit.

Wer hat das gesagt?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Adam Smith?
– Abg. Peter Hofelich SPD: Mahatma Gandhi! – Weitere Zurufe)

Das hat diejenige, die im Bund für Arbeit zuständig ist, die Bundesarbeitsministerin von der Leyen, im „Spiegel“-Interview vom 14. November 2011 gesagt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Volkspartei!)

Was schließen wir daraus? Wir, Grün und Rot, sind einer Meinung mit denen in der CDU, die das Soziale in der Marktwirtschaft ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dass auch Ludwig Erhard das ernst genommen hat, erkennen Sie daran, dass es ein Gesetz aus den Fünfzigerjahren mit Mindestanforderungen an die Arbeit gibt,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber kein Mindestlohngesetz!)

das aber nie ausgefüllt wurde, weil es in den Fünfzigerjahren, in den Sechzigerjahren, in den Siebzigerjahren und noch in den Achtzigerjahren Standard war, dass der Tariflohn der niedrigste Lohn war. Das ist in den Neunzigerjahren und in unserem Jahrtausend massiv verrutscht. Heute arbeiten insgesamt noch knapp über 50 % tarifgebunden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das waren doch Schröder und Fischer!)

Deshalb gibt es das Problem der Niedrigentlohnung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Entschuldigung, das waren doch Schröder und Fischer!)

Deshalb ist es geboten, dass wir dem mit einem Mindestlohn entgegenreten.

Übrigens haben wir auch gesetzliche Vorschriften über Mindesturlaub. Gleichwohl sind die Tarifverhandlungen darüber nicht außer Kraft gesetzt. Beim Mindesturlaub von 24 Wochentagen

(Zuruf von der SPD: Werktagen!)

setzen dann die Tarifverhandlungen auf. Da kommen dann 30 Tage oder 32 Tage heraus. Genauso ist es beim Mindestlohn: Wenn er eingeführt wird, dann ist das der Aufsetzer für die Tariflöhne. Dann haben wir es erreicht, dass wir wieder anständige Arbeitsbedingungen für alle Menschen in Baden-Württemberg und in Deutschland haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt haben Sie noch einmal verteidigt, was Ramsauer veranstaltet. Deshalb muss ich dazu noch einmal ein paar Zahlen in Erinnerung rufen. Ramsauer hat angekündigt, dass wir künftig nicht mehr wie bisher mit durchschnittlich 230 Millionen € pro Jahr für Neubaumaßnahmen rechnen können, sondern mit maximal 130 Millionen €. Er ist dann noch einmal auf 70 Millionen €, 100 Millionen € pro Jahr heruntergegangen. Das sind jedes Jahr über 100 Millionen € weniger für Neubaumaßnahmen.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Deshalb hat er die Konsequenz gezogen: keinen einzigen Neubau mehr. Jetzt hat er das vor dem Nikolaustag durch eine Einmalzahlung von 70 Millionen € ein bisschen korrigiert.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist nur die halbe Wahrheit!)

Deshalb bleiben natürlich nur 1 Million € für Neubeginne übrig. Mir fehlt die Fantasie, um das zu bejubeln. Denn das ist ja wieder nicht durchfinanziert.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Das bedeutet doch nur, dass alle Baustellen verlängert werden, wenn man das so macht. Das ist keine nachhaltige Politik, sondern das ist Unsinn. Wir brauchen einfach mehr Geld.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wann kann es zwischen Koalitionsfraktionen, Oppositionsfraktionen und Regierung Gespräche über Bildungspolitik geben? Wann kann es solche Gespräche geben? Diese kann es erst dann geben, wenn Sie aufhören, die Gemeinschaftsschule zu diffamieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bauen Sie doch keine Hürden auf!)

(Claus Schmiedel)

Dann kann es das geben. Aber solange Sie das diffamieren, wie Sie das tun – –

(Abg. Helmut Rau CDU: Wir diffamieren gar nicht! Wir kritisieren! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben die Werkrealschule diffamiert!)

Verstehen Sie? Sie diffamieren ja nicht uns.

(Abg. Helmut Rau CDU: Wir diffamieren gar nicht! Wir kritisieren! – Zuruf: Unverschämtheit!)

– Sie diffamieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben die Werkrealschule kastriert, und jetzt kommen Sie mit solchen Äußerungen! – Zuruf des Abg. Helmut Rau CDU)

Sie diffamieren das und behaupten, dass das Niveau heruntergehe, dass da Einheitsbrei gemacht werde, dass es keine Leistungsorientierung gebe. Das alles ist eine Diffamierung, weil es mit der Realität nichts zu tun hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo gibt es die Realität in der Gemeinschaftsschule? – Unruhe)

– Hören Sie einmal auf, immer hineinzuschreien. Hören Sie erst einmal zu.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Solange Sie nicht akzeptieren,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

dass eine Mehrheit in diesem Land für diese Koalition auch deshalb gestimmt hat, weil eine Mehrheit in diesem Land dahintersteht,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo ist die Mehrheit?)

dass es die Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens gibt, solange Sie das nicht akzeptieren, machen Gespräche keinen Sinn.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Da nützt es auch nichts, wenn Sie in eine Schule gehen, feuchte Augen bekommen und sagen, Sie seien begeistert von dieser Gemeinschaftsschule.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen gar keine Gespräche!)

– Herr Präsident, sagen Sie einmal, kann man da nicht irgendwo ein Pflaster draufkleben?

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Das ist doch unerträglich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Schmiedel, ich traue Ihnen bei Ihren Qualitäten zu, mit Zwischenrufen locker fertig zu werden.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn er sich nur auf Zwischenrufe beschränken würde! Aber er bruddelt die ganze Zeit.

(Heiterkeit)

Herr Hauk, es nützt nichts, wenn Sie in eine oder zwei Gemeinschaftsschulen gehen, begeistert sind und das dann hier alles wieder schlechtreden und diffamieren. Nehmen Sie einfach einmal zur Kenntnis, wer außer der Regierungskoalition hinter der Gemeinschaftsschule steht. Wer steht denn alles dahinter? Übrigens auch die GEW, die morgen demonstriert. Darauf kann man sich nicht berufen. Der Städtetag steht dahinter,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Wunderbar!)

einmütig. Der Gemeindetag steht dahinter,

(Lachen des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

der Handwerkstag steht dahinter,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Steht der Referent dahinter?)

zunehmend auch die Wirtschaftsverbände und auch der Landeselternbeirat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Wunderbar! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber nicht die Mehrheit im Ludwigsburger Gemeinderat!)

Also sollte man einmal die Realität zur Kenntnis nehmen. Wenn Sie sie zur Kenntnis nehmen, dann können wir darüber reden. Dann kann man sich zusammensetzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Schule für alle ist Ihr Ziel!)

Aber Sie sollten aufhören, zu unterstellen – das macht der Herr Rülke; das haben nicht Sie gemacht –, wir wollten das Gymnasium schleifen. Was für ein Unsinn. Mit Ihnen braucht man ja gar nicht weiterzureden.

Wir machen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Schule für alle ist Ihr Ziel!)

dass es das Gymnasium gibt und daneben auch die Gemeinschaftsschule, die auch den gymnasialen Standard anbietet – selbstverständlich –, denn längeres gemeinsames Lernen heißt, dass man in der Gemeinschaftsschule einen Hauptschulabschluss und einen Realschulabschluss machen kann und an die Oberstufe anknüpfend das Abitur anstreben kann, entweder an der Gemeinschaftsschule oder am Gymnasium. Was wir aber nicht machen, ist eine Fortsetzung des alten Systems, dass man es nach der vierten Klasse durch eine verbindliche Grundschulempfehlung festlegt und den Kasten zumacht. Welcher Abschluss angestrebt wird, entscheidet man mit den Schülern und Eltern am Ende der Schullaufbahn, wenn man sich dem Abschluss nähert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie bereitet man vor? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Claus Schmiedel)

Dann wird ein guter Schulabschluss an der Gemeinschaftsschule angeboten und wird auch realisiert.

Deshalb: Wenn Sie akzeptieren, dass das längere gemeinsame Lernen die Grundlage der zweiten Säule ist, dann können wir darüber reden. Ansonsten müssen wir es halt allein machen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen doch eine Schule für alle! Eine Schule für alle wollen Sie! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Eines wollte ich noch zurechtrücken. Sie diffamieren und schrecken auch nicht vor der Verbreitung von Unwahrheiten zurück, wenn es um den Bürgerdialog im Zusammenhang mit dem Nationalpark geht. Es ist schon sehr merkwürdig, dass Sie behaupten, da fände kein Dialog statt und Minister Bonde sei nicht unterwegs. Er ist dutzendfach unterwegs.

(Zurufe der Abg. Peter Hauk und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir haben selbst in Bad Wildbad eine große Veranstaltung gemacht, nicht mit Indoktrination, sondern in der Art, dass wir Vertreter anderer Nationalparks, die Geschäftsführer, geholt haben, damit sie als Dialogpartner zur Verfügung stehen. Wir haben darüber gesprochen: Wie geht man mit den Veränderungen um? Wie reagiert man auf Probleme, und wie hat sich das entwickelt?

Das ist ein Dialog, der informiert. Ein Dialog – wenn ich in einen Bürgerdialog eintrete – setzt aber natürlich auch voraus, dass ich weiß, was ich will. Ihr Problem ist doch, dass Sie nicht wissen, ob Sie dafür sein sollen oder dagegen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sind Sie ergebnisoffen?)

Deshalb tappen Sie da auch herum, werfen mit Nebelkerzen um sich und regen sich auf über die Art des Dialogs, anstatt zu sagen, wofür Sie eigentlich sind. Was sind Ihre Positionen?

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Weil Sie die nicht haben, toben Sie auf Nebenkriegsschauplätzen herum.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rapp? – Herr Dr. Rapp, bitte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: War das jetzt ein Ja oder ein Nein?)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war ein Ja. Das ist ja klar.

(Zuruf: Das war ein „Meinetwegen“!)

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Herr Schmiedel, Ihre Kollegin Sitzmann hat vorhin wort- und trickreich erklärt, wie Bürgerbeteiligung geht. Sie fangen jetzt auch damit an. Es wurde uns vorhin gesagt, dass das Ganze ein offener Prozess sei.

Jetzt weiß ich nicht, inwieweit Sie in der Lage sind, zu reflektieren: Wenn man von vornherein hingeht und sagt: „Wir wol-

len ausschließlich einen Nationalpark“ – als Zielsetzung ist das okay –, und gar keine Alternativen anbietet, wie können dann die Leute Alternativen wählen?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist die Frage!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir werben für ein Projekt, das in unserem Koalitionsvertrag steht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Da gibt es gar kein Geheimnis. Wir gehen nicht hin und warten, bis da vor Ort irgendetwas entsteht, was man haben will, sondern wir haben eine Vorstellung, für die wir werben. Wenn wir eine Mehrheit der Bürgerschaft dafür gewinnen, dann wird das auch gemacht. Wenn eine Mehrheit der Bürgerschaft dagegen aufsteht, dann wird man das nicht machen, denn dann kommt dabei nichts Gescheites heraus.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bürgerschaft vor Ort! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das ist doch nichts anderes als bei Stuttgart 21 – nur gab es da halt zwei Positionen –, wenn man für etwas wirbt und dann schaut, ob man eine Mehrheit bekommt. In diesem Fall wird es dort entschieden. Das sind halt die Spielregeln bei diesem Projekt. Deshalb ist es auch ganz offen und transparent.

Was ich selbst jetzt bei den Diskussionen erlebe – übrigens ganz direkt; wir gehen noch einmal nach Baiersbrunn –, ist, dass man – auch seitens der Gegner, die man dort trifft, die skeptisch sind, oder der Leute, die Fragen haben –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Geht der Herr Bonde mit?)

froh ist, dass man dort ist und diesen Prozess organisiert. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb Sie da so herummosern. Ich verstehe das gar nicht.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Da sage ich nur Danke schön!)

– Okay. Dann ist die Frage beantwortet.

(Lachen bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Das war keine Antwort! Die Frage ist, ob sie gehört werden! Ich möchte eine Werbetour ablehnen!)

Unterm Strich: Finanzpolitisch gibt es keine Alternative von Ihnen in den wichtigen gesellschaftspolitischen und in den wichtigen wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Sie haben ja, wie ich festgestellt habe, ein ungeklärtes Verhältnis zur Energiewende. Das Wichtigste bei der Energiewende ist die Verlässlichkeit, und das wollen Sie gerade jetzt infrage stellen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! Der Preis steigt verlässlich!)

Das erinnert daran, dass Sie auch schon einmal aus dem Atomausstieg ausgestiegen sind, um dann zehn Jahre später wieder einzusteigen.

Wir bleiben bei der verlässlichen Energiewende. Wir greifen die gesellschaftspolitischen Herausforderungen in der Bil-

(Claus Schmiedel)

dungspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik auf. Sie vertreten die Politik von gestern,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Preise von gestern!)

und deshalb sind Sie zu Recht in der Opposition und wir in der Regierung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Doch! Wir dürfen noch einmal! Der Ministerpräsident hat gesprochen!)

– Nein, die Mitteilung des Herrn Ministerpräsidenten fällt nicht unter diese Regelung. Der Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass er geht. Das war ein Akt der Höflichkeit, durch den keine Debatte ermöglicht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sagt die Geschäftsordnung nicht!)

– Sie können auch noch einmal versuchen, das Wort zu ergreifen. Sie werden es nicht bekommen, weil ich die Geschäftsordnung so auslege.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sitzungsunterbrechung! Diskussion!)

Wir kommen jetzt zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 02 – Staatsministerium. Abstimmungsgrundlage ist Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2602.

Ich rufe zunächst Abschnitt I Ziffer 1 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0201
Staatsministerium

Wer Kapitel 0201 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 0201 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 2 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0202
Allgemeine Bewilligungen

Zu diesem Kapitel liegen drei Änderungsanträge vor. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2702-4, zu Titel 531 02 und 531 03 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das geht ja schon gut los!)

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der vier im Landtag vertretenen Fraktionen, Drucksache 15/2702-1, zu Titel 685 01 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na also, geht doch! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Das war doch ein gemeinsamer Antrag!)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

Nun lasse ich über den weiteren interfraktionellen Antrag, Drucksache 15/2702-2, zu Titel 685 03 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über Kapitel 0202 abstimmen. Wer Kapitel 0202 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 3 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0203
Staatsgerichtshof

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 4 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0204
Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 0204 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 5 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0205
Landeszentrale für politische Bildung

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2702-3, vor.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur FDP/DVP: Wollt ihr nicht beim Bund und bei der EU vertreten sein?)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das geht jetzt aber nicht! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schaufensterantrag!)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wer stimmt Kapitel 0205 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 0205 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 6 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0208

Führungsakademie Baden-Württemberg

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 0208 einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II und Abschnitt III der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2602, abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden, dass wir darüber gemeinsam abstimmen? – Das ist der Fall. Wer den Abschnitten II und III der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Abschnitten II und III der Beschlussempfehlung Drucksache 15/2602 einstimmig zugestimmt.

In Abschnitt IV der Beschlussempfehlung Drucksache 15/2602 empfiehlt der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2630, soweit diese den Einzelplan 02 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Kenntnisnahme zu.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 02 – Staatsministerium.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Zeit schon stark überzogen. Eigentlich wollten wir auch Tagesordnungspunkt 1 b noch vor der Mittagspause beraten. Das würde aber bis nach 14:00 Uhr dauern. Deswegen machen wir jetzt eine Stunde lang Mittagspause. Um 13:30 Uhr setzen wir die Sitzung fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:32 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:31 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. Ich rufe **Punkt 1 b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2603

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Anwesend!)

Er wünscht nicht das Wort?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Nein!)

Das Präsidium hat für die Beratung des Tagesordnungspunkts 1 b – Einzelplan 03: Innenministerium – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Blenke das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bediensteten des öffentlichen Dienstes sichern tagtäglich das stabile Funktionieren unseres Staatswesens. Unser Dank gilt deswegen eingangs allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Innenverwaltung.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Sie sind für die Bürgerinnen und Bürger tagesin, tagaus Ansprechpartner, Dienstleister und kompetente Entscheider. Unser Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunalverwaltung sowie – diese will ich nicht vergessen – den vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im nicht staatlichen Bereich, etwa bei den Feuerwehren, bei den Rettungsdiensten und im Katastrophenschutz.

Ein motivierter öffentlicher Dienst ist Grundvoraussetzung dafür, dass der Staat verlässlich funktioniert. Dazu gehört aber auch ein verlässlicher Umgang mit den Bediensteten. Wir brauchen nicht den Grün-Rot-Stift beim einzelnen Beamten, sondern wir brauchen eine nachhaltige Politik der Personalentwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP)

Bei Ihnen wird jedoch der Personalkörper nahezu ungebremst weiter aufgebläht. Ich spreche nicht von den allseits bekannten Themen. Das von Schwarz-Gelb aufgelegte 1 480-Stellen-Einsparprogramm wurde von Ihnen faktisch erst einmal ausgesetzt, und jetzt schaffen Sie wegen neuer Aufgaben um die 200 neue Stellen allein bei den vier Regierungspräsidien.

Meine Damen und Herren, auf jede Herausforderung mit neuen Stellen zu reagieren, das ist fantasielos. Wir müssen deshalb die von Ihnen vorgelegten Kapitel zu den vier Regierungspräsidien ablehnen, obwohl dort gute, wichtige Arbeit geleistet wird. Das will ich ausdrücklich sagen.

Vertriebene und Spätaussiedler brauchen Gehör. Es ist unverständlich – das ist schon öfter hier erwähnt worden –, dass es dafür keinen Landesbeauftragten mehr gibt. Geradezu entlarvend ist der Umstand, dass Grün-Rot die Vertriebenen eiskalt aus dem Rundfunkrat des SWR katapultiert hat, um Platz für ihnen genehme Gruppierungen zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das zeigt die wahre Einstellung und innere Distanz zu Vertriebenen. Dazu passt auch die starke Mittelkürzung im Bereich der Kulturarbeit.

Unser Gemeinwesen lebt vom Ehrenamt. Nirgendwo sonst wird dies so deutlich wie bei den Feuerwehren, den Rettungsdiensten und beim Katastrophenschutz. Hier wird begleitend und Hand in Hand mit hauptamtlichen Diensten rund um die Uhr dafür gesorgt, dass wir sicher leben können. Erst jüngst hat uns die schreckliche Brandkatastrophe in Titisee-Neustadt vor Augen geführt, welche körperlichen und seelischen Belastungen auf – vielfach ehrenamtliche – Helfer von einer Minute auf die andere zukommen können. Ihnen allen ist die Gesellschaft zu tiefem Dank verpflichtet. Seelische Last kann der

(Thomas Blenke)

Staat nicht nehmen. Man kann im Bereich einer professionellen Nachsorge Linderung verschaffen. Was der Staat aber leisten kann und leisten muss, ist, für eine leistungsfähige Ausstattung zu sorgen.

Das Land ist traditionell ein verlässlicher Garant für die Erhaltung eines leistungsfähigen Feuerwehrwesens. Dies muss auch so bleiben. Auch im Rettungswesen sind wir insgesamt gut aufgestellt und haben schon während unserer Regierungsverantwortung z. B. signifikante Verbesserungen bei den Rettungszeiten in der notärztlichen Versorgung erreicht.

Meine Damen und Herren, bürgerschaftliches Engagement gibt es auch im Bereich der Polizei. Leider wird man bald sagen müssen: gab es. Die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes ist ein Schlag ins Gesicht all derer in unserer Gesellschaft, die bereit sind, sich ehrenamtlich für andere einzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Geradezu zynisch wirkt es, wenn Sie davon sprechen: „Wer heute dabei ist, darf selbstverständlich weitermachen.“ Reden Sie doch einmal mit den Betroffenen, die heute im Freiwilligen Polizeidienst sind. Überall wird drastisch gekürzt, sodass ein Tätigwerden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Freiwilligen Polizeidienst faktisch fast nicht mehr möglich ist.

Die Menschen, die hier betroffen sind, sagen: „Wir wollen helfen – nach der Arbeit, in unserer Freizeit.“ Was hören sie von Ihnen, von Grün-Rot? Sie hören nicht einmal: „Wir brauchen Sie nicht mehr.“ Viel schlimmer: „Wir wollen Sie nicht mehr.“ Das ist ein Schlag ins Gesicht, und das ist ein fatales Signal an alle im Bereich der öffentlichen Sicherheit ehrenamtlich Tätigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! –
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Sehr geehrter Herr Minister Gall, ich kann Ihnen das nicht ersparen: Ich bin da persönlich von Ihnen etwas enttäuscht. Von Ihnen als aktivem Feuerwehrmann, als ehrenamtlich Tätigem im Bereich der öffentlichen Sicherheit hätte ich mir bei diesem Thema etwas mehr Sensibilität erwünscht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Der Clou bei dem Ganzen ist aber: Mit den ersparten Mitteln werden die Kosten der Polizeireform absehbar kleingerechnet – einer der vielen Teile. Die Frage ist doch: Wer erbringt künftig die Arbeitsleistung der bisher freiwillig Tätigen? Was kosten die weit über 100 Profipolizisten, die wir brauchen, um die Arbeit der bisher ehrenamtlich Tätigen zu übernehmen? Keine Aussage dazu.

Meine Damen und Herren, vor wenigen Tagen haben Sie – Grün-Rot – sich für den angeblichen Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei feiern lassen und vielleicht auch selbst gefeiert. Schauen wir uns einmal an, was Sie gemacht haben. Ich habe auch einmal ein Schaubild mitgebracht.

(Der Redner hält ein Schaubild mit der Überschrift
„Zweigeteilte Laufbahn à la Grün-Rot“ hoch.)

Sie machen aus 250 Polizeihauptmeistern im mittleren Dienst – Besoldungsgruppe A 9 – 250 Polizeikommissare im gehobenen Dienst. Kosten gleich null, Effekt für die Beamten im Geldbeutel gleich null.

Sie machen aus 250 Polizeihauptmeistern mit Zulage – Besoldungsgruppe A 9 plus Z – 250 Oberkommissare im gehobenen Dienst – Besoldungsgruppe A 10 – mit folgendem Effekt

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sind Sie dagegen?)

– warten Sie, Moment –: in Stufe 5 vor der Beförderung 2 918,81 €, danach 2 904,96 €. Das ergibt ein Minus von 13,85 €.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/
DVP)

Das ist die zweigeteilte Laufbahn à la Grün-Rot.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt kommt der Grund, weswegen wir nicht dafür sein konnten, Herr Kollege. Was Sie nämlich nicht machen, ist das Durchschlüsseln im gehobenen Dienst. Das würde Beförderungschancen erbringen. Sie machen Kosmetik, eine Nullnummer, die nichts kostet, die den Beamten nichts bringt, schlüsseln nicht durch und schaffen dadurch keine zusätzlichen Beförderungsperspektiven im gehobenen Dienst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Reiner Bluff!)

Das Ganze nennen Sie „Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn“ und sagen verräterisch in der Begründung selbst, Kollege Sakellariou – Zitat –, das sei de facto kostenneutral.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nichts wert!)

Wir sagen: Das ist de facto eine Mogelpackung. Für wie naiv halten Sie eigentlich die Polizisten? Sie verkaufen eine Maßnahme, die in der Summe nichts kostet, als bahnbrechende Wohltat. Das glaubt Ihnen doch niemand – doch, einer vielleicht. Der GdP-Landesvorsitzende hat auf Facebook begeistert geschrieben: „Der Anfang für die zweigeteilte Laufbahn ist geschafft.“

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hat recht!)

Ich war, lieber Kollege Schmiedel, früher einmal Schüler des Hermann-Hesse-Gymnasiums in Calw und weiß deshalb: „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.“ Diesem Anfang wohnt allenfalls ein fauler Zauber inne.

Was haben wir gemacht? Sie können sehen, wie man das anders machen kann. Ich habe noch ein Bild dabei.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Es zeigt das letzte Strukturprogramm der schwarz-gelben Landesregierung 2010, eines von vielen. Wir haben 1 600 Beförderungsmöglichkeiten geschaffen, und wir haben diese – das sind diese Bögen hier – im gehobenen Dienst durchgeschlüs-

(Thomas Blenke)

selt. Dadurch sind Beförderungsmöglichkeiten und berufliche Perspektiven im gehobenen Dienst und im mittleren Dienst geschaffen worden. 11,1 Millionen € – 1 600 Beförderungsmöglichkeiten. Das ist der Unterschied zu dem, was Sie groß als Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn verkaufen.

(Zuruf von der SPD: Aber wir haben den Schlüssel verbessert!)

Das größte Haushaltsrisiko im Einzelplan 03 zeichnet sich dadurch aus, dass es gar nicht im Haushaltsplan steht. Mir hat mein Vater einmal beigebracht: Du musst immer das Kleingedruckte lesen. Bei Ihnen muss man die Kunst beherrschen, das Nichtgedruckte zu lesen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zwischen den Zeilen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hellseherisch!)

Dann stößt man auf die richtig großen Brocken. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Die Landesregierung stößt eine Polizeireform an, bei der kein Stein auf dem anderen bleibt, bei der nahezu alle Strukturen erst einmal zerschlagen werden, bei der Abertausende von Mitarbeitern seit Monaten darüber im Unklaren gelassen werden, wann und wo sie künftig ihre Polizeiarbeit verrichten werden, bei der einige wenige Karrieren steil nach oben schießen und Abertausende über Monate auf dem Verschiebebahnhof, genannt Interessenbekundungsverfahren, geparkt werden und nicht wissen, wohin die berufliche Reise geht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt kommt die rühri-ge Apokalypse!)

Es ist eine Reform, bei der die berufliche und persönliche Lebensplanung von Mitarbeitern nachrangig ist, die immense Kosten – Trennungsgelder, Umzugsvergütungen und Sonstiges – auslösen wird, ganz zu schweigen von den persönlichen Mehrkosten für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Es ist eine Reform, die allein aufgrund der Entfernungen, die zu bewältigen sind, erhebliche Mehrkosten auslösen wird. Es ist eine Reform, die mit der Schaffung von Mammutbehörden Bürgerferne und einen riesigen Investitionsbedarf auslöst. Ich könnte noch lange so weitermachen. Und was steht dazu im Haushalt? Nichts – pardon, fast nichts. 10 Millionen € Anschubfinanzierung für die Einrichtung neuer Einsatzleitzentralen. Das war's. Sie setzen eine Reform in Gang, die am 1. Januar 2014 in Kraft treten soll.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Vielleicht!)

Das betrifft sozusagen exakt die Mitte des Geltungszeitraums des Doppelhaushalts 2013/2014, den wir jetzt beschließen. Der aktuelle Einzelplan 03 müsste dann doch eigentlich aus Ihrer Sicht der Polizeireformhaushalt schlechthin sein. Und was ist drin? Gerade einmal 10 Millionen €. Das reicht, vorsichtig gerechnet, für die Einrichtung von gerade einmal zwei der geplanten zwölf künftigen Einsatzleitzentralen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Baustellen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist viel Geld! Der verliert sämtliche Maßstäbe! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Minister Gall, Sie haben sich dieser Tage darüber mokiert, dass die Sanierung des Affenhauses in der Wilhelma 20 Millionen € gekostet hat. Die Schimpansen in der Wilhelma können sich glücklich schätzen; sie genießen bei der Landesregierung einen höheren Stellenwert als die 25 000 Menschen, die tagtäglich für unsere Sicherheit zu sorgen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Seit Monaten fordern wir von Ihnen konkrete Aussagen zu den Kosten der Reform – nach wie vor Fehlanzeige. Jetzt heißt es: Am Ende des Jahres – oder irgendwann – legen wir eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vor. Betrachtung! Das darf doch nicht wahr sein! Sie schaffen Fakten und rechnen nicht einmal, sondern betrachten nur. Herr Finanzminister, wollen Sie das ernsthaft durchgehen lassen? In Ihrem Haus wurde auch von Ihren Vorgängern seit jeher und zu Recht mit gespitztem Griffel jeder Cent zweimal umgedreht, die Fachministerien wurden selbst bei Petitessen manchmal bis zur Weißglut gereizt.

Und heute? Lassen Sie es dem Innenministerium wirklich durchgehen, dass ein ungedeckter Wechsel in dreistelliger Millionenhöhe gezeichnet wird und man sich dabei auf bloße Betrachtungen stützt? Selbst in der Polizei glaubt kein Mensch mehr, dass das gut geht. Es traut sich wegen der Maulkorbpolitik bloß niemand, etwas zu sagen. Und bei Ihnen gehen keine Alarmglocken an? Wenn schon in der Dorotheenstraße nur betrachtet wird, dann erwarten wir, dass wenigstens im Neuen Schloss gerechnet wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie sind ja mittlerweile in der Fläche des Landes etwas besser vertreten als Ihr Juniorpartner in der Koalition. Kann Ihnen der massenhafte Abbau von Strukturen in der Fläche im ländlichen Raum gefallen? Finden Sie es gut, dass Oberschwaben, der Norden des Landes, das Hochrheingebiet, weite Teile des Schwarzwalds, aber auch Universitätsstädte wie Tübingen oder Oberzentren wie Pforzheim oder Ravensburg hinsichtlich der Polizeipräsenz riesige weiße Flecken werden und die Steuerzahler dafür auch noch tief in die Tasche greifen müssen? Wie tief dieser Griff in die Tasche sein wird, wird sich vermutlich nie ganz feststellen lassen. Der Innenminister hält seit neun Monaten eisern an der Angabe von 120 Millionen bis 170 Millionen € fest; auch das ist nur das Ergebnis einer Betrachtung, ohne Beleg. Besorgte interne Kreise – das ist keine Erfindung von uns – rechnen mit bis zu 900 Millionen €. Ich bin mir sicher, Herr Minister, dass Ihre Betrachtung, die folgen wird, sauber den von Ihnen vorgegebenen Rahmen einhalten wird. Vielleicht überraschen Sie uns sogar mit noch niedrigeren Zahlen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber ich sage Ihnen: Wir wollen eine Vollkostenrechnung, und zwar eine Vollkostenrechnung, die nachvollziehbar ist. Deshalb haben wir zur heutigen Haushaltsberatung einen entsprechenden Antrag eingebracht.

(Thomas Blenke)

Sie werden vermutlich versuchen, Ihre Reform mit fremden Faktoren schönzurechnen. Der Präsenzzuwachs wird durch den von uns eingeführten und von Ihnen fortgeführten Einstellungskorridor aufgehübscht. Investitionen werden zum Sanierungsstau der Vorgängerregierung erklärt. Aber Vorsicht! Wir werden das alles genau nachrechnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss darf ich Ihnen aus einem Weihnachtsbrief zitieren, den ich gestern von der Deutschen Polizeigewerkschaft in Tübingen bekommen habe.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ah! – Zuruf des Ministers Reinhold Gall)

– Der Minister hat ihn wohl auch bekommen.

(Minister Reinhold Gall: Da kann ich nur lachen!)

In dem Brief heißt es:

Die schlechte Nachricht: Die Polizeireform kommt. Die gute Nachricht: Weihnachten bleibt davon weitgehend verschont.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen den von Ihnen vorgelegten Haushalt des Innenministeriums ablehnen. Er ist unvollständig, ungenügend und unseriös.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf: Vor allem das Letzte!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Scerl das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt sind wir aber gespannt! – Gegenruf der Abg. Petra Häffner GRÜNE: Das dürfen Sie auch sein!)

Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist Zeit, vom Zerrbild über die Polizei und andere Einrichtungen des öffentlichen Dienstes und der Innenverwaltung in Baden-Württemberg zur Wirklichkeit zurückzukehren. Das werden wir jetzt zum Gegenstand der weiteren Diskussion machen.

Am Anfang steht der Dank meiner Fraktion an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium, von der Hausspitze ganz oben bis nach ganz unten. Herr Minister, bitte überbringen Sie unsere Dankesworte. Sie erstrecken sich selbstverständlich auf alle Bediensteten. Da wird toll gearbeitet, Herr Kollege Blenke. Aber ich glaube, diese Feststellung dürfte ziemlich die einzige Gemeinsamkeit zwischen Ihnen und uns in der heutigen Debatte gewesen sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben gemeinsam relativ rasch nach der Regierungsübernahme den großen Reformbedarf im gesamten Bereich der Innenverwaltung festgestellt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Den haben die Grünen schon seit Jahrzehnten gesehen!)

Der Minister hat einen ehrgeizigen, ambitionierten Plan aufgestellt, in welchem Zeitraum was zu passieren hat. Dieser Plan wird sehr geradlinig, sehr ambitioniert, aber auch sehr engagiert abgearbeitet.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der ist schon verschoben worden, Herr Kollege! Der ist schon verschoben worden!)

Ihr Problem ist doch, dass Ergebnisse geliefert werden, die Ihnen politisch nicht gefallen. Aber die Ergebnisse, die geliefert werden, lassen sich vorzeigen und finden Unterstützung draußen im Land, auch bei den Polizeibediensteten.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ehrlich?)

Sie werden auch dazu beitragen, die Polizeireform im nächsten Jahr aufs Gleis zu setzen und endgültig zu vollenden.

(Beifall des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Herr Blenke, Ihre Aussage, neue Herausforderungen würden mit der Schaffung von neuen Stellen beantwortet, ist einfach nicht wahr. Gerade die Polizei ist das beste Beispiel dafür, dass wir aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sind, den von Ihnen betriebenen radikalen Stellenabbau, der weit über das, was die Polizei verkraften kann, hinausgeht, durch neue Stellen wettzumachen, sondern dass eine intelligente Organisationsreform her muss, um die Polizei trotzdem in der Perspektive leistungsfähig und als Garant für die innere Sicherheit in unserem Land zu behalten. Dieser Weg wird sehr konsequent beschritten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie in den Bericht des Innenministeriums zum Staatshaushaltsplan schauen, sehen Sie an ganz vielen Punkten, welche umfangreichen Reformmaßnahmen zur Organisation einer modernen, zukunftsfähigen Verwaltung unternommen werden, vom E-Government über die verschiedenen Plattformen bis zu Open Data und ganz anderen Prozessen, die das Ministerium zum Teil federführend für alle Ministerien und die Landesverwaltung unternommen hat.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist nichts Neues! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das sind tatsächlich Werkstätten für zukunftsfähige Verwaltungen, für Verwaltungen der Zukunft. Dieser Prozess war überfällig. Den haben Sie jahrzehntlang blockiert, und jetzt wird er endlich eingeleitet, und das ist gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dann zur Polizeireform, Herr Kollege. Was soll man dazu am soundso vielten Wiederholungstag dieser Diskussion noch sagen? Die Polizeibasis haben Sie nicht hinter sich. Als der Minister in erstaunlich kurzer Zeit nach Amtsübernahme die Reform angekündigt und begründet hatte, ging ein spürbares Aufatmen durch die Polizei in Baden-Württemberg: Endlich kommt eine Regierung, die vielleicht nicht die Wunschregierung aller Polizistinnen und Polizisten ist,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war kein Aufatmen, das war der Gegenwind!)

(Hans-Ulrich Sckerl)

die es aber in die Hand genommen hat, endlich überfällige Reformen in diesem Land einzuleiten. Das war die Meinung der Polizei,

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

und das hat sich bis zum heutigen Tag nicht geändert.

(Abg. Karl Klein CDU: Doch, grundlegend!)

Das liegt daran, dass die Polizistinnen und Polizisten mitgenommen wurden und weiterhin mitgenommen werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU zeigt überkreuzte Hände. – Abg. Karl Zimmermann CDU: So!)

– Hören Sie auf mit „Maulkorb“! Maulkorb war gestern, als Sie regiert haben; heute ist offene Diskussion.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es gibt doch überhaupt keinen Zweifel, dass wir das Know-how der weit über 20 000 Bediensteten bei der Polizei auch für diesen Reformprozess benötigen, ihre Lebens- und ihre Berufserfahrung brauchen, die eingespeist werden müssen. Das passiert doch auch in einer ganz lebendigen Diskussion. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass diese klugen Vorschläge, die wir jetzt haben, ohne die fundierten beruflichen Erfahrungen der Polizistinnen und Polizisten zustande gekommen wären. Die, die in den Projektgruppen gearbeitet haben, sind die besten Köpfe der Polizei in unserem Land.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt haben sie gemerkt, was auf sie zukommt! Ich bringe Ihnen die Belege, Herr Sckerl!)

Herr Blenke, viele tragen auch ein schwarzes Parteibuch. Das ist ein Beweis dafür, dass im Gegensatz zu Ihrer Regierungszeit bei uns fachliche Qualifikation, aber nicht das Parteibuch eine entscheidende Rolle spielt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt warten Sie einmal ab: Es gibt eindeutige Zeichen dafür, dass das, was Sie in Ihrer Maßlosigkeit völlig zu Unrecht kritisieren, nämlich die Wirtschaftlichkeitsberechnung und die Untersuchung der wahrscheinlichen Kosten der Polizeireform, schneller kommt, als Sie denken. Ich gehe wie auch meine Fraktion sehr optimistisch davon aus, dass die Kosten in dem vom Innenminister immer genannten Korridor von 120 Millionen € bis 170 Millionen € bleiben werden. Ich weiß, das Innenministerium und Nils Schmid schätzen sehr engagiert und sehr gründlich – das ist auch wichtig, und das ist auch eine Bedingung für uns – das Kostenpotenzial ab und nehmen die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vor. Ich glaube, dann wird Ihre Mäkelkritik auch an diesem Punkt verstummen müssen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wären Sie bereit, auch da einen Deckel darauf zu machen?)

und die ganzen Stimmen und Aussagen der letzten Monate über Horrorzahlen von 400 Millionen € oder auch von 900

Millionen € Kosten – nach dem Motto „Wer bietet mehr?“ –, die man aus Ihren Reihen gehört hat, werden dann kläglich verstummen. Da sind wir ganz sicher. Die Wirtschaftlichkeit dieser Reform wird sich erweisen. Dafür arbeiten wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ihnen wird es auch in Zukunft nicht gelingen, die Reform an diesem Punkt schlechtzureden.

Noch einmal zum Verständnis, warum wir die Reform machen: Wir müssen die Basisarbeit der Polizei gewährleisten. Wir müssen den Verlust von 1 000 Stellen wettmachen, den Sie uns beschert haben und über den die Polizei wegen ihrer vielfältigen Herausforderungen tagtäglich klagt. Wir müssen den Ressourceneinsatz – der ist nun einmal beschränkt; die finanziellen Mittel sind beschränkt – optimieren. Wir müssen die Effizienz verstärken und die Fachlichkeit erhöhen. Beiden Strängen dient diese Reform.

Jetzt glauben Sie, Sie könnten die Grünen, die neue Partei des ländlichen Raums in Baden-Württemberg,

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war der Witz des Tages! – Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Unglaublich!)

an diesem Punkt empfindlich treffen. Natürlich ist nicht jede Standortentscheidung von Anfang an populär. Wenn sich etwas verändert, bedarf es Gewöhnungsprozesse. Aber im Ergebnis ist diese Reform hinsichtlich der Verteilung von Zuständigkeiten und der Führungsebenen wie Kriminalkommisariaten, Verkehrsdirektionen und was auch immer in der Fläche doch ausgewogen und stärkt den ländlichen Raum und schwächt ihn nicht. Das ist bereits das entscheidende Ergebnis der ersten Schritte der Reform. Das unterstützen wir ausdrücklich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zu den Sorgen und Fragen der Bediensteten: Es werden nicht etwa viele, viele Tausend sein. Sie haben so getan, als müsste fast der gesamte Polizeikörper umziehen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: 4 000!)

Davon kann gar nicht die Rede sein. Es werden einige sein; vielleicht wird es ein Fünftel des Polizeikörpers sein oder auch weniger.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Haben die keine Rechte?)

Dafür gibt es ein gründliches und in diesem Umfang und dieser Tiefe nie dagewesenes Interessenbekundungsverfahren. Wir – das gilt für beide Koalitionsfraktionen – legen allergrößten Wert darauf, dass dies sehr gründlich gemacht wird, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei ernst genommen werden und dass ihren Bedürfnissen möglichst weitgehend Rechnung getragen wird. Da können Sie sich einmal anschauen, wie das geht, und danach können wir das gemeinsam neu beurteilen.

(Hans-Ulrich Sckerl)

In diesem Zusammenhang werden wir das Leitbild einer bürgernahen Polizei, einer Polizei, die nah beim Bürger draußen ist und künftig mehr Streife gehen bzw. fahren kann,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: „Bürgernahe Polizei“! Dann dürfen Sie aber den Freiwilligen Polizeidienst nicht streichen!)

als es unter Ihrer Verantwortung möglich war, weiter pflegen. Wir werden uns massiv gegen die zunehmende Gewalt im öffentlichen Raum gegen Polizeibeamte stellen. Da hat das Ministerium die richtigen Konzepte vorgelegt.

Dann gibt es noch den Freiwilligen Polizeidienst.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der wird abgeschafft! – Abg. Thomas Blenke CDU: Abserviert!)

– Herr Kollege Blenke, ich finde, in einer Zeit, in der sich die Widersprüche zuspitzen und in der die sozialen Besitzstände zu unserem Bedauern immer weiter auseinanderklaffen, in einer Zeit, in der Aggressionen und Gewalt zunehmen und wir damit gemeinsam ein großes Problem haben, ist es richtig, zu sagen: Der Polizeiberuf steht vor einem derart großen Potenzial an Herausforderungen, an Anforderungen bezüglich der Ausbildung und des tagtäglichen Handelns,

(Zuruf von der CDU: Das ist doch nur Ablenkung!)

dass diese Tätigkeiten ausgebildeten Profis vorbehalten sein müssen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Klar, wenn beim Breuninger Parkplätze fehlen, brauchen Sie Profis!)

Diese neuen Aufgaben können wir nicht mehr durch Freiwillige erledigen lassen. Das hat mit einer Absage an das Ehrenamt überhaupt nichts zu tun.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Natürlich hat das damit zu tun!)

Es hat damit nicht das Geringste zu tun. Das Ehrenamt ist hoch willkommen in den Bereichen, in denen es sinnvoll ist. Wir werden daher beim Rettungsdienst und bei der Feuerwehr das Ehrenamt aufrechterhalten; es wird gepflegt und gehegt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da geht es, und bei der Polizei geht es nicht?)

Aber bei der Polizei haben wir nach meiner Überzeugung die richtige Grundsatzentscheidung getroffen und lassen dieses Modell auslaufen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Thema „Zweigeteilte Laufbahn“: Auch hier gibt es Mäkelkritik. Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht – wir sind dabei auch weit davon entfernt, uns selbst zu feiern –: Wir machen hier – das haben wir immer gesagt – nur einen ersten Schritt, weil wir unter den derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht mehr verantworten können. Wir nehmen Stellenhebungen vor und schaffen damit für Polizistinnen und Polizisten, die sich um dieses Land und dessen Bürgerinnen und Bürger verdient gemacht haben, die nötigen Voraussetzungen. In einem nächsten Schritt – diese Schritte kommen

natürlich; das wollen wir, Herr Blenke – erhalten diese die Möglichkeit einer Beförderung im gehobenen Dienst. Das sind jetzt die Startvoraussetzungen.

Wir haben überhaupt keinen Hehl daraus gemacht, dass uns derzeit die finanziellen Möglichkeiten fehlen, dies in einem Schritt zu vollziehen. Im Übrigen: Blasen Sie an diesem Punkt die Backen bitte nicht ganz so auf. Sie haben es in der Zeit Ihrer Regierung bei deutlich besser gefüllten Haushaltskassen des Landes versäumt, rechtzeitig den gehobenen Dienst zu stärken und für die Beamtinnen und Beamten in größerem Maß Berufsperspektiven zu schaffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die zweigeteilte Laufbahn steht also auf der Agenda dieser Koalition.

Wir führen Entlastungen für den Wechselschichtdienst durch; auch das sollte nicht ganz verschwiegen werden. Wir entlasten Kolleginnen und Kollegen über 55 Jahren, die wirklich eine schwere Arbeit verrichten müssen. Auch das wird honoriert. Wir stabilisieren die Betriebsmittel bei der Polizei

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Auf welchem Niveau?)

und nehmen Ihnen damit auch ein liebgewonnenes Diskussionssthema der letzten Monate weg. Die Betriebsmittel in den Polizeidirektionen werden schlicht und einfach auskömmlicher sein, als das bei Ihnen der Fall war. Sie haben in diesem Bereich ziemlich unverantwortlich gekürzt.

Wir schaffen Anschlussperspektiven mit dem 800-Stellen-Programm, das auch im Jahr 2014 noch einmal aufgelegt wird.

Ich finde, wir übertreiben nicht, und wir loben uns auch nicht selbst; wir sind nicht überheblich. Aber wir sagen: Unter den Rahmenbedingungen, die wir haben, statten wir die Polizei und die innere Sicherheit im Land Baden-Württemberg gut aus. Das ist auch unser Job, und dazu stehen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir reformieren den Verfassungsschutz. Das ist eine gemeinsame Aufgabe. Wir sind gespannt auf die Empfehlungen, die hierzu kommen werden. Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen. Wir wollen die parlamentarische Kontrolle verbessern; auch das gehört zum Geschäftsbereich des Innenministeriums.

Wir stärken die Kommunen unter dem Stichwort Bürgergesellschaft. Unter den Begriffen „Reform des Wahlrechts“, Partizipation und Bürgerbeteiligung kommt im nächsten Jahr einiges. Das haben wir fest verabredet.

Der Innenminister ist auch für den Bereich „Flucht und Asyl“ zuständig. Wir bedanken uns an dieser Stelle sehr herzlich, Herr Minister, für den aus Gründen des Weihnachtsfriedens gewährten Aufschub, den Sie am Montag verkündet haben. Das ist eine noble, sehr anständige und sehr wichtige Geste. Wir werden an diesem Thema beharrlich weiterarbeiten. Unser gemeinsames Ziel

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Hans-Ulrich Sckerl)

bleibt u. a. eine stichtagslose Bleiberechtsregelung auf Bundesebene. Sehr geehrte Kollegen von CDU und FDP/DVP, tun Sie ein gutes Werk und sorgen Sie dafür, dass es für diese stichtagslose Bleiberechtsregelung endlich eine Mehrheit im Bundestag gibt. Das wäre ein großer Fortschritt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Um zum Ende zu kommen: Ich glaube, wir haben die Herausforderungen fest im Blick und tun das, was mit den gegebenen finanziellen Möglichkeiten möglich und verantwortbar ist. Was Reformen unter Mitnahme der betroffenen Beschäftigten anbetrifft, sind wir, glaube ich, erheblich weiter, als Sie es jemals gewesen sind. Der Zuspruch der Bediensteten im gesamten öffentlichen Dienst, aber auch insbesondere aus der Polizei, für diese Reformen gibt uns dabei recht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den Haushalt des Innenministeriums. Es geht um 2,6 Milliarden € im Jahr 2013 und 2,55 Milliarden € im Jahr 2014. Es geht um 39 000 Personalstellen. Das eigentlich Wichtige am Haushalt des Innenministeriums ist, dass allein 83,7 % dieses Haushalts im Jahr 2013 und 86 % im Jahr 2014 Personalausgaben sind. Das heißt, es kommt ganz entscheidend darauf an, wie mit den Menschen, die in diesem Apparat arbeiten, mit diesen 39 000 Personen, zu denen auch die Polizeibeamten gehören, umgegangen wird.

Eines kann ich Ihnen sagen: Bei den Beschäftigten genießt der Innenminister ein sehr hohes Ansehen, speziell auch bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Denn sie wissen sehr genau, dass sie sich auf ihn verlassen können. Alles, was hier von der CDU gesagt wurde, ist in der Regel Kritik von Betroffenen oder von Interessenvertretern. Die Polizeibeamtinnen und -beamten, mit denen ich spreche, haben sehr große Hochachtung,

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

weil sie genau spüren, dass das, was dieser Minister unter den Rahmenbedingungen, die wir vorgefunden haben und die wir vorfinden, macht, was den Personalbereich angeht, auf ihre Zustimmung stößt und sie auch an der richtigen Stelle trifft.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Da kenne ich aber keinen einzigen!)

Wo liegen denn die Herausforderungen insgesamt? Wir haben ein Demografieproblem: Von den Beschäftigten, die derzeit in der Innenverwaltung arbeiten, wird bis 2020 ein Drittel in den Ruhestand gehen.

Jetzt komme ich zu dem leicht vergifteten Dank des Kollegen Blenke an die Beschäftigten der Innenverwaltung.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist eine Unterstellung! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Es war ein Dank, aber Sie haben kritisiert, dass bei den Regierungspräsidien Personen zusätzlich eingestellt werden. Das geht dann natürlich fehl. Denn diese Stellen, die in den Regierungspräsidien – Sie haben begründet, dass sie das nicht –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Der Dank war sehr aufrichtig!)

– Der Dank war aufrichtig, aber wie kann ich denn danken, wenn ich gleichzeitig kritisiere, dass diese Regierung in den Regierungspräsidien dort zusätzliche Stellen schafft, wo es erforderlich ist, wo es bislang eine Unterversorgung gab, nämlich bei den technischen Beamten, beim Verbraucherschutz, beim Gewässerschutz und bei den Veterinären? Wenn ich den Beamten danke und sie lobe, dann muss ich auch dieser Regierung dafür danken, dass sie ermöglicht, dass die Beschäftigten diese Aufgaben, die sie nur erschwert machen konnten, durch eine Verstärkung besser machen können.

Dazu gehört aber nicht nur die Verstärkung bei den Regierungspräsidien. Dazu gehört auch insgesamt ein Personalmanagement, dazu gehört auch, die Attraktivität von Arbeitsplätzen zu verbessern, dazu gehört auch eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein Gesundheitsmanagement, aber auch – endlich – der Wegfall von befristeten Arbeitsverhältnissen. Diese Regierung hat sich zu Recht auf die Fahnen geschrieben, dass 700 Beschäftigte in der Landesverwaltung nicht mehr in Kettenarbeitsverhältnissen – befristet – arbeiten, sondern verlässliche Arbeitsplätze in der Landesverwaltung haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt kommen wir zur Polizei, weil Sie so getan haben, als ob sich dieser Haushalt nur um die Polizeireform drehen würde. Was sind die Herausforderungen?

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir haben die Situation, dass in den nächsten zehn Jahren mehr als die Hälfte der Beschäftigten bei der Polizei in den Ruhestand gehen. Sie haben doch selbst die Bedürfnisse nach Reformen erkannt. Sie wussten doch, dass wir, um das Angebot in der Fläche aufrechterhalten zu können, die Stäbe zusammenführen müssen. Sie haben im alten Innenministerium doch selbst entsprechende Pläne in der Tasche gehabt.

Die FDP/DVP hat ja selbst gesagt: „Wenn es 16 oder 18 Präsidien wären, würden wir mit uns sprechen lassen.“ Aber auch eine solche Reform würde Geld kosten. Auch eine solche Reform müsste zunächst angegangen werden, und auch eine solche Reform würde dazu führen, dass Menschen ihren Arbeitsplatz womöglich woanders haben als derzeit. Aber so, wie wir es gemacht haben und wie der Minister es gemacht hat, mit dem Interessenbekundungsverfahren, ist es der richtige Weg. Denn eines vergessen Sie leider immer: Wir hätten nicht so weitermachen können. Das wäre das Ende einer zukunftsfähigen Polizei gewesen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU schüttelt den Kopf. – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben die beste Polizei!)

(Nikolaos Sakellariou)

Alle rund zehn Millionen Menschen in Baden-Württemberg brauchen eine funktionierende Polizei. Dies sicherzustellen erfordert eine Umstrukturierung, die auch noch finanzierbar ist. Die sozial verträgliche Umsetzung im Interessenbekundungsverfahren ist das, was überhaupt nicht kritisiert gehört; denn Sie werden auf der Strecke erleben, dass am Ende viel mehr Zufriedenheit übrig bleibt als gedacht, weil viele inzwischen die Chancen erkannt haben und erkennen, die sich aus der Reform ergeben.

Wir haben u. a. – das wollte ich auch noch erwähnen, weil es bisher noch nicht erwähnt wurde – beim LKA die Ressourcen erhöht, weil die Anzahl von Proben und Untersuchungen größer geworden ist. Deshalb gibt es eine Erhöhung der Ansätze in den beiden Haushalten auf insgesamt 1,2 Millionen €; der Ansatz in diesem Bereich wurde praktisch verdoppelt, um dem Landeskriminalamt die entsprechenden Möglichkeiten zu geben.

Wir kommen zur zweigeteilten Laufbahn. Auch diese ist scharf kritisiert worden. Ich räume auch ein: So, wie wir es ursprünglich geplant hatten, konnten wir es noch nicht umsetzen; das wäre auch finanziell nicht darstellbar. Das, was wir machen, ist jedoch ganz klar ein kleiner Einstieg, ein Symbol. Daran, dass der Anteil des gehobenen Dienstes in der Polizei von 56 % auf 58 % erhöht wird, wird deutlich, was wir wollen: In der Perspektive wollen wir eine zweigeteilte Laufbahn, in der sich die Polizisten nur noch im gehobenen Dienst und im höheren Dienst wiederfinden,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Zugangsvoraussetzungen!)

weil die Voraussetzungen, die es gibt, auch auf der Strecke erworben werden können. Ich möchte, dass es die Möglichkeit gibt, im gehobenen Dienst einzusteigen, und dass diejenigen, die noch nicht die Möglichkeit haben, im gehobenen Dienst einzusteigen, in der Ausbildung die dafür erforderliche Qualifikation erwerben können.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es ist auch richtig, dass, wenn die 500 Stellenhebungen erfolgt sind und die betreffenden Personen in den Ruhestand gehen, diese Stellen im gehobenen Dienst nach wie vor zur Verfügung stehen. Man kann auf sie dann entweder Neueinsteiger setzen, oder andere Personen können auf sie wechseln. Insofern wird sich auf der Strecke auch die Zweigliedrigkeit verbessern. Dieser Prozess wird weitergehen.

Der nächste Punkt, der angesprochen wurde, war die Entlastung im Wechselschichtdienst. Dazu möchte ich ein Zitat von Claus Schmiedel wiederholen. Er hat kürzlich gesagt, die Schichtdienstbeamten bei der Polizei machten – Zitat – „den härtesten Job der Republik“. Wenn es aber so ist – und ich bin überzeugt davon, dass das so ist –, dass Polizeibeamte – sie müssen ja gleichzeitig als Sozialarbeiter tätig werden, und sie stehen häufig Gewalttätern gegenüber, immer das Gesetzbuch in der Hand – in der Situation sind, dass es, wenn sie einmal zu schnell fahren und dabei einen Unfall verursachen, ihnen an den Kragen geht und sie an den Pranger gestellt werden, dass sie also eine Riesenverantwortung haben und sich zugleich immer gesetzeskonform verhalten müssen, obwohl die Situationen, auf die sie reagieren müssen, in der Regel alle

unvorhersehbar sind und die Menschen, denen sie begegnen, stellenweise zu Personengruppen gehören, denen wir als Abgeordnete unser Lebtage noch nicht begegnet sind,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 30. September!)

dann bedeutet das: Wenn wir diesen Beamten über 55 Jahren eine zusätzliche Freistellung gewähren, dann ist auch das ein Signal für lebensältere Beamte, dass wir diesen harten Job wertschätzen und im Rahmen dessen, was wir machen können, etwas tun. Natürlich gilt auch hier: Mehr wäre immer besser.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Betriebsmittel sind angesprochen worden. Ich möchte sie an dieser Stelle auch noch einmal ansprechen. Die Betriebsmittel, die von der Vorgängerregierung von vormals 64 Millionen € auf 52 Millionen € gekürzt worden sind, bei denen von uns im Jahr 2011 6,5 Millionen € nachfinanziert werden mussten, werden jetzt auf höherem Niveau stabil gehalten. In diesem Haushalt sind pro Jahr 5 Millionen € zusätzlich für Betriebsmittel eingestellt. Damit wird deutlich: Wir nehmen die Sorgen ernst, dass womöglich die steigenden Kosten im Transportbereich in den Entfernungen – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil die Entfernungen jetzt größer werden, ist das notwendig, Herr Kollege!)

– Selbstverständlich. Aber wir brauchen eine Struktur, die nachhaltig ist und funktioniert. Dazu gehört eben, dass die Spezialisten weiter fahren müssen. Das ist leider in allen Lebensbereichen so. Aber wenn wir eine Polizeistruktur schaffen wollen, die zukunftsfähig ist und die vor allem bezahlbar ist, dann müssen wir das machen.

Das 800-Stellen-Programm ist erwähnt worden.

Dann kommen wir zum Ehrenamt, wobei ich den Freiwilligen Polizeidienst ausdrücklich nicht dazurechnen möchte. Ich möchte das mit dem begründen, was ich vorhin gesagt habe: Streifenbeamte – der härteste Job, den die Republik zu vergeben hat – haben eine dermaßen hohe Verantwortung, dass dieser Dienst nicht sinnvoll im Ehrenamt gemacht werden kann. Sie haben immer die Ehrenamtlichen gefragt. Ich habe diejenigen hauptamtlichen Polizeibeamten gefragt, die Ehrenamtliche bei sich hatten, und sie haben uns dringend gebeten, dafür zu sorgen, dass wir den Freiwilligen Polizeidienst abschaffen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein! – Abg. Thomas Blenke CDU: Da können Sie andere Stimmen hören!)

– Ich sage, was ich von denen gehört habe, die ich gefragt habe.

Wir haben, was das Ehrenamt angeht, im Polizeidienst und im Katastrophenschutz, wofür der Innenbereich auch zuständig ist, natürlich gigantische Herausforderungen. Wir haben ein demografisches Problem: immer weniger Jugendliche. Die Wehrpflicht ist abgeschafft worden und damit die Ersatzdienste, die es gab. Das ist ein Riesenproblem für den gesamten Bereich Feuerwehr und Rettungsdienst, THW. Wir haben auch

(Nikolaos Sakellariou)

extremere Belastungen für die jungen Menschen im Beruf. Es ist immer schwieriger geworden, in diesem Bereich der Ehrenamtskultur geeignete Leute zu finden, sie zu werben und die, die man hat, auch zu halten, weil die Anforderungen im Zivilleben immer gewaltiger werden.

Was kann das Innenministerium machen? Das Innenministerium kann dafür sorgen, dass die Ehrenamtlichen im Rettungsdienst, bei der Feuerwehr und im THW wenigstens mit Fahrzeugen, mit Material arbeiten, das diesen Dienst auch attraktiv macht, ihn reizvoll macht und auch eine gewisse Form der Wertschätzung darstellt.

Da muss man sagen: Die Beschaffung hochwertiger Fahrzeuge steht im Haushalt. Die notwendige Ausstattung ist drin. Die Finanzierung der Feuerwehrschiele mit 39 Millionen € bis zum Jahr 2017 und beim Rettungsdienst der Ausbau und die Erneuerung der Luftrettungsstandorte Karlsruhe, Leonberg und Villingen-Schwenningen mit 3,2 Millionen € sind vorgesehen.

Es wird alles fortgeführt. All das ist im Haushalt drin. Wir beraten ja den Haushalt und wollen damit auch Zeichen setzen, dass wir in diesem Bereich auch gute Dinge der Vorgängerregierung fortführen wollen.

Nicht haushaltsrelevant, aber atmosphärisch wichtig ist, dass gleichgeschlechtliche Paare nunmehr im Standesamt heiraten können. Auch das ist Aufgabe im Bereich der Innenverwaltung gewesen, und das können wir uns auf die Fahnen schreiben, weil es eine wichtige Veränderung war.

Aber genauso wichtig ist die stichtagslose Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge, weil der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg auch auf die Kinder und Jugendlichen angewiesen ist, die sich hier wirtschaftlich und sozial integrieren haben. Wir brauchen eine vernünftige Regelung, um humanitäre Katastrophen zu vermeiden. Insofern ist der Appell des Kollegen Sckerl bereits angekommen.

Zu den Änderungsanträgen: Den Antrag der Fraktion der CDU werden wir selbstredend ablehnen. Die Ermittlung der Zahlen für die Polizeistrukturreform und deren Kosten wurde von Anfang an vom Rechnungshof parallel begleitet. Denn Sinn und Zweck ist es, so präzise wie möglich zu wissen, was tatsächlich an Kosten auf den Haushaltsgesetzgeber zukommt. Sie haben gesagt, Sie werden genau nachrechnen. Dazu fordere ich Sie auf, weil wir im Vorfeld dafür gesorgt haben, dass alle Zahlen vom Rechnungshof schon von Anfang an begleitend überprüft werden konnten, da uns sehr viel daran liegt, diese Zahlen transparent zu machen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wann erfahren wir da einmal etwas?)

Den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, der dieselbe Zielrichtung hat, aber eine etwas sonderbare Begründung, werden wir auch ablehnen, weil wir die Polizeireform, die eine Strukturreform ist, nicht machen, um das eingesparte Geld wie folgt zu verwenden – jetzt lese ich das vor –:

Die frei werdenden Mittel können einen Beitrag leisten, um die Kürzungen bei den Beamten ... abzumildern.

Sie wollen also quasi eingesparte Strukturkosten nehmen und sie in den konsumtiven Bereich stecken. Das werden wir nicht mitmachen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stell. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Trotz der positiven Ansätze werden wir diesen Haushalt nicht mittragen. Wir werden ihn im Ergebnis ablehnen, und zwar aus zwei Gründen.

Der erste Grund ist natürlich die Polizeireform. Dazu werde ich noch ein paar Sätze sagen. Der zweite Grund ist, dass auch der Entwurf des Einzelplans 03 an der allgemeinen Krankheit leidet, an der der ganze Haushalt leidet, nämlich der Krankheit, dass der Haushalt ein Stück weit aus den Fugen geraten ist, und zwar dadurch, dass man an jeder Stelle ein bisschen mehr tut. Herr Kollege Hauk hat es heute Morgen als Erstes angesprochen. Dadurch, dass man überall ein bisschen draufsattelt, ist es am Schluss kein guter Haushalt mehr. Das erfasst natürlich auch den Einzelplan des Innenministeriums.

Ich habe bei der Debatte heute Morgen darauf gehofft, dass wir von der Regierungsseite eine bestimmte Erklärung dafür erhalten. Dem Ministerpräsidenten, der immer sagt, Zahlen könne man nicht anschreien, müsste man eigentlich zurufen: „Man kann sie aber auch nicht wegdiskutieren.“ Man kann nicht wegdiskutieren, dass diese Regierung trotz Rekordernahmen in eine Rekordverschuldung geht. Dafür haben wir keine Erklärung bekommen. Es gab die üblichen Zurufe zum Thema Schuldenberg.

Man muss schon sehr auf die Naivität der Bürgerinnen und Bürger vertrauen, wenn man meint, dass diese die ganze Zeit nicht merken, dass in den Ländern, in denen Sie die Verantwortung tragen, z. B. in Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen, viel größere Schuldenberge angehäuft worden sind. Tatsache ist, dass wir unter der vormaligen Regierung auf einen soliden Weg der Nullneverschuldung zurückgekehrt sind.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo sind Ihre Vorschläge?)

Sie hätten eigentlich die Chance, von den Schuldenbergen, die Sie kritisieren, herunterzukommen, und zwar zunächst einmal wegen der Rekordernahmen. Aber Sie tun es nicht. Das ist für mich ein klassisches Beispiel für die Situation, in der derjenige, der „Haltet den Dieb!“ ruft, selbst der Dieb ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Damit wären wir wieder bei der Polizei.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Dr. Ulrich Goll)

Ich habe vorhin gesagt: Es gibt ordentliche Ansätze. Ein solcher ist z. B. die Fortsetzung des Einstellungskorridors. Es ist richtig, im Bereich Personal etwas zu tun. Da setzen Sie richtige Maßnahmen fort. Das wird von uns begrüßt.

Aber ich verstehe nicht, dass Sie das Personal gleichzeitig schlecht behandeln. Da sind Sie auch wieder bei dem Punkt: Es ist wichtig, das richtige Personal zu haben. Man muss es aber auch richtig behandeln. Eine Vielzahl des Landespersonals ist in der Innenverwaltung tätig. Dieses Personal wird im Moment wieder damit konfrontiert, dass man ihnen Sparanstrengungen abverlangt, die sie nicht verstehen können. Die kann in der jetzigen Situation niemand verstehen. Dies trägt natürlich nicht zur Motivation bei.

Wir brauchen motiviertes Personal für die innere Sicherheit. Wir brauchen motiviertes Personal für eine funktionierende Innenverwaltung. Nicht gut für die Sicherheit ist natürlich, wenn man das Personal schlecht behandelt. Nicht gut für die innere Sicherheit ist in der Konsequenz auch diese Reform.

Herr Kollege Sckerl hat in diesem Zusammenhang von einer Mäkelkritik gesprochen. Deswegen habe ich die Bitte, dass Sie meinen Ausführungen zu ein paar Punkten genauer zuhören und mir dann sagen, was daran Mäkelkritik sein soll.

Zunächst einmal stelle ich fest – die Landesregierung betont ja immer die Bedeutung des Dialogs –: Wenn man ehrlich ist, gab es bei dieser Polizeireform keinen Dialogprozess.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr richtig!)

Denn mit den Bürgerinnen und Bürgern ist sicherlich nicht darüber geredet worden. Auch mit den Abgeordneten ist nicht darüber geredet worden. Das hat mich übrigens ein bisschen enttäuscht. Als ich hier das erste Mal darüber gesprochen habe, habe ich gedacht, über die Reform werde wirklich diskutiert. Im Anschluss an die Debatte habe ich mitbekommen: Es ist alles festgeklopft. Wir können sie zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das Eckpunktepapier war schon gedruckt!)

Sie mögen es nicht gern hören: Wenn Sie ausreichend und in neutraler Haltung mit der Polizei reden würden, würden Sie feststellen, dass die Behauptung, dass diese Reform aus der Polizei komme, auf sehr, sehr wackligen Beinen steht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Nur ein kleiner Teil war das!)

Sie kommt von einem bestimmten Teil der Polizei. Sie können – das wissen Sie auch – völlig andere Einschätzungen in beliebiger Zahl bekommen, wenn Sie bereit sind, Ihre Ohren zu öffnen.

Warum herrscht dort Skepsis? Die erste Feststellung ist: Es gibt keinen überzeugenden Ertrag. Selbst wenn ich Ihre Zahlen übernehme, den Ertrag, der vom Veranstalter sozusagen selbst behauptet wird, dann bleibt es bei den personellen Verbesserungen in einem Bereich, den ich nur in Promille vernünftig rechnen kann, nicht einmal in Prozent. Es ist nicht einmal 1 % Personalverbesserung, das letzten Endes heraus-

kommt. Das ist der Ertrag dieses ganzen Unternehmens, und das bei unübersehbaren Risiken.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Unübersehbare Risiken resultieren aus der Beeinträchtigung der Polizeiarbeit. Ich nenne nur zwei Punkte, weil wir – leider nutzlos – schon oft darüber geredet haben. Es wird längere Wege geben. Es kann niemand leugnen, dass zwar mehr Polizei auf der Straße ist, aber halt eher auf dem Weg zur Dienststelle als in Erfüllung ihrer Aufgaben. Wer setzt z. B. schon die Führung weg vom operativen Geschäft, obwohl jeder, der erfolgreich reformiert, genau das Gegenteil macht? Man setzt die Führung nah ans operative Geschäft. Sie wird wegrücken, und das ist ein unübersehbarer Nachteil. Ich könnte weitere Nachteile und auch unübersehbare finanzielle Risiken aufzählen.

Noch einmal zum Stichwort Mäkelkritik. Ist es Mäkelkritik, wenn ich darauf aufmerksam mache, dass bei dieser Reform etwas ganz Erstaunliches passiert? Ich möchte einen Vergleich anstellen. Wir diskutieren heute auch über Stuttgart 21, über die Frage, wie dieses Projekt gerechnet ist usw. Das wäre so, als ob Sie bei Stuttgart 21 einen Bagger an den Stuttgarter Bahnhof stellen und sagen würden: Jetzt machen wir einmal ein Loch, dann sehen wir weiter, wie viel es kostet.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es aber nicht! – Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

– Doch, genau so ist es.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau so ist es nicht!)

Herr Sakellariou, Sie haben eben gesagt: Wir werden aufmerksam schauen, wie viel es kostet, und werden hinterher feststellen, was es gekostet hat. Kollege Leo Grimm, der ein mittelständischer Unternehmer ist, weiß: Etwas zu tun, was man vorher gar nicht kalkuliert hat,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das macht kein schwäbischer Häuslebauer so!)

und nur zu versprechen, festzuhalten, was es kostet, und eine Nachkalkulation zu machen, ist schon erstaunlich. Kein Unternehmen dieser Art könnte sich ein solches Himmelfahrtskommando leisten, dass man vorher überhaupt nicht weiß, was das Ganze, auf das man sich einlässt, letztlich kostet.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Aber wir wissen, was es kostet, wenn wir nichts machen!)

Es besteht Reformbereitschaft – daran ist zu Recht erinnert worden –, doch man muss einfach sagen: Das ist nicht unsere Reform. Wir können sie in dieser Form nicht unterstützen. Das wirkt sich natürlich auf unser Abstimmungsverhalten zum Haushalt aus.

Ich möchte noch einen zweiten Punkt ansprechen, nämlich die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes. Die Arbeit der Polizei besteht eben nicht nur aus Streifengängen. Sie besteht auch nicht nur aus der Aufklärung von Verbrechen und anderen Delikten. Wenn Sie nah genug an der Praxis dran sind, bekommen Sie zu hören, dass die Polizei immer mehr z. B. mit

(Dr. Ulrich Goll)

Volksfesten, mit Umzügen bis hin zum Lampionumzug beschäftigt ist. Das ist unser heutiger Lebensstil. Auch bei relativ harmlosen Anlässen braucht man an jeder Ecke die Polizei, und dafür war und ist der Freiwillige Polizeidienst im Grunde genommen genau das Richtige.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie schwächen an dieser Stelle die Polizei personell, und zwar meines Erachtens eher aus einem ideologischen Argument heraus.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Ich glaube, ich habe Ihnen klargemacht – das wird Ihnen auch jeder Bürgermeister sagen –, dass man diese Leute in bestimmten Bereichen sehr gut weiter brauchen könnte. Wenn Ihnen, lieber Herr Sakellariou, nicht gefällt, was wir zu den 10 Millionen €, die Sie für die Anschubfinanzierung dieser Reform vorsehen, vorgeschlagen haben, dann machen Sie es doch anders. Nehmen Sie diesen Bruchteil dieser 10 Millionen €, und erhalten Sie mit diesem Geld den Freiwilligen Polizeidienst. Dann haben Sie sogar noch gespart.

An dieser Stelle will ich einmal auch für die anderen Kollegen sagen: Für die Änderungsanträge der FDP/DVP-Fraktion gilt, dass unter dem Strich am Ende deutlich mehr gespart wird, als deren Umsetzung kostet. Das gilt für alle unsere Vorschläge. Nur, damit das einmal klargestellt ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dann lassen Sie die alte Technik bei der Polizei, oder was? – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das vermuten Sie!)

– Herr Sckerl, ich habe nicht gesagt, dass alles, was in dem Haushalt steht, falsch ist. Richtig ist z. B., dass man neue Hubschrauber kauft; das hätten auch wir gemacht. Es gibt noch andere Beispiele. Ich verurteile diesen Haushalt nicht in Bausch und Bogen. Ich sage aber, dass das, was uns daran nicht gefällt, so entscheidend ist, dass wir ihm nicht zustimmen werden.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was sind Ihre Vorschläge?)

Ich will mit dem Punkt schließen, mit dem Kollege Blenke angefangen hat, nämlich mit einem Dank an die Betroffenen, mit dem Dank an alle Dienststellen im Bereich des Innenministeriums – die Hausspitze, wenn es sein muss, mit eingeschlossen –

(Vereinzelt Heiterkeit)

für manches, was da ganz ordentlich gemacht wird. Schade, dass man eigentlich nur über diesen Punkt der Polizeireform übereinkommen kann.

Ich danke also noch einmal allen Beteiligten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bei den Haushaltsberatungen für den Bereich des Innenministeriums gilt es natürlich – meine Vorredner haben es angesprochen, insbesondere auch diejenigen aus den Oppositionsfraktionen –, eine nachhaltige Haushaltspolitik mit den Belangen der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Einklang zu bringen. Dass dies eine komplexe Aufgabe ist, wird, glaube ich, niemand bestreiten können und wollen.

Aber, lieber Kollege Blenke: Wir haben uns vor gut einer Woche am Rande der Innenministerkonferenz in Warnemünde getroffen. Sie haben sich dann – am Donnerstag war es, glaube ich – mit dem Hinweis verabschiedet, Sie müssten jetzt gen Heimat, um sich auf die Haushaltsberatungen vorzubereiten. Ich will einfach einmal festhalten: Viel Mühe haben Sie sich innerhalb dieser Woche nicht gegeben.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben mir ja keine Hinweise gegeben!)

Denn in Ihren Ausführungen gab es ein paar Vorhaltungen, ein paar Feststellungen, die schlicht und ergreifend jeglicher Grundlage entbehren. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, dass wir ein außerordentlich transparentes Haus sind, und angeboten, dass wir gern Informationen geben, dass wir Sachverhalte erklären, die sich einem Außenstehenden vielleicht nicht immer auf Anhieb erschließen, um eine vernünftige Grundlage – meinetwegen auch für eine differenzierte Diskussion – zu haben. Hätten Sie sich diese Mühe gemacht, dann hätten Sie die eine oder andere Aussage heute bleiben lassen können.

Weil diese Aufgabe insgesamt komplex ist, meine Damen und Herren, erlaube ich mir trotzdem die Aussage – ich mache dies ausdrücklich auch selbstbewusst –: Wir können sagen, dass wir mit diesem Haushalt, den wir vorlegen, so, wie er inhaltlich strukturiert, aufgestellt und mit Finanzmitteln ausgestattet ist, eine gute Sicherheitsversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger mit Polizei, mit Katastrophenschutz, mit Rettungsdienst, mit Verfassungsschutz, mit den Feuerwehren nicht nur weiterhin sicherstellen, sondern dass wir mit unseren Maßnahmen die Sicherheitslage in vielen Bereichen sogar, wenn auch bescheiden, werden verbessern können.

Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die allgemeinen Verwaltungsbehörden auch die an sie gestellten Aufgaben und Anforderungen werden erfüllen können. Das werde ich aber an der einen oder anderen Stelle noch ausführen.

Außerdem ist klar – das wurde ja auch, jedenfalls teilweise, wieder eingefordert –, dass an der einen oder anderen Stelle Einsparungen unumgänglich sind oder dass wir in den einzelnen Haushaltssträngen Umstrukturierungen vornehmen müssen.

Ich will jetzt ein paar Themenfelder ansprechen. Ich sage vorweg schon: Die Polizeistrukturreform werde ich jetzt nicht mehr von vorn, von A bis Z, erklären. Das haben wir schon wiederholt gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Minister Reinhold Gall)

Ich habe inzwischen auch die Hoffnung aufgegeben, dass Sie da an einem ernsthaften Diskurs interessiert sind. Denn wenn Sie ernsthaft an einem Diskurs interessiert wären, hätten Sie an dieser Stelle heute auch einmal gesagt – was Sie in den zurückliegenden Monaten immer wieder gesagt haben –, dass diese Polizeistrukturereform, jedenfalls weitestgehend, richtig ist. Das haben Sie heute wieder völlig sein lassen. Sie haben sogar diese Position, die Sie immer wieder einmal vertreten haben, völlig über Bord geworfen

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

und sind an einem konstruktiven Dialog eigentlich gar nicht mehr interessiert.

Deshalb gilt – ich habe es heute auch schon wieder deutlich gemacht –, wie ich es angekündigt hatte – und das, was ich ankündige, halte ich ein; ansonsten begründe ich es rechtzeitig –: Wir werden die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in der nächsten Woche vorlegen. Aber Sie haben, obwohl Sie sie noch gar nicht kennen, heute schon gesagt, wie Sie sie beurteilen werden und wie Sie sich darüber auszulassen gedenken.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sie haben schon heute gesagt: „Das stimmt sowieso nicht und ist alles schöngerechnet.“ Hätten Sie uns das doch gleich gesagt, dann hätten wir das Ganze bleiben lassen können, denn Sie sind ohnehin nicht interessiert. Aber wir hätten die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung trotzdem gemacht; denn wir wollten ja selbst sicher sein, dass das, was wir über Monate hinweg behauptet haben, stimmt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, ein Schwerpunkt in diesem Haushalt ist natürlich – das wird in den Zahlen mehr als deutlich – die Fortführung der bereits im Vierten Nachtrag zum Haushalt 2011 mit 6,3 Millionen € begonnenen Investitionen im Bereich der Verbesserung der Technik und Ausstattung unserer Polizei. Das haben wir im Jahr 2012 in einer Größenordnung von immerhin 17 Millionen € fortgeführt, und das werden wir auch in den kommenden beiden Haushaltsjahren in der Größenordnung von etwa 14 Millionen € ebenso fortführen. Es geht um die Verbesserung der technischen Ausstattung der Polizei mit dem Sonderprogramm „Sicherheitsoffensive Technik Polizei“.

Ich will einmal darauf hinweisen, meine Damen und Herren – weil Sie, Herr Dr. Goll, gesagt haben, bestimmte Dinge hätten auch Sie gemacht –, dass die damalige Landesregierung vor sage und schreibe 13 Jahren für entsprechende Investitionen bei der Polizei das Technikzukunftsprogramm aufgelegt hat. Aber es ist, glaube ich, allgemein anerkannt: Technik veraltet heutzutage sehr schnell, die Zyklen werden immer schneller, und es entstehen auch neue Herausforderungen, denen wir uns zu stellen haben. Stichworte sind die Verlagerung von Kriminalitätsphänomenen hinein in das Internet, Cyberkriminalität, digitale Spuren. Dies erfordert einfach, technische Veränderungen vorzunehmen und Investitionen zu tätigen. Auch in diesem Bereich waren Sie in den zurückliegenden Jahren mehr als zurückhaltend unterwegs. Meine Damen und Herren, wir werden, wie gesagt, in beiden Haushaltsjahren ungefähr 14 Millionen € in diese Bereiche investieren.

Natürlich ist ein Schwerpunkt des Haushalts des Innenressorts schlicht und ergreifend nichts anderes als der laufende Betrieb. Unser Haushalt ist zu weit über 90 % nichts anderes als ein Betriebshaushalt. Wir müssen schauen, dass wir die Aufgaben erledigen können, vor die die Organisationen und Behörden innerhalb unseres Verantwortungsbereichs gestellt sind.

Deshalb haben wir auch bereits eine Anschubfinanzierung für die Polizeistrukturereform in den Haushalt eingestellt. Denn es ist unstrittig, dass funktionierende Lagezentren vorhanden sein müssen, wenn wir in diese neue Struktur starten. Sie haben gesagt, mit diesen 10 Millionen € könnte man gerade einmal zwei Leitstellen finanzieren. Das ist doch völliger Unfug; denn wir können nicht mit zwei funktionierenden Leitstellen starten, sondern wir müssen mit zwölf funktionierenden Leitstellen starten. Wir haben sehr genau berechnet, dass diese 10 Millionen € ausreichen werden, damit wir in der neuen Struktur ab 2014 funktionierende Leitstellen haben. Diese 10 Millionen € sind hierfür ausreichend, und deshalb verstehe ich schon gar nicht, warum man gerade in diesem Bereich eine Streichung vornehmen will und einen entsprechenden Antrag formuliert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir geben in der Tat – Vordner der Regierungsfractionen haben es gesagt – immerhin 5 Millionen € pro Jahr mehr in den laufenden Betrieb, und zwar insbesondere dahin, wo wir in den zurückliegenden Monaten in der Tat eine angespannte Situation hatten, nämlich in die dezentralen Budgets. In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal daran erinnern, wie Sie in Ihrer Regierungszeit finanzpolitisch bei der Polizei strukturell gewirkt haben. Sie haben genau diese dezentralen Budgets in den zurückliegenden Jahren um 20 % gekürzt. Wir werden die Mittel jetzt wieder aufstocken, damit die Polizei ihre Aufgaben tatsächlich erledigen kann.

Angesichts der Haushaltslage sind diese 5 Millionen € schon gar nicht zu kritisieren. Die Opposition vertritt übrigens auch hierzu gegensätzliche Auffassungen: Einerseits werde offensichtlich zu viel Geld ausgegeben, andererseits werde nicht genug gespart. Da sollten Sie sich schon einmal einig werden, was Sie denn eigentlich kritisieren. Herr Dr. Goll, ich gehe davon aus, dass Sie diese 5 Millionen € nicht kritisieren; jedenfalls haben Sie keinen entsprechenden Kürzungsantrag gestellt.

Meine Damen und Herren, gerade in diesem Segment würde uns das Haushalten bei der Polizei wesentlich leichter fallen, wenn Sie uns da unterstützen würden, wo wir vom Bund im Stich gelassen werden, z. B. was den Unterhalt, den Betrieb und die technische und sächliche Ausstattung der Bereitschaftspolizeien angeht. Dazu gibt es Verträge und Bundesländer-Vereinbarungen, an die sich der Bund schlicht und ergreifend nicht mehr hält. Gerade einmal in der Größenordnung von knapp über 50 % kommt der Bund seiner Verantwortung nach. Aber wir brauchen das Equipment, wir brauchen Fahrzeuge, wir brauchen technische Ausstattung, wir brauchen das Personal im Bereich der Bereitschaftspolizeien. Uns würde vieles leichter fallen, wenn der Bund seinen Aufgaben in diesem Bereich nachkommen würde. Gerade einmal

(Minister Reinhold Gall)

14 Millionen € stellt der Bund für diese Aufgaben für das gesamte Bundesgebiet zur Verfügung.

Das heißt im Klartext: Wir werden in den kommenden Jahren mehr Fahrzeuge wegen fehlender Hauptuntersuchung aufgrund von technischen Mängeln stilllegen müssen, als uns der Bund – wie er es nach den geltenden Vereinbarungen eigentlich für alle Fahrzeuge müsste – ersetzt. Deshalb: Machen Sie sich doch auf den Weg in Richtung Berlin, oder nutzen Sie die Gelegenheit, wenn der Bundesfinanzminister oder der Innenminister des Bundes gelegentlich in Baden-Württemberg zu Gast sind, um sie auf diesen Mangel aufmerksam zu machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine Damen und Herren, ich freue mich darüber, dass zumindest hinsichtlich der Erneuerung unserer Hubschrauberstaffel Zustimmung signalisiert wird. Wir haben dieses Vorhaben auch wiederholt in den zuständigen Ausschüssen diskutiert. Dabei kommen wir auch einer Forderung des Rechnungshofs nach. Deshalb bin ich dankbar, wenn Sie signalisieren, dass Sie wenigstens die eingestellten Verpflichtungsermächtigungen von fast 61 Millionen € – ohne Zweifel eine beträchtliche Summe – mit befürworten, die wir in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 benötigen, wenn wir uns in der Beschaffungsphase befinden.

Dass wir uns bemühen, Geld so auszugeben, dass wir es auch tatsächlich verantworten können, dass wir nach Synergien schauen, dass wir auch an Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern interessiert sind, sieht man gerade auch an diesem Beispiel. Denn wir haben nach wie vor die Absicht, mit anderen Bundesländern eine gemeinsame Beschaffungsmaßnahme zu machen und Hubschrauber eines einzigen Typs zu beschaffen, was natürlich immer, wenn einmal Not am Mann bzw. Not am Hubschrauber ist, etwa bei Ersatzteilbeschaffungen und Ähnlichem, die Arbeit der Polizei wesentlich erleichtern würde.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Da sind wir dabei!)

Meine Damen und Herren, wenn man den Haushalt des Innenministeriums betrachtet, sollte man z. B. nicht unerwähnt lassen, dass im kommenden Jahr 2013 in Baden-Württemberg die zentrale Veranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit stattfinden wird. Schön und gut, könnte man meinen, wenn Baden-Württemberg eine solche Veranstaltung austragen darf. Das finde auch ich schön und gut; das will ich ausdrücklich sagen. Allerdings schlägt sich dies im Haushalt unserer Polizei letztlich mit Kosten von rund 2,7 Millionen € nieder, weil wir die Sicherheit der Gäste gewährleisten wollen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Solche Veranstaltungen haben wir immer wieder gehabt, Herr Minister!
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: G 7!)

– Entschuldigung, ich weise ja nur darauf hin, dass hierfür knapp 3 Millionen € erforderlich sind, die wir an anderer Stelle, bei der Ausstattung unserer Polizei, auch dringend gebrauchen könnten.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Die notwendige Vorsorge – das sage ich ausdrücklich – treffen wir sehr gern. Aber es sei einfach der Hinweis erlaubt, warum genau in diesem Segment, in diesem Haushaltstitel die Ausgaben um rund 3 Millionen € höher angesetzt sind, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Nun zum Stellenhaushalt, meine Damen und Herren. Ich glaube schon, dass gerade auch der Stellenhaushalt der Polizei – aber nicht nur der Stellenhaushalt der Polizei – wichtige Weichenstellungen vorsieht. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 jeweils 250 Stellen vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst zu bringen. Herr Kollege Blenke, ich bin nicht unterwegs gewesen, um hierfür Lob einheimen zu wollen. Aus unserem Haus kamen hierzu auch keine eigenen Lobeshymnen. Aber ich gebe zu, ich freue mich schon darüber, wenn der eine oder andere bei der Polizei im Land dieses zugegebenermaßen bescheidene Signal

(Abg. Thomas Blenke CDU: Kostenneutral!)

jedenfalls einmal freundlich zur Kenntnis nimmt und nicht nur mit Schaum vor dem Mund herumläuft und entsprechende Weihnachtsbriefe schreibt.

(Zuruf des Abg. Heribert Rech CDU)

Wenn ich Weihnachtsbotschaften in die Welt versende, dann besinne ich mich eher ein bisschen auf das Weihnachtsfest als auf die Polizeireform. Das will ich nur nebenbei einmal erwähnt haben.

Meine Damen und Herren, dies ist ein weiterer Schritt in Richtung der zweigeteilten Laufbahn. Dies wird immerhin – das sollten wir nicht kleinreden – 500 bewährten und verdienten Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Polizei in den kommenden Jahren Beförderungschancen eröffnen. Denn wir werden aufgrund Ihrer miserablen Personalpolitik der zurückliegenden Jahre das Problem haben, dass in diesem Segment jede Menge Personen in den Ruhestand gehen – mit dem positiven Effekt, dass damit die entsprechenden Beförderungsmöglichkeiten entstehen. Die Kolleginnen und Kollegen, die im Laufe ihres Berufslebens bei der Polizei davon profitieren, werden uns dafür dankbar sein – Sie müssen es nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, wir sollten auch zur Kenntnis nehmen und bei diesen Diskussionen nicht außer Acht lassen, dass wir im Zuge der Neueinstellungen des Jahres 2012 anstelle der von Ihnen ursprünglich vorgesehenen 800 nun 1 200 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt haben und dass davon immerhin genau ein Drittel, nämlich 400, als Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden, die wir direkt in den gehobenen Dienst bringen können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Durch den doppelten Abiturjahrgang!)

– Es ist doch egal, warum. Natürlich. Es geht doch tatsächlich darum, dass wir die Möglichkeit schaffen, dass Menschen genau dort ihre berufliche Laufbahn beginnen, wo es wichtig ist,

(Minister Reinhold Gall)

weil dieser Beruf ein außerordentlich fordernder und ein qualitativ außerordentlich hochwertiger Beruf ist. Dies sei erwähnt, weil Sie es natürlich mit Absicht vergessen, dies in Ihrer Stellungnahme zu erwähnen.

Wir sollten auch nicht vergessen – auch da haben Sie in der Vergangenheit immer erst später reagiert –: Wir müssen richtigerweise – deshalb machen wir es auch gern – im Jahr 2014 immerhin 250 k.w.-Stellen schaffen, damit wir die Kräfte, die aufgrund des Einstellungskorridors ausgebildet wurden, am Ende der Ausbildung auch tatsächlich übernehmen können. Auch das soll erwähnt werden, wenn über Stellen, Stellenhebungen und die Anzahl der Stellen insgesamt diskutiert wird.

Meine Damen und Herren, das nukleare Unglück in Fukushima mit all den katastrophalen Auswirkungen auf Menschen, auf Tiere, auf die Umwelt hat gezeigt, welche Herausforderungen auch auf unser Bundesland zukommen können, wenn in diesem Bereich einmal etwas schiefgeht. Deshalb hat Deutschland, haben alle Bundesländer, alle Parteien entschieden, aus dem Atomprogramm auszusteigen.

Aber nach wie vor gibt es natürlich auch Atomkraftwerke, gibt es auch entsprechende Zwischenlager – alles Bereiche, von denen Störfälle ausgehen können. Deshalb kommen wir nicht umhin und ist es zwingend erforderlich, dass wir unsere Notfallvorsorgemaßnahmen für kerntechnische Anlagen natürlich auch überprüfen, fortschreiben und an die Erfordernisse der Wirklichkeit anpassen. Denn auch in diesem Bereich mussten wir leider feststellen, dass Sie in Ihrer Regierungszeit den Notfallvorsorge- und Katastrophenschutzplänen kein großes Interesse entgegengebracht haben. Das ist zum Teil Uraltmaterial, das wir jetzt auf den neuesten Stand bringen müssen. Das kann man nicht nur so aus dem Ärmel schütteln. Dafür ist Personal und ist auch Geld erforderlich. Wir werden nicht umhinkommen und haben die Absicht – auch das wurde im Haushalt entsprechend veranschlagt –, die Notfallstationen in unserem Land auszubauen.

Stichwort Digitalfunk: Das will ich ganz kurz machen, weil an diesem Beispiel auch wieder deutlich gemacht werden kann, wie Sie während Ihrer Regierungszeit Haushaltspolitik betrieben haben. Wir sind jetzt nahezu am Ende der Umsetzungsphase. In der vergangenen Woche sind wir im Regierungsbezirk Freiburg als letztem Regierungsbezirk in den erweiterten Probetrieb gegangen, und fortan wird in allen Bereichen das Digitalfunknetz zur Verfügung stehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber, meine Damen und Herren, Ihre Haushaltsvorsorge hat uns hier vor erhebliche Probleme gestellt. Wider besseres Wissen – wir können in den Unterlagen nachvollziehen, dass die Landesregierung darauf aufmerksam gemacht worden ist – wurde gesagt, 400 Millionen € seien ausreichend. Es werden jedoch 172 Millionen € mehr benötigt, um dieses Netz betriebsbereit zu machen. Das war Ihre Art, im Haushalt zu tricksen, um entsprechende Ergebnisse vorzuweisen, auf die Sie heute irgendwie immer wieder zurückkommen. Wir haben allerdings nicht nur Ihre geschönten Zahlen zur Kenntnis zu nehmen, sondern wir müssen heute die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Meine Damen und Herren, wir lassen dabei natürlich auch die Kommunen nicht im Regen stehen, denn wir sind verlässlicher Partner unserer Kommunen. Wir haben ein Programm aufgelegt. Wir werden die Kommunen bei der Umrüstung ihrer Fahrzeuge im nicht polizeilichen BOS-Bereich unterstützen. Für die kommenden Haushaltsjahre werden den Kommunen summa summarum immerhin 24 Millionen € – pro Gerät also etwa 600 € – zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Fahrzeuge – es sind überwiegend Feuerwehrfahrzeuge – entsprechend ausstatten können. Bei den Fahrzeugen, für die das Land Verantwortung trägt – das sind die Fahrzeuge im Bereich Katastrophenschutz –, werden wir mit dieser Umstellung bereits im kommenden Jahr beginnen.

Zu den Themen Rettungsdienst und Flugrettung will ich nur das unterstreichen, was der Kollege Sakellariou bereits deutlich gemacht hat. Wir haben in den zurückliegenden beiden Jahren in den bodengebundenen Rettungsdienst investiert, überwiegend im Zuge von Erweiterungen und Neubauten von Rettungsstationen. Wir werden in den kommenden Haushaltsjahren einen Schwerpunkt im Bereich der Luftrettung haben, weil wir drei Standorte entsprechend ertüchtigen müssen und natürlich auch ertüchtigen wollen. Wir werden dafür rund 3,2 Millionen € in die Hand nehmen. Das ist – das sage ich ausdrücklich – Geld, das wir gern zur Verfügung stellen. Denn jeder, der einmal auf eine Notfallrettung angewiesen war, weiß, dass es dabei im Wesentlichen darauf ankommt, dass die Rettungskette möglichst optimal funktioniert.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Innenminister Reinhold Gall: Ja. Er könnte sich die Frage aber sparen; denn ich weiß schon, was kommen wird.

(Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Vielleicht können Sie währenddessen ein wenig runterkommen und den Puls ein wenig herunterfahren!)

– Ich würde vorschlagen – –

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Stellen Sie die Frage, bitte.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wäre es möglich, dass ich zuerst die Antwort höre und danach erst die Frage stelle?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe: Sehr gut!)

Herr Minister, Sie haben erfreulicherweise gerade das Thema Luftrettung angesprochen und signalisiert, dass man da entsprechend verbessert und modernisiert. Können Sie dazu vielleicht etwas sagen? Denn es ist sicherlich Eile angesagt. Sie hatten ein Gespräch mit Ihrem bayerischen Kollegen, und dabei kam offenbar zum Ausdruck, dass man dort in diesem Bereich bereit ist, innerhalb kürzester Zeit auch Baden-Württemberg eine sehr preiswerte Möglichkeit zu bieten, mitzumachen. – Den Brief dürfen Sie trotzdem beantworten; davon gehe ich auch aus.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, bitte.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Kollege Bullinger,

(Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Nicht auf-
regen!)

ganz so hätte ich die Frage nun nicht erwartet.

(Heiterkeit)

Sie sagten, dass für Baden-Württemberg die Möglichkeit bestehe, preisgünstig mitzumachen. Das Ansinnen des Kollegen Herrmann aus Bayern ist aber genau ein Umgekehrtes. Er möchte gern bei uns preisgünstig mitmachen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Aber Spaß beiseite. Worum geht es? Im Kern ist das ein ernstes Thema; das ist überhaupt keine Frage. Herr Bullinger, ich habe wiederholt signalisiert, dass ich dort, wo wir die Möglichkeit haben, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten, überhaupt keine Vorbehalte gegen eine solche Zusammenarbeit haben werde. Ich werde weder ideologische noch sachliche Vorbehalte haben. Ich denke, das stellen wir im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch unter Beweis, etwa bei der Wasserschutzpolizei, die wir gemeinsam mit Frankreich haben, oder auch in anderen Bereichen, etwa bei Beschaffungsmaßnahmen gemeinsam mit anderen Bundesländern.

Aber Fakt ist: Wir sind in Baden-Württemberg, was die Luftrettung angeht, gut aufgestellt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt doch nicht!)

– Ich habe Ihnen wiederholt die Pläne gezeigt, ich habe Ihnen die Einsatzpläne und die Listen mit den Flugzeiten gezeigt. Ich habe Ihnen dargestellt, wie die Einsatzhäufigkeiten sind.

Deshalb gibt es in Baden-Württemberg keinen Grund, entsprechend zu handeln und neue Standorte festzulegen. Denn jeder neue Standort würde das Gefüge insgesamt ins Wanken bringen. Beispielsweise würden wir den Standort Ulm tatsächlich in finanzielle Schwierigkeiten bringen, wenn wir in genau dieser Raumschaft, die Sie jetzt im Kopf haben, einen zusätzlichen Hubschrauberstandort platzieren würden.

Herr Kollege Blenke, es ärgert mich in der Tat schon ein bisschen: Im Moment wird dort auf bayerischer Seite wieder Stimmung gemacht – dankenswerterweise nehmen Sie das immer auf, Herr Mack und Herr Bullinger; denn es betrifft halt ein bisschen Ihre Raumschaften –, und zwar insofern, als dort auf unsere Kosten ein bayerisches Problem gelöst werden soll.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Denn der bayerische Ministerpräsident hat eine rein politische Entscheidung bezüglich eines Hubschrauberstandorts getroffen, und das bringt nun das bayerische Gefüge insgesamt durcheinander. Dort hat der Innenminister dann entschieden, dass reagiert wird, indem ein Hubschrauber aus Nürnberg beispielsweise nach Donauwörth verlegt wird. Dort gab es daraufhin auch wieder erhebliche politische Probleme, und jetzt erwarten die bayerischen Kolleginnen und Kollegen, dass wir ihnen aus der Patsche helfen. Das werde ich jedoch nicht tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das machen wir
nicht!)

Meine Damen und Herren, aber auch da biete ich nun zum wiederholten Mal an – wir können uns dabei gern auch einmal außerhalb des Parlaments auf einer ganz sachlichen Ebene unterhalten –: Wir können Ihnen die Flugrouten und die Einsatzzeiten sowie die Transportzahlen nennen; all das können wir auf den Tisch legen. Sie werden dann zur Kenntnis nehmen: Die Meinung der jetzigen Landesregierung unterscheidet sich dabei nicht von der der Vorgängerregierung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das Thema ist zu ernst, als dass man darüber bei einem Viertel entscheiden sollte!)

Meine Damen und Herren, noch eine Bemerkung zum Thema Verfassungsschutz. Darüber sollten wir in diesen Tagen, glaube ich, durchaus ebenfalls reden. Ich will ausdrücklich sagen: Die in einigen Ländern sowie auf Bundesebene eingesetzten Untersuchungsausschüsse, die eingesetzte Arbeitsgruppe, die Bund-Länder-Kommission, sie alle arbeiten in der Tat nach meinem Eindruck sehr akribisch daran, alles, was dort schiefgelaufen ist, entsprechend aufzuhellen, die Zusammenhänge deutlich zu machen und den Finger in die Wunde zu legen. Ich nehme da für uns in Baden-Württemberg in Anspruch: Wir tun alles, was wir können, um genau dazu beizutragen. Wir entsenden Personal aus unserem Zuständigkeitsbereich in die Arbeitsgremien, in die Arbeitsgruppen, in die Untersuchungsausschussumfeldbereiche hinein. Wir tragen dazu bei, Transparenz zu schaffen, und bieten auch ausdrücklich Kooperation an.

Meine Damen und Herren, wir in Baden-Württemberg sind ausdrücklich dafür gelobt worden, in welcher Form, in welcher Zeit, mit welchem Inhalt, mit welcher Deutlichkeit, mit welcher Akribie wir den Untersuchungsausschüssen zuarbeiten. Das können nicht alle Länder von sich behaupten.

Wir haben aber, meine Damen und Herren, nicht nur Fakten abgeliefert, Dokumente zusammengestellt und dem Untersuchungsausschuss Faktenmaterial zur Verfügung gestellt. Wir haben bereits im Februar dieses Jahres auch entsprechend gehandelt. Wir haben bei uns im Land eine gemeinsame Informations- und Analysestelle in Betrieb genommen. Wir haben diese gemeinsame Analysestelle dann Mitte des Jahres auf die Bereiche Linksextremismus, Islamismus und Ausländerterrorismus erweitert. Dadurch haben wir schon im Verlauf dieses Jahres begonnen, die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz, die schon jetzt gut ist, weiter zu verbessern.

Ich will ausdrücklich sagen: Da sind wir noch nicht am Ende; wir arbeiten noch weiter daran. Ich habe Sie alle eingeladen, dies genau in diesem sensiblen Bereich auch in möglichst großer Gemeinsamkeit zu machen. Derzeit befasst sich eine Projektgruppe mit der Organisation unseres Verfassungsschutzes. Auch das Ergebnis der Arbeit dieser Projektgruppe werden wir dann transparent machen. Ich lade ein, dass wir parlamentarisch breit darüber diskutieren, ob und, wenn ja, wie wir unseren Verfassungsschutz neu positionieren, neu ausrichten und wie er dann in der Zukunft aufgestellt sein wird oder aufgestellt sein muss. Natürlich werden wir auch – da sind wir uns

(Minister Reinhold Gall)

auch einig; das Angebot habe ich Ihnen gemacht – die parlamentarische Kontrolle weiterhin in großer Gemeinsamkeit vorbringen.

Meine Damen und Herren, ein persönliches Anliegen – auch wenn das nicht immer in den Haushaltszahlen so deutlich gemacht werden kann – ist mir – weil in meinem Zuständigkeitsbereich, in dem der obersten Ausländerbehörde verortet –, einen wesentlichen Beitrag zur Neuausrichtung der Ausländerpolitik und der ausländerrechtlichen Praxis in unserem Land zu leisten. Da haben wir, denke ich, gute Vorarbeit geleistet; wir legen eine deutlich humanitäre Praxis – das ist das Stichwort – an den Tag.

Es ist völlig klar – auch ich kämpfe nach wie vor darum, und ich weiß, viele von Ihnen tragen dieses Ansinnen eigentlich mit –, dass wir bei langjährig geduldeten integrierten Ausländern eine andere Regelung finden müssen – Stichwort „Stichtagslose Bleiberechtsregelung“. Ich glaube, das könnte uns die eine oder andere Problematik wirklich nehmen. Ich meine sogar, dass gerade Baden-Württemberg daraus wesentliche Vorteile ziehen könnte. Deshalb auch an dieser Stelle wirklich meine Bitte: Wirken Sie auf Ihre Kolleginnen und Kollegen auf der Bundesebene ein, damit wir dort endlich ein Stück weit vorankommen bzw. möglichst bald eine gemeinsame Lösung finden. Es gibt ja auch unionsregierte Bundesländer, die da auf gutem Weg sind.

Ich will ausdrücklich sagen: Wir machen ernst mit dem, was wir schon vor Monaten genannt haben, nämlich dem Vorrang der freiwilligen Rückkehr. Wir sind auch bereit, hierfür Geld in die Hand zu nehmen. Das heißt, wir unterstützen die Städte und Gemeinden mit rund einer halben Million Euro, wenn sie dafür sorgen, dass entsprechende Einrichtungen geschaffen werden oder Leistungserweiterungen vorgenommen werden, was Rückkehrberatungsstellen anlangt. Das heißt im Klartext: Bei uns wird niemand abgeschoben, der nicht zuvor die Chance hatte, freiwillig auszureisen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, doch noch ein Wort, Herr Kollege Blenke, zu den Regierungspräsidien. Ich finde es schon sehr merkwürdig – das will ich ausdrücklich sagen –, dass Sie explizit sagen: „Gerade weil die Regierung den dort Beschäftigten“ – die haben Sie ja gelobt –, „durch mehr Personal, durch Aussetzung der Abbauverpflichtung helfen will, ihnen unter die Arme greifen will, wollen wir den Haushalt ablehnen.“ Hätten Sie nämlich auch in den Regierungspräsidien die von Ihnen geforderte nachhaltige Personalpolitik betrieben, dann hätten diejenigen, die dort arbeiten wollen und müssen, nicht die Probleme, die sie gegenwärtig haben, nämlich dass wir in wichtigen Aufgabenfeldern im Prinzip die Aufgaben nicht mehr entsprechend erledigen können, weil dort insbesondere im Moment und in naher Zukunft Spezialisten in den Ruhestand gehen, die wir auf dem Markt einfach gar nicht rekrutieren können. Deshalb werden wir den Abbau Pfad im kommenden Haushalt um 101 Stellen zurücknehmen. Was es daran zu kritisieren gibt, ist mir nun wirklich völlig schleierhaft. Ich glaube, auch die Beschäftigten in den Regierungspräsidien werden das nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, dass wir auch zukünftig verlässlicher Partner der Kommunen in Baden-Württemberg sein werden, steht, glaube ich, wirklich außer Frage. Wir haben mehr Steuereinnahmen, wir haben aber auch Haushalts Herausforderungen. Deshalb haben wir, wie ich finde, in einem guten Einvernehmen gemeinsam mit den Kommunen diskutiert, was das Thema „Kommunaler Finanzausgleich“ anlangt. Wir haben in der Gemeinsamen Finanzkommission eine Regelung zugunsten der Kommunen gefunden. Wir nehmen nämlich die Kürzung auf 340 Millionen € und damit den Kürzungsbetrag von 25 Millionen € zurück. Das werden wir auch in den folgenden Jahren tun. Das ist abseits der jetzigen Haushaltsberatungen bereits vereinbart.

Meine Damen und Herren, deshalb ist in Baden-Württemberg erfreulicherweise – das wollen wir auch so beibehalten – nicht erforderlich, was in anderen Bundesländern nahezu schon an der Tagesordnung ist, dass es nämlich sogenannte Entschuldungsfonds geben muss, weil die Kommunen nicht mehr entsprechend leistungsstark sind. Wir haben nur noch ein kleines Problem: Das ist Aulendorf. Dort finden Sie im Haushalt die nicht ganz unbeträchtliche Summe von 18 Millionen €, die zur Tilgung der Schulden der Stadt Aulendorf verwendet wird. Aber die positive Botschaft, die mit diesen 18 Millionen € einhergeht, ist die, dass Aulendorf seine Hausaufgaben – das will ich so sagen – mehr als vorbildlich erledigt hat, dass man sich in Aulendorf aufgemacht hat, den eigenen Haushalt in Ordnung zu bringen, sodass zusätzliche finanzielle Mittel seitens des Landes und auch seitens der kommunalen Familie – die war nämlich auch dabei, als die Vereinbarungen getroffen wurden, um Aulendorf zu entschulden – nicht notwendig sein werden und Aulendorf in wenigen Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann.

Meine Damen und Herren, insgesamt will ich einfach feststellen: Die Landesverwaltung des Landes Baden-Württemberg ist bei Grün-Rot und beim Innenminister in guten Händen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Wir sorgen dafür, meine Damen und Herren, dass die Landesverwaltung so aufgestellt und so ausgestattet ist, dass sie ihre Aufgaben auch zukünftig hoch professionell und engagiert erledigen kann.

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, die Kommunen haben mit Grün-Rot und mit mir einen verlässlichen Partner an ihrer Seite.

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident!)

Wir nehmen nämlich deren Interessen ernst, und wir wissen um die Wichtigkeit für die Zukunftsgestaltung unseres Landes.

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident!)

Grün-Rot, meine Damen und Herren, und ich tragen Sorge dafür, dass Sicherheit im Land einen hohen Stellenwert hat und wir insgesamt mit wirklich gutem Gewissen sagen können: Sicherheit im Land gewährleisten und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger wahren sind bei uns keine Gegensätze, sondern zwei gleichberechtigte Partner in einer freien und offenen Gesellschaft.

(Minister Reinhold Gall)

Zum Schluss, meine Damen und Herren, will ich natürlich das, was Sie gemacht haben, ebenfalls tun: Ich will mich bei den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses sowie bei Ihnen allen für das Verständnis für unsere Anliegen ganz herzlich bedanken. Dies gilt im Besonderen auch für den Finanz- und Wirtschaftsminister. Herr Blenke, da kann ich Sie trösten: Die Verhandlungen zwischen uns beiden sind wahrscheinlich kein Haar spannungsfreier, als dies beim Innenressort und beim Finanzressort in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insbesondere auch der Finanzverwaltung; denn wir haben ihnen das Leben diesbezüglich auch nicht leicht gemacht.

Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei, der Ausländerbehörden, des Verfassungsschutzes, bei allen Verwaltungen und Behörden in unserem Ressort bedanke ich mich ebenfalls, weil jeder Beamte und jede Beamtin in diesem Bereich mit dazu beiträgt, dass wir, dass das Land Baden-Württemberg die gestellten Aufgaben erledigen kann und dass die erforderlichen Leistungen erbracht werden. Voraussetzung ist natürlich, meine Damen und Herren, dass Sie dem Haushalt des Innenressorts zustimmen, wofür ich Sie nun herzlich bitte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach § 83 a Absatz 1 der Geschäftsordnung soll den Fraktionen weitere Redezeit zugestanden werden, wenn der Minister 50 % der Gesamtredezeit der Fraktionen überschritten hat. Das ist der Fall.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Hat er das? Das geht ja gar nicht bei gestaffelten Redezeiten!)

Ich frage jetzt, ob die Fraktionen weitere Redezeit wollen oder ob sie darauf verzichten. –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wenn wir davon Gebrauch machen, geht auch er noch einmal raus!)

Gut, es wird verzichtet. Dann brauchen wir keine zusätzliche Redezeit zuzuweisen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Kann man sich die Redezeit gutschreiben lassen?)

Deshalb kann ich sagen: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m u n g** über den Einzelplan 03 – Innenministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2603. Die vorliegenden Anträge werde ich bei dem entsprechenden Kapitel aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf und schlage vor, die Abstimmung über die Ziffern 1 bis 7 – Kapitel 0301 – Ministerium – bis Kapitel 0308 – Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg – zusammen aufzurufen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 0301 bis Kapitel 0308

Wer den genannten sieben Kapiteln gemäß der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit mehrheitlich beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt I Ziffer 8 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 0310

Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 9 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0311

Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Wer stimmt Kapitel 0311 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel 0311 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 10 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0312

Landratsämter

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 11 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0314

Landespolizei

Hierzu liegen der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2703-1, und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2703-2, vor. Abschnitt I des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2703-1, und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2703-2, sind identisch. Sind Sie damit einverstanden, dass wir über beide Anträge zusammen abstimmen? – Das ist der Fall.

Wer Abschnitt I des Antrags der Fraktion der CDU und dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über Abschnitt II des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2703-1, abstimmen, der ein Ersuchen an die Landesregierung enthält. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 0314 abzustimmen. Wer dem Kapitel 0314 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Ziffern 12 bis 14 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Bereitschaftspolizei, Akademie der Polizei und Landeskriminalamt – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Kapitel 0316 bis Kapitel 0318

Wer diesen drei Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 15 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Ziffern 16 bis 18 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Logistikzentrum Baden-Württemberg, Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen, Ausländer und Aussiedler – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 0320 bis Kapitel 0330

Wer diesen drei Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2603, abzustimmen. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen Kenntnisnahme. – Sie stimmen dem zu.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratung des Einzelplans 03 – Innenministerium.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 1 c** auf:

Einzelplan 15: Ministerium für Integration

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2615

Berichterstatterin: Abg. Muhterem Aras

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht die Berichterstatterin das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Lasotta das Wort.

(Zuruf von der CDU: Dr. Lasotta!)

– Dr. Lasotta.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: So viel Zeit muss sein, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eben. Deswegen habe ich es nachgeholt.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Vielen Dank. – Lieber Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe aller Landesministerien.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sowohl hinsichtlich des Aufgabenzuschnitts als auch hinsichtlich der begrenzten Kompetenzen und der finanziellen Ressourcen wird das Integrationsministerium dieser Aufgabe nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Fast 90 % der Ausgaben des Integrationsministeriums umfassen die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Die restlichen 10 % der Ausgaben verteilen sich je zur Hälfte zum einen auf den Betrieb des Ministeriums und zum anderen auf wirkliche Integrationsprojekte.

Integrationspolitik erfordert unserer Meinung nach Glaubwürdigkeit. Das Land plant Verbesserungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Die Kosten dürfen aber nicht auf die Stadt- und Landkreise abgewälzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die politische und gesellschaftliche Akzeptanz dieser wichtigen landespolitischen Aufgabe soll gewahrt bleiben, und auch in der Bevölkerung muss die Akzeptanz vorhanden sein.

Die veranschlagten Ansätze werden allein schon durch die gestiegene Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber aufgezehrt. Wo bleibt da in diesem Haushalt Platz für die angekündigten Verbesserungen?

Bereits in diesem Jahr war die Landesregierung bei ihrer Veranschlagung im Haushaltsplan von 5 400 Asylbewerbern ausgegangen. Mitte des Jahres wurde die Zahl dann auf 6 000 korrigiert. Mittlerweile wissen wir, dass wir für dieses Jahr etwa 8 000 neu angekommene Flüchtlinge und Asylbewerber erwarten werden. Für die nächsten Monate ist prognostiziert, dass es jeweils 1 000 weitere Asylbewerber und Flüchtlinge gibt.

Das bedeutet, dass sowohl die im Haushalt für dieses Jahr als auch die im Entwurf des Doppelhaushalts für die nächsten beiden Jahre veranschlagten Zahlen in keiner Weise den gestiegenen Anforderungen gerecht werden. Bereits im Februar dieses Jahres habe ich in meiner Rede zum Staatshaushaltsplan 2012 ausgeführt – ich zitiere –:

Das wird im Laufe des Jahres eine Hypothek sein, die Sie noch einholen wird.

Das ist wahr geworden. Genauso wahr wird werden, dass die jetzigen Ansätze im Haushaltsplan nicht reichen werden. Vor allem können damit die im Koalitionsvertrag angekündigten Verbesserungen in keiner Weise umgesetzt werden.

(Dr. Bernhard Lasotta)

Man hat sich jetzt auf den Kompromiss geeinigt, dass man die Wohnfläche pro untergebrachter Person um einen halben Quadratmeter pro Jahr erhöhen will. Wie ist das umsetzbar? Die Kommunen können das überhaupt nicht planen. Sie brauchen verlässliche Größen, sodass sie auch für die Zukunft Regelungen für eine menschenwürdige Unterbringung vor Ort finden können, die sich an klaren Vorgaben orientieren. Es bedarf auch einer klaren Kostenerstattung durch das Land.

Die Stadt- und Landkreise pochen zu Recht auf einen adäquaten Kostenersatz. Sie geben hier keine Perspektive. Die Verhandlungen hierüber mit den kommunalen Landesverbänden stocken. Dabei sind viele Aufgaben zu regeln. Es gibt die Vergrößerung der Wohnfläche, die Anpassung der Regelleistungen auf Hartz-IV-Niveau und die Umstellung von Sach- auf Geldleistungen. All das ist bisher in den Haushaltsplanansätzen nicht geregelt. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier weit auseinander. Sie vermitteln in der Öffentlichkeit den Eindruck, dass Sie tatsächliche Verbesserungen erbringen wollen, aber unterlegen das nicht mit den entsprechenden Haushaltsplanansätzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie die Kommunen nicht im Regen stehen. Finden Sie mit den kommunalen Landesverbänden einen fairen Abrechnungsmodus, einen klaren Finanzierungsmodus. Ansonsten ist Ihre Integrationspolitik nicht glaubwürdig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Integrationspolitik ist Vertrauenssache. Worauf hat das Ministerium in diesem Jahr die Schwerpunkte gelegt? Eigentlich ist nicht so ganz klar, woran überhaupt gearbeitet wird. Geprägt wurden die Diskussionen und Schlagzeilen in diesem Jahr durch eher negative Punkte und fragwürdige Einlassungen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das haben ja Sie gemacht!)

Am 27. Februar dieses Jahres wurde im Ministerium die Maulwurfsjagd eröffnet. In diesem Zusammenhang wurde ein angeblicher Mitarbeiter gesucht. Bis heute liegen keine Erkenntnisse vor.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Den Maulwurf haben Sie ja gefunden!)

– Ich habe einen Stoffmaulwurf gefunden, aber der kann nicht reden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Von Steiff!)

Am 4. März wurde der angeblich „tiefe Staat“ in Deutschland durch die Ministerin ausgerufen. Das hat zu einer Rüge des Ministerpräsidenten und zu einer Entschuldigung geführt. Was als Positives herauskam, ist, dass Vorträge jetzt nur noch auf Deutsch gehalten werden sollen.

Am 1. Oktober wurde die Zentralstelle unter ihrem zwischenzeitlich dritten Leiter aufgelöst. Das zeigt, dass die entsprechende Organisation im Ministerium nicht optimal ist.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nein! Er ist Bürgermeister geworden! Das wissen Sie!)

Am 8. Dezember wurde erneut die Kopftuchdebatte im öffentlichen Dienst ausgerufen. Einen Tag später rief Sie, Frau Öney, der Finanz- und Wirtschaftsminister zurück und erklärte die Debatte für beendet, da niemand ernsthaft an dem Verbot rütteln will.

Das zeigt, dass die Schwerpunkte falsch gesetzt sind, dass Debatten entfacht werden, die zur Unzeit kommen, und dass ziel- und planlos versucht wird, Themen in die Öffentlichkeit zu bringen, die nicht dem tatsächlichen Inhalt entsprechen. Wir brauchen eine Diskussion über das Verbindende und nicht über das Trennende in unserem Land. Daran müssen Sie eigentlich arbeiten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, als ob es in der Integrationspolitik hauptsächlich um türkischstämmige Migranten geht. Dabei machen sie gerade einmal 20 % aller Migranten in Baden-Württemberg aus.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Genauso groß ist die Gruppe der Spätaussiedler. Wer spricht im Integrationsministerium über die Italiener, die Griechen, die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, über die Kameruner, die große Vielfalt, die wir in unserem Land haben?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Da wünschen wir, die CDU-Fraktion, uns eine Debatte, die mehr auf die Lebensverhältnisse in Baden-Württemberg eingeht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

So schaffen Sie, Frau Öney, nicht das Vertrauen in Ihr Ministerium, weder in der Öffentlichkeit noch im Kabinett, noch bei Ihrem Koalitionspartner, geschweige denn in der Bevölkerung.

Integrationspolitik erfordert Koordination und Engagement. Wo kann koordiniert und wo können Akzente gesetzt werden? Andere Ministerien könnten einen wichtigen Beitrag dazu leisten, etwa das Kultusministerium mit seinen Programmen für die Sprachförderung. Es wurden z. B. Vereinbarungen mit dem italienischen Generalkonsul abgeschlossen. Was ist dabei herausgekommen? Wir wünschen uns Debatten darüber, wie die unterschiedlichen Volksgruppen in Baden-Württemberg integriert sind, welchen spezifischen Bedarf an Förderung sie haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Da muss eine wichtige Koordinierungsfunktion ausgeübt werden. Das wird bisher nicht gemacht. Auch vom Kultusministerium bekommen wir hier wenig Rückmeldung.

Wo ist der Aufschrei des Integrationsministeriums geblieben, als das Sozialministerium gesagt hat: „Wir schaffen das Landeserziehungsgeld ab“? Das Landeserziehungsgeld ist eine

(Dr. Bernhard Lasotta)

politische Leistung, eine Geldleistung, insbesondere für Familien, eine Leistung, von der viele Migrantenfamilien profitiert haben, die eben oft mehrere Kinder haben, die die Erziehungsleistung in der Familie brauchen, Familien, denen es aufgrund fehlender Sprachkenntnisse schwerer fällt, sich in den Arbeitsprozess zu integrieren. Gerade für sie war das Landeserziehungsgeld eine wichtige integrationspolitische Leistung. Das hat die CDU-Landtagsfraktion immer so gesehen. Darum bedauern wir ausdrücklich die Abschaffung, und wir bedauern, dass das Integrationsministerium hier nicht Partei ergriffen hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wo bleiben die Initiativen des Wissenschaftsministeriums, wenn es darum geht, ausländische Studierende besser in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren? Wo bleiben die Initiativen des Wirtschaftsministeriums, wenn es um den Übergang in die Berufswelt geht, um die Berufsausbildung, um die Existenzgründung? Ich glaube, wir müssen hier viel mehr gemeinsames Engagement entfalten und müssen das vor allem koordinieren. Ich glaube, dass die Ansätze, die im Wirtschaftsministerium vorhanden sind, viel stärker vom Integrationsministerium aufgegriffen werden müssen. In der Öffentlichkeit muss eine Einheit entstehen, eine stärkere Koordination der verschiedenen Aufgaben. Vor allem müssen Prioritäten gesetzt werden; das ist für die Menschen in Baden-Württemberg wichtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das
war ein Plädoyer für das Integrationsministerium!)

Wo sind die Initiativen des Integrationsministeriums? Es geht um die anonymisierte Bewerbung. Da macht innerhalb der Landesregierung gerade noch das Sozialministerium mit. Alle anderen Ministerien sagen: „Wir fördern bewusst Frauen und Migranten. Wir wollen ihren Anteil in unseren Ministerien erhöhen. Wir brauchen kein anonymisiertes Verfahren, sondern wir gehen gezielt auf diese Leute zu und werben sie für den Landesdienst.“

Was macht das Integrationsministerium? Es startet eine Bundesratsinitiative bzw. will eine Bundesratsinitiative unterstützen, was das Asylbewerberleistungsgesetz, die Aufgabe der Sachleistungen zugunsten der Geldleistungen betrifft. Diese Initiative wird vom eigenen Kabinett zurückgeholt, weil das Geld kostet, und man einigt sich auf die Sprachregelung: „Das machen wir nur, wenn ein entsprechender Bundesausgleich stattfindet.“

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wo sind die integrationspolitischen Debatten hier im Landtag? Frau Öney, Sie sind jetzt fast zwei Jahre im Amt und haben noch keine einzige integrationspolitische Debatte in dieses Parlament gezogen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir würden mit Ihnen gern einmal über die Fragen der Integrationspolitik in Baden-Württemberg diskutieren. Ihre erste

Rede im Plenum war in diesem Jahr im Februar – zum Haushalt –, und heute wird Ihre zweite Rede sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Wir sind bereit, über die Fragen der Integrationspolitik zu diskutieren. Aber durch Ihre Tatenlosigkeit auch hier im Parlament tragen Sie nicht dazu bei, dass Ihr Haus gestärkt und eine Eigenständigkeit des Integrationsministeriums gerechtfertigt wird.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie haben in diesem Jahr angekündigt, ein Landesanererkennungsgesetz auf den Weg zu bringen und darüber hier im Parlament zu beraten. Seit dem 1. April dieses Jahres gilt das Anerkennungsgesetz des Bundes. Dabei geht es um die Frage, wie im Ausland erworbene Berufsabschlüsse anerkannt werden können, wie eine Nachqualifizierung stattfindet. Genau diese Frage wollen wir in Baden-Württemberg diskutiert wissen. Denn wir sind auf die Menschen angewiesen, die bei uns sind. Wir wollen, dass sie entsprechend ihren Abschlüssen bei uns eingesetzt werden. Wir wollen, dass jemand, der eine Lebensleistung erbracht hat, entsprechend seiner Qualifikation und damit würdig eingesetzt wird.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie Ihre Zusage einhalten, darüber in diesem Jahr mit den Fraktionen im Landtag zu diskutieren. Das haben Sie bisher nicht gemacht. Damit haben Sie Ihr Versprechen gebrochen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal
GRÜNE – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP)

– Ja gut, aber wann wollen wir darüber denn diskutieren? Selbst wenn der Gesetzentwurf jetzt noch Ende Dezember eingebracht würde, fände die Diskussion im nächsten Jahr statt. Andere Bundesländer sind wesentlich weiter.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und haben kein
Integrationsministerium!)

Die sind mit der Beratung schon durch, haben teilweise schon entsprechende Gesetze beschlossen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Eines!)

Wir verstehen Integrationspolitik als wichtige gesellschaftspolitische Querschnittsaufgabe. Integrationspolitik muss überall mit gemacht und mit gedacht werden.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Gegen-
ruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das
ist doch eine verheerende Bilanz bisher!)

Es muss vor allem eine koordinierende Funktion ausgeübt werden.

Der Glanz des Symbolwerts dieses Ministeriums, mit dem die Landesregierung einmal angetreten war, ist verblasst. Es hat durch die Nichttätigkeit nicht bewiesen, dass ein eigenständiges Ministerium notwendig ist.

(Dr. Bernhard Lasotta)

Ich zitiere in diesem Zusammenhang die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die bei der Bildung ihres Kabinetts gesagt hat:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

„Ich habe zehn Integrationsminister, und ich bin die Integrationsministerpräsidentin.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!
Wo sie recht hat, hat sie recht!)

Dort hat man beim Zuschnitt der Aufgaben der Landesregierung erkannt, dass ein eigenständiges Ministerium in diesem Bereich nicht notwendig ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die haben dort sogar ein Ministerium, das die CDU eingeführt hat!)

Weil Herr Schmiedel heute Morgen konkrete Einsparvorschläge der Opposition angemahnt hat, sagen wir: Löst das Integrationsministerium auf, gliedert es ein, am besten in das Innenministerium, weil dort der größte Aufgabenzuschnitt im Bereich Flüchtlinge und Asylbewerber vorhanden ist.

Weil wir wollen, dass Sie, Frau Öney, uns und der Landespolitik erhalten bleiben, schlagen wir vor, dass Sie als Innenstaatssekretärin eine Aufgabe im Innenministerium wahrnehmen, mit der Sie dann eine stark koordinierende Funktion für alle anderen Ministerien haben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Gall wird eine Freude haben!)

Damit hätten Sie einen echten Kosteneinsparbeitrag geleistet

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

und hätten vor allem die entsprechenden Kompetenzen und Koordinierungsfunktionen gebündelt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Was ist wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren? Integrationspolitik findet hier nicht nur durch Debatten im Landtag

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

oder durch Pressekonferenzen der Integrationsministerin statt, sondern vor allem durch die Arbeit in den Kommunen. Gehen Sie endlich auf unsere Forderung ein, eine kommunale Integrationsförderung in Baden-Württemberg zu etablieren. Lassen Sie die Kommunen nicht allein, wenn es darum geht, eine Willkommenskultur zu etablieren, die Vielfalt in unserem Land zu leben. Gehen Sie darauf ein, Verbesserungen im Bereich der Berufsausbildung und bei den Einbürgerungen zu bewerkstelligen, die verschiedenen Dienste besser zu vernetzen, und unterstützen Sie unsere Idee einer kommunalen Integrationsförderung. Der bisherige Zuschnitt des Integrationsministeriums und dessen Arbeit erlauben uns nicht, dem entsprechenden Haushalt heute zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Kollegen Lede Abal.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst stelle ich fest, dass Sie auch dieses Mal wieder eine Gelegenheit haben verstreichen lassen, sich sachlich mit dem Integrationsministerium und der Integrationspolitik der Landesregierung auseinanderzusetzen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Rede hast du aber vorher geschrieben!)

– Es war absehbar, was kommt. Der entsprechende Antrag liegt ja auch schon eine ganze Weile vor. Ganz aus allen Wolken fallen wir heute also nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wenn Sie sagen, Sie vermissen die Debatten über die Integration von Volksgruppen, müssen Sie sich schon auch selbst fragen lassen, warum Sie solche Debatten nicht selbst initiiert haben. Das Mittel der Beantragung einer Aktuellen Debatte steht auch Ihrer Fraktion stets offen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sie werfen mir doch vor, zu viele Anträge zu stellen!)

Man könnte den Antrag, das Integrationsministerium abzuschaffen, als Attacke der Spaßguerilla in der CDU-Fraktion sehen. Man kann das Ganze, wie ich meine, auch als eine ziemlich müde Agitpropnummer der CDU-Fraktion sehen. Aber es zeigt deutlich, wie Sie Integrationspolitik in diesem Land verstehen wollen. Sie wollen Integrationspolitik als Frage der inneren Sicherheit im Innenministerium ansiedeln. Wenn Sie dann noch wachweich formulieren, dass Sie Zuständigkeiten an irgendwelche Ressorts verteilen wollen, ist das nichts weiter als ein Feigenblatt, hinter dem Sie sich verstecken. Das ist ziemlich schade und auch für die Integrationspolitik in diesem Land schädlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Rauschender Beifall!)

Ich hatte schon immer wieder Befürchtungen, was Ihre Auffassung von Integrationspolitik angeht, lieber Kollege Lasotta. Aber nachdem Sie der Ministerin das Kuschtier geschenkt hatten, war dieser Bereich wenigstens einigermaßen abgedeckt und beruhigt. Abgesehen davon möchte ich auch erwähnen, dass sich die Arbeit des Integrationsausschusses in den letzten Monaten in meinen Augen sehr positiv entwickelt hat. Auch wenn der heute vorliegende Antrag wieder eine Art Rückfall in alte Zeiten ist, ist, sowohl was die behandelten Themen als auch was die Arbeitsatmosphäre angeht, ein deutlicher Fortschritt festzustellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Sie haben eben darauf hingewiesen, dass Integration eine Querschnittsaufgabe aller Ressorts sei; das wird auch bei der Arbeit des Integrationsministeriums nur allzu deutlich. Das

(Daniel Andreas Lede Abal)

ist auch in allen anderen Bundesländern der Fall; auch dazu haben Sie Ausführungen gemacht. In keinem anderen Bundesland führt das aber dazu, dass das dortige Integrationsministerium infrage gestellt wird. Nur Sie können es hier offensichtlich nicht lassen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Dabei werden integrationspolitische Mittel nicht nur in dem Haushalt des Integrationsministeriums veranschlagt, sondern sie finden sich auch in anderen Einzelplänen des Landeshaushalts, beispielsweise im Haushalt des Kultusministeriums oder des Sozialministeriums.

Ich greife an dieser Stelle nur einige konkrete Beispiele für die Arbeit des Integrationsministeriums heraus, damit Sie einmal nachvollziehen können, welche Arbeit dort geleistet wird und wie das Integrationsministerium bereits nach kurzer Zeit geschätzt wird. Dies ist in den Oppositionsfractionen bislang offenbar nicht hinreichend bekannt.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das Integrationsministerium hat sich zur Aufgabe gemacht – und es hat dies auch schon umgesetzt –, Erleichterungen und Verkürzungen bei den Einbürgerungsverfahren zu erreichen, beispielsweise durch Erleichterungen beim Sprachnachweis für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Im kommenden Jahr wird es zudem auch eine Einbürgerungskampagne geben. Das Integrationsministerium hat sich für die Einrichtung des wissenschaftlichen Netzwerks Integrationsforschung eingesetzt. Das Integrationsministerium fördert Maßnahmen gegen Zwangsverheiratung und baut diese Maßnahmen aus.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das ist doch alt!
Das ist doch alles von Professor Goll!)

– Nein. Das ist ausgebaut worden, auch wenn es Ihnen nicht gefällt.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ausgebaut, aber nicht eingeführt! Ausgebaut!)

– Es ist ausgebaut und gefördert worden, und zwar in einem solch erheblichen Ausmaß, wie es bei Ihnen nicht der Fall war, Herr Kunzmann.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Aber es ist nichts Neues!)

Wir führen jetzt das neue Projekt zu den anonymisierten Bewerbungsverfahren durch. Es ist leider nun einmal so, dass Menschen mit ausländisch klingenden Namen bei vergleichbarer Qualifikation deutlich seltener zu Bewerbungsgesprächen eingeladen werden. Das müssen wir dringend ändern. Anstatt hier von der Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland zu sprechen, müssen wir endlich auch den Schatz an Arbeitskräften heben, den wir hier in diesem Land haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nichts anderes hat Herr Lasotta gefordert!)

Dazu gehört auch die Bildungspolitik – unsere Bildungspolitik, beispielsweise in Form der Gemeinschaftsschule. Dazu gehört auch die Anerkennung im Ausland erworbener Quali-

fikationen. Das Gesetz dazu wird gerade im Ministerium vorbereitet.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Spät genug!)

– Es gibt bislang – nur damit Sie einmal wissen, wovon Sie reden – nur ein Bundesland, das ein fertiges Gesetz dazu hat. Das ist das Bundesland Hamburg.

(Zurufe der Abg. Dr. Bernhard Lasotta und Thaddäus Kunzmann CDU)

Wenn Sie also hier schon etwas lauthals verkünden, dann mögen Sie doch bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass von CDU-geführten Landesregierungen bislang noch kein solches Gesetz vorliegt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Trotzdem spät genug! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: In anderen Parlamenten wird es schon beraten! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Niedersachsen!)

Es ist auch darauf hinzuweisen, dass das Integrationsministerium eine Tagung zur kultursensiblen Altenpflege veranstaltet hat.

Das Integrationsministerium arbeitet auch an der interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung. Ein Viertel der Bevölkerung des Landes hat eine Migrationsgeschichte. In den Verwaltungen des Landes beträgt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund aber allerhöchstens 10 %. Auch hier muss sich die Lebenswirklichkeit in unserem Land in den Verwaltungsbehörden niederschlagen. Das gilt insbesondere auch für den sensiblen Bereich der Polizei und für unsere Schulen.

Es wird auch darum gehen – auch das ist ein deutliches Zeichen für Integration –, wie wir Menschen mit Migrationshintergrund für das Ehrenamt gewinnen können, etwa in den Feuerwehren oder den anderen Vereinen, Initiativen, Netzwerken und Nachbarschaftshilfen.

Herr Lasotta, Sie haben gerade ein paar Dinge ein wenig durcheinandergebracht. Sie haben hier von der Umstellung von Sachleistungen auf Geldleistungen gesprochen und gesagt, das Integrationsministerium hätte hierzu einen Gesetzesentwurf unterstützt.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Das möchte ich insofern korrigieren, als die Umstellung von Sachleistungen auf Geldleistungen vom Integrationsministerium im Sommer dieses Jahres ermöglicht worden ist und jetzt für die Kommunen die Möglichkeit besteht, selbst diese Umstellung zu beschließen.

Die Bundesratsinitiative, die die Landesregierung unterstützt hat, betraf die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes zugunsten der Eingliederung von auf Flüchtlinge bezogenen Regelungen in die Sozialgesetzbücher. Dies hat bedauerlicherweise im Bundestag keine Mehrheit gefunden.

Die Landesregierung hat sich dennoch zum Ziel gesetzt, eine klare Verbesserung der Situation von Flüchtlingen zu bewirken. Ich möchte an dieser Stelle auch erwähnen, dass sich heu-

(Daniel Andreas Lede Abal)

te Bundespräsident Gauck in eine Flüchtlingsunterkunft aufgemacht hat, um die Situation vor Ort in Augenschein zu nehmen und sich mit der Situation von Flüchtlingen in Deutschland auseinanderzusetzen.

Die steigenden Zugangszahlen von Flüchtlingen, die angesprochen worden sind, und die für die Qualifikationsverbesserung eingestellten Mittel sind ein Grund für die steigenden Ausgaben, die im Doppelhaushalt des Integrationsministeriums für die nächsten zwei Jahre vorgesehen sind. Es ist richtig, dass wir die neue Prognose des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge noch nicht in unsere Zahlen eingearbeitet haben. Allerdings sind diese Zahlen des Bundesamts momentan noch das reinste Lotteriespiel. Die letzten Prognosen des Bundesamts sprechen sogar wieder von sinkenden Zahlen. Nachdem man zwischenzeitlich für Baden-Württemberg eine Flüchtlingszahl von 10 000 oder mehr prognostiziert hatte, hat das Bundesamt inzwischen wieder eher eine Zahl von 9 000 angegeben. Ich selbst bin der Überzeugung, dass wir nach dem Ende des Winters wieder einen deutlichen Rückgang der Flüchtlingszahlen erleben werden, allerdings noch ohne den Einfluss der Situation in Syrien mit einzurechnen.

Um den Kommunen die höheren Ausgaben zu ersetzen, haben wir die entsprechenden Haushaltsansätze im Einzelplan 15 bereits angehoben und auch ein Signal an die Kommunen gegeben. Es gab auch – das kommt nicht aus dem luftleeren Raum, wie Sie das hier suggerieren, Herr Lasotta – Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden. Es gibt die Zusage der Landesregierung, durch Ersatzleistungen an die Kommunen einen Ausgleich zu schaffen.

Als Letztes möchte ich in der ersten Runde noch darauf hinweisen, dass trotz der erheblichen Einsparleistungen, die auch in diesem Einzelplan erbracht werden müssen, die Fraktionen von SPD und Grünen sich erfolgreich für die Förderung von Projekten im Bereich der Flüchtlingshilfe eingesetzt haben. So wird in den nächsten zwei Jahren der Landesflüchtlingsrat jeweils mit einer Summe von 50 000 € gefördert. So werden in den nächsten zwei Jahren die psychosozialen Zentren jeweils eine Förderung von 325 000 € erhalten. Ferner wird – ganz neu – in der zentralen Landesaufnahmestelle in Karlsruhe eine Sozial- und Verfahrensberatung eingerichtet werden. Die Kosten hierfür bewegen sich im Bereich von 260 000 €. Wir glauben, dass wir damit eine sehr gute Weichenstellung für den Bereich der Flüchtlingspolitik haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf von den Grünen: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Grünstein das Wort.

Abg. Rosa Grünstein SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich beim Integrationsministerium und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort bedanken. Von ihnen wurde in sehr kurzer Zeit nicht nur ein Ministerium aufgebaut, sondern jede Person dort arbeitet auch fast für zwei. In der kurzen Zeit des Bestehens dieses Ministeriums jetzt substanzielle Veränderungen im Umgang mit Migrantinnen und Migranten zu erreichen ist natürlich schwierig. Denn Integration war immer schon eine langfristi-

ge Aufgabe, die zuallererst in den Köpfen der Menschen ansetzen muss, und zwar in denen von Migrantinnen und Migranten, aber auch in denen der Mehrheitsgesellschaft.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben dazu in der Vergangenheit leider fast gar nichts beigetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Unruhe bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch
CDU: Frechheit!)

Ich bedanke mich beim Kollegen Daniel Andreas Lede Abal, der dazu eben viel gesagt hat.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er hat sich nicht getraut, das selbst auszusprechen!)

Ich vergleiche das Ministerium jetzt einmal im Verhältnis zu den anderen Ministerien mit einem kleinen Tuk Tuk, das wendig, zielstrebig und ohne jeden Luxus seinen Weg sucht.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie wissen aber schon, dass diese Fahrzeuge ziemliche Dreckschleudern sind? – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Die anderen Ministerien sind da eher große Busse. Ich bin sehr froh, dass die Lenkerin dieses Fahrzeugs eine so kluge und vorausdenkende ist. Denn das, was Sie, lieber Herr Kollege Lasotta, dazu beigetragen haben – das haben Sie soeben wieder bewiesen –, bestand hauptsächlich nur aus einer dauernd lärmenden Hupe, die zwar viel Aufmerksamkeit erhält, aber nichts zur Lösung der Probleme beiträgt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schwacher Applaus bei der SPD!)

Sie reisen durch das Land und beklagen, dass wir zu wenig Geld für Integration hätten. Ich habe hier den entsprechenden Zeitungsartikel.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Pforzheim oder Mannheim?)

Ich frage mich nur, wo nach Ihren Äußerungen draußen auf der Straße die entsprechenden Anträge von Ihnen zu finden sind.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das hat er doch ganz deutlich gesagt!)

So sind wir trotz aller Widerstände in Baden-Württemberg bei dem Thema Integration auf dem richtigen Weg.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wohin?)

Es ist völlig absurd, einen Antrag zu stellen, dieses Ministerium wieder abzuschaffen. Das zeigt nur, was wir auch vorher schon wussten, nämlich dass Sie die Realitäten nicht erkennen können oder nicht erkennen wollen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Eine der ersten Amtshandlungen von Frau Ministerin Öney war die Abschaffung des Gesprächsleitfadens für einbüрге-

(Rosa Grünstein)

rungswillige Migrantinnen und Migranten, des sogenannten Gesinnungstests, der schon bei der Einführung durch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, lediglich einen exklusiven und symbolischen Charakter hatte. Stattdessen ist es unser langfristiges Ziel, die Integration von Migrantinnen und Migranten in Baden-Württemberg tatsächlich und konkret zu verbessern. Nicht für alles, was bisher getan wurde, hat man Geld gebraucht. Bei manchen Dingen war einfach nur guter Wille Voraussetzung. Den haben Sie bisher vermissen lassen.

Deshalb fördert das Integrationsministerium die Integration in Baden-Württemberg durch ganz konkrete Projekte mit einem Betrag von über 5 Millionen €. Hierzu gehören beispielsweise die Projekte SIBEL und YASEMIN. Hinzugekommen ist in diesem Haushaltsjahr z. B. die Förderung des Projekts „Integra“ in Pforzheim. Dieses Projekt richtet sich speziell an Mütter mit Migrationshintergrund, die aufgrund sprachlicher Defizite Hemmschwellen und Schwierigkeiten haben, sich in den Schulalltag ihrer Kinder einzubringen und diesen mitzugestalten. Hintergrund ist auch der verstärkte Zuzug von Jesiden nach Pforzheim mit einer Konzentration von sozialen Spannungen. Wir werden in den kommenden beiden Haushaltsjahren das Projekt „Integra“, dessen Schwerpunkt auf der Vermittlung von Sprach- und Lernkompetenz liegt, mit je 100 000 € fördern.

Auch die Informations- und Anlaufstellen für Zuwanderer aus Osteuropa in Mannheim und in Freiburg werden in den kommenden beiden Jahren mit einer Fördersumme von 100 000 € gesondert vom Land unterstützt.

Der Mannheimer Stadtteil Jungbusch ist ohnehin schon durch einen großen Migrantenanteil geprägt. Zurzeit kommen ungefähr 200 neue Armutsflüchtlinge pro Monat allein nach Mannheim. Da findet durch die Stadt Mannheim gemeinsam mit den freien Initiativen auch eine gute Integrationsarbeit statt. Mein Arbeitskreis war einen ganzen Tag lang vor Ort, um zu lernen und um mit Betroffenen zu reden.

Hinzugekommen ist dann aber eine ganz gezielte Zuwanderung aus Südosteuropa, die im Rahmen der EU-Freizügigkeit zunächst einmal völlig legal ist. Diese Zuwanderer haben aber zumeist weder Perspektiven auf Integration in den Arbeitsmarkt, noch sind sie berechtigt, Sozialleistungen zu beziehen. Das führt dazu, dass Schwarzarbeit und Betteln, aber auch Diebstahl, Betrug und Prostitution als Einnahmequellen das Überleben sichern. Auch da müssen wir helfen.

Die Stadt Mannheim engagiert sich da außerordentlich stark. Die Informations- und Anlaufstelle für Zuwanderer aus Osteuropa ist ein Projekt mit dem Ziel, das gute Zusammenleben sowie den sozialen Zusammenhalt von neu zugezogenen Migranten und Alteingesessenen im Quartier Jungbusch zu sichern, die Kontaktaufnahme mit den Zuwanderern zu erleichtern und deren Einbindung in das Stadtleben zu befördern. Wir wollen und können die Stadt Mannheim mit diesen Problemen nicht alleinlassen.

Ähnliches gilt selbstverständlich auch für Freiburg.

Für das Projekt „JuWelt – Gewaltprävention unter jungen Drittstaatsangehörigen“ werden wir 50 000 € bereitstellen. Dieses Projekt hat die Aufgabe, neu zugewanderten Jugendlichen Perspektiven dafür aufzuzeigen, sich sinnvoll und integrativ in die neue Gesellschaft einzubringen.

Außerdem werden wir erstmals eine Förderung für die soziale Erstberatung in der zentralen Landesaufnahmestelle Karlsruhe in Höhe von 260 000 € in den Landeshaushalt aufnehmen. Mit dieser Beratung wird sichergestellt, dass besonders schutzbedürftige Personen unter den neu ankommenden Flüchtlingen erkannt werden. Ziel ist, diese Flüchtlinge – insbesondere auch Kinder, Behinderte oder Traumatisierte – in die Lage zu versetzen, die komplexen und schwierigen Abläufe des Asylverfahrens zu verstehen, damit sie möglichst selbstverantwortlich handeln und entscheiden können. Das entspricht nicht nur dem, was die in der Flüchtlingsarbeit engagierten Verbände seit Langem fordern, sondern auch dem, was derzeit zur Weiterentwicklung der europäischen Richtlinien zur Feststellung von Normen für die Aufnahme von Asylbewerbern innerhalb des Pakets „Gemeinsames europäisches Asylsystem“ diskutiert wird.

Den größten Posten im Haushalt des Integrationsministeriums macht, wie schon im Vorjahr, die pauschale Ausgabenerstattung für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen an die Kommunen aus. Der Ansatz in diesem Haushaltstitel wird von knapp 59 Millionen € im Jahr 2012 auf 75 Millionen € im Jahr 2013 und 81 Millionen € im Jahr 2014 erhöht. Es ist nicht so, lieber Herr Kollege Dr. Lasotta, dass wir die Kommunen im Regen stehen lassen würden.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Warten wir es einmal ab! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wenn, dann war das euer Regen!)

Ebenso steigt der Bedarf für die Landesaufnahmestelle Karlsruhe auf etwa fünfeinhalb Millionen Euro. Das hat folgende Gründe: Erstens steigen die Flüchtlingszahlen. Die niedrigste Asylbewerberzahl lag bei 1 600 im Jahr 2007. In den Neunzigerjahren hatten wir weitaus mehr Flüchtlinge zu verzeichnen als beispielsweise jetzt. Im Jahr 2011 haben wir gut 5 000 Asylbewerber aufgenommen. Im Moment steigt deren Zahl, aber es ist, wie Kollege Lede Abal schon angemerkt hat, wahrscheinlich, dass sich dies im nächsten Jahr wieder reduzieren wird.

Die Herkunftsländer sind hauptsächlich Serbien, Mazedonien, Syrien, Afghanistan sowie Bosnien und Herzegowina. Es ist wahrscheinlich, dass im nächsten Jahr weniger Flüchtlinge kommen; aber garantieren kann das natürlich niemand.

Zweitens: Das Bundesverfassungsgericht hat im Juli 2012 zum Asylbewerberleistungsgesetz geurteilt, dass auch Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährt werden muss und dass ihnen dies zusteht. Das Existenzminimum sollte realitätsnah und nachvollziehbar berechnet werden. Die Höhe dieser Geldleistungen ist evident unzureichend, weil sie seit 1993 trotz erheblicher Preissteigerungen in Deutschland nie verändert worden ist. Nun sind dringend Anpassungen nötig, die auch den Landeshaushalt belasten. Denn die Höhe der Leistungen, die das Existenzminimum sichern, darf nicht zur Abschreckung dienen. In der Sprache des Bundesverfassungsgerichts heißt das:

Die ... Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.

Ich möchte die Person in diesem Saal hier sehen, die da nicht zustimmen würde.

(Rosa Grünstein)

Drittens: Grund für die Erhöhung der pauschalen Ausgabenerstattung für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen an die Kommunen ist die Tatsache, dass wir die Unterbringungssituation der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern werden. Wir tragen in Bezug auf die Standards die rote Laterne in ganz Deutschland, ein unwürdiger Zustand für ein Land wie Baden-Württemberg. Das wollen wir ändern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Qualität und auch die Größe der Räumlichkeiten müssen verbessert werden. Dafür wollen wir zeitnah das Flüchtlingsaufnahmegesetz überarbeiten. Mit den Kommunen sprechen wir gerade über Übergangsregelungen hinsichtlich der Quadratmeterzahl pro Flüchtling in den Unterküften. Was wir als Antwort bekommen, ist zumeist sehr positiv. Was die Kommunen brauchen, ist Klarheit und Sicherheit. Die werden wir ihnen geben.

Des Weiteren werden wir die Arbeit des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg mit 50 000 € sowie die Arbeit der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – das hat Kollege Lede Abal auch schon gesagt – unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles in allem sehe ich nur Gründe, diesem Haushalt zuzustimmen. Genau dafür werbe ich. Ihren Antrag – das werden Sie sicher verstehen – lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, lieber Kollege Lasotta: Als Sie vorhin den Vorschlag machten, dass man doch die Ministerin als Staatssekretärin im Innenministerium etablieren könnte, war Herr Gall leider nicht da. Ich hätte sein Gesicht zu gern gesehen.

Der werte Herr Schmiedel, der jetzt leider nicht da ist, hat uns, der Opposition, heute Morgen vorgeworfen, wir würden unserem Geschäft nicht gescheit nachkommen, wir würden keine Einsparvorschläge bringen. Jetzt kommen Einsparvorschläge, und er will sie ganz offensichtlich nicht hören. Er ist irgendwo anders.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was für Einsparvorschläge? Wie hoch ist der Betrag? – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wie viel?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt zum Einzelplan 15. Wir haben es offensichtlich mit einem kleinen Haushaltsplan zu tun. Der Haushalt umfasst im Jahr 2013 91 Millionen €, im Jahr 2014 97 Millionen €. Der größte Posten – das fällt schon einmal auf – betrifft kein Integrationsthema.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Der größte Posten betrifft die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen. Er umfasst im Jahr 2013 rund 80 Millionen €, im Jahr 2014 ungefähr 86 Millionen €.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das kann man schon als Integrationsaufgabe verstehen!)

– Nein, eben nicht als Integration. Denn bei Flüchtlingen ist eben nicht das Moment da, dass sie hierbleiben werden. Ganz im Gegensatz dazu übrigens, Herr Lede Abal, ist der Bereich Aussiedler – völlig irrational – noch im Innenministerium und somit auch im Haushalt des Innenministeriums angesiedelt. Dafür gibt es gar keinen Grund.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber zurück zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen. Wir sehen da steigende Kosten. Das hängt zum einen damit zusammen, dass wir mehr Flüchtlinge erwarten – das wurde bereits ausgeführt;

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Machen Sie doch die Grenze dicht!)

das führt zu mehr Aufwendungen. Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts spielt mit Sicherheit ebenso eine Rolle wie die Verbesserung der Lebensumstände, dass man nämlich sagt: Man möchte pro Person nicht diese 5 m²,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

sondern eben 5,5 m² zur Verfügung stellen und später, im Jahr 2014, auf 6 m² gehen. Es handelt sich hierbei entweder um die Erfüllung von Pflichtaufgaben oder um die Verbesserung der Lebensumstände. Dies möchten wir aus unserer Sicht nicht kritisieren.

Was wir aber sehr wohl kritisieren, Herr Lede Abal, ist das, was Sie vorhin so gelobt haben. Dieser gestaffelte Anstieg über 5,5 m² auf 6 m²

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wollen Sie gleich 8 m²? – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist ein Rechenmodell!)

bedeutet durchaus Probleme für die Kommunen. Was soll denn jetzt eine Kommune tun, die sich bereits im Jahr 2013 auf 6 m² pro Person einrichtet? Sie muss es ja ab 2014 ohnehin tun. Bleibt sie in der Zwischenzeit auf den Kosten sitzen, oder wie läuft das?

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, wenn wir einmal über die Quadratmeterzahl pro Flüchtling sprechen: Es waren vor allem rote Abgeordnete, die einst irgendwelche utopischen Forderungen zwischen 7,5 m² und 9 m² hatten.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Utopisch?)

Manche Aussage scheint sich wohl doch als schlechte Wahlkampfpolitik herausgestellt zu haben. Im besten Fall war es Naivität, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Boden der Realität ist manches Mal offensichtlich ein ganz schön harter.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

(Andreas Glück)

Jetzt kommen wir einmal zu dem Bereich Integration. Ca. 5 Millionen € werden für Projektaufgaben ausgegeben – Kapitel 1503 Titelgruppe 70: Maßnahmen und Projekte zur Integration.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Nur gut 5 % des Integrationshaushalts werden für Aufgaben der Integration eingesetzt. Förderrichtlinien für diese 5 Millionen € müssen erst noch erarbeitet werden. Das macht es völlig lächerlich, dass jetzt noch mehr Mittel beantragt werden, wenn noch nicht einmal Förderrichtlinien für diese 5 Millionen € bestehen. Ich sage Ihnen: 5 % der Mittel für Integration, das straft doch den Namen Lügen. Das kann man nicht anders formulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir standen diesem neuen Integrationsministerium von Anfang an sehr kritisch gegenüber. Wir haben uns die Frage gestellt, ob die Querschnittsaufgabe Integration durch ein eigenes Ministerium richtig angegangen werden kann. In einem Punkt gab uns die Ministerin einst selbst recht. Ich möchte das, wenn ich darf, gern zitieren. Frau Ministerin Öney sagte laut „Frankfurter Rundschau“ vom 25. August 2011:

Hätten die mich gefragt, hätte ich von einem Integrationsministerium abgeraten – und es als Querschnittsaufgabe im Staatsministerium angeordnet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! Genau das ist richtig! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber ehrlich ist sie!)

Was ist jetzt passiert? Die Ministerin gab uns einst selbst recht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wir hatten diese Bedenken auch. Wir haben abgewartet, um dieser neuen Struktur eine Chance zu geben. Wir konnten viel beobachten. Es gab immer wiederkehrende Personalquerelen im Ministerium, nicht mit dem StaMi abgesprochene Reisen. Auf dem sicherheitspolitischen Parkett war die Ministerin offensichtlich nicht ganz standfest. Das Stichwort „Tiefer Staat“ wurde bereits genannt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Aussage mit Herrn Gall abgesprochen war. Ganz im Gegenteil: Ich glaube, es wird ihn eher geärgert haben. Ein angeblich wegweisender Elfpunkteplan hat sich dann später als „Nihilitis“ entpuppt, und zumindest missverständliche Aussagen haben gewisse Migrantengruppen, u. a. die Aleviten, verwirrt.

Das Ministerium, das eine Querschnittsaufgabe wahrnehmen und somit gut zwischen den Häusern koordinieren soll, hält von Koordination offensichtlich gar nichts. Den besten Beweis, dass die Struktur eines Ministeriums für das Thema Integration nicht geeignet ist, gibt uns wiederum das Ministerium selbst. Zum 1. Oktober wurde die Zentralstelle abgeschafft. Die Stelle, die die Koordination zwischen den Häusern und innerhalb des Hauses übernimmt, scheint also entbehrlich zu sein. Da stellt sich doch die Frage: Gibt es dort ei-

gentlich irgendetwas, was man koordinieren müsste, wenn man einfach die Z-Stelle abschaffen kann?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist alles falsch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann wird uns das Liedchen der Verschlankung gesungen und damit die Abschaffung der Z-Stelle schmackhaft zu machen versucht. Dabei besitzen Sie die Frechheit, eine B-3-Stelle nicht einmal aus dem Haushalt herauszustreichen. Nicht einmal das machen Sie.

Können wir, die FDP/DVP-Fraktion, diesem Haushalt zustimmen? Nein, das können wir nicht. Ich stelle hier die Frage – und zwar schlicht und einfach, weil das Ministerium zum Thema Integration zu wenig bringt; ich möchte jetzt nur ein paar Punkte ansprechen –: Frau Ministerin, wo bleiben Ihre Ansätze z. B. im Bereich der Schulstrukturen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Was tun Sie dafür, dass Migranten z. B. in der Schule besser dran sind? Wo sind Ihre Koordinierungen?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Gemeinschaftsschule!)

Das Einzige, was Sie machen, ist: Sie killen das berufliche Gymnasium. Die Landesregierung tut das, nicht Sie persönlich, Frau Ministerin Öney. Dabei müsste Ihnen als Integrationsministerin doch klar sein, dass in einem beruflichen Gymnasium der Anteil der Migranten doppelt so hoch ist wie in einem allgemeinbildenden Gymnasium. Da können Sie doch diese Struktur nicht einfach zerstören. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wo sind Ihre Ansätze – gegebenenfalls gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister, der leider auch nicht da ist –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wann ist der überhaupt da?)

um Fachkräfte anzuwerben? Wo sind innovative Ansätze der Integration, die es nicht schon vorher gab?

Herr Lede Abal, man muss ganz ehrlich sagen: Wenn Sie jetzt mit solchen Geschichten wie Zwangsheirat kommen

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal und Abg. Thomas Poreski GRÜNE unterhalten sich.)

– jetzt hört er nicht einmal zu –,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich höre zu!)

dann ist das ein alter Hut. Wenn die Bekämpfung der Zwangsheirat einen Namen in diesem Haus hat, dann ist das der Name Professor Goll. Er hat sich für dieses Thema sehr stark gemacht, und nicht Sie.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Andreas Glück)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema Integration ist uns, der FDP/DVP-Fraktion, sehr, sehr wichtig. Das hängt zum einen mit dem Freiheitsbewusstsein zusammen, das wir haben. Das hängt zum anderen damit zusammen, dass man an der Zuwanderung auch ein wirtschaftliches Interesse haben muss. Wir haben unser großes Interesse an Integration gezeigt, als Professor Goll dafür zuständig war.

Sie von der Landesregierung haben jetzt das Recht, es so zu managen, wie Sie wollen. Sie haben auch das Recht auf ein eigenes Integrationsministerium.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Auf eigene Fehler auch!)

Aber dann müssen Sie sich gefallen lassen, dass Sie mit Ihrem Ministerium am Erfolg gemessen werden. Dann müssen neue Dinge kommen und kann es nicht sein, dass man immer nur argumentiert: „Das habt ihr doch früher auch schon gemacht. So schlecht war es dann vielleicht gar nicht.“ Sie müssen Neues bringen, wenn Sie eine neue Struktur, eine teure Struktur haben wollen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wollen Sie sagen, dass alles schlecht war, was Sie gemacht haben?)

Als reines Symbol kostet ein Ministerium einfach zu viel Steuergeld.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Das ist ganz klar.

Sehr geehrte Frau Kollegin Grünstein, dieses Bild, dass der Weg des Ministeriums der Fahrt mit einem umherirrenden Tuk Tuk entspricht, gefällt mir sehr. Das lasse ich einfach einmal im Raum stehen.

(Zuruf der Abg. Rosa Grünstein SPD)

Ich hätte es sonst vielleicht anders ausgedrückt.

Beim Thema Integration verschenken Sie den gleichen Inhalt. Sie haben lediglich die Paketgröße verändert.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr schön!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort der Frau Ministerin für Integration Öney.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle maßgeblichen – ich betone: alle maßgeblichen – politischen und gesellschaftlichen Kräfte sind sich einig: Integration ist und bleibt eine wichtige Zukunftsaufgabe. Dazu gibt es keine Alternative.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Beifall im ganzen Haus! – Gegenruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Dass ich das heute noch erleben darf!)

Denn ohne Integration gibt es kein gerechtes Baden-Württemberg. Ohne Integration gibt es kein solidarisches Baden-Württemberg. Ohne Integration gibt es kein weltoffenes und kein ökonomisch starkes Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ein solcher Beifall darf aber nicht einreißen!)

Deshalb müssen wir die Potenziale unserer Migranten nutzen, müssen wir den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Damit erhalten wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und bringen es weiter voran.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: So weitermachen!)

Es geht um gleichberechtigte staatsbürgerliche, soziale und kulturelle Teilhabe. Es geht um Chancengerechtigkeit. Es geht um Fairness. Es geht um Akzeptanz und gegenseitigen Respekt.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Die Rede hätte von uns sein können!)

Aber es geht auch um die Identifikation der Migranten mit den Werten und Normen unserer Verfassung und Rechtsordnung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Schließlich geht es um eine menschenwürdige Flüchtlings- und Asylpolitik. Mit Blick auf unseren Haushalt will ich damit beginnen.

Ich will mit denjenigen beginnen, die einen besonders schweren Stand in unserem Land haben. Asylbewerber und Flüchtlinge verursachen in den Augen vieler vor allem Kosten. Selbstverständlich muss es das Ziel sein, Fluchtursachen zu bekämpfen, damit die Menschen in ihren Ländern bleiben können und nicht fliehen müssen.

Das Grundgesetz verpflichtet uns aber, politisch Verfolgte Asyl zu gewähren und sie menschenwürdig zu behandeln. Dazu sind wir – wie übrigens alle anderen Bundesländer auch – verpflichtet.

Nun fanden wir eine Lage vor, die vom Abschreckungsgedanken geprägt war. Verbesserungen der Standards waren und sind unbedingt erforderlich. Mit vorläufigen Regelungen haben wir bereits in diesem Jahr die Aufenthaltsbedingungen und die Unterbringung verbessert. Das kostet natürlich Geld. Deshalb sind im Doppelhaushalt zusätzliche Mittel vorgesehen.

Die Diskussion fokussiert sich im Moment sehr auf die Wohn- und Schlaffläche der Flüchtlinge. Es wurde schon gesagt: Bislang stehen jedem Asylsuchenden nur 4,5 m² Lebensraum zu. Das ist bundesweit ein Negativrekord. Wir streben eine stufenweise Anhebung an. Genaue Festlegungen dafür werden wir in einem novellierten Flüchtlingsaufnahmegesetz treffen. Das gilt auch für weitere Lockerungen, z. B. beim Sachleis-

(Ministerin Bilkay Öney)

tungsprinzip. Die Verhandlungen mit der kommunalen Seite führen wir bereits. Im Frühjahr werden wir den Entwurf in den Landtag einbringen.

Die Diskussionen über bessere Standards finden zu einem Zeitpunkt statt, der vielen ungelegen kommt. Im Moment haben wir es mit stark steigenden Flüchtlingszahlen zu tun, insbesondere aus den Ländern des westlichen Balkans. Im Jahr 2011 hatten wir mit 5 262 Asylsuchenden noch ein recht niedriges Niveau. Im Dezember sind wir für das Jahr 2012 bereits bei etwa 7 500 Asylbewerbern.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Der hohe und schnelle Anstieg der Zahl stellt das Land, aber auch die Kreise und Gemeinden vor schwierige Herausforderungen. Bisher haben wir es geschafft, jedem Flüchtling eine Unterkunft anzubieten. Wir haben das auch deshalb geschafft, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen, aber auch in der Landesaufnahmeeinrichtung in Karlsruhe zusätzliche Belastungen auf sich genommen haben. Deshalb gilt ihnen mein persönlicher und herzlicher Dank.

Die gestiegene Zahl der Zugänge hat zwangsläufig Auswirkungen auf den entsprechenden Haushaltsansatz. Zudem müssen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli dieses Jahres zum Asylbewerberleistungsgesetz umsetzen. Das führt zu einer deutlichen Anhebung der Leistungen. Bei diesen Mehrkosten streben wir natürlich einen fairen Ausgleich zugunsten der Stadt- und Landkreise – möglichst noch im Vorfeld der Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes – an.

Zwei Dinge dürfen wir nicht miteinander verwechseln: Neben den Asylbewerberzugängen haben wir auch hohe Migrationsbewegungen innerhalb der EU. Wir alle kennen die Berichte über die Zuzüge aus Bulgarien und Rumänien. Da es sich hierbei aber um Bürger der EU handelt, werden diese, anders als die Asylbewerber, nicht auf die Bundesländer und innerhalb eines Landes verteilt. Deshalb konzentrieren sich die Zuzüge im Wesentlichen auf 15 bis 20 Großstädte, beispielsweise Mannheim.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Welch ein Zufall!)

Wir werden diese Stadt natürlich unterstützen, genauso wie wir Pforzheim unterstützen werden. Alle Gemeinden, die besondere Belastungen haben und schultern müssen, werden wir besonders fördern.

Aber die Probleme sind vielschichtig. Wir können sie nicht nur auf Landesebene und nicht nur im Integrationsministerium allein lösen. Die Probleme müssen vom Bund und vor allem auf EU-Ebene angegangen werden. Es geht nämlich darum, die Fluchtursachen zu bekämpfen, damit die Menschen keinen Grund zur Flucht haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig! Da stimmen wir zu!)

Meine Damen und Herren, ich habe Problembereiche aufgezeigt. Die Probleme müssen wir sehen, damit wir sie lösen können. Sie dürfen uns aber nicht die Sicht auf die Potenziale der Migranten verstellen, die wir bei einem Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung von 26 % noch besser erschließen müssen.

Dies gilt z. B. für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Interessierte fragen zu Recht, wo das Landesanererkennungsgesetz bleibt. Mein Haus hat einen Entwurf dazu erarbeitet. Ich habe ihn dabei. Er wird gerade mit den anderen Ressorts abgestimmt. Diese Abstimmung ist aufwendig, weil es nicht nur um das eigentliche Anerkennungsgesetz geht, sondern weil es in weiteren Artikeln auch um Änderungen von Fachgesetzen geht, z. B. um Änderungen des Landesbeamtengesetzes, des Ingenieurgesetzes, des Architektengesetzes oder des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Außerdem ist derzeit noch die Kultusministerkonferenz mit der Frage befasst, in welchem Umfang und im Hinblick auf welche Berufe die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen zentral – also bundesweit – für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen zuständig werden soll. Das wird natürlich auch Auswirkungen auf die Zuständigkeitsregelungen nach dem Landesanererkennungsgesetz haben.

Andere Länder haben die Beratung bereits abgeschlossen. Es kann aber sein, dass diese dann Nachbesserungen in ihren Gesetzen vornehmen müssen. Dafür ist es uns gelungen, eine flächendeckende Struktur für die Erstberatung auf die Beine zu stellen. Wir haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Migrationsberatungsstellen geschult, damit sie eine erste wegweisende Beratung durchführen können.

Neben den vom Bund geförderten Kompetenzzentren in Mannheim und Stuttgart haben wir zwei weitere, eines in Ulm und eines in Freiburg, eingerichtet. Das Kompetenzzentrum in Stuttgart wird personell verstärkt. Somit haben wir in allen vier Regierungspräsidien Kompetenzeinrichtungen, die die Arbeit der Migrationsberatungsdienste vor Ort unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, das Land und die Kommunen arbeiten auch bei der Integrationsförderung von Zuwanderern eng zusammen. Herr Dr. Lasotta, Integration findet vor allem vor Ort statt. Wir wollen deshalb auch in den Haushaltsjahren 2013/2014 den Stadt- und Landkreisen 2 Millionen € für eine zielgerichtete kommunale Integrationsarbeit zur Verfügung stellen. Damit knüpfen wir an die Erhöhung des Fördervolumens für das Jahr 2012 an.

Land und Kommunen finanzieren die Integrationsprojekte bisher je zur Hälfte. An diesem Modell wollen wir festhalten. Mit der Erhöhung des Fördervolumens im Jahr 2012 haben wir verbindliche Integrationssschwerpunkte vorgegeben. Damit bringen wir die integrationspolitischen Ziele des Landes in die Fläche.

Wir brauchen aber auch Strukturverbesserungen – auch das wurde angesprochen –, um Integrationsarbeit noch wirkungsvoller und nachhaltiger gestalten zu können. Deshalb werden wir ein Förderprogramm zur Stärkung der kommunalen Strukturen im Integrationsbereich starten. Es geht um zentrale Ansprechpartner auf Kreisebene, um die Erstellung und Fortschreibung von Integrationskonzepten und um die Vernetzung der Akteure vor Ort.

Meine Damen und Herren, 88 % der Baden-Württemberger sind der Ansicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. In Einwanderungsländern ist es normal, dass Menschen,

(Ministerin Bilkay Öney)

die einwandern, von Anfang an eine langfristige Perspektive bekommen – auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung.

Ein zentrales Element einer langfristigen Perspektive ist die Möglichkeit des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Einbürgerungen so stark angestiegen wie zuletzt 1995. Gegenüber 2010 nahm sie um 11 % zu. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Das ist aber auch das Ergebnis der von mir liberalisierten Einbürgerungspraxis im Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Muhterem Aras GRÜNE zu CDU und FDP/
DVP: Wo ist Ihr Applaus?)

Nur ein Beispiel: Wer als Ausländer hier erfolgreich studiert hat, dem wird diese Zeit endlich auf die Einbürgerung angerechnet. Wir sind uns darin einig, dass wir gerade die jungen und hoch qualifizierten Menschen brauchen und nicht verlieren dürfen. Wir brauchen sie hier in unserem Land, in dem es einen eklatanten Fachkräftemangel gibt.

Wenn Zuwanderer die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, dann sollte die Einbürgerung die Regel und nicht die Ausnahme sein. Einbürgerung ist auch nicht krönender Abschluss, sondern ein wichtiger Schritt im Integrationsprozess. Denn von der Einbürgerung selbst gehen Integrationsimpulse aus. Das haben viele Studien bewiesen. Auch deshalb werben wir dafür. Auf unseren Ideenwettbewerb folgt nun eine Einbürgerungskampagne.

Meine Damen und Herren, wir sind weltoffen und wollen weltoffen sein. Aber wir wollen und können es nicht dulden, wenn Zuwanderer gegen Recht und Gesetz verstoßen. Auch in dieser Frage sprechen Landesregierung und Bevölkerung dieselbe Sprache. Deshalb sage ich klar und deutlich – Herr Goll hat es natürlich auch gesagt –: Zwangsverheiratung ist eine Straftat, eine eklatante Menschenrechtsverletzung, die massiv in das Leben der Opfer eingreift.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Zum Kampf gegen Zwangsverheiratung gehört in erster Linie Prävention. Wir müssen potenziell Bedrohte sensibilisieren, und wir müssen die Helferinnen und Helfer mobilisieren. Deshalb machen wir zusammen mit Terre des Femmes, aber auch mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen Workshops für die Personen, die als Anlaufstelle fungieren. Wir fördern auch das Beratungsangebot von SIBEL, und wir finanzieren die mobile Beratungsstelle YASEMIN, die ihre Konzeption in enger Zusammenarbeit mit meinem Haus erarbeitet und erweitert hat.

Meine Damen und Herren, Integrationspolitik kann und muss an vielen Stellen ansetzen, auch bei der Bildung. Auch das wurde schon gesagt. Ohne Sprachkenntnisse, Bildung und Berufsabschlüsse ist Integration erheblich erschwert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg.
Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Unser Ziel ist es, jedem Kind die gleichen Startchancen zu eröffnen. Eltern kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sie sind nämlich Vorbild und Richtungsgeber. Daher arbeiten wir mit der Robert Bosch Stiftung und der Breuninger Stiftung im

Projekt „Netzwerke für Bildungspartner e. V.“ weiter zusammen. Wir haben das Projekt neu ausgerichtet und über das ursprünglich vorgesehene Ende hinaus verlängert.

Meine Damen und Herren, die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung ist in unserem Koalitionsvertrag als ein wichtiges integrationspolitisches Ziel verankert. Es geht um eine Verwaltungskultur, die auf den Alltag einer kulturell vielfältigen Gesellschaft ausgerichtet ist. Nur 10 % der Landesbediensteten in der öffentlichen Verwaltung haben einen sogenannten Migrationshintergrund. Wir wollen nicht nur den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen, sondern auch die interkulturelle Kompetenz stärken – in den Verwaltungen, bei der Polizei, aber auch auf der Ebene der Vereine und Verbände. Wir wollen möglichst vielen Beschäftigten des Landes die Gelegenheit geben, an Informationsveranstaltungen zur interkulturellen Öffnung und Kompetenz teilzunehmen.

Meine Damen und Herren, eine große Hürde für nachhaltige Integration ist leider Diskriminierung. Sie behindert Integration, obwohl die Voraussetzungen aufseiten der Zuwanderer vorliegen und auch der Wille zur Integration vorhanden ist.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aus dem Jahr 2006 ist vielen nicht bekannt. Wir möchten betroffene Migranten stärker über ihre Rechte informieren. Viele wissen sich nicht zu wehren.

Wir möchten aber auch die Bevölkerung für dieses Thema sensibilisieren. Wir sind gerade dabei, ein Konzept zur Zusammenarbeit und Vernetzung der Beratungsstellen zu erarbeiten. Wir fördern das bundesweit aktive Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, aber auch das niedrigschwellige Theaterprojekt „INSTANT ACTS gegen Gewalt und Rassismus“.

Ein Paradoxon müssen wir auch beseitigen. Auf der einen Seite klagen wir über Fachkräftemangel, auf der anderen Seite haben Menschen mit einem fremd klingenden Namen weniger Chancen, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden. Das belegen Studien. Das ist paradox.

Deshalb haben wir ein Modellprojekt zu anonymisierten Bewerbungsverfahren gestartet. Gemeinsam mit Unternehmen und Behörden wollen wir herausfinden, ob anonymisierte Bewerbungsverfahren einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit leisten können. Natürlich kann man es auch direkt machen und es sich von Anfang an vornehmen. Deswegen ist das auch freiwillig und keine Pflicht.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, haben wir die Integrationspolitik des Landes auf eine neue Grundlage gestellt. Vieles konnten wir bereits erreichen. Vieles wurde schon genannt, aber es gibt auch noch viel zu tun.

Wir sind auf dem Weg, ein echtes Integrationsland zu werden. Wir werden die Arbeit im Dialog mit unseren Partnern in den Kommunen, den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, der Wirtschaft und den Gewerkschaften vorantreiben.

Ich lade Sie dazu ein, mitzumachen, und ich danke allen, die sich konstruktiv eingebracht haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt geht er auch noch einmal raus! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ach, jetzt wird es schwer!)

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nein, Herr Rüeck. Ich wollte vor allem noch einmal Irrtümer ausräumen, die hier durch die Gegend geistern, die bei Ihnen, lieber Herr Lasotta, aber auch bei Ihnen, Herr Glück, vorhanden sind.

Noch einmal eine Erläuterung zu den Ersatzleistungen für die Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen. Das, was Sie erwähnen, eine stufenweise Erhöhung in den nächsten Jahren, ist ein Rechenmodell, wie wir die Geldbeträge, die an die Kommunen ausgezahlt werden, stufenweise erhöhen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Die wollen eine Spitzabrechnung!)

Das ist keine Festlegung, wonach pro Jahr eine andere Quadratmeterzahl gilt. Vielmehr ist das ein reines Rechenmodell, das auch mit den kommunalen Landesverbänden besprochen ist.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Die wollen eine Spitzabrechnung! Das ist genau der Konflikt!)

– Ja, die wollen eine Spitzabrechnung. Aber die haben sie bei Ihnen auch schon verlangt. Ich kann mich erinnern, wie die Antwort bei Ihnen damals ausgefallen ist, Herr Lasotta.

Der andere Irrtum, der hier grassiert – das gilt Ihnen, Herr Glück –, ist, dass Flüchtlinge, die hier sind, nicht integriert werden müssen, weil sie ohnehin Flüchtlinge sind und bald wieder gehen. Es ist im Gegenteil so, dass viele Menschen auch dann, wenn ihr Asylverfahren nicht erfolgreich abgeschlossen wird, sondern eine Ablehnung erfolgt, hierbleiben, viele Jahre hierbleiben. Deswegen haben wir Duldungen und Kettenduldungen. Manche Menschen leben hier seit 20 Jahren mit einer Duldung. Wir haben eigentlich keine Lösung für diese Menschen parat, müssen aber endlich anerkennen, dass sie hierbleiben.

Da stelle ich Sie schon einmal vor die Frage: Wie möchten Sie mit diesen Menschen umgehen, wenn sie hierbleiben? Wäre es nicht sinnvoll, schon zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt integrationspolitische Maßnahmen zu ergreifen?

Ich darf Sie daran erinnern, dass diese Landesregierung über den Bundesrat in Bezug auf ein Bleiberecht auch in dieser Richtung tätig geworden ist. Da gab es Gespräche zwischen den Bundesländern. Die sind dann im Nichts versandet. Aber ein von einem parteilosen Minister auf dem Ticket der FDP geführtes Justizministerium in Schleswig-Holstein hat einen eigenen Vorschlag zum Bleiberecht vorgelegt, um endlich eine Lösung für diese Menschen zu bringen, die seit vielen Jahren hier leben, aber nach wie vor keine Perspektive haben, weil das Aufenthaltsrecht dem entgegensteht.

Korrigieren Sie also bitte vielleicht die Aussage, die Sie vorhin getroffen haben, oder nehmen Sie zur Kenntnis, dass hier sehr wohl ein integrationspolitischer Ansatz vonnöten wäre.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Grünstein das Wort.

Abg. Rosa Grünstein SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich weiß, dass der Kollege Glück tuk-tuk-süchtig ist, wenden Sie sich bitte an ihn, wenn Sie wissen wollen, wie umweltfreundlich die Tuk Tuks fahren. Denn er weiß, dass sie sehr umweltfreundlich fahren. Diese Fahrzeuge sind wendig, schnell und ohne jeden Luxus. Der Vergleich, den ich vorhin angestellt habe, war also durchaus richtig.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Und gefährlich!)

– Nur wenn Sie drinsitzen, Herr Kollege.

Im Übrigen gibt es weit über 50 durchgeführte und begonnene Vorhaben, die das Integrationsministerium bereits auf den Weg gebracht hat.

Mich würde noch einmal interessieren, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Lasotta: Wie viel, glauben Sie, würde bei Realisierung Ihres großen Einsparvorschlags wirklich eingespart?

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: 2,5 Millionen € pro Jahr!)

– 2,5 Millionen € pro Jahr? Ich würde sagen, Sie gehen noch einmal rechnen, und dann sprechen wir uns wieder.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr habt doch bloß Angst vor Herrn Gall!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur ganz kurz zwei Punkte. Herr Kollege Lede Abal – Wo ist er denn?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Hier!)

– Aha, auf seinem Platz; wie ungewohnt.

(Heiterkeit)

Ganz aufrichtig: Wir können natürlich darüber diskutieren, ob Flüchtlinge nicht auch unter den Großbegriff Integration fallen können.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann sollten wir dringend anfangen!)

Dann liegt es aber bei Ihnen, dass Sie Aussiedler, die definitiv unter diesen Begriff fallen, mit einbeziehen, sonst ist es absolut inkonsequent. So viel zu diesem Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Das ist beim Innenministerium angesiedelt.

Der zweite Punkt: Frau Ministerin Öney, ich muss Ihnen ein Kompliment aussprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf: Gefährlich!)

(Andreas Glück)

Ich spreche Ihnen ganz im Ernst das Kompliment aus, dass ich 90 % Ihrer Aussagen für richtig halte; ich hätte 90 % Ihrer Aussagen sogar unterschrieben. Aber durch Aussagen wie „Der Himmel ist blau“, „Die Erde ist rund“ oder „Integration ist wichtig“ zeigen Sie mir nicht, dass Sie und das Ministerium genug gebacken bekommen, damit dieses Ministerium eine Daseinsberechtigung hätte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 15 – Ministerium für Integration. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2615.

Den vorliegenden Entschließungsantrag werde ich am Ende der Beratungen des Einzelplans aufrufen und dann zur Abstimmung stellen.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Ziffern 1 bis 3 der Beschlussempfehlung – Kapitel 1501 – Ministerium –, Kapitel 1502 – Allgemeine Bewilligungen – und Kapitel 1503 – Aufnahme und Integration – zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 1501 bis Kapitel 1503

Wer diesen drei Kapiteln zustimmt, möge die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Kapiteln 1501 bis 1503 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2715, abzustimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 15 – Ministerium für Integration.

Ich rufe **Punkt 1 d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 11: Rechnungshof

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2611

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhard Löffler

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für diesen Einzelplan eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Nein.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 11 mit seinen veranschlagten Ausgaben von 21,5 Millionen € im Haushaltsjahr

2013 und 22,5 Millionen € im Haushaltsjahr 2014 ist der kleinste Einzeletat des Landes. Das Ausgabenvolumen entspricht gerade einmal einem Anteil von 0,06 % des Gesamthaushalts des Landes.

Auch wenn die Politik ihre Entscheidungen selbst fällt: Der Rechnungshof ist und bleibt das finanzielle Gewissen von Regierung und Parlament. Was unter Cicero noch schlicht Sparsamkeit hieß, sind heute Controlling, Budgeting, Neue Steuerungsinstrumente, Konsolidierung und Schuldenbremse. In Denkschriften, Beratenden Äußerungen und Sonderberichten, aber auch in Forderungen und Empfehlungen unterstützt der Rechnungshof Regierung, Parlament und Verwaltung, und dies seit 60 Jahren. 60 Jahre Rechnungshof bedeuten auch 60 Jahre Kampf um Kostenbewusstsein in Regierung und Verwaltung, 60 Jahre Kampf für sparsames Wirtschaften und 60 Jahre Kampf, dass die Politik sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler umgehen möge.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Diese 60 Jahre haben dem Land gutgetan,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

auch wenn der Finanzminister bei jeder Haushaltsrede die nepalesische Gebetsmühle von der Erblast der Vorgängerregierung aufs Neue dreht und ganz vergisst, was SPD-geführte Regierungen in gleicher Zeit in anderen Ländern abgeliefert haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Einem SPD-Minister das Sparen beizubringen ist wie Eulen aus Athen zu tragen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber das Problem scheint bei Sozialdemokraten genetisch bedingt zu sein. Denn auch in Baden-Württemberg mangelt es der Regierung an durchschlagenden Konzepten und Ideen, um die Schulden in den Griff zu bekommen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Der ist nicht weiter als Alfred Tetzlaff!)

Trotz Rekordeinnahmen erklimmt das Land neue Rekordschuldenberge. Wie Reinhold Messner auf einem Berg steht der Finanzminister auf dem Schuldengipfel und ruft vom Berg der Opposition zu: „Ich bin der Finanzminister, holt mich hier runter!“

(Heiterkeit)

Der Ministerpräsident unterzeichnete schon hier im Haus den Offenbarungseid, und der Rechnungshof führt gegen beide wie weiland Don Quichotte einen Kampf gegen die Windmühlen, damit die Schuldenbremse endlich in der Verfassung verankert wird.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Kollege, heute ist nicht der 11. 11.! – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

(Dr. Reinhard Löffler)

Passieren wird nichts; da gehe ich jede Wette ein. Im Gegenteil: Die rot-grünen Seilschaften rüsten sich, ohne Sauerstoffgeräte den nächsten Achttausender des nächsten Schuldengipfels zu besteigen.

Die Landesregierung begreift den Haushalt weniger als Verantwortung, sondern mehr als „Tischlein deck dich“. 580 000 € für Energieberatungsunternehmen, damit in Kindergärten und Grundschulen eine Aufklärungskampagne zu Stand-by-Funktionen finanziert wird, 50 000 € für eine Broschüre zur Aufklärung über natürliche Geburten, 50 000 € für eine Kampagne, um Vorurteile gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender abzubauen, Gutscheine für Werbebroschüren in der Kreativindustrie – die Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen. Es summiert sich alles zum Schuldenberg.

Ich hoffe nur, dass der Rechnungshof mit seinen Vorschlägen und Empfehlungen nicht auf Granit beißt und sich nicht die Zähne ausbeißt. Die Erhöhung der Beihilfeansätze in Titel 441 01 lässt darauf schließen. Wie im Märchen „Tischlein deck dich“ rufe ich dem Rechnungshof zu: „Knüppel aus dem Sack!“

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Neel!)

Es wird auch wenig helfen, wenn der Finanzminister im Etat des Einzelplans 06 200 000 € auslobt, um CDs von Steuerdatendieben anzukaufen oder für Fehlerdateien zu bezahlen. Das ist Finanzpolitik wie in Sergio Corbuccis „Django“.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Vor diesem Hintergrund bedauere ich es fast, dass der Rechnungshof den Ministerratsbeschluss zur Kürzung des Sachausgabenlimits vollumfänglich umsetzt. Die sächlichen Verwaltungsausgaben verringern sich hier von 772 700 € im Jahr 2012 auf 755 300 € im Jahr 2013 und steigen erst wieder im Jahr 2014 auf 815 300 €, weil dann eine neue IT-Ausstattung angeschafft werden soll.

Im Personalbereich reduziert sich der Rechnungshof um eine Stelle. Das ist nicht gerade viel, aber verglichen mit den Stellenmehrungen in manchen Ministerien, in denen es Zuwächse wie in Karnickelställen gibt, ein klarer Fingerzeig.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Alle Wirtschaftlichkeitsindikatoren unterstreichen es eindeutig: Unter den Rechnungshöfen aller Flächenländer ist unser Rechnungshof der sparsamste und der effizienteste.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dafür, aber auch für die kritische Begleitung unserer Arbeit dankt Ihnen, Herr Präsident Munding, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meine Fraktion auf das Herzlichste.

Die Haushaltsdisziplin wäre ohne die Ideen und Impulse des Rechnungshofs ein Stück ärmer. Finanzkontrolle und Staatsverschuldung werden die Schicksalsfragen der kommenden Generationen sein. Ohne die offene und sachliche Auseinandersetzung mit Ihrem Haus würde sich das Credo des Finanz-

ministers „Nach mir die Sintflut“ verfestigen. Wir sehen den Rechnungshof als unseren Verbündeten an. Dem Einzelplan 11 stimmen wir daher aus großer Überzeugung zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das wird schwer zu toppen sein! – Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist Limbo! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE fährt das Rednerpult nach unten. – Abg. Volker Schebesta CDU: Bravo! – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So viel gelacht hat Frau Aras noch nie!)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sie wissen nicht, wie viel ich überhaupt lache. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident Munding! Wir sind sehr froh, einen so starken und kompetenten Rechnungshof zu haben, der den Landtag, die Regierung und die Verwaltung unterstützt, auch wenn er nicht immer bequem ist. Denn als Anwalt der Steuerzahler achtet er darauf, dass die Steuergelder zielgerichtet und sparsam eingesetzt werden. Deshalb legt er immer wieder die Finger in die Wunde, kritisiert und macht vor allem auch strukturelle Einsparvorschläge, die dazu führen, dass der Haushalt korrekt und effizient geführt wird.

Investieren, Sanieren, Konsolidieren sind die grün-roten Leitgedanken bei der Aufstellung des Landeshaushalts. Dabei sehen wir große Übereinstimmung mit dem Rechnungshof. Deshalb haben wir bereits in den letzten anderthalb Jahren, seit der Regierungsübernahme, etliche Anregungen des Rechnungshofs aufgenommen. Ich zähle hier nur einige wenige auf: die Weiterentwicklung der IT-Verwaltung, die Verbesserung der Transparenz bei Großprojekten wie der Landesmesse Stuttgart oder die Nutzung der demografischen Rendite auch zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

In seiner Denkschrift 2012 stellt der Rechnungshof ausführlich dar, dass eine Konsolidierung des Landeshaushalts ohne eine Begrenzung der Personalkosten nicht gelingen kann. Wenn man sich die Struktur des Landeshaushalts genauer anschaut, wird das eigentlich jedem klar, auch wenn es der Opposition noch nicht so geht. Der Personalkostenanteil beträgt immerhin 40 %.

Wir stellen uns dieser Herausforderung auch bei starkem Gegenwind und sind dankbar für die Rückendeckung durch den Rechnungshof als Anwalt der Steuerzahler.

Aber es gibt auch noch einige andere wichtige Übereinstimmungen, nämlich bei der Schuldenbremse. Zur Schuldenbremse möchte ich ein Zitat aus der Denkschrift 2012 anführen:

Baden-Württemberg sollte vielmehr die Schuldenbremse – wie andere Länder auch – in die Landesverfassung aufnehmen und ihr damit die gebührende rechtliche und politische Bedeutung verschaffen. Es gibt keinen Grund, dieses Vorhaben weiter aufzuschieben.

(Zuruf von der CDU: Ja, dann macht das!)

(*Muhterem Aras*)

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Oppositionsfraktionen, wir haben versucht, Sie ins Boot zu holen, und bedauern sehr,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Für 2020!)

dass Sie sich dieser Verantwortung bisher entzogen haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Für 2020!)

Das ist schade, denn eine Verfassungsänderung wäre ein starkes Signal für ein schuldenfreies Baden-Württemberg.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nicht 2015!)

Unser haushaltspolitisches Ziel für Baden-Württemberg ist die Nullneuerschuldung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: In welchem Jahrzehnt? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zum Sankt-Nimmerleins-Tag!)

Über die Frage, in welchem Tempo die Nullneuerschuldung erreicht werden kann, haben der Rechnungshof und die Landesregierung mit den Regierungsfraktionen unterschiedliche Meinungen. Das ist auch kein Geheimnis. Aber wir sind uns in der Sache einig, dass wir sparen müssen, und zwar strukturell sparen müssen.

Dazu möchte ich aus der Denkschrift 2010 zitieren:

Die Bewältigung dieser drei Herausforderungen

– der Haushaltskonsolidierung –

setzt eine mehrjährige Strategie voraus. Die Politik darf nicht dabei stehen bleiben, die einzelnen Haushaltsjahre nur punktuell zu betrachten, ... Mit Beginn der neuen Legislaturperiode sollten Haushaltsaufstellung und mittelfristige Finanzplanung mit einer perspektivischen Betrachtung bis 2020 (Erreichen der Schuldengrenze) verknüpft werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das machen wir. Wir möchten nämlich die Deckungslücke von 2,5 Milliarden € schrittweise durch Einsparungen von immerhin 250 Millionen € pro Jahr bis 2019 schließen. Denn einen Kahlschlag können und wollen wir nicht verantworten.

Die grün-rote Landesregierung ist wirklich stark, aber eine jahrzehntelange Verschuldungspolitik der CDU

(Oh-Rufe von der CDU – Unruhe)

lässt sich nicht innerhalb von zwei Jahren einfach ungeschehen machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie machen doch noch weitere Schulden! Der Prozess der Reinwaschung funktioniert nicht! – Abg. Thomas Blenke CDU: Die Platte ist inzwischen so alt, dass man sie auf dem Grammofoon abspielen müsste!)

Wir schätzen die geradlinige, kompetente und unaufgeregte Arbeit des Rechnungshofs sehr. Als Anwalt des Steuerzahlers können Sie uns sowie der Landesverwaltung und der Landes-

regierung ruhig auf die Füße treten, wenn wir bequeme Wege gehen wollen – auch dann, wenn das in den nächsten Jahren sicher nicht schmerzfrei sein wird.

Ich bitte Sie, den Dank und die Wertschätzung auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben. Wir freuen uns auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit. In einem können Sie sicher sein: Bei uns werden Sie, wie Sie sehen, nicht auf Granit beißen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Maier.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident Munding! Zuerst einmal herzlichen Glückwunsch zum 60. Geburtstag des Rechnungshofs. Er ist damit genauso alt wie das Land Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das hat auch etwas miteinander zu tun!)

Sie haben diesen Geburtstag sehr gut gefeiert; Sie haben ein Forum für nachhaltige Finanzpolitik in Karlsruhe veranstaltet – eine hochinteressante und hochkarätig besetzte Veranstaltung. Es hat Spaß gemacht, dabei zu sein und zuzuhören.

Lieber Herr Löffler – Wo sitzt er denn?

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Hier!)

– Jetzt sehe ich ihn. Er sitzt hier vorn. – Herr Löffler, das war eine interessante Rede. Aber heute haben wir den 12. 12. und nicht den 11. 11.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ist das euer Parteitag gewesen, oder was?)

Mit dem Einzelplan 11 – Rechnungshof – liegt uns der kleinste Einzelplan des Staatshaushaltsplanentwurfs für die Jahre 2013/2014 vor. Der Rechnungshof – das haben wir jetzt schon mehrfach gehört – ist sehr günstig; er kostet pro Einwohner lediglich 2 € und ist damit wahrscheinlich der günstigste Rechnungshof aller Flächenländer.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Abgeordnete im Landtag ist noch billiger!)

Es liegen keine Anträge zu diesem Einzelplan vor, sodass ich davon ausgehe, dass die Fraktionen hiermit einverstanden sind. Ich glaube, der Rechnungshof kann von sich auch sagen, dass er sehr effektiv arbeitet und ein sehr effektiver Teil der Landesverwaltung ist. Mithilfe der produktorientierten Informationen könnte man durchaus darstellen, welche Verbesserungen in Euro die Denkschriftbeiträge des Rechnungshofs dem Land bringen – natürlich unter der Voraussetzung, dass diese umgesetzt werden.

Beim Rechnungshof arbeiten 244 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir stimmen den veranschlagten Personalausgaben zu. Dort wird gute Arbeit geleistet. Die Personalausgaben sind leicht gestiegen.

(Klaus Maier)

Wenn wir jetzt das Haushaltsvolumen des Rechnungshofs in Höhe von etwa 21 Millionen € zugrunde legen und einmal gedanklich durchspielen, was es bedeuten würde, wenn wir die Deckung der Haushaltslücke von 2,5 Milliarden € nach dem Rasenmäherprinzip vornähmen – das soll man selbstverständlich nicht tun; ich unterstelle das aber einfach einmal – und die Einsparungen auf alle Einzelpläne verteilen würden, dann müsste der Rechnungshof ca. 6 % seines Haushaltsvolumens einsparen. Das wären 1,3 Millionen €, was etwa 15 Stellen entspricht.

Meine Damen und Herren, ich will an diesem Beispiel nur aufzeigen, wie schwer es wäre, eine Lücke von 2,5 Milliarden € allein durch Sparen zu schließen. Der Abbau von 15 Stellen beim Rechnungshof wäre darüber hinaus auch gar nicht ohne Weiteres möglich, da es sich dabei um Beamte handelt, die nicht entlassen werden können. Wenn diese Beamten in den Ruhestand gehen, sind sie aufgrund ihrer Pensionsansprüche weiterhin Empfänger von Leistungen des Landes. Das wäre also eine sehr schwierige Sache; so etwas ist nicht überall sachgerecht. – Das nur zum Verständnis.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Der Rechnungshof ist trotzdem ein sehr sparsamer Teil der Landesverwaltung. Bei der Durchsicht des Einzelplans 11 fand ich den Titel 811 01 – Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. Da sieht man jetzt die Sparsamkeit. Für das Jahr 2013 sind 300 € für die Ersatzbeschaffung eines Dienstfahrrads angesetzt. Das ist vorbildlich, Herr Munding.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Haben sie auch Helikopter? – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: So viel?)

Für meine Fraktion will ich die Arbeit des Rechnungshofs würdigen, Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermutigen, weiterhin eine so gute Arbeit zu leisten. Sie greifen in Ihren Denkschriften wichtige Themen auf, und Sie sind auch gute und fachkundige Beraterinnen und Berater für uns im Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Die Umsetzung einer Anregung in der Denkschrift 2009 haben wir nun – im Gegensatz zur alten Landesregierung – auf den Weg gebracht, nämlich die IT-Bündelung. Gerade arbeitet eine von Staatssekretär Ingo Rust koordinierte Arbeitsgruppe daran, ein Eckpunktepapier zur Reform der IT-Verwaltung vorzulegen. Durch die Vereinheitlichung der IT in einem Landesbetrieb „IT Baden-Württemberg“ können wir erhebliche Synergieeffekte erreichen und Sach- und Personalkosten einsparen. Experten gehen von einer Einsparsumme von 50 Millionen € aus. Das ist eine tolle Anregung. Wir werden sie umsetzen.

Um jetzt aber nicht nur zu loben: Ich muss auch ganz klar sagen, dass wir manche Anregungen des Rechnungshofs nicht mitgetragen oder sie in den Ausschussberatungen verändert haben. Beispielhaft nenne ich die Studiengebühren und den Stellenabbau. Der Abbau von 3 000 Stellen pro Jahr in den nächsten drei Jahren ist ein harter Brocken, den Sie uns da hingeworfen haben;

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

das wäre eine schwierige Sache. Ich bitte da auch um Verständnis. Hier gilt einfach das Primat der Politik.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Aber wir haben eine ganze Menge alter Denkschriftbeiträge wieder aufleben lassen und sie in der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur auf den Tisch gelegt. Davon werden wir das eine oder andere sicherlich wieder aufgreifen und umsetzen.

Meine Damen und Herren, wir werden den Rechnungshof als wichtigen Begleiter bei der Konsolidierung des Staatshaushalts dringend benötigen, wenn wir darangehen müssen, die riesigen Lücken, die wir auch in den künftigen Haushalten haben werden, zu schließen.

Für die SPD-Fraktion möchte ich Ihre Arbeit würdigen. Ich ermuntere Sie, Herr Munding, und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in Ihren Denkschriften viele Themen aufzugreifen und sich nicht zu scheuen, auch brisante Themen anzusprechen. Die Aufarbeitung des EnBW-Deals kam etwas spät, war aber sehr gut.

Unsere Fraktion hat ein großes Interesse an einer guten und qualifizierten Arbeit des Rechnungshofs. Wir stellen daher gern die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Wir sagen Dank für Ihre gute Arbeit. Richten Sie diesen Dank, lieber Herr Munding, auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Grimm das Wort.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident Munding, im Namen der FDP/DVP-Fraktion schließe ich mich den Lobesworten meiner Vorredner an Sie und auch an Ihre Mitarbeiter gern an. Selbstverständlich stimmen wir dem Einzelplan 11 – Rechnungshof – zu.

Wir wünschen uns des Weiteren aber, dass Sie die Arbeit des Parlaments, aber noch mehr der Regierung kritisch prüfen und mit wertvollen Anregungen begleiten, auch wenn die Regierungsfaktionen nicht immer Ihrer Meinung sind. Wir werden den gesammelten Sachverstand des Rechnungshofs jedoch dringend brauchen, um die anstehenden Konsolidierungs- und Strukturänderungsprobleme im Landeshaushalt anzugehen. Das Problem liegt eindeutig auf der Ausgabenseite.

Dass wir vor diesem Hintergrund ein großes Interesse an einer qualitativ guten Arbeit und an der Verbesserung und Weiterentwicklung der Finanzkontrolle haben, steht außer Zweifel. Ein selbstbewusster und unabhängiger Landesrechnungshof ist daher auch kein Luxus, den man sich einmal eben leisten könnte, sondern etwas, was in Zeiten wie diesen notwendig ist.

So kann es nicht sein, dass man bei wichtigen Vorhaben – wie beim Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/14 – den Rechnungshof nicht in das Anhörungsverfahren einbezieht. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Sie, Herr Präsident Munding, und der Senat sich dennoch eingebracht haben. Dieses Selbstbewusstsein des Landesrechnungshofs ist wahrlich ein

(Leopold Grimm)

gutes Zeichen für das Land Baden-Württemberg und ein gutes Vorbild für die anderen Länder. Doch diese Landesregierung hat wohl ein Problem mit einem selbstbewussten und unabhängigen Rechnungshof.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE schüttelt den Kopf.)

Die Stellungnahme des Rechnungshofs zum Haushaltsbegleitgesetz ist ein erneuter Appell zur fiskalischen Vernunft. Zitienswert – mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident – ist folgender Teil des Berichts:

Kein Land ist durch bundesrechtliche Vorgaben gezwungen, Schulden zu machen. Zwänge zur Verschuldung ergeben sich ... aus der Landespolitik, ...

Dies ist der Fall, wenn die Regierung und die sie tragenden Fraktionen mehr Geld ausgeben, als sie einnehmen.

Es ist der Kern des Problems dieser Legislaturperiode: Das Land hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Dann lehnt der Landtag auch noch unseren Gesetzentwurf zur Verankerung der sogenannten Schuldenbremse in der Landesverfassung ab, obwohl auch dies vom Rechnungshof gewünscht wurde. Ich denke, gerade in dieser Jahreszeit müssen immer mehr Menschen lernen, dass ihre Wünsche nicht erfüllt werden. Dabei wäre das doch, denke ich, das größte Lob für den Rechnungshof, Herr Präsident.

Abschließend möchte ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern nochmals meinen besten Dank für die geleistete Arbeit gerade in diesem Jahr aussprechen. Ich hoffe, dass die Regierungsfaktionen einsichtig werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 11 – Rechnungshof. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2611. Sind Sie damit einverstanden, über die

Kapitel 1101

Rechnungshof

Kapitel 1102

Allgemeine Bewilligungen

Kapitel 1103

Staatliche Rechnungsprüfungsämter

gemeinsam abzustimmen? – Das ist der Fall.

Wer diesen Kapiteln entsprechend der Beschlussempfehlung zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Kapiteln 1101 bis 1103 des Einzelplans 11 einstimmig zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 11 – Rechnungshof.

Präsident Guido Wolf: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 e** auf:

Einzelplan 01: Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2601

Berichterstatter: Abg. Hans-Martin Haller

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Der Berichterstatter wünscht nicht das Wort.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Köbler das Wort.

Abg. Joachim Köbler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich werde nicht eine so ausführliche Rede wie mein Kollege Löffler halten. Ich werde aber versuchen, noch einmal die Bedeutung des Landtags klar darzulegen.

Der Haushalt des Landtags umfasst im Jahr 2013 ein Volumen von 65,4 Millionen € und im Jahr 2014 von 66 Millionen €. Das entspricht ungefähr 0,2 % des Gesamthaushalts.

Während die Ausgaben im Jahr 2012 noch um rund 5 Millionen € stiegen, gehen sie in den beiden Jahren 2013 und 2014 um 2 Millionen € bzw. 1,5 Millionen € zurück.

Der Einzelplan 01 wird überwiegend geprägt von den Personalkosten. Fast 80 % der Ausgaben sind Aufwendungen für Personalkosten, und wiederum 70 % davon entfallen auf die Aufwendungen für die Abgeordneten, deren Mitarbeiter und die Altersentschädigung für ausgeschiedene Abgeordnete und Hinterbliebene.

Interessant ist hierbei die Relation zwischen den Abgeordnetenentschädigungen und den Altersentschädigungen. So beträgt die Altersentschädigung ungefähr 60 % der Abgeordnetenentschädigung; unsere Pensionäre sind uns also einiges wert.

Nur 30 % der Personalkosten entfallen auf die eigentliche Landtagsverwaltung und den Parlamentarischen Beratungsdienst. Insgesamt handelt es sich in beiden Haushaltsjahren um 194,5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 44 im Parlamentarischen Beratungsdienst, 22 beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und 128,5 bei der eigentlichen Landtagsverwaltung.

Die Sachausgaben betragen ungefähr 20 % des Einzelplans 01. Darunter fallen Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse sowie Investitionen. Sie werden in den beiden Haushaltsjahren im Wesentlichen nicht verändert.

Im Zusammenhang mit den Sachkosten will ich aber auf drei Haushaltstitel besonders eingehen: auf den Schülerwettbewerb zur Förderung der politischen Bildung, auf die Einführung von Jugendgruppen in die Parlamentsarbeit und auf die Zuschüsse für Besuchergruppen der Abgeordneten.

(Jochim Kößler)

Von Max Frisch stammt der Satz: „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ Einmischen bedeutet aber auch, die Institutionen der Demokratie zu kennen. Bei allen Überlegungen zur direkten Demokratie muss es uns in Zukunft auch wichtig sein, die Arbeit der Parlamente, die Arbeit der Volksvertretungen besser als bisher darzustellen. Es gelingt uns meines Erachtens nicht ganz oder nur zum Teil, die Arbeit des Landtags und auch der sonstigen Parlamente in Deutschland darzustellen. Oft heißt es: „Die in Stuttgart machen sowieso, was sie wollen.“ Es ist uns meines Erachtens nicht gelungen, deutlich zu machen, dass Mehrheitsentscheidungen das Wesen der Demokratie sind. Deshalb ist Aufklärung dringend notwendig.

Ich stelle fest, dass die Arbeit unseres Besucherdienstes, die Arbeit mit Schulklassen, die Arbeit mit Jugendlichen sehr wichtig ist. Demokratie lernt man am besten vor Ort, dort, wo die Arbeit getan wird. Aus diesem Grund will ich insbesondere dem Besucherdienst des Landtags und all denjenigen, die damit zu tun haben, ganz herzlich danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sie leisten eine hervorragende Arbeit. Wir können dankbar sein, dass viele Jugendliche und Besucher hier informiert werden und die Demokratie vor Ort erleben.

Danken will ich an dieser Stelle auch der gesamten Landtagsverwaltung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns entgegenkommen und uns die Arbeit erleichtern.

Herr Präsident, übermitteln Sie diesen Dank dem Landtagsdirektor und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zu den Kosten des Landtags sagen, zu den Kosten der Demokratie in Baden-Württemberg. Der Landtag von Baden-Württemberg ist weiterhin der kostengünstigste Landtag. Mit Kosten von 6 € pro Einwohner liegen wir um mehr als 40 % unter den durchschnittlichen Kosten der Parlamente der Flächenländer.

Genauso verhält es sich mit der Relation „Abgeordnete zu betreuten Einwohnern“. Unser Landtag ist auch dasjenige Parlament, dessen Abgeordnete vergleichsweise die meisten Bürger betreuen. Hinter uns folgen Bayern, Rheinland-Pfalz und die anderen Bundesländer.

Wir brauchen in Zukunft ein gutes Parlamentsgebäude. Aus diesem Grund ist es auch wichtig, dass wir endlich damit begonnen haben, die notwendigen Baumaßnahmen durchzuführen. Gute Arbeit erfordert gutes Licht. Das steht schon in der Arbeitsstättenverordnung. Ich bin froh, dass es uns gemeinsam gelungen ist, die Planung und die Baumaßnahmen in Gang zu setzen. Wir haben damit Mut bewiesen. Ein Parlament braucht gute Räume, gute Arbeitsbedingungen und muss repräsentativ sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben übereinstimmend Haushaltsansätze vorberaten und können sicherlich ebenso übereinstimmend heute feststellen, dass die Mittel für den Landtag auskömmlich, aber auch nicht zu üppig sind. Hier schließe ich mich dem Kollegen Kößler in vollem Umfang an. Der Landtag von Baden-Württemberg bleibt unter den Parlamenten der Flächenländer ein bescheidenes Parlament. Er kann mit seinen Ausgaben der Bürgerschaft ganz offen und ehrlich gegenüberreten und kann sagen: „Diese Ausgaben, die Steuermittel, die wir in Anspruch nehmen, sind für die wichtige Tätigkeit, die wir ausüben, angemessen. Ihr könnt sicher sein, dass wir auch weiterhin mit den uns anvertrauten Mitteln verantwortungsbewusst umgehen.“ Ich glaube, diese Botschaft verbindet uns.

Die zweite wichtige Botschaft – auch dieser stimmen wir ausdrücklich zu – ist: Wir, das Parlament, haben Anlass, unsere Außendarstellung, unsere Kommunikation, den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern stetig zu verbessern. Wir wollen ein selbstbewusstes Parlament sein. Das sage ich für meine Fraktion ausdrücklich, und das gilt völlig unabhängig davon, wer regiert und wer in der Opposition ist. Das Parlament muss auch gegenüber der Regierung immer den Anspruch haben, selbstbewusst zu sein. Das Parlament muss diesen Anspruch formulieren und durchsetzen können und allzeit in der Lage sein, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der Wählerinnen und Wähler unabhängig zu vertreten. Dazu stehen wir.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen dürfen wir für uns eine bescheidene, aber gute Arbeitsausstattung reklamieren. In diesem Zusammenhang auch von meiner Fraktion herzlichen Dank, Herr Präsident und Herr Direktor, an die gesamte Verwaltung, an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie machen einen prima Job, und zwar als Dienstleister für uns, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger. Lassen Sie uns in den nächsten Jahren gemeinsam so erfolgreich weiterarbeiten. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wir haben den Landtag geöffnet. Wir werden ihn für die Bürgerinnen und Bürger, für den Dialog weiter öffnen. Es gibt eine ganze Reihe von neuen Formaten und Veranstaltungen. Das finden wir gut, Herr Präsident, liebe Vizepräsidentin und lieber Vizepräsident. Machen Sie weiter auf diesem Weg. Der Landtag, die Fraktionen sind gern bereit, daran mitzuwirken.

Auch ist es richtig, nach draußen zu gehen, in die Regionen des Landes, und dort das Selbstverständnis und die Aufgaben des Landtags immer wieder zu buchstabieren und auch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu reden. Das sind insgesamt die notwendigen Voraussetzungen, der Politikverdrossenheit noch mehr und noch besser entgegenzuwirken als bisher.

Wir werden – auch da sind wir uns einig – mit Beginn des nächsten Herbstes in eine Phase der Interimslösungen treten,

(Hans-Ulrich Sckerl)

was unsere Unterkunft und unsere Arbeitsbedingungen betrifft. Das wird spannend. Es gibt neue Erfahrungen. Ich glaube aber, dass wir uns über unsere Interimsunterbringung nicht beklagen dürfen. Sie wird schön sein.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Zum goldenen Hirschen“!)

Wir werden dann in einen „neuen alten Landtag“ zurückkehren, mit neuem Licht und Blick nach oben. In manchen Debatte-situationen ist der Blick zum Himmel notwendig,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vor allem bei der neuen Regierung!)

um Eingebungen zu erzeugen. Das mag uns da hilfreich sein.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dazu braucht man aber auch den richtigen Draht!)

Ich finde es gut, dass wir diesen Prozess in der letzten Phase mit dem Architektenwettbewerb gemeinsam hinbekommen haben. Die Resonanz seitens der Stadt Stuttgart und der kritischen Öffentlichkeit war auch gut. Auch die Rückmeldungen der Menschen, die sich mit Denkmalschutz und all solchen Fragen beschäftigen, waren überwiegend positiv. Das ist gut gelaufen. Da sind wir, glaube ich, für die nächsten Jahre insgesamt gut aufgestellt.

Der Landtag ist Heimstatt für alle möglichen Institutionen. Es werden immer mehr. Als Erstes wurde der Landesbeauftragte für den Datenschutz dem Landtag angegliedert. Ich glaube, er darf sich über die Betreuung und Fürsorge, die wir ihm für seine sicherlich wichtigen Aufgaben angedeihen lassen, nicht beklagen. Das schlägt sich auch in der Personalausstattung nieder. Wir waren uns ja immer einig, dass ab dem Zeitpunkt, ab dem die Aufsicht für den Datenschutz im öffentlichen und im privaten Bereich zusammengeführt werden, auch die entsprechende Ausstattung notwendig ist.

Die Landeszentrale für politische Bildung und auch die politischen Stiftungen werden uns in Zukunft genauso willkommen sein wie der Landesbeauftragte für den Datenschutz. Wir werden selbstverständlich auch diese Aufgaben überparteilich und interfraktionell in einem guten Geist gemeinsam bewältigen.

In diesem Sinn vielen Dank für die Zusammenarbeit, auch wenn sie im Wesentlichen von Kritik und Auseinandersetzung geprägt ist. Das ist das Wesen einer Demokratie. Dennoch vielen Dank und auf ein gemeinsames gutes Weiteres.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kößler, Herr Sckerl, vielen herzlichen Dank für die Darstellung und das Lob an die Mitarbeiter. Ich schließe mich diesen Worten, ohne sie zu wiederholen, an. Dank an die Mitarbeiter! Das haben Sie gut dargestellt, ebenso wie die eigene Bedeutung.

Die eigene Bedeutung des Landtags liegt natürlich im Konfliktfeld, das wir hier exerzieren. Das ist die notwendige Essenz der Demokratie. Es zeichnet den Landtag von Baden-Württemberg aus, dass er weiß, wo die Grenzen des Streits sind, wann er zusammenstehen muss, wann er Würde wahren und zeigen muss. Das zeigt sich bei vielen Anlässen, auch bei schlimmen Anlässen, bei Gedenkfeiern. Das zeigt sich aber auch beim Blick nach vorn, beim Umbau. Dieser Umbau, der den Haushalt des Landtags jetzt kennzeichnet, ist keine Änderung für Protz und Prunk, sondern befindet sich auf der Linie der schlichten Repräsentanz dieser Volksvertretung. Dafür muss man einstehen. Es ist ein gutes Zeichen der Würde, dass alle hier im Landtag vertretenen Parteien zu einer gemeinsamen Lösung, zu einem Konsens gekommen sind und dieser Konsens sich in der heutigen Abstimmung zeigen wird, bei der ich von einer Einstimmigkeit ausgehe.

Ich brauche nicht zu wiederholen, was die Kollegen im Vorfeld gesagt haben. Neu sind die Aufgaben, die wir im Landtag, bei Ihnen, Herr Landtagsdirektor Wicker, gut angesiedelt sehen. Dass die Landeszentrale hier unter eine gute Führung kommt, daran haben wir keinen Zweifel. Auch den Datenschutz sehen wir, wie bereits erwähnt, im Landtag beheimatet. Allerdings muss dann Schluss sein. Die Landtagsverwaltung darf keine eigene Landesbehörde sein, kein eigenes Ministerium. Wir sollten sie nicht mit Verwaltungsaufgaben überfrachten, sondern sehen, dass sie uns Parlamentariern mit ihren Diensten zur Verfügung steht. Das wird sicherlich in der bisherigen guten Qualität weiter der Fall sein. Ob wir Parlamentarier gute Arbeit leisten, das können nicht wir selbst beurteilen. Das macht der Souverän, der Wähler.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich zitiere:

In der Integrationskraft des Parlaments, in der Fähigkeit, alle politischen Kräfte aufzunehmen und ihnen Ausdruck zu verleihen, liegen seine Stärke und seine ständige Bewährung.

So Annemarie Renger bei ihrer Antrittsrede als Bundestagspräsidentin am 13. Dezember 1972.

Ich glaube, die bisherigen Beiträge haben gezeigt, dass wir, wenn es um den Landtag, wenn es um unsere Arbeit geht, uns weitgehend einig sind, dass wir dem Vertrauen, das uns die Bürgerinnen und Bürger zeitlich begrenzt – für eine Legislaturperiode, bis zur nächsten Wahl – gegeben haben, gerecht werden.

Meine Damen und Herren, ich darf mich dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anschließen. Ich darf auch denen herzlich danken, die hinter den Kulissen morgens um sechs oder halb sieben als Dienstleister die Räume sauber machen. Ich darf auch dafür danken, dass sie uns gelegentlich einfach ertragen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Scheinsoziale Art!)

(Dr. Friedrich Bullinger)

wenn wir einmal nicht so gut drauf sind, Herr Schmiedel.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich bin immer gut drauf!)

Ich werde das, was meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben, natürlich nicht wiederholen,

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

sondern ich erlaube mir, weil ich seit 1988 mit mehr oder weniger kurzen Unterbrechungen in diesem Haus ein und aus gehe, auch ein paar kritische Anmerkungen zu unserem Selbstverständnis. Ich war acht Jahre lang parlamentarischer Berater und habe es von dieser Seite aus gesehen. Ich kann mich erinnern, dass dieses Haus damals genauso aussah wie heute. Ich habe dann in der Exekutive, zuletzt als Amtschef, und jetzt als Abgeordneter dieses Haus erlebt.

Meine Damen und Herren, die Ansätze unseres Landtagshaushalts für 2012 in Höhe von 67,4 Millionen €, für 2013 von 65,4 Millionen € und für 2014 von 66 Millionen € sind, glaube ich, wirklich vernünftig. Das sind Ansätze, mit denen wir eine bestimmte Selbstbeschränkung an den Tag legen. Es ist angebracht, auch einmal zu sagen, dass wir fast elf Millionen Bürgerinnen und Bürger in diesem Haus repräsentieren.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde schon angesprochen. Der Ansatz für 2013 und 2014 mit rund 550 000 € ist, glaube ich, in einem Rahmen, den man wirklich vertreten kann.

Meine Damen und Herren, Demokratie und Parlamentarismus kann es nicht zum Nulltarif geben. Deshalb können wir uns mit diesem Haushalt – es kam schon zur Sprache – gegenüber den Ansätzen anderer Landesparlamente wie denen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Bayern oder gegenüber den Ansätzen der kleineren Länder messen lassen.

Wenn ich mir dann die Haushaltsansätze beispielsweise des Saarlands anschau – das Saarland ist vergleichbar mit einem Landkreis, der Ministerpräsident entspricht dem Landrat, ein Minister einem Dezernenten –, wenn ich mir diese Größenordnung anschau, dann muss ich sagen: Das steht in keinem Verhältnis.

Aber auch bei der Ausstattung, meine Damen und Herren, übertreiben wir hier nichts. Beim Zimmer des Landtagspräsidenten etwa würde sich mancher Vorsitzende einer großen Bank überlegen, ob er diesen Job macht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist schon gemühtlich bei ihm!)

Der Mehraufwand für die Landtagsverwaltung, für die Ministerien und für die nachgeordneten Behörden sollte begrenzt bleiben. Da müssen wir uns selbst alle fragen, nachdem wir uns in der letzten Legislaturperiode mehrheitlich für den Übergang zu einem Vollzeitparlament entschieden haben – ich war entschieden dagegen; das nur nebenbei bemerkt –,

(Beifall des Abg. Manfred Hollenbach CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Oh!)

ob wir das Ganze nicht auch durch entsprechende Zurückhaltung für diejenigen, die das alles verarbeiten müssen, die das in der Verwaltung letztlich alles „verdauen“ müssen, erträglich machen können.

Etwas geht aus den ganzen Kosten, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht hervor, nämlich was die Folgen für diejenigen angeht, die das, was wir hier an Anfragen und Nachfragen haben, in den Ministerien und den nachgeordneten Behörden letztlich verarbeiten müssen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eines anmerken:

(Unruhe)

Wir müssen uns auch selbstkritisch die Frage stellen, ob die sehr vielen Sitzungen dazu beigetragen haben, dass wir bürgernäher wurden, dass wir besser und effektiver arbeiten, dass wir nun praxisnäher sind.

Ein Wort zur Sanierung des Landtags: Unser Haus ist wirklich in die Jahre gekommen. Es ist auch wichtig, dass wir die entsprechenden Entscheidungen getroffen haben. Eine Planungsrate von 2 Millionen € ist in Ordnung, Sanierungskosten von 43 Millionen € sind in Ordnung. Auch Aufwendungen von 12 Millionen € für ein Bürger- und Medienzentrum, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger informieren können, sind aus schwäbischer Sicht in Ordnung. Ich glaube, das ist unseren Aufgaben auch wirklich angemessen.

Fazit: Der Haushaltsansatz des Einzelplans 01 – Landtag – für 2013 und 2014 ist monetär und personell angemessen und in Ordnung. Wir werden dem Einzelplan selbstverständlich zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich mich für die Landtagsverwaltung ausdrücklich für die anerkennenden Worte, aber auch für den breiten Schulterchluss hier im Parlament bedanken, sowohl was die Sach- und Personalausstattung als auch was das geplante Bauvorhaben angeht. Mit dieser breiten Übereinstimmung werden wir dieses Projekt auch gut bewerkstelligen.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2601. Sie sind damit einverstanden, dass wir über die Ziffern 1 und 2 der Beschlussempfehlung, die Kapitel 0101 – Landtag – und 0103 – Der Landesbeauftragte für den Datenschutz –, gemeinsam abstimmen. – Das ist der Fall.

Wer dem

Kapitel 0101

Landtag

und dem

Kapitel 0103

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

gemäß den Ziffern 1 und 2 der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0101 und Kapitel 0103 einstimmig zugestimmt.

(Präsident Guido Wolf)

Wir sind damit am Ende der Beratung des Einzelplans 01 – Landtag – angelangt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 f** auf:

Einzelplan 05: Justizministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2605

Berichterstatter: Abg. Andreas Stoch

Das Präsidium hat eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Der Berichterstatter wünscht nicht das Wort.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Hitzler das Wort.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg verfügt über eine gut aufgestellte Justiz, die eine hohe Leistungsfähigkeit hat. Deshalb dankt meine Fraktion allen Mitarbeitern, die in der Justiz tätig sind und zu diesem hohen Niveau beitragen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja!)

Allerdings – das muss man auch sehen – gab es in letzter Zeit doch massive Kritik an der Landesregierung, vor allem aus der Richterschaft, von Staatsanwälten und von vielen Beschäftigtengruppen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das hängt deutlich damit zusammen, dass es Besoldungskürzungen, Beihilfeverringerungen, steigende Kostendämpfungspauschalen gibt. Hier wird erwartet, dass das Land mehr zu seinen Mitarbeitern steht. Es rächt sich natürlich jetzt, dass die Koalitionsfraktionen vor der Wahl gesagt haben: „Es gibt keine Kürzungen“ – und das sogar schriftlich. Die Beamten haben darauf vertraut, haben Sie mehrheitlich gewählt – und dann kommen solche Kürzungen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das sind doch keine Kürzungen! Das sind Anpassungen!)

– Das müssen Sie sich schon anhören, Herr Schmiedel. – Dass die Betroffenen dann natürlich stinksauer sind, kann ich mir gut vorstellen. Gerade wenn man sieht, dass wir nicht gerade Überbesetzungen im Justizbereich haben, ist das, was hier geschehen ist, kontraproduktiv. Das betrifft insbesondere die Kürzungen bei den angehenden Richtern. Die Beamten haben schon gesagt: „Früher, unter Oettinger, sind wir besser gefahren als jetzt.“

Lassen Sie mich jetzt aber zu einigen Fachgebieten kommen. Erstens: Landesrichtergesetz. Den Gesetzentwurf hierzu werden wir wohlwollend betrachten. Hierin sind auch viele Anregungen von uns enthalten.

Schutz der Justizgebäude: Es gab Übergriffe auf Mitarbeiter in der Justiz, bei den Gerichten. Deshalb ist ein Sicherheitskonzept notwendig. Den Sachkosten dafür wird unsere Fraktion zustimmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nun haben Sie im Haushaltsentwurf 50 neue Wachtmeisterstellen für die Sicherheit angesetzt. 50 Stellen sind natürlich viel. Ich glaube nicht, dass wir vor jedem Amtsgericht, wenn gerade auch der Polizeiposten oftmals in unmittelbarer Nähe ist, einen Wachtmeister brauchen.

Im Bereich des Justizvollzugs werden Sie, Herr Justizminister Stickelberger, die Teilprivatisierung der Vollzugsanstalt Offenburg rückgängig machen. Nun war unsere Fraktion nie mit der Privatisierung verheiratet. Aber man braucht zur Rückführung der Teilprivatisierung 101 Beamtenstellen.

37 davon sind neue Stellen, und 64 Stellen schaffen Sie durch Umsetzungen von Personal aus geschlossenen Anstalten.

Sie werfen uns immer die Pensionslasten vor. Aber Sie schaffen mit dieser Aktion neue Pensionslasten. Auch die Aussage, dass man im Haushalt nicht mehr Geld brauche, stimmt natürlich nur für den aktuellen Haushalt, wenn Sie an die privaten Dienstleister nichts mehr zahlen müssen. Wenn Sie in späteren Haushaltsjahren die Pensionslasten wieder hineinrechnen, werden Sie erkennen: Das jetzige System ist wesentlich günstiger. Das muss in diesem Zusammenhang gesagt werden.

(Beifall des Abg. Manfred Groh CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zur Bewährungshilfe. Dem klassischen Programm „Schwitzen statt Sitzen“ und dem „Projekt Chance“ stimmen wir zu. Wir haben eine gewaltige Haftvermeidung in unserem Land, wie wir auch immer weniger Insassen in unseren Gefängnissen haben. Wir können durch diese erfolgreichen Programme erhebliche Kosten von 1,8 Millionen € jährlich einsparen. Wir werden das weiter fördern.

Auch die Firma NEUSTART macht für uns eine exzellente Arbeit.

(Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jawohl!)

Es gibt deshalb – das sage ich heute schon – auch in zwei Jahren keinen Grund, der Firma zu kündigen; denn dann würden Sie wieder Hunderte neuer Personalstellen brauchen. Das können Sie wohl nicht ernsthaft wollen. Vor allem ist es hier auch gelungen, über 500 Kräfte neu zu finden – ehrenamtlich tätige, qualifizierte Leute, die hier arbeiten. Das ist eine ganz gewaltige Leistung, und die kommt allen Leuten zugute.

Zur Notariats- und Grundbuchamtsreform: Das ist in der Tat eine Kärneraufgabe, Herr Minister. Das Standortkonzept ist gut; das ist auch noch gemeinsam mit uns gemacht worden. Man muss allerdings jetzt auch versuchen, die Notardienstleistungen sicherzustellen. Ich weiß, das ist jetzt schwierig. Künftig sind Notare Freiberufler. Da kann man nicht zu viele ernennen. Die müssen ja etwas verdienen; das sind dann keine Beamten mehr. Deshalb ist es auch schwierig, genau einzuschätzen, wie viele wir brauchen. Man muss aber darauf achten, dass der ländliche Raum nicht völlig vernachlässigt wird. Ich befürchte, dass wir da Probleme bekommen können.

Überhaupt ist es erwähnenswert, dass der Rechnungshof interessante Bemerkungen zu Einsparpotenzialen im Bereich der Notariats- und Grundbuchamtsreform macht. Das ist richtig. Bei den Grundbuchämtern kann man in der Zukunft vie-

(Bernd Hitzler)

le Stellen einsparen. Wir werden genau schauen, ob es auch der Landesregierung gelingt, hier wirklich zu Einsparungen zu kommen.

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Verfassungsschutz sagen. Meine Damen und Herren, wer die Verfassung schützt, der schützt unsere Demokratie. In einigen Ländern hat es gravierende Fehler von Verfassungsschutzbehörden gegeben. Dies trifft aber nicht auf Baden-Württemberg zu.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Wir stellen uns deshalb uneingeschränkt vor unseren Verfassungsschutz und die Menschen, die dort den Dienst für die Demokratie tun. Es ist gut, dass Sie, Herr Innenminister Gall, sich ebenfalls in dieser Richtung geäußert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dagegen schimmert bei den Grünen trotz so mancher Lippenbekenntnisse immer wieder eine bedenkliche Haltung durch.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Als Kostprobe zitiere ich aus den „Eckpunkten zur Ausrichtung des Verfassungsschutzes“ der Grünen:

Vor diesem Hintergrund muss der Verfassungsschutz generell auf den Prüfstand gestellt und in einem anderen Geist ausgerichtet werden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau so ist es!
– Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Eine Stärkung verfassungsfeindlicher Bestrebungen ... muss ... künftig ausgeschlossen sein.

Das ist schon relativ starker Tobak. Denn Sie unterstellen dem Verfassungsschutz damit verfassungsfeindliche Bestrebungen. Das kann es nicht sein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist der Hammer!)

Wir befürworten eine bessere Kontrolle des Verfassungsschutzes durch die Einführung eines parlamentarischen Kontrollgremiums

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Einzelplan 05!)

und warten auf Ihre Einladung zu diesem Thema. Ein Grundvertrauen ist hier absolut gerechtfertigt, und der Verfassungsschutz muss sich selbstbewusst der Kontrolle durch gewählte Volksvertreter stellen. Die Volksvertretung und der Schutz der demokratischen Verfassung, das passt zusammen.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Justizhaushalt ist Teil des Gesamthaushalts, welcher aufgrund der Verschuldung natürlich in katastrophalem Zustand ist. Unsere Fraktion wird deshalb nicht allen Kapiteln zustimmen. Von den zwölf Kapiteln in diesem Einzelplan werden wir acht zustimmen und vier ablehnen. Wir sind an einer sachlichen Arbeit interessiert und wollen keine Fundamentalopposition betreiben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Filius das Wort.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der erarbeitete Justizhaushaltsplan berücksichtigt trotz aller Sparzwänge die Ziele des Koalitionsvertrags und trägt eindeutig eine grün-rote Handschrift.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oh!)

Die Forderungen aus breiten Teilen der Richterschaft nach mehr Mitbestimmung in der Justiz haben im Entwurf des Landesrichtergesetzes ihre Berücksichtigung gefunden. Wir stärken die Mitbestimmung. Der vorliegende Entwurf ist nur der Anfang. Die Prüfung und Verankerung der Stufenvertretung wird als Nächstes kommen.

Unser Justizverständnis setzt auf Prävention und Vorsorge. Im Frühjahr 2012 wurde in Pforzheim das Haus des Jugendrechts eröffnet. Dies ist ein großer Schritt zu einer effektiveren Bekämpfung der Jugendkriminalität. Wir sehen hier große Chancen für einen weiteren Rückgang der Zahl von Straftaten Jugendlicher, insbesondere der Wiederholungstäter. In diesem Sinn bekennen wir uns zum Modell „Haus des Jugendrechts“ und wollen derartige Projekte in geeigneten Städten auch landesweit vorantreiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Im Zusammenhang mit der Haftplatzentwicklung ist Folgendes zu sagen: Die Anzahl der Häftlinge im Land geht erfreulicherweise zurück. Das liegt an der demografischen Entwicklung, aber auch an der guten Präventionsarbeit hier im Land. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich und ausdrücklich bei allen bedanken, die sich in diesem Bereich engagieren. Hier sind auch sehr viele Ehrenamtliche tätig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Fraktion GRÜNE will hier einen weiteren Schritt gehen und das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ weiter ausbauen. Denn durch die Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen haben die Beteiligten deutlich bessere Perspektiven, als wenn sie letztlich in Haft kommen.

Außerdem sprechen die finanziellen Zahlen für sich: Kostet ein Hafttag das Land ca. 100 €, sind es beim Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ 7,30 €. Es ist deswegen naheliegend, kein Geld für eine Haft auszugeben, wenn die Haft nicht unbedingt notwendig ist. Soweit die Haft vermeidbar ist, sind diese Projekte entsprechend zu unterstützen.

Folgerichtig sind auch im Haushalt des Justizministeriums die betreffenden Positionen entsprechend ausgestattet worden. Im laufenden Jahr sind 285 000 € hierfür hinzugekommen. Im Jahr 2013 kamen 57 000 € und im Jahr 2014 nochmals 59 000 € hinzu, sodass das Netzwerk Straffälligenhilfe im Jahr 2014 erstmals mit einem Zuschuss von über 2 Millionen € für das angesprochene Projekt rechnen kann.

Beim Strafvollzug haben wir immer darauf gedrängt – da bestand absolute Einigkeit –, dass die Teilprivatisierung der JVA Offenburg rückgängig gemacht wird. Dies geschah und geschieht im Wesentlichen kostenneutral.

(Zurufe von der CDU: Na?)

(Jürgen Filius)

– Selbstverständlich. Doch, das ist so, nachdem die kleine JVA Heidenheim inzwischen geschlossen wurde und im späteren Verlauf auch die JVA Heidelberg 2014 zur Schließung ansteht und darüber letztlich auch Fremdvergaben an Unternehmen eingespart werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Voraussetzung ist, dass die JVA Rottweil kommt, Herr Kollege!)

Aber ich spreche hier zunächst einmal von der Offenburger Konstellation. Darüber können die Personalkosten entsprechend aufgewendet werden, weil man dann auch Ersparnisse hat. Strafvollzug ist eine hoheitliche Aufgabe, und es ist richtig, dass diese Teilprivatisierung zurückgenommen wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Beim Jugendstrafvollzug müssen wir darauf achten, dass wir auch da Fortschritte machen. Hier ist die Unterbringung in Wohngruppen unerlässlich. Hierbei hat Baden-Württemberg erheblichen Nachholbedarf. Das werden wir in der nächsten Zukunft auch in Angriff nehmen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns aber die Frage stellen, welche Anstalten noch sanierungsfähig sind, welche mittelfristig ersetzt werden müssen und nach welchen Suchkriterien die Ersatzstandorte ausgewählt werden.

Das Wichtigste beim Vollzug sind jedoch nicht die Bauten, sondern die Menschen, die den Vollzug umsetzen. Für die Entwicklung von Standards für die Sozialarbeit im Justizvollzug wurden im Haushalt für 2013 und 2014 jeweils 150 000 € in Ansatz gebracht. Dieses Projekt ist wichtig, um besonders gelungene Lösungen voranzutreiben.

Für Fortbildungsmaßnahmen, gerade für die Schulung von Justizbediensteten im Konflikt- und Deeskalationsmanagement, konnten ebenfalls, beginnend ab 2013/2014, jeweils 50 000 € zusätzlich veranschlagt werden. Dies und die Einstellung weiterer Justizwachtmeister tragen der Forderung nach mehr Sicherheit in der Justiz Rechnung. Unabhängig von der objektiven Gefährdungslage ist die subjektiv wahrgenommene Sicherheit aller Beschäftigten in der Justiz ein wichtiger Aspekt der Wertschätzung der von ihnen geleisteten Arbeit.

Richterinnen und Richter, die sich bei ihrer Arbeit nicht sicher fühlen, laufen Gefahr, ihrer Arbeit nicht in gebotener Unabhängigkeit nachgehen zu können. Es ist nur folgerichtig, dass die Landesregierung hier tätig wird. Sie hat um entsprechende Geldmittel gebeten. Wir werden sie – davon gehe ich einmal aus – in diesem Punkt wohl auch einvernehmlich zur Verfügung stellen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen konnten erfreulicherweise auch für die Landesstiftung Opferschutz für das Jahr 2014 400 000 € mit aufgenommen werden. Hiermit wird die auslaufende Förderung durch die Baden-Württemberg Stiftung aufgefangen. Das ist ein sehr wichtiges Vorhaben für den Fall, dass Täter nicht in der Lage sind, die Schadensersatzansprüche der Opfer zu befriedigen.

Bedauerlich ist, dass die CDU-Opposition diese Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE und der SPD-Fraktion nicht mitgetragen hat. Fadenscheinig sind die Argumente, diese Positionen könnten faktisch aus dem laufenden Betrieb – trotz er-

heblicher Mehraufgaben – herausgeschwitzt werden. Das ist keine seriöse Politik, weil das Herausschwitzen ja nichts anderes ist als ein Mehr an Aufgaben für die Beschäftigten. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sind doch gerade diejenigen – das wurde vom Herrn Minister auch gesagt –, die die Situation der Beschäftigten beklagen. Gleichzeitig aber eine weitere Aufgabenverdichtung zu fordern ist schlicht unseriös.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Grundbuchamtsreform ist weit vorangeschritten. Mit der Eröffnung des Grundbuchzentralarchivs wurde die Möglichkeit geschaffen, den Ablauf der stark formalistischen Grundbuchelegenheiten zu straffen und zu modernisieren. Die Grundbuchämter werden in den nächsten Jahren weiter zentralisiert und in verschiedene Amtsgerichte eingegliedert. Dies führt zu einer größeren Spezialisierung der Standorte, aber auch zu Einsparungen im Haushalt. Auch hier gilt: Der Justizhaushalt ist kein Instrument der Standortpolitik. Es ist gut und richtig, Grundbuchämter zusammenzufassen. Die heutigen Kommunikationsmittel ermöglichen das Arbeiten damit auch von jeder Gemeinde aus.

Ich darf noch kurz die Notariatsreform streifen. Auch sie geht weiter voran. Auch hier hat die Politik des Gehörtwerdens ge-griffen. Hier hat man frühzeitige Einbindungen der betroffenen Berufsgruppen vorgenommen, sodass die Reform in größtmöglichem Einvernehmen mit einem modernen Notariatswesen in Baden-Württemberg durchgeführt wird und auch dort eine Entlastung des Haushalts erreicht werden könnte.

Vom Kollegen Hitzler ist noch die aktuelle Besoldungsdebatte angesprochen worden. Ich finde diesen Umstand mehr als merkwürdig: Auf der einen Seite wird hier – das war auch heute Morgen wieder der Fall – immer wieder darauf gedrängt, dass man sofort auf die Nullneuerschuldung zu kommen hat. Aber im Hinblick auf die Beamtenschaft und die Besoldungssituation wird letztendlich gesagt, es sei viel zu wenig, dass nach aktuellem Planungsstand eine lineare Erhöhung der Personalkostenansätze um 1,5 % vorgenommen werden soll. Das passt nicht zusammen. Es ist keine seriöse Politik, wenn auf der einen Seite gesagt wird: „Weiter und tiefer sparen!“, und auf der anderen Seite gefordert wird, den Geldbeutel noch weiter zu öffnen. Das passt nicht zusammen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Man muss ihn an der richtigen Stelle aufmachen!)

An dieser Stelle passt das überhaupt nicht zusammen.

Wir haben – auch das ist ein Gegensatz zur Vorgängerregierung –, da die Pensionslasten den Haushalt in einem starken Maß belasten, Vorkehrungen getroffen. Erst vor wenigen Jahren wurde mit kleinen Schritten – es war nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein – begonnen. Wir haben mit diesem Haushalt nun endlich Fakten geschaffen. Für 2013 werden 471 Millionen € und für 2014 557 Millionen € für den Pensionsfonds eingesetzt. Hätten Sie zu Ihrer Regierungszeit entsprechende Maßnahmen getroffen, hätten wir nicht die bestehenden Probleme, und dann könnten wir hier mit anderen Zahlen arbeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Jürgen Filius)

Das Justizministerium hat seine Hausaufgaben gemacht. Ich danke dem Minister, aber auch dem gesamten Team für das, was dabei geleistet worden ist. Wir werden diesem Haushaltsplan zustimmen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 05 – Justizministerium – zeichnet sich dadurch aus, dass er zu einem ganz wesentlichen Teil durch festgelegte Ausgaben geprägt ist. Es handelt sich daher um einen Verwaltungshaushalt und nicht um einen Programmhauhalt.

Herr Kollege Sakellariou hat den Sachverhalt heute Morgen bereits am Beispiel des Innenministeriums deutlich gemacht: Dort sind 86 % der Ausgaben Personalkosten; beim Justizhaushalt sind immerhin 70 % durch Personalkosten gebunden.

Weitere 20 % sind für Auslagen in Rechtssachen und Aufwendungen für Betreuung, Versorgung und Beschäftigung der Gefangenen vorgesehen. Daran können Sie erkennen, dass 90 % der Ausgaben in diesem Einzelplan nicht steuerbar sind; diese sind vielmehr vom Geschäftsaufkommen im Bereich der Justiz abhängig.

Die restlichen 10 % entfallen auf den laufenden Betrieb. Wenn wir uns anschauen, was hierunter gebucht wird, stellen wir fest, dass dies im Wesentlichen die Geschäftskosten sind, etwa Kosten für Porto, aber auch für die finanzielle Ausstattung der Informations- und Kommunikationstechnik.

Sie können daran bereits erkennen, dass der Einzelplan 05 ein Haushalt ist, in dem eindeutig die Pflicht vor der Kür kommt. Die Pflicht ist für uns, dem Bürger ein Rechtssystem zur Verfügung zu stellen, das sich dadurch auszeichnet, dass die Menschen in einem Gefühl der Rechtssicherheit leben können, dass sie wissen, dass die Justiz in der Lage ist, Verfahren, berechnete Anliegen der Bürgerinnen und Bürger schnell und effektiv zu entscheiden.

An den Zahlen in der Statistik lässt sich sehr gut ablesen, dass sich Baden-Württemberg – dieses Kompliment ist sicherlich auch an den Amtsvorgänger von Herrn Minister Stichelberger, Herrn Professor Goll, weiterzugeben; das gilt auch für die Vorgängerregierung – dadurch auszeichnet, dass es, was die Effektivität des Mitteleinsatzes angeht, an der Spitze der Bundesländer steht. Bei einer Richterdichte, die im Bundesvergleich mit am geringsten ist, weisen wir mit die besten, die kürzesten Verfahrensdauern in nahezu allen Gerichtsbarkeiten auf. Was den Mitteleinsatz angeht, haben wir damit eines der effektivsten Rechtssysteme in Deutschland.

Wir können außerdem konstatieren, dass Baden-Württemberg gerade auch bei der Weiterentwicklung im Rechtssystem, gerade auch bei der Modernisierung, z. B. bezüglich des zunehmenden Einsatzes der Elektronik, der EDV, an der Spitze steht und dabei auch Vorbildfunktion für ganz Deutschland hat. Baden-Württemberg steht an der Spitze, beispielsweise beim au-

tomatischen Mahnverfahren, das inzwischen auch in anderen Bundesländern erfolgreich angewandt wird. Die Idee hierzu wurde letztlich in Baden-Württemberg geboren.

Ich verweise des Weiteren auf die Verfahren, die es uns erlauben, zukünftig unter Ausnutzung der technischen Möglichkeiten besser, effektiver – und damit gerade für den Bürger effektiver – zu arbeiten. Ich nenne hier die Einführung des elektronischen Grundbuchs, und ich nenne zudem die Notariatsreform.

An dieser Stelle darf ich ausdrücklich noch Folgendes anmerken. Wenn hier in diesem Haus sehr gern das Märchen erzählt wird, dass sich die neue Landesregierung nicht um den so viel besungenen ländlichen Raum, um – ich sage einfach so – die Fläche des Landes Baden-Württemberg kümmern, muss ich dem entgegenhalten: Wir haben, sowohl was die Grundbuchsreform angeht, als auch was die Notariatsreform angeht, die Konzepte der Vorgängerregierung deutlich verbessert.

Ich glaube, das, was jetzt vor uns liegt, ist Konsens, nämlich dass es für die Menschen in Baden-Württemberg auch zukünftig eine effektive und auch räumlich sehr nahe Interessenvertretung geben wird. Wir werden die Effektivität bei der Bearbeitung steigern. Wir werden aber nicht aus der Fläche zurückgehen, sondern wir werden vor Ort Servicestellen zur Verfügung stellen, die es den Menschen auch zukünftig möglich machen, diese Angebote in zumutbarer Entfernung zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Neben dieser Effizienz des Rechtssystems spielt natürlich auch die Frage einer Verbesserung der Einnahmen-Ausgaben-Relation eine wichtige Rolle. Da wird im kommenden Jahr auf Bundesebene eine auch für das Land Baden-Württemberg wichtige Neuerung eintreten. Auf Bundesebene wird zum 1. Juli 2013 ein Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts in Kraft treten. Dies ist die Reaktion auf eine längere Diskussion, die auch bereits in der Anwaltschaft dazu führt, dass man gesagt hat: „Es muss hier eine Weiterentwicklung stattfinden.“

Durch die Verhandlungsführung auf Bundesebene, bei der sich insbesondere auch Justizminister Stichelberger sehr erfolgreich für die Interessen der Bundesländer eingesetzt hat, können wir im Bereich der Justiz im kommenden Jahr mit Mehreinnahmen von ca. 15 Millionen €, im Jahr 2014 mit Mehreinnahmen von ca. 40 Millionen € rechnen. Das ist auch ein Erfolg der erfolgreichen Verhandlungsführung von Minister Stichelberger, wofür wir herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Weiter können wir konstatieren – auch nach den Sitzungen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses –, dass wir erfolgreich die Aufgaben übernommen und ernst genommen haben, die wir in den Beratungen des Haushalts 2012 erhalten haben. Wir haben – Kollege Filius hat es bereits angesprochen – einmal, was die Opferschutzstiftung angeht, für eine verlässliche Finanzierung gesorgt. Auch das erfolgreiche Projekt „Schwitzen statt Sitzen“, das ja gerade – so sage ich es einmal – anders als ein Wegsperrern der Straftäter einen positiven Effekt

(Andreas Stoch)

auch für die Persönlichkeitsentwicklung haben soll, werden wir zukünftig so im Haushalt abbilden und unterstützen, dass wir es erfolgreich in die Zukunft führen können.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir haben außerdem im Landeshaushalt nun das Nachsorgeprojekt „Chance“ verankert. Wir haben auch weitere Projekte unterstützt, auch durch Änderungsanträge im Finanz- und Wirtschaftsausschuss, gerade auch – das Haus des Jugendrechts wurde bereits angesprochen – die sehr erfolgreichen Initiativen von Vereinen, von Ehrenamtlichen im Bereich der Prävention, aber auch bei den Bemühungen um eine möglichst effektive Resozialisierung junger Straftäter. Auch dieses Bemühen in der Gesellschaft haben wir, denke ich, entsprechend berücksichtigt.

Wir hoffen, dass durch diese Projekte, die in manchen Städten, in manchen Regionen bereits sehr erfolgreich laufen, auch Vorbildwirkungen für andere Regionen in unserem Land entstehen können. Denn wenn wir hier das ehrenamtliche Engagement aktiv unterstützen und das ehrenamtliche Engagement auch dazu bringen, staatliche Hilfe zu ersetzen, dann werden wir hier auch zukünftig erfolgreich arbeiten. Wir werden diese Vereine dann auch in der Zukunft erfolgreich unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann sollten Sie aber NEUSTART heute schon unterstützen, Herr Kollege!)

– Jetzt hat Kollege Zimmermann wieder einmal nichts verstanden. Es ist nämlich so, dass NEUSTART keine ehrenamtliche Initiative ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 500 Ehrenamtliche, Herr Kollege! Sie haben es nicht verstanden! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Vielmehr ist NEUSTART eine Gesellschaft, eine gemeinnützige GmbH. Ich werde zum Thema Privatisierung – das können Sie mir glauben – sicherlich noch Entsprechendes sagen.

Wir haben im Justizbereich – das können Sie bei der Lektüre des Koalitionsvertrags auch feststellen – beim Thema Privatisierung naturgemäß eine andere Auffassung als die frühere Landesregierung,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

ich sage: zumindest als ein Teil der früheren Landesregierung. Wir werden insbesondere den für uns sehr heiklen Bereich des Strafvollzugs – beim Strafvollzug geht es nämlich um einen erheblichen Eingriff in Grundrechte –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir reden von der Bewährungshilfe!)

nicht in den Bereich der Privaten geben. Wir werden zukünftig den hoheitlichen Bereich, der in der Justiz einen ganz erheblichen Stellenwert hat, wieder dorthin tun, wohin er gehört, nämlich in staatliche Hand.

Zu den Zahlen, Herr Kollege – der Taschenrechner liegt beim Kollegen Schmiedel bereit –, werde ich Ihnen jetzt auch noch etwas sagen. Wir haben nämlich zukünftig anstatt – –

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Er hört nichts. Er hört grundsätzlich nicht zu, aber dadurch lernt er auch nichts.

Die Ausgaben für die Teilprivatisierung der JVA Offenburg waren von 4,7 Millionen € im Jahr – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe doch nicht von der Teilprivatisierung geredet, sondern von der Bewährungshilfe! Er hört nicht zu! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Zimmermann, wir halten hier keine Zwiesprache.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er redet am Thema vorbei und greift mich an! – Gegenruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Da habe ich Zweifel!)

Sie können intelligente Zwischenrufe machen, aber Kollege Stoch hat das Wort. – Bitte.

Abg. Andreas Stoch SPD: Wir hatten durch die Teilprivatisierung der JVA Offenburg jährliche Ausgaben in Höhe von 4,7 Millionen €. Das dürfte unstrittig sein. Wir haben uns entschieden, diese Teilprivatisierung zurückzuführen, was dazu führt – das wurde vorhin bereits angesprochen –, dass wir 37 neue Stellen schaffen müssen. Die weiteren Stellen generieren wir dadurch, dass im Zuge des Haftplatzentwicklungsprogramms verschiedene Stellen in anderen JVAs frei werden. Das heißt nicht, dass die Leute von dort nach da fahren müssen – das habe ich auch schon alles gehört –, sondern heißt nur, dass wir diese Stellen freibekommen.

Wir werden zukünftig statt dieser 4,7 Millionen € für die 37 zusätzlichen Beschäftigten lediglich 1,25 Millionen € aufwenden, was nach Adam Riese eine Ersparnis von 3,45 Millionen € bedeutet.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Ohne Berücksichtigung der Pensionslasten!)

Wenn Sie, Herr Kollege Zimmermann, immer so tun, als ob Sie den Strafvollzug gepachtet hätten, dann muss ich Sie fragen, warum Sie im Zuge des Haftplatzentwicklungsprogramms nicht schon viel früher entsprechende Entscheidungen getroffen haben. Die treffen wir jetzt, und das ist gut für den Landeshaushalt und gut für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Bernd Hitzler CDU: Die Pensionslasten sind nicht eingerechnet worden!)

Wenn wir abschließend noch zur Frage der Personalkosten kommen – ich habe vorhin einleitend erwähnt, dass die Personalkosten im Justizhaushalt einen ganz beträchtlichen Betrag ausmachen –, kann ich Ihnen sagen: Die Beschäftigten im Bereich der Justiz sind seit eineinhalb Jahren, seit wir die Regierung übernommen haben, bei ganz vielen Fragen in die Entscheidungsprozesse einbezogen worden. Ich kann Ihnen da beispielsweise die Neufassung des Landesrichtergesetzes nennen. Egal, ob Sie mit einem Landgerichtspräsidenten oder einem einfachen Amtsrichter sprechen: Von allen diesen Rich-

(Andreas Stoch)

tern, von diesen Beschäftigten in der Justiz – von den Staatsanwälten will ich gar nicht reden – wird gesagt: Wir sind noch nie in einer solchen Weise in Entscheidungsprozesse einbezogen worden. Diese Beschäftigten können sehr wohl abwägen, was sich in dieser Regierungszeit der grün-roten Landesregierung für sie zum Besseren verändert hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand ist froh, wenn eine Tarifierhöhung, mit der er vielleicht gerechnet hat, auf 1,5 % gedeckelt wird. Das ist auch uns klar. Aber wir müssen auch konstatieren, dass das, was Sie hier immer erzählen – dass in Kürze draußen die Revolution ausbrechen würde –, völliger Unsinn ist. Die Beschäftigten in der Justiz in Baden-Württemberg leisten hervorragende Arbeit und sind hoch motiviert. Das liegt auch daran, dass sie vom Justizministerium und vom Justizminister an dessen Spitze in hervorragender Weise geführt werden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in der Tat dem Lob des Herrn Kollegen Stoch nichts hinzuzufügen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dem Eigenlob!
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Also Zustimmung!)

– Ja, Zustimmung, und zwar trotz einiger Einwände und ergänzender Betrachtungen, die ich jetzt noch anstellen darf.

Zunächst einmal: Ich habe heute Morgen von der Krankheit des Gesamthaushalts geredet. Diese kommt allerdings im Justizhaushalt am allerwenigsten zum Ausdruck. Das muss man zunächst einmal feststellen. Da steigen zwar die Ausgaben an, aber auch die Einnahmen steigen. Dadurch bleibt der Deckungsgrad fast gleich. Insofern sieht das schon wirklich akzeptabel aus.

Allerdings ist natürlich allen Beteiligten klar, dass in diese Rechnung eben das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz des Bundes eingepreist ist. Sie, lieber Herr Stoch, haben die Verhandlungsführung des Justizministers Stichelberger gelobt. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber noch netter wäre es gewesen, wenn Sie auch gesagt hätten, dass Sie diesmal mit einem Bundesgesetz sehr zufrieden sind. Denn man hört Sie eigentlich selten etwas Gutes über die Bundesregierung sagen. Das ist garantiert ein Gesetz des Bundes, das uns hilft, den Justizhaushalt trotz gestiegener Ausgaben in diesem Zustand zu erhalten – übrigens mit einigem Optimismus. Aber auch ich hoffe, dass die Annahmen zutreffen.

Vom Gesamtbild her ist das also okay. Was die einzelnen Inhalte angeht, ist klar: Die Umsetzung der Notariats- und Grundbuchamtsreform ist eine Fortsetzung des größten Reformprojekts in der Justiz überhaupt nach dem Krieg. Ich freue mich natürlich, dass das weiter so läuft wie geplant und wie vorher angelegt. Das geht also weiter, und das findet ganz sicher unsere Unterstützung.

Genauso freue ich mich natürlich über die Verstetigung des Projekts „Schwitzen statt Sitzen“ oder auch über die weitere Unterstützung des Nachsorgeprojekts „Chance“ für Straftatengefangene. Das sind alles Dinge, die mir und unserer Fraktion am Herzen liegen. Das darf man einfach sagen.

Es ist sicher auch erfreulich, dass man jetzt die Forensische Ambulanz Baden in Karlsruhe mit 100 000 € pro Jahr unterstützen kann.

Es ist sicher gut, dass die Häuser des Jugendrechts ausgebaut werden. Dazu gab es einen Entschließungsantrag aller Fraktionen. Das hätten wir immer gern gemacht, sage ich hier auch offen. Dazu waren sogar schon einmal Mittel in den Haushalt eingestellt. Gescheitert ist es immer daran, dass sich die Polizei in der damaligen Zeit kategorisch auf den Standpunkt gestellt hat: keine neuen Aufgaben ohne neue Stellen.

Damit sind wir wieder bei diesem Haushalt: Sie schaffen halt jetzt ein paar neue Stellen. Damit bringen Sie natürlich manches zum Laufen, was Sie, wenn Sie eisern sparen, in dieser Weise nicht machen können. Aber klar ist: Wir werden dem unsere Zustimmung sicher nicht versagen, genauso wenig wie den 50 Wachtmeisterstellen. Wer wollte da dagegen sein? Da kann man nicht dagegen sein.

Aber Sie gestatten mir auch die ergänzende Überlegung: Ich fürchte bei der Struktur der Taten, um die es da geht, vor denen man sich fürchtet, dass auch 50 Wachtmeisterstellen nicht die Sicherheit schaffen können, die wir gern hätten, weil das im Grunde in erster Linie die Taten von Gestörten sind – so sage ich es jetzt einmal verkürzt. Die können Sie nicht vorausberechnen. Da ist der Wachtmeister dann vielleicht doch nicht nah genug. Aber wenn da etwas für die Sicherheit getan wird, dann werden wir es trotz dieses zweifelnden Einwands natürlich unterstützen.

Jetzt könnte in der Tat Offenburg und die Rücknahme der Privatisierung ein Punkt sein, an dem man sich länger aufhält. Ich persönlich empfinde diese Rücknahme als ideologisch getrieben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Ich würde das natürlich nicht machen. Warum auch? Jetzt läuft es gerade richtig. Da gibt es eigentlich herzlich wenig Grund, jetzt den Vertrag zu kündigen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!
Ideologisch!)

Es gab keine ernsten Anlaufschwierigkeiten. Es gab kleine Anlaufschwierigkeiten, die beseitigt sind. Jetzt läuft es eigentlich gerade richtig. Ich sage noch einmal: Ich empfinde es als ideologisch motiviert, dass man jetzt sagt: Jetzt kommt die Rolle rückwärts.

Jetzt sage ich Ihnen einmal offen: So ideologisch habe ich das von der anderen Seite nie betrachtet. Ich bin sehr für eine pragmatische Betrachtungsweise. Darum regt mich das, was da passiert, jetzt auch nicht auf.

Sie haben die Rechnung aufgemacht, Herr Stoch. Dieser Ausmarsch aus dem Modell wird in der Tat nicht so teuer, wie er sein könnte, und zwar aus dem einfachen Grund, weil Sie über

(Dr. Ulrich Goll)

60 Stellen einsparen. Die Einsparung besteht nicht darin, dass Sie vom privaten Modell wieder auf das öffentliche gehen, sondern sie besteht darin – das sieht man, wenn man genau hinschaut –, dass 60 Stellen komplett eingespart werden. Für diese gibt es künftig keinen Ersatz. Diese holen Sie aus anderen Anstalten.

Jetzt muss man ganz klar sagen: Das war damals nicht möglich. Ich glaube, das muss jedem hier klar sein.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist eine Milchmädchenrechnung!)

Wir haben die Anstalt in einer Zeit gebaut, in der mehrere Bundesländer, und zwar auch solche, in denen nicht die CDU und nicht die FDP an der Regierung beteiligt waren, Haftanstalten mit privaten Partnern gebaut haben. Das waren Notzeiten, in denen man kein Personal aus anderen Anstalten abziehen konnte. Hätte man umgekehrt damals im Landtag gesagt: „Jetzt schaffen wir einmal 100 neue Stellen“, hätte es geheißen: Das geht natürlich auch nicht.

Mit anderen Worten: Wenn wir dieses Modell nicht gemacht hätten, stünde die neue JVA Offenburg heute nicht da, und es gäbe noch eine alte, halb verfallene Anstalt in der Stadtmitte von Offenburg. Wenn es jetzt möglich ist, diese Stellen woanders abzuziehen, kann man damit natürlich die Lasten dieses Wechsels minimieren. Insofern geht mir das letzten Endes nicht unter die Haut.

Man muss mit der Privatisierung sicherlich nicht beim Strafvollzug anfangen. Das damalige Modell war nicht ideologiegetrieben, sondern aus der damaligen Situation heraus geboren, weil es anders nicht gegangen wäre.

Insofern ist das Kapitel für uns, wenn man so will, jetzt auch abgeschlossen. Es gibt aber, wenn wir beim Strafvollzug sind, Anlass zu einem weiteren Hinweis.

Ein Projekt im Strafvollzug, das noch in der Luft schwebt, ist die JVA Rottweil. Ich kann nur aus der Sache heraus dafür plädieren, die Anstalt in Rottweil – die Standortfeinarbeit lasse ich jetzt einmal weg – zeitnah zu verwirklichen.

Man muss sagen, dass die Bausubstanz im baden-württembergischen Strafvollzug zum Teil sehr alt ist. Das hat zwar auch faszinierende Aspekte wie z. B. den, dass in Bruchsal bekanntlich schon die Freiheitskämpfer der 48er-Revolution mit als die ersten Gefangenen eingezogen sind. Aber Sie wissen genau, wenn Sie ein Haus bauen, dass Sie es nicht ewig bewohnen können. Als ich dieses schöne Amt des Justizministers angetreten habe – das ist schon eine Weile her –, war es so, dass zwei Drittel der Haftplätze aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammten. Damals war bereits klar: Man muss eigentlich in jeder Legislaturperiode eine neue Anstalt bauen. Das hat man nie ganz geschafft, aber das muss eigentlich die Faustregel bleiben. Man muss schon allein deshalb neue Anstalten bauen, weil man die alten Anstalten irgendwann nicht mehr nutzen kann.

Jetzt mag mancher sagen: „Die Zahl der Gefangenen sinkt.“ Das stimmt. Darauf muss man auch reagieren. Aber die sinkende Zahl der Gefangenen wird im Moment in etwa – vom Gedanken her – durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kompensiert. Da waren wir alle in diesem Haus

in der Vergangenheit mit Recht sensibel; denn die Hinweise sind ernst zu nehmen. Im Grunde genommen läuft das auf den Anspruch auf Einzelunterbringung hinaus. Für die abgetrennte Nasszelle und all das brauchen Sie Platz. Manches können Sie in alten Anstalten gar nicht verwirklichen.

Deswegen kann ich, was die JVA Rottweil angeht, nur dringend dazu raten, diesen Weg fortzusetzen. Zu dem, was danach passiert, würde ich empfehlen, dass wir uns heute noch nicht festlegen. Da sollten wir tatsächlich die demografische Entwicklung abwarten. Aber eine neue Anstalt wird man dringend brauchen – wenn ich mir diesen Appell erlauben darf.

Ich darf mit einem Dank an die Beteiligten schließen, auch im Hinblick auf diesen Einzelplan des Haushalts. Ich verbinde das mit einem politischen Hinweis: Der Dank in Worten, der berühmte Händedruck ist immer etwas Schönes. Die Opposition kann nicht viel anders als in Worten danken. Die Regierung kann das natürlich auch anders. Im Moment dankt sie allerdings den Bediensteten auf etwas merkwürdige Weise, was ich gerade mit Blick auf den Strafvollzug feststelle. Bei den neu hinzukommenden Beamten, die das Geld nötig haben, werden die von Ihnen beschlossenen Änderungen zum Teil mit 200 bis 300 € pro Monat zu Buche schlagen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist dann insgesamt wenig!)

Ich weiß nicht, ob Sie das alles vorher so genau ausgerechnet haben. Das ist eigentlich eine traurige Sache und kein wirklicher Dank.

Umso mehr werden wir, wird unsere Fraktion darauf achten – das darf ich schon ankündigen –, dass man, wenn es woanders Verbesserungen gibt, die vom Gedanken her übertragbar sind – Beispiel Strafvollzug –, diese dann auch auf andere Bereiche überträgt.

Heute Morgen war interessanterweise zu Recht wieder die Rede davon, dass der Schicht- und Wechseldienst bei der Polizei eine harte Arbeit sei. Das stimmt. Aber er ist natürlich auch im Strafvollzug eine harte Arbeit. Wenn man dabei über zusätzliche Urlaubstage und – ich möchte den Gedanken fortsetzen – über Maßnahmen, die in Richtung einer zweigeteilten Laufbahn gehen, redet, wird man fairerweise immer auch über den Strafvollzug sprechen müssen, der hier mit der Polizei absolut vergleichbar ist. Ich darf ankündigen, dass wir aufmerksam dranbleiben, damit solche Verbesserungen dann auch an anderen Stellen, in denen es dieselbe Situation, dasselbe Bedürfnis gibt, umgesetzt werden.

Aber, wie gesagt: Herzlichen Dank vor allem natürlich an die Belegschaften. Herzlichen Dank aber durchaus auch an die Bediensteten im Ministerium, wobei ich – wie beim Innenministerium – die Hausspitze großzügig mit einschließe. Wir werden diesem Einzelplan in der Tat zustimmen, weil er aus unserer Sicht okay ist.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Stichelberger das Wort.

Justizminister Rainer Stickelberger: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Diese Regierung ist auf einem guten Weg.

Das hat der Ministerpräsident heute Morgen zu Recht gesagt. Die Justiz in Baden-Württemberg ist auch auf einem guten Weg.

Ich habe jetzt schon sehr viel Lob gehört, auch von der Opposition. Das wäre fast ein Grund, rot zu werden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sind Sie doch schon! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben die nötige Demut!)

Aber das ist bei mir nicht notwendig. Trotzdem darf ich das mit einem Dank für das Lob verbinden.

Meine Damen und Herren, ich werde mich in meinen Ausführungen auf die Justiz beschränken. Kollege Hitzler, sehen Sie es mir nach, dass ich nicht auf den Verfassungsschutz eingehe. Dieser fällt in das Ressort des Kollegen Gall. Ich habe die Ausführungen dazu jetzt eher als aufgedrängte Bereicherung empfunden, die ich jetzt nicht unbedingt entgegennehmen will.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Zielsetzung und die Leitlinien unserer Justizpolitik in Baden-Württemberg orientieren sich an dem Grundsatz einer modernen Justiz, einer sicheren Justiz und einer wirtschaftlichen sowie bürgerfreundlichen Justiz. Ich möchte deshalb auf einige Schwerpunkte eingehen, die durch diesen Haushalt mit seinem Zahlenwerk sicher unterlegt werden. Das ist von meinen Vorrednern schon ausführlich dargestellt worden.

Modernisierung der Justiz heißt in Baden-Württemberg auch Modernisierung des Notariats- und Grundbuchwesens. Zu Recht wurde gesagt, es sei die größte Reform der Justiz seit Bestehen dieses Landes. Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, die angeklungen sind.

Wir haben ein Standortkonzept für Notare fertiggestellt. Sie werden in den nächsten Tagen Einzelheiten dazu erfahren, wo welche Notarstellen ausgewiesen werden. Ich habe Sie alle angeschrieben, die Post ist unterwegs. Sie können dann jeweils für Ihren Bezirk sehen, wo die Standorte liegen.

Wir haben darauf geachtet, dass wir gerade den ländlichen Raum, dass wir die Fläche berücksichtigen. Herr Hitzler, Ihre Sorge sehe ich schon etwas kritisch. Denn wir haben mehr Standorte ausgewiesen, als in dem Konzept enthalten waren, das die alte Regierung vorgelegt hatte. Wir haben bei der zusätzlichen Ausweisung von Standorten insbesondere den ländlichen Raum berücksichtigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Hört, hört!)

Beim Grundbuchwesen werden wir – das wissen Sie – statt 652 Grundbuchämtern, die jetzt kommunal und staatlich geführt werden, 13 grundbuchführende Amtsgerichte haben. Diese Grundbuchamtsstruktur ist einmalig in Baden-Würt-

temberg, sie ist einmalig in Deutschland, sie ist einmalig in Europa. Wir haben in Baden-Württemberg mehr Grundbuchämter als alle anderen Bundesländer zusammen. Die gesetzlichen Grundlagen sowohl für die Grundbuchamts- als auch für die Notariatsreform wurden vor einigen Jahren geschaffen. Wir werden diesen Weg konsequent fortsetzen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich kann Ihnen nur empfehlen: Schauen Sie sich einmal ein grundbuchführendes Amtsgericht an. Das würde auch Ihnen guttun, Herr Kollege Zimmermann. Da können Sie nur lernen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dann sehen Sie nämlich, auf welchen Weg wir uns begeben haben.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es gibt mittlerweile vier von den geplanten 13 grundbuchführenden Amtsgerichten. Was machen wir dort? Wir machen dort eine elektronische Bearbeitung des Grundbuchwesens. Wir arbeiten mit einer elektronischen Akte und sind damit federführend im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Wir haben den elektronischen Rechtsverkehr initiiert, das heißt, Notare und Grundbuchamt verkehren schon jetzt auf elektronischem Weg.

Die Digitalisierung der Grundakten ist weit fortgeschritten. Die Altbestände machen aneinandergereiht eine Länge von 182 km aus. Wir haben sie in Kornwestheim sukzessive untergebracht. Auch dort lohnt sich ein Besuch, damit Sie sehen, welche Dimension die Aufgaben haben, die wir übernommen haben. Die Gemeinden werden dadurch entlastet, und wir, das Land, ersparen uns die Ausgleichszahlungen, die bisher an die Kommunen gegangen sind und bis zum Abschluss der Reform noch gehen werden.

Wir gehen den Weg der Modernisierung konsequent. Die Justiz in Baden-Württemberg arbeitet gut. Sie ist gut aufgestellt, aber sie ist auch dem Wandel unterworfen. Stillstand bedeutet in diesem Bereich zweifelsohne Rückschritt. Deswegen müssen wir moderne Kommunikationsmittel anwenden. Wir müssen diesen Weg konsequent gehen, weil wir angesichts der Haushaltslage insbesondere keine massiven Aufstockungen an Personal stemmen können.

Herr Kollege Stoch hat darauf hingewiesen, dass wir im Bund mit einer Initiative zusammen mit anderen Bundesländern darauf hingewirkt haben, dass der elektronische Rechtsverkehr vorangebracht wird. Wir sind da federführend, und wir sind auch ein bisschen stolz darauf, dass wir hier ein Stück weit Pionierarbeit leisten. Ich bin froh, dass sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz, Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtspfleger, Servicekräfte, bei dieser Entwicklung mitziehen, nicht nur die berühmten „Digital Natives“, die mit den Instrumenten ohnehin vertraut sind, sondern auch viele Ältere, die für uns arbeiten und diesen Prozess begleiten und mitgestalten.

Was das Thema Bürgernähe angeht: Wir werden, was das Grundbuch betrifft, Grundbucheinsichtsstellen in jeder Gemeinde haben. Das Grundbuchwesen wird besser zugänglich

(Minister Rainer Stichelberger)

sein. Ich kann in meiner Einsichtsstelle dann auch das Grundbuch eines anderen Ortes abrufen. Das erweitert die Informationsmöglichkeiten für den, der sich für das Grundbuch interessiert, der ein berechtigtes Interesse daran hat.

Insgesamt liegt uns bei der Grundbuchamts- und der Notariatsreform gerade an einer Berücksichtigung des ländlichen Raums. Der ländliche Raum steht auch im Zentrum unserer Bemühungen. Das sehen Sie, wenn Sie die Standorte für die Notarstellen betrachten. Das sieht man aber auch, wenn man die grundbuchführenden Amtsgerichte in den Blick nimmt, die überwiegend gerade nicht in den Zentren angesiedelt sind.

Die zweite Leitlinie, die für uns maßgebend ist, ist die Sicherheit in der Justiz. Sie alle kennen die Vorfälle, Angriffe auf Justizbedienstete. Ich darf nur an den Mordfall von Dachau erinnern. Aber wir haben auch in Baden-Württemberg Angriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz, auch alltägliche Belästigungen. Die Verrohung unserer Gesellschaft macht auch vor der Justiz nicht halt. Viele Belästigungen, Angriffe geschehen fast alltäglich. Davor dürfen wir unsere Augen nicht verschließen – in dem Bewusstsein, Herr Dr. Goll, dass es eine absolute Sicherheit nicht geben wird und nicht geben kann.

Die Justiz in Baden-Württemberg war bisher offen und transparent, eine Justiz mit vielen Zugangsmöglichkeiten. Das dürfen wir nicht über die Maßen einschränken.

Aber wir haben eine Reihe von Maßnahmen ins Auge gefasst. Ich habe in meinem Ministerium vor einem Jahr eine Kommission einberufen, die sich mit Sicherheitsfragen beschäftigt, die in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt einen Katalog von Maßnahmen entwickelt hat. Wir werden jetzt zielgenau für jede Einrichtung – insbesondere die Gerichte – prüfen, welche Maßnahmen angezeigt sind.

Herr Hitzler, es wird nicht so sein, dass wir bei jedem kleinen Amtsgericht weitere Wachtmeister brauchen. Vielmehr werden wir uns dort auf Sicherheitsmaßnahmen konzentrieren, wo das der alltägliche Betrieb gebietet.

Ich kann Ihnen nur empfehlen: Besuchen Sie einmal an einem normalen Verhandlungstag das Landgericht Stuttgart, das hier vor der Haustür liegt. Das können Sie zu Fuß erreichen; es ist wenige Hundert Meter von hier entfernt. Dann werden Sie sehen, was sich dort tagtäglich an Betrieb abspielt und welche Sicherheitserfordernisse dort bestehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Kundschaft ist nicht einfach!)

Diese Sicherheit müssen wir schaffen – im Interesse der Bediensteten, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und im Interesse aller Rechtsuchenden, die die Einrichtungen in unserer Justiz aufsuchen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich bin dankbar, dass wir es trotz der schwierigen Haushaltslage realisieren konnten, einige Mittel bereitzustellen. Wir werden 50 Wachtmeisterstellen bekommen. Die werden wir zielgenau auf die Einrichtungen verteilen, in denen sie benötigt werden. Wir haben zweimal 2 Millionen € an Sachmitteln in den Haushalt eingestellt, mit denen wir insbesondere Fol-

gendes realisieren können: Alarmierungsmaßnahmen, bauliche und technische Maßnahmen, Schulungen für das Personal in Deeskalationstechniken und anderen Methoden, um ein höheres Maß an Sicherheit zu gewährleisten.

Sicherheit hat aber auch noch eine andere Dimension – auch das ist schon angesprochen worden –: Sicherheit durch Resozialisierung und Prävention. Jeder Straftäter, der von einer Straftat abgehalten wird, jede Straftat, die nicht begangen wird, die wir verhindern können, erhöht das Maß an Sicherheit für die Öffentlichkeit in unserem Land. Deswegen stehen im Zentrum unserer Bemühungen natürlich Resozialisierung und Prävention – auch im Strafvollzug.

Aus gegebenem Anlass möchte ich auf das hinweisen, was wir derzeit bei der Sicherungsverwahrung, die ja vom Leitgedanken einer Resozialisierung, einer Therapie getragen wird, in die Wege leiten. Das Bundesverfassungsgericht hat uns das vorgegeben, und die Umsetzung dieser Vorgaben haben wir jetzt – vor allem in Freiburg – in die Wege geleitet.

Aber der Gedanke der Resozialisierung zieht sich auch durch den allgemeinen Strafvollzug; das gilt insbesondere auch für den Jugendstrafvollzug. Ich bin deshalb dankbar, dass wir auch in diesem Haushalt eine Reihe von Maßnahmen realisieren können, z. B. die Verstetigung des Projekts „Schwitzen statt Sitzen“. Das vermeidet Haft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schwitzen ist gesund!)

– Habe ich mich wieder versprochen?

(Zurufe: Nein!)

Wir haben mit dem Projekt hervorragende Erfahrungen gemacht und werden es auch in Zukunft fortsetzen. Ich bin froh, dass die Fraktionen uns hierin unterstützt haben und entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich bin auch froh darüber, dass wir das Nachsorgeprojekt „Chance“ verstetigen können und insbesondere auch das Gewalt- und Sexualstrafrpräventionsprojekt BIOS-BW neu in den Haushalt aufnehmen konnten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die vielfältige Arbeit der Straffälligenhilfe ist bereits skizziert worden. Dort wird hervorragende Arbeit geleistet. Da gilt mein Dank all denjenigen, die sich in diesem Bereich engagieren.

Wir wollen auch die Zahl der Häuser des Jugendrechts vermehren. Wir haben in Pforzheim in diesem Jahr das Haus des Jugendrechts eröffnen können, und wir haben in diesem Haushalt ein weiteres Haus ins Auge gefasst.

Natürlich haben wir auch die Opfer von Straftaten im Blick. Deshalb war es uns ganz wichtig, die Stiftung Opferschutz weiterführen zu können und jetzt regulär über den Haushalt zu finanzieren. Ich habe zusammen mit der Kollegin Altpeter und dem Kollegen Gall eine Opferschutzkommission gegrün-

(Minister Rainer Stichelberger)

det, die sich vor allem mit der Frage beschäftigt, wie wir Opfern von Straftaten auf Dauer über rein finanzielle Zuwendungen hinaus – dafür gibt es ja Instrumente – helfen können. Das ist ganz wichtig, weil häufig in der öffentlichen Diskussion der Eindruck entstehen konnte, dass wir zu sehr auf die Täterseite schauen und die Opfer zu wenig in den Blick nehmen. Diese Landesregierung schaut auch gezielt auf die Opfer.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Karl Zimmermann CDU und Dr. Ulrich Goll FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Deshalb begrüßen wir auch die Revision, Herr Minister!)

Zum Thema „Wirtschaftlichkeit und Strafvollzug“ muss ich jetzt natürlich auf Offenburg eingehen. Ich bin froh, Herr Dr. Goll, dass Sie sich so differenziert und gleichzeitig sehr sachlich mit dem Thema auseinandergesetzt haben, weil Sie in der Tat früher eine andere politische Richtung verfolgt haben, was die Teilprivatisierung angeht. Sie haben das begründet. Ich nenne das jetzt der Einfachheit halber Teilprivatisierung.

In einem kann ich Ihnen allerdings nicht folgen, nämlich wenn Sie sagen, dass wir aus ideologischen Gründen diese Rückführung in den staatlichen Bereich vornahmen. Wir haben eine teilprivatisierte Haftanstalt in Baden-Württemberg; in ganz Deutschland gibt es drei. Es gibt Hunderte von Strafanstalten – zum Teil große Strafanstalten –, die in staatlicher Hand sind. Ich kann nicht erkennen, was an dem Weg der Landesregierung ideologiebehaftet sein soll. Wir machen den Normalfall. Das hat mit Ideologie nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es gibt allerdings sachliche Gründe für diese Zielsetzung, die wir schon im Koalitionsvertrag niedergelegt haben. Wir sind der festen Überzeugung: Strafvollzug ist eine ureigene staatliche Aufgabe und ist deshalb durch staatlich Bedienstete wahrzunehmen. Davon rücken wir nicht ab.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der hört ja gar nicht mehr auf!)

Dass dies nicht zum Nulltarif zu haben ist, wie manche vielleicht meinen, ist doch klar. Wir haben jetzt eine Firma, die den teilprivatisierten Betrieb in Offenburg betreibt. Sie arbeitet dort mit 100 fremden Arbeitnehmern. Was mich zutiefst bewegt, ist: Wir arbeiten in unseren Strafvollzugsanstalten mit ausgebildetem und ausgesuchtem Personal, Personal, das wir aussuchen, schulen und einsetzen. Wir haben dagegen keinen Einfluss auf die Arbeitnehmer, die uns ein privater Arbeitgeber stellt und die dann quasi hoheitliche Aufgaben im Strafvollzug wahrnehmen. Das sind vor allem Aufgaben, die einen ganz engen Kontakt mit Gefangenen mit sich bringen.

Das gesamte Arbeitswesen wird in Offenburg durch diese private Firma organisiert und gestaltet. Das heißt, die meiste Zeit des Tages verbringen Häftlinge mit externen Mitarbeitern – über deren Qualität ich jetzt nichts sagen will, auch nichts Negatives. Aber es kann nicht der Weg sein, dass uns sozusagen die Herrschaft in einer Strafanstalt in private Hände entgleitet. Das kann nicht das Ziel sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Alle Unternehmerbetriebe sind privat! Ich kenne auch keinen staatlichen Zahnarzt in der JVA! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir können ja auch weiß Gott nicht sagen, dass wir durch diesen teilprivatisierten Betrieb auf Dauer Geld sparen. Die Zahlen – sie wurden vorhin genannt – sprechen eine andere Sprache. Auch die Stellungnahme des Rechnungshofs sprach eine andere Sprache.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir sind da, meine ich, auf dem richtigen Weg und werden diese Struktur auch beibehalten.

Ich möchte allerdings auch sagen, dass wir beim Strafvollzug natürlich ebenfalls einem ständigen Wandel unterworfen sind. Es gibt Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und der Rechtsprechung, wie Hafträume auszugestalten sind und welche Therapieangebote zu machen sind. Da brauchen wir entsprechende bauliche Gegebenheiten, in denen wir das realisieren können. Unsere Haftanstalten sind in der Tat zum Teil sehr alt; das wurde zutreffend beschrieben. Sie haben teilweise recht musealen Charakter. Manche stammen aus einer Zeit, die 100 Jahre zurückliegt. Diese Haftanstalten können wir nicht mehr wirtschaftlich betreiben, insbesondere nicht mehr die kleinen Haftanstalten. Wir können sie auch nicht richtig sanieren; man denke nur einmal an die Notwendigkeit einer energetischen Sanierung.

(Unruhe)

Deshalb müssen wir unser Haftentwicklungsprogramm fortschreiben und werden nach wie vor am Neubau einer Haftanstalt im südlichen Teil des Landes festhalten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Die Standortfrage befindet sich derzeit in der Klärung und Abstimmung zwischen den Ressorts und den Regierungsfraktionen. Aber wir brauchen den Neubau, weil wir trotz zurückgehender Haftzahlen mehr Platz für die einzelnen Zellen und für entsprechende Angebote benötigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Da muss ich anfangen zu applaudieren!)

Zu Recht wurde darauf hingewiesen, dass der Justizhaushalt ein Personalhaushalt ist und wir uns unsere Aufgaben nicht aussuchen können. Die Zahl der Verfahren haben wir nicht selbst in der Hand. Deswegen bin ich froh, dass wir trotzdem strukturell zur Konsolidierung des Haushalts beitragen können. Ich habe das bezüglich der Notariats- und Grundbuchamtsreform bereits anklingen lassen.

(Unruhe)

Wir werden da à la longue etwa 1 000 Stellen über die nächsten Jahre einsparen. Das ist, meine ich, ein ganz erheblicher struktureller Beitrag, der dann auch entsprechende Begleitmaßnahmen, was die Modernisierung angeht, erfordert.

(Minister Rainer Stickelberger)

Wir haben es geschafft, zusammen mit Frau Leutheusser-Schnarrenberger eine Regelung zu erarbeiten, durch die wir mehr Gebühren einnehmen, die in den Haushalt fließen können. Das war ein harter Kampf zwischen dem Bundesrat und der Bundesregierung. Aber ich glaube, dieser Kampf lohnt sich im Interesse der Stärkung unseres Haushalts.

Ich weiß natürlich, dass die Bediensteten in unserer Justiz, ob Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger oder Servicekräfte, einen hervorragenden Dienst unter schwierigen Bedingungen leisten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bin stolz auf die Arbeit, die da geleistet wird.

(Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Wir versuchen natürlich, die Arbeitsbedingungen mit den Maßnahmen, die ich aufgezeigt habe, entsprechend positiv zu gestalten.

(Anhaltende Unruhe – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zu Grünen und SPD: Jetzt hört einmal eurem Minister zu! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Aufmerksamkeit. Sonst muss ich laufend mit der Glocke läuten.

(Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Das Wort hat der Justizminister.

(Abg. Helmut Rau CDU: Wie lange noch? – Vereinzelt Heiterkeit)

– Ich will nur sagen: Die Regierung kann so lange reden, wie sie möchte.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Bitte, Herr Justizminister.

Justizminister Rainer Stickelberger: Vielen Dank. – Ich gehe davon aus, dass dem Kollegen Rau und der Kollegin Razavi die Verfassung in diesem Punkt geläufig ist.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Bedingungen für unsere Bediensteten wollen wir mit diesen Begleitmaßnahmen optimieren.

Aber ich muss auch sagen, Herr Hitzler, dass ich Ihre Kritik in einem Punkt nicht teilen kann. Sie haben weder im Finanzausschuss noch heute in den Haushaltsberatungen auch nur einen einzigen Antrag gestellt, der von unserem Haushalt abweichen würde. Sie wissen genau, dass sich die Richterbesoldung immer im Einklang mit der Beamtenbesoldung insgesamt befunden hat und wir auch da in einem gemeinsamen Boot sitzen, was die Aufgabe angeht, den Haushalt zu konsolidieren.

Zum Abschluss, meine Damen und Herren,

(Zurufe von der CDU: Oi!)

richte ich mich an die Adresse der Justizbediensteten, denen ich für ihren Dienst danke, egal, ob bei Gerichten, Staatsanwaltschaften, in den Haftanstalten, bei den Notariaten. Ich danke aber auch den Fraktionen für die Beratungen, für die sehr sachlichen Beratungen hier im Plenum und im Finanzausschuss. Ich danke dem Finanzministerium für die Kooperation im Vorfeld der Aufstellung des Haushaltsplans, und ich bedanke mich vor allem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Haus, die dieses Werk vorbereitet haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Geduld, für Ihre Aufmerksamkeit und für die Unterstützung der Justizpolitik in unserem Land im Interesse der Justizbediensteten und vor allem im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 05 – Justizministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2605. Ich lasse zunächst über Abschnitt I der Beschlussempfehlung abstimmen.

Ich schlage vor, die Abstimmung über die Ziffern 1 bis 3 – Ministerium, Allgemeine Bewilligungen, Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften – zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 0501 bis Kapitel 0503

Wer den drei Kapiteln 0501 bis 0503 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aber wie? Gegen die Justiz?)

Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Ziffern 4 bis 7 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Fachhochschule Schwetzingen/Hochschule für Rechtspflege, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Sozialgerichtsbarkeit, Finanzgericht – zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Sie stimmen zu.

Kapitel 0504 bis Kapitel 0507

Wer den vier Kapiteln 0504, 0505, 0506 und 0507 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0508

Justizvollzugsanstalten

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Ziffern 9 bis 12 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 0509 bis Kapitel 0512

Wer den vier Kapiteln 0509, 0510, 0511 und 0512 – Arbeitsgerichtsbarkeit, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets und Notariate des württembergischen Rechtsgebiets – zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über die Abschnitte II und III der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2605, abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden, beides zusammenzufassen? – Das ist der Fall.

Wer den Abschnitten II und III der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Beiden Abschnitten wurde einstimmig zugestimmt.

Wir sind damit am Ende der Beratungen über den Einzelplan 05 – Justizministerium.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. November 2012 – Berechnungen über die Kosten des öffentlichen Schulwesens durch die Landesregierung nach § 18 a des Privatschulgesetzes (PSchG) – Drucksachen 15/2637, 15/2689

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/2745, 15/2746, 15/2747, 15/2748, 15/2749

Hier gibt es folgende Besonderheit bei Drucksache 15/2749: Die Vorsitzende und Berichterstatterin, Frau Abg. Böhlen, hat darum gebeten, die laufende Nummer 1 der Drucksache 15/2749 an den Petitionsausschuss zurückzuverweisen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Worum geht es da?
– Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ich habe die AK-Sprecher informiert, sie sind einverstanden!)

Mir ist gesagt worden, Sie seien damit einverstanden. – Es ist üblich, dass wir hier jetzt nicht über die Petition reden.

Sie sind einverstanden, dass wir es so machen.

(Unruhe – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sorgen Sie einmal für Ruhe, Herr Präsident! – Glocke des Präsidenten)

Im Übrigen stelle ich gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung zu allen übrigen Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses in den Drucksachen 15/2745, 15/2746, 15/2747, 15/2748 und 15/2749 entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/2741

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 13. Dezember 2012, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:05 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Nachbesetzungen im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	stellvertretendes Mitglied		Hinderer Sakellariou

12. 12. 2012

Claus Schmiedel und Fraktion